

# EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen



IKMLPO

**50**

# EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen

## Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

**Verlag** Arbeit Zukunft **Postfach** 401051, 70410 Stuttgart **Web** [www.arbeit-zukunft.de](http://www.arbeit-zukunft.de)

**Mail** [info@arbeit-zukunft.de](mailto:info@arbeit-zukunft.de) **Tel.** 07159 - 4200174 **Fax** 07159 - 4200175

**V.i.S.d.P.:** D. Möller, c/o Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

**Preis** Deutschland 5,00 € - Österreich 5,00 € - Schweiz 6,00 CHF

Erste Auflage, Juli 2025

# INHALTSANGABE

<b>Der Juli-Aufstand in Bangladesch.....</b>	<b>5</b>
Bangladesch: Kommunistische Partei Bagladeschs (Marxisten-Leninisten)	
<b>Die Lügen der Bourgeoisie über die Arbeitslosigkeit.....</b>	<b>5</b>
Brasilien: Revolutionäre Kommunistische Partei (PCR)	
<b>Die industrielle Automatisierung, ein Schlüsselinstrument des Sozialismus und der Planwirtschaft.....</b>	<b>5</b>
Chile: Revolutionäre Kommunistische Partei Chile	
<b>Solidarität mit den Arbeitern und dem Volk von Haiti.....</b>	<b>5</b>
Dominikanische Republik: Kommunistische Arbeiterpartei (PCT)	
<b>Die Arbeit der Partei unter den Massen.....</b>	<b>5</b>
Ecuador: Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Ecuadors (PCMLE)	
<b>Nein zur Militarisierung! Nein zur nationalen Einheit mit den Kriegstreibern.....</b>	<b>5</b>
Frankreich: Kommunistische Arbeiterpartei Frankreich (PCOF)	
<b>Aufkommender Faschismus und Volkswiderstand in Indien.....</b>	<b>5</b>
Indien: Revolutionäre Demokratie	
<b>Die Bedeutung von Teilforderungen für die revolutionäre Aktion der Kommunisten.....</b>	<b>5</b>
Italien: Kommunistische Plattform - für die kommunistische Arbeiterpartei Italiens	
<b>Mit einem nationalen Streik in Mexiko schreitet die Bündelung der Kräfte des Proletariats voran.....</b>	<b>5</b>
Mexiko: Kommunistische Partei Mexiko (Marxisten-Leninisten)	
<b>Die Lumpenproletarisierung der peruanischen Gesellschaft.....</b>	<b>5</b>
Peru: Kommunistische Partei Perus (Marxisten-Leninisten) (PCP (ML))	
<b>Der Imperialismus redet von Frieden und bereitet den Krieg vor.....</b>	<b>5</b>
Spanien: Kommunistische Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) (PCE (ML))	
<b>Die Auflösung der PKK, der letzte „Prozess“ in der kurdischen Frage und die Demokratisierung.....</b>	<b>5</b>
Türkei: Partei der Arbeit (EMEP)	
<b>Wahl 2024: Der Faschismus steht vor den Toren.....</b>	<b>5</b>
USA: Amerikanische Partei der Arbeit (APL)	
<b>Imperialistische Zersetzung und Zerfall: Eine Realität, der wir uns stellen müssen.....</b>	<b>5</b>
Venezuela: Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Venezuela (PCMLV)	



# BANGLADESCH

## Der Juli-Aufstand in Bangladesch

von Badruddin Umar

**A**m 5. August 2024 trat Präsidentin Sheikh Hasina zurück und floh nach Indien. Auf diese Weise endeten die fünfzehneinhalb Jahre der faschistischen Awami-Herrschaft in Bangladesch. Der Aufstand im Juli war das umfangreichste, tiefgreifendste und entschlossenste Ereignis gegen die Herrschenden in der Reihe der Volksaufstände, die hier seit 1952 stattgefunden haben.

Nach diesem Massenaufstand verließen nicht nur Sheikh Hasina, sondern auch die oberste, mittlere und sogar die unterste Führungsebene und die Mitarbeiter auf allen Ebenen ihrer Partei das Land oder versteckten sich im Land, weil sie Angriffe der Bevölkerung fürchteten. Viele wurden von der Polizei festgenommen. Viele andere wurden von dem wütenden Mob getötet oder schwer verletzt. Ein derartiges Dilemma der Machthaber hat es in Bangladesch noch nie nach einem Massenaufstand gegeben. Diese Reaktion erfolgte vor dem Hintergrund der fünfzehneinhalb Jahre, in denen Sheikh Hasina die Massen allumfassend ausgebeutet und gefoltert hat. Mehr noch als Ausbeutung führt Folter zu einer stärkeren Reaktion des Volkes gegen die Regierungs-

partei. Während der dreieinhalbjährigen Herrschaft von Sheikh Mujib wurden die Menschen in großem Umfang gefoltert, aber die Folter der Regierung von Sheikh Hasina übertraf selbst das. Einer der Gründe dafür ist, dass ihre Herrschaft viel länger dauerte als die von Sheikh Mujib. Hätte Sheikh Mujib länger als dreieinhalb Jahre regiert, wäre seine Situation zweifellos ähnlich wie die von Sheikh Hasina gewesen. In dieser Situation wäre er entweder vom Volk getötet worden oder hätte aus dem Land fliehen müssen. Die öffentliche Wut, die während des Volksaufstandes im Juli im ganzen Land gegen Sheikh Mujibur Rahman zum Ausdruck kam, ist sehr bezeichnend. Denn bisher wurde Sheikh Mujib in der Kampagne der Awami-Liga als Retter der Nation, als großer Held des Befreiungskrieges, als Vater der Nation usw. dargestellt. Sheikh Hasina setzte ihren Vater, Sheikh Mujib, auf den Göttersitz als den Helden von allem, was das Land betrifft, und machte all ihre Untaten wie Folter, Verschwindenlassen, Mord, rücksichtslose Plünderung, Geldwäsche usw. rational und akzeptabel, indem sie sein Bild benutzte und sich der Öffentlichkeit als Nachfolger von Sheikh

Mujibs Regime präsentierte. Infolgedessen waren die Menschen wütend auf Sheikh Hasina, auf die Folterungen der Awami-Liga-Regierung, und diese Wut richtete sich auch gegen Sheikh Mujib. Er wurde zur Zielscheibe des öffentlichen Zorns. In dieser Situation, mit dem Sturz der von Sheikh Hasina geführten Awami-Liga-Regierung am 5. August, wandte sich das Volk spontan nicht nur gegen die Führer auf allen Ebenen dieser Regierung, sondern wollte auch das falsche Image und den Einfluss von Sheikh Mujib aus Bangladesch tilgen. Sie setzten am 5. August sein Haus in Brand und zerstörten seine Statuen und Wandbilder im ganzen Land, auch in Dhaka.

Seit sie nach dem Wahlsieg 2008 an die Macht kam, war Sheikh Hasina entschlossen, sich mit allen Mitteln an die Macht zu klammern. Deshalb hat sie von Anfang an damit begonnen, die verschiedensten Strippen zu ziehen. Der bemerkenswerteste dieser Schachzüge war die Abschaffung des Wahlsystems in Bangladesch. Ihr erster Schritt in dieser Hinsicht war ein umfassender Angriff auf die Opposition, insbesondere auf die Bangladesh Nationalist Party (BNP), indem sie sie aller demokratischen Rechte beraubte und sie in eine solche Lage brachte, dass es für sie unmöglich wurde, überhaupt an den Wahlen teilzunehmen, geschweige denn sie zu gewinnen.

So war es auch bei den Wahlen 2014. Alle politischen Oppositionsparteien, einschließlich der BNP, boykottierten die Wahlen. Da es für 153 Sitze keine Kandidaten gab, gewann die Awami-Liga vor den Wahlen 153 Sitze und erreichte die erforderliche Mehrheit für die Regierungsbildung! Nicht nur in der Geschichte Bangladeschs, sondern in der Geschichte der ganzen Welt hat es diese Art von Wahlen, diese Farce im Namen von Wahlen, noch nie gegeben. Tatsächlich hat Sheikh Hasina weiterhin Pläne ausgearbeitet und umgesetzt, um an der Macht zu bleiben, indem sie im Namen von Wahlen Farcen aufführte und gleichzeitig die verfassungsmäßige Legitimität aufrechterhielt.

Die BNP beschloss, sich an den Wahlen 2018 zu beteiligen und nahm daran teil. Doch Sheikh Hasina schuf eine seltsame Situation, indem sie alle staatlichen Stellen während der Wahl kontrollierte und ausnutzte. Die Wahlergebnisse wurden durch Manipulationen verfälscht. Die Schläger der Awami-Liga füllten mit Hilfe der Wahlkommission die Wahlurnen in der Nacht vor Beginn der Wahlen. Die Awa-

mi-Liga gewann fast alle Sitze!

Die Ereignisse des Jahres 2024 waren noch schockierender. Alle Oppositionsparteien boykottierten die Wahlen. Infolgedessen war außer der Awami-Liga keine andere Partei am Wahlkampf beteiligt. Nur die Mitglieder der Awami-Liga reichten Nominierungsunterlagen ein, um an den Wahlen teilzunehmen. Die Awami-Liga wählte unter ihnen ihre eigenen Kandidaten aus und nominierte sie. Doch dann beschlossen andere Kandidaten der Awami-Liga, an der Wahl teilzunehmen, anstatt ihre Namen zurückzuziehen. Nach den verfassungsrechtlichen Vorschriften hätten diese Kandidaten aus der Partei ausgeschlossen werden müssen. Doch stattdessen verkündete Sheikh Hasina, ohne irgendwelche Maßnahmen gegen sie zu ergreifen, dass diejenigen, die gewählt werden, auch dann als Mitglieder der Awami-Liga gelten, wenn sie die Wahl gewinnen, auch wenn sie nicht nominiert werden. Das bedeutet, dass diejenigen, die die Wahl gewinnen, Mitglieder der Awami-Liga bleiben! Infolgedessen bildete die Awami-Liga zum vierten Mal in Folge die Regierung, nachdem sie bei den Wahlen 2024 100 Prozent der Sitze gewonnen hatte. Dies ist die Geschichte der Awami-Liga, die seit 2009 an der Regierung ist. Seit der Regierungsbildung im Jahr 2009 hat Sheikh Hasina den Plan gefasst, auf unbestimmte Zeit an der Macht zu bleiben, und hat dementsprechend verschiedene Maßnahmen ergriffen. Die Art und Weise, wie sie die Wahlen von 2014, 2018 und 2024 durchführte, war Teil dieses konspirativen Plans. Zu diesem Zweck haben sie das Wahlsystem durch Eingriffe in die Wahlen praktisch zerstört. Indem sie die verfassungsmäßigen Regeln und Vorschriften auf dem Papier einhielten, piffen sie auf die Verfassung, indem sie die Wahlen auf diese Weise durchführten. Ein Wahlsieg war nicht nur durch die Kontrolle der Wahlprozesse möglich. Dazu war es notwendig, dass die politischen Oppositionsparteien, insbesondere die BNP, nicht an den Wahlen teilnehmen oder in einem schwachen Zustand bleiben. Zu diesem Zweck kontrollierte die Regierung von Sheikh Hasina alle bewaffneten Kräfte, einschließlich Polizei, Rapid Action Battalion (RAB), Bürokratie, Gerichte, Wahlkommission usw. Sie hinderte sie daran, Treffen, Versammlungen usw. zu organisieren, oder griff sie an, wenn sie dies taten. Zu diesem Zweck setzten sie nicht nur die Polizei, sondern auch die Schläger ihrer Studentenorganisation, der Chhat-

ra League, ein. Sie verhafteten Tausende von Führern und Aktivisten der Oppositionsparteien unter falschen Anschuldigungen oder ohne jegliche Anklage. Tausende von Oppositionsaktivisten wurden durch ihre Angriffe und Unterdrückung gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Diese Razzien waren begleitet von Verschwindenlassen und Morden in großem Umfang. Dabei wurde der militärische Nachrichtendienst (DGFI) ohne Rücksicht auf die Gesetze umfassend eingesetzt. Der DGFI richtete in verschiedenen Gebieten Folterzentren namens „AynaGhar“ ein, in denen vermisste politische Personen unmenschlich gefoltert wurden. Die meisten der vermissten Personen wurden jahrelang in diesen „AynaGhar“ festgehalten. Im Laufe der Zeit wurden diese Folterungen der Awami-Liga immer weitreichender und grausamer.

Die Angriffe und Aggressionen gegen die Opposition fanden ohne jeden Grund statt. Die Ausbeutung und Folter und gleichzeitig die Ausplünderung der Volksressourcen des Landes durch die Awami-Liga nahmen in noch nie dagewesenem Maße zu und damit auch die Wut, der Protest und der Widerstand der Menschen dagegen. Die Bekämpfung dieser Proteste und des Widerstands war notwendig für die Sicherheit und die Existenz der Regierung.

Die Handelsbourgeoisie, die sich ab 1972 als herrschende Klasse Bangladeschs herauszubilden begann, erlangte während der 15-jährigen Herrschaft von Sheikh Hasina die totale Kontrolle und Autorität über das Regime. Das Land verwandelte sich in ein mafiöses Regime, und Sheikh Hasina wurde zu dessen oberster Repräsentantin, zum Kopf der Mafia. Um diese Rolle zu erfüllen, schuf sie eine Situation der Anarchie, indem sie die allgemeinen Regeln des Produktionssystems, des Vertriebssystems, des Handels und des Wirtschaftssystems des Landes insgesamt über den Haufen warf. Obwohl sie sich unermüdlich mit ihren Erfolgen brüstete, indem sie von Entwicklung sprach, verwandelte sich jedes ihrer kleinen, mittleren und großen Entwicklungsprojekte in eine Arena der Korruption und Plünderung. Je größer das Entwicklungsprojekt war, desto mehr wurde gestohlen und geplündert. Einerseits steckte das Land in einem Netz von Auslandsschulden fest, andererseits war die Ausplünderung, angefangen von den Führern der Awami-Liga bis hin zu Bürokraten und Geschäftsleuten, rücksichtslos und himmelhoch. In Bangladesch gab es in der Vergangen-

heit unter keiner Regierung auch nur annähernd die Art und Weise, wie diese Plünderer die Ressourcen des Landes geplündert haben. Nicht nur, dass die Führer der Awami-Liga, Bürokraten, Geschäftsleute usw. die Macht der Regierung nutzten, um Tausende von Taka (Währung Bangladeschs) zu erlangen. Ein großer Teil dieses Geldes wurde illegal ins Ausland geschmuggelt. Ihr Plündern und Schmuggeln ist vergleichbar mit dem Plündern und Schmuggeln der Britischen Ostindien-Kompanie. Allerdings gibt es in diesem Fall einen großen Unterschied. Die Ostindien-Kompanie plünderte im Ausland und schickte das Geld zurück in die Heimat, was dort die industrielle Revolution förderte. Das Geld, das während der Regierung der Awami-Liga unter der Führung von Sheikh Hasina geschmuggelt wurde, plündert den Reichtum des Landes und schmuggelt ihn ins Ausland. Wenn der Reichtum geplündert und im Lande investiert worden wäre, hätte er keinen großen Schaden angerichtet und eine Rolle bei der Entwicklung des Landes gespielt. Aber weil der Reichtum des Landes ins Ausland geschmuggelt und nicht im Land investiert wurde, hat das Land in großem Umfang gelitten, es gab eine Krise in der Wirtschaft des Landes und dadurch wurde auch das wirtschaftliche Leben der Menschen gestört.

Die Tatsache, dass der Juli-Aufstand im Vergleich zu anderen früheren Aufständen in der Region der umfangreichste, tiefgreifendste, intensivste und aggressivste war, ist auf den Faschismus von Sheikh Hasina zurückzuführen. Er erdrückte die Menschen im ganzen Land, die Wirtschaft des Landes und die verschiedenen staatlichen Institutionen wie die Klauen einer Krake; ein solches Beispiel gab es hier noch nie. Das Leben der Arbeiter, der Mittelschicht und der Studenten wurde unerträglich. Sie waren zum Widerstand bereit, aber in Ermangelung einer echten politischen Führung war die allgemeine Untätigkeit der Bevölkerung auch eine Realität, da es keine Möglichkeit für eine Offensive von ihrer Seite gab. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als schweigend abzuwarten. Doch trotz dieses Schweigens der Bevölkerung, trotz einer nach außen hin friedlichen Atmosphäre, war die Situation explosiv. Diese Explosion wurde durch die Quotenbewegung der Studenten ausgelöst.

Die Quotenbewegung der Studenten richtete sich gegen die Quotenregelung für die Kinder der Freiheitskämpfer und für ein leistungsabhängiges Be-

rufssystem, aber die Grundlage dieser Bewegung war die tatsächliche Gesamtsituation der Studentenschaft im Lande. Diese Situation wirkte sich nicht nur auf die allgemeine Öffentlichkeit, sondern auch auf die Studentenschaft aus. Darüber hinaus war die Studentenschaft allgemein stark verärgert über die Studentenorganisation der Awami-Liga, die Chhakra-Liga, die sich in eine mafiose Gangstertruppe verwandelt hatte und seit Jahren die Folterung und Unterdrückung von Studenten an den Universitäten fortsetzte. Ein Spiegelbild dieses Protests war die Quotenbewegung. Die Awami-Liga war damit beschäftigt, ihren Mafia-Studenten Arbeitsplätze im Rahmen der Quote zu verschaffen, die für die Kinder von Freiheitskämpfern festgelegt worden war. Die Studentenbewegung begann Anfang Juli und gewann schnell an Schwung. Die Regierung war von Anfang an gegen diese Bewegung und versuchte, sie zu unterdrücken, indem sie sie als Verräter usw. bezeichnete. Sie bezeichnete die Studenten, die sich an der Quotenbewegung beteiligten, als Razakars (reaktionäre Miliz) und war damit beschäftigt, ihre Bewegung zu unterdrücken. Sheikh Hasinas Widerstand gegen die Quotenbewegung der Studenten hat die Bewegung jedoch nicht geschwächt, sondern noch stärker gemacht. Auch die Studenten der Privatuniversitäten in Dhaka schlossen sich in Scharen der Quotenbewegung an. Die Bewegung breitete sich auf alle Universitäten und Bildungseinrichtungen im ganzen Land aus und wurde groß und stark. Die Studenten riefen in dieser Phase nicht nur zur Agitation gegen die Quotenregelung auf, sondern auch gegen die Unterdrückung und Misswirtschaft der Regierung.

Diese Situation löste einen Funken unter den Menschen von einem Ende des Landes zum anderen aus. Dieser Funke entfachte ein Feuer unter den Menschen des Landes, die bereit waren, sich gegen die faschistische Herrschaft von Sheikh Hasina aufzulehnen. Der größte und entschlossenste Massenaufstand in der Region begann. Angesichts dieses Angriffs trat Sheikh Hasina zurück, floh aus dem Land und suchte Zuflucht in Indien, und die Führer aller Ebenen der Awami-Liga, sogar viele Führer der Gewerkschaftsebene, verließen ihre Häuser und flohen nach Indien, einige wurden von der Polizei gefasst und die meisten von ihnen tauchten im Land unter. In vielen Ländern ist die Regierung aufgrund einer massiven und starken Bewegung gegen die Regie-

rung gestürzt worden. Massenbewegungen wie der „Arabische Frühling“ hatten von Tunesien bis Ägypten stattgefunden. Doch außer Tunesiens Ben Ali floh kein Staats- oder Regierungschef aus dem Land. In Ägypten blieb Husni Mubarak im Lande, bis er verhaftet und vor Gericht gestellt wurde. Batista (Kuba) und Ben Ali waren die einzigen Staatschefs in der Geschichte, die fliehen mussten. Vor zwei Jahren floh Raja Paksha aus Sri Lanka angesichts eines Volksaufstandes, kehrte aber kurz darauf ins Land zurück, konnte also nicht wie Batista fliehen. Nach Batista ist Sheikh Hasina der einzige Regierungschef, der aus Angst vor öffentlichen Angriffen aus dem Land floh. Wäre sie nicht auf diese Weise geflohen, sondern hätte das Verlassen des Ganabhan (Residenz des Premierministers von Bangladesch) noch eine Stunde hinausgezögert, wäre sie von der Öffentlichkeit, die in großer Zahl ins Ganabhan gekommen war, zu Tode geprügelt worden. Es ist wichtig festzuhalten, dass Sheikh Hasina nicht nur für die Menschen in Bangladesch eine verhasste Verbrecherin ist, sondern für die ganze Welt. Aus diesem Grund will ihr kein Land politisches Asyl gewähren. Sie befindet sich jetzt in Indien in einer schwierigen Situation.

Nach dem Sturz der von Sheikh Hasina geführten Awami-Liga-Regierung am 5. August wurde in Bangladesch am 8. August eine Übergangsregierung gebildet. Einige Leute kritisieren diese Regierung als Marionettenregierung, als eine Regierung, die aus dem Nichts kommt und sich auf den Thron setzt, usw. Es stimmt, dass diese Regierung nicht die Regierung der Engel ist. Sie sind die Vertreter der gleichen herrschenden Klasse, die von der Awami-Liga, der BNP, der Jamaat-i-Islami, der Jatiya-Partei usw. repräsentiert wird. Daher ist es eine Art Dummheit zu erwarten, dass sie das Volk mit Milch und Honig versorgen werden. Aber es ist auch nicht richtig, diese Regierung zu kritisieren und zu sagen, sie sei „aus dem Nichts“ gekommen. Nach dem Sturz der Awami-Liga-Regierung war es notwendig, das entstandene Vakuum in der Regierungsführung des Landes zu füllen. In dieser Situation ist die jetzige Regierung an die Macht gekommen. Wäre diese Regierung nicht gebildet worden, wäre die einzige Option eine Militärregierung gewesen.

Der Sturz der von Sheikh Hasina geführten Awami-Liga-Regierung ist ein großer Verlust für Indien. In den vergangenen 15 Jahren hatte Sheikh Hasina

alle Interessen Bangladeschs an die indische Regierung unter Narendra Modi abgetreten. Die Art und Weise, wie Indien alle Vorteile aus Bangladesch herausgeholt hatte, hatte Bangladesch in die Ketten der Sklaverei gelegt, und Indien war keineswegs bereit, dies über Nacht zu beenden. Diese Situation ist also für Indien nicht leicht zu akzeptieren. Es ist ein schwerer Schlag für seine Interessen. Keine vorherige Regierung in Bangladesch hat das getan, was Sheikh Hasina als Stiefellickerin der Regierung von Narendra Modi getan hat, um sich an der Macht zu halten. Die Beziehung zwischen Narendra Modi und Sheikh Hasina war in der Tat wie eine Herr-Diener-Beziehung. Indien betrachtet Bangladesch tatsächlich als sein Protektorat. Kein anderes Land der Welt hat sich bereit erklärt, Hasina Unterschlupf zu gewähren, also kann Indien nicht anders, als ihr Unterschlupf zu gewähren, auch wenn Indien dafür angeklagt wird. Wenn eine aufrührerische Kriminelle wie Hasina auf diese Weise Unterschlupf findet, ist es schwierig, die Beziehungen zwischen Indien und Bangladesch zu normalisieren.

Es ist wichtig festzustellen, dass die indische Regierung nicht die einzige ist, die gegenüber Bangladesch eine dominante Haltung einnimmt. Die Haltung der linken politischen Parteien Indiens, der indischen Schriftsteller und Intellektuellen gegenüber Bangladesch ist nicht nennenswert. Von den linken politischen Parteien, Schriftstellern und literarischen Intellektuellen Indiens gab es lange Zeit keine Unterstützung für den Volksaufstand gegen Sheikh Hasinas extreme faschistische Folter in Bangladesch. Sie schweigen. Selbst eine so einflussreiche Schriftstellerin wie Arundhati Roy, die viel gegen die Unterdrückung verschiedener Völker einschließlich Kaschmirs in Indien und gegen die Unterdrückung in anderen Ländern geschrieben hat, hat während des Juli-Aufstands in Bangladesch keinen einzigen Satz zur Unterstützung geschrieben. Sie hat nirgendwo etwas gesagt! Aber warum? Die Antwort ist, dass sie, egal wie fortschrittlich sie sind, eine Sichtweise auf Bangladesch haben, die man als koloniale Denkweise bezeichnen kann. Sie wollen Bangladesch als ein Protektorat Indiens sehen. Es ist bemerkenswert, dass die Rolle der indischen Medien, der Zeitungen, des Radios, des Fernsehens usw. in dieser Hinsicht beschämend ist.

Nachdem die derzeitige Regierung an die Macht gekommen ist, ist sie aufgrund der verschiedenen

Probleme, die während der Amtszeit der Regierung Hasina entstanden sind, in eine schwierige Lage geraten. Die Vorgängerregierung hat nicht nur die Wirtschaft des Landes an den Rand des Abgrunds gebracht, sondern auch den Charakter der herrschenden Klasse und eines großen Teils der Bevölkerung des Landes beschädigt. Sie beteiligte sich an Diebstahl, Korruption, Terrorismus, Plünderungen und schuf eine anarchische Situation im Lande, was die Moral betrifft. Am schlimmsten ist in dieser Hinsicht der Charakter der Unternehmerklasse, die sich seit 1971 entwickelt hat und nun als herrschende Klasse alles im Lande kontrolliert. Trotz des Sturzes der Awami-Liga-Regierung sind sie immer noch in einer starken Position als herrschende Klasse und bleiben es auch. Sie haben bei großen Projekten gestohlen, Banken ausgeraubt, die Nähe zur Regierung ausgenutzt, sich Land, Kanäle, Seen und sogar Flüsse angeeignet, Märkte kontrolliert und in die Taschen der Massen gegriffen. Sie sind immer noch da. Sie sind jetzt ein Hindernis selbst für die wenigen Reformen, die diese Regierung durchführen will. Das Problem, das den Menschen heute am meisten zu schaffen macht, sind die hohen Kosten für die Dinge des täglichen Bedarfs. Diese Preise steigen jetzt, anstatt zu sinken. Und diese Situation wird von der Geschäftswelt künstlich geschaffen. Sie haben verschiedene Arten von Syndikaten. Die Regierung hat keine Kontrolle über sie.

Es wird viel über die Verfassung von Bangladesch geredet, denn Sheikh Hasina hat ihre Misswirtschaft 15 Jahre lang mit Hilfe dieser Verfassung fortgesetzt. Sie ist also derzeit unwirksam. Da von 2014 bis 2024 eine Wahl nach der anderen abgehalten wurde, ist es notwendig geworden, das Wahlsystem zu reformieren. In diesem Fall kann die derzeitige Regierung einige wirksame Maßnahmen ergreifen. Eine größere Verfassungsänderung oder die Ausarbeitung einer neuen Verfassung liegt jedoch außerhalb der rechtlichen Möglichkeiten dieser Regierung. Dies wird erst von einer gewählten Regierung vorgenommen werden können. Indem es einerseits als Parlament und andererseits als verfassungsgebende Versammlung fungiert, kann das nächste gewählte Parlament größere Änderungen an der Verfassung vornehmen oder eine neue Verfassung erlassen.

Der Juli-Aufstand sorgte für große Aufregung und eine drastische Veränderung der Situation des Landes. Er befreite das Land von den Fesseln der Krake.

Es war ein großer Schlag gegen die Diebe, Korrupten, Räuber und Terroristen. Aber dieser Volksaufstand ist keine soziale Revolution. Das Ergebnis war, dass die Menschen im Lande einen neuen Geschmack von Meinungsfreiheit bekamen, aber es gibt keinen Grund zu glauben, dass diese Freiheit im Lande immer erhalten bleiben wird. Die Awami-Liga war der Vertreter der herrschenden Klasse, und diese herrschende Klasse wurde nach dem Sturz der Awami-Liga-Regierung nicht vertrieben. Sie ist immer noch da. Es kann jedoch gesagt werden, dass aufgrund des Wandels in der Mentalität der Menschen im Land durch den Juli-Aufstand, selbst wenn es in Zukunft Folter geben sollte, diese nicht das gleiche Ausmaß haben wird wie die Folter der Hasina-Regierung, nicht einmal annähernd. Diese Lektion hat auch die herrschende Klasse des Landes verstanden. Sie haben keine Macht, sie zu ignorieren.

Die Veränderungen, die der Juli-Aufstand in Bangladesch mit sich brachte, waren massiv, tiefgreifend und weitreichend. Doch trotz der Bedeutung dieses

Aufstandes darf nicht vergessen werden, dass es sich nicht um eine soziale Revolution handelt. Selbst wenn später durch Wahlen eine neue Regierung gebildet wird, selbst wenn diese eine neue Verfassung erlässt, selbst wenn das Ausmaß der Folter während ihrer Herrschaft abnimmt, wird der Kampf des Volkes weitergehen, weil es keine radikale Änderung des Produktions- und Verteilungssystems und der allgemeinen Beziehungen zwischen den Menschen gibt. Es kann kein Zeitrahmen angegeben werden, aber in der Zukunft wird eine neue revolutionäre sozialistische Partei in Bangladesch entstehen. Sie wird durch den Aufbau von Organisation und Bewegung an Stärke gewinnen und irgendwann einen endgültigen Volksaufstand anführen. Die soziale Revolution, die durch diesen Volksaufstand ausgelöst wird, wird radikale Veränderungen in allen Bereichen des Landes bewirken. Auch nach der Bildung einer neuen Regierung und der Verabschiedung einer neuen Verfassung wird es einen Kampf für diese Veränderungen geben. Der Kampf des Volkes wird weitergehen.

## **KOMMUNISTISCHE PARTEI BAGLADESCHS (MARXISTEN-LENINISTEN)**

# BRASILIEN

## Die Lügen der Bourgeoisie über die Arbeitslosigkeit

von Luiz Falcão

**B**evor er neue, hohe Handelszölle auf Produkte aus 180 Ländern verhängte und damit deutlich machte, dass der freie Handel in der aktuellen imperialistischen Phase des Kapitalismus eine Täuschung der Weltbourgeoisie ist, deportierte die faschistische Regierung von Donald Trump Tausende von werktätigen Migranten. Nicht zufrieden damit, sie aus den USA zu vertreiben, befahl der Milliardär Donald Trump, den lateinamerikanischen Arbeitern Handschellen und Fußfesseln anzulegen, was an die unzähligen Verbrechen erinnert, die die US-amerikanische Bourgeoisie gegen die schwarze Bevölkerung begangen hat.

Es ist wichtig zu betonen, dass diese Männer und Frauen ihre Heimatländer nur verlassen haben, weil sie durch die Propaganda der großen Medien getäuscht wurden, die die USA als „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ darstellten. Dort wurden sie mit der Realität prekärer Arbeitsplätze, niedriger Löhne, Diskriminierung, Polizeigewalt und einer Wirtschaft in völligem Zerfall konfrontiert.

Aber es ist nicht erst seit heute so, dass die Bourgeoisie nicht in der Lage ist, der Arbeiterklasse Be-

schäftigung zu sichern. Bereits 1848 wiesen Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest darauf hin, dass mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise deren Unfähigkeit zunahm, das Überleben der Arbeiter zu sichern:

*„Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum.*

*Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden.“ (Manifest der Kommunistischen Partei, S.12, Verlag Arbeit Zukunft, 2018)*

## Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen

Betrachten wir die Ursachen der Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Wirtschaft einmal genauer.

Im Prozess der Kapitalakkumulation investiert der Kapitalist einen Teil des Mehrwerts in die Entwicklung neuer technischer Mittel und neuer Maschinen. Mit dem Fortschritt der Technik und der Einführung neuer Maschinen in die Produktion sinkt das für die Einstellung von Arbeitskräften aufgewendete Kapital (variables Kapital) und steigt das in Maschinen und Rohstoffe investierte Kapital (konstantes Kapital). Mit den Worten von Marx:

*„Mit dem Fortschreiten der Akkumulation ändert sich also das Verhältnis zwischen dem konstanten und dem variablen Teil des Kapitals ... so dass mit dem Wachstum des Kapitals sein Wert nicht mehr in Arbeitskraft, sondern zunehmend nur noch in Produktionsmitteln umgewandelt wird.“ (Karl Marx. Das Kapital)*

Durch den Einsatz neuer Maschinen erzielt der Kapitalist eine Steigerung der Arbeitsproduktivität: Mit weniger menschlicher Arbeitskraft wird eine größere Menge an Waren produziert. Um nicht überholt zu werden oder Märkte zu verlieren, folgen alle Unternehmer letztendlich diesem Weg. Infolgedessen findet eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern keine Abnehmer mehr für ihre Arbeitskraft. Dieser Teil der arbeitenden Bevölkerung ohne Arbeit wird somit von der Produktion und auch vom Konsum ausgeschlossen.

Einige Beispiele.

In den letzten drei Jahren haben die bekannten US-Technologieunternehmen (Amazon, Microsoft, Meta usw.) Hunderttausende von Arbeitnehmern entlassen: Im Jahr 2022 gab es 165.000 Entlassungen, im Jahr 2023 waren es 264.000 und im Jahr 2024 wurden mehr als 152.000 Mitarbeiter entlassen. (FastCompany, 10.02.2025)

Cargill, das größte Privatunternehmen der USA und weltweit größter Händler von Agrarrohstoffen, gab im Dezember letzten Jahres die Entlassung von 8.000 Mitarbeitern bekannt, was 5 % seiner Gesamtbelegschaft entspricht. (Exame, 4.12.2024)

Allein im März 2025 haben die größten US-Unternehmen 275.240 Arbeitnehmer in den USA entlassen, wie die Website [tradingeconomics.com/united-states](https://tradingeconomics.com/united-states) berichtet.

In Brasilien beschäftigte die verarbeitende Industrie laut Daten der jährlichen Industrieumfrage (PIA) des brasilianischen Instituts für Geografie und Statistik (IBGE) 9 Millionen Arbeitnehmer im Jahr 2013; im Jahr 2022 sank diese Zahl auf 8,3 Millionen Arbeitnehmer, was einem Rückgang von 745.000 Arbeitsplätzen entspricht. (G1, 27.06.2024)

Im Bankensektor führte die sogenannte Digitalisierung zur Schließung von Filialen und zum Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen. Daten des Dieese (Departamento Intersindical de Estatística e Estudos Socioeconômicos) und der Gewerkschaft der Bankangestellten von São Paulo, Osasco und Region zeigen, dass von Januar 2014 bis April 2023 die Banken 5.716 Filialen geschlossen und 70.000 Arbeitsplätze abgebaut haben. (OESP, 5.6.2023)

Die Kapitalistenklasse hat jedoch keinerlei Bedauern darüber, eine riesige Armee von Arbeitslosen geschaffen zu haben, im Gegenteil, sie weiß, dass diese arbeitslose Bevölkerung, um nicht zu verhungern, den von ihr festgelegten Lohn akzeptieren muss, was ihr einen höheren Gewinn einbringt.

Andererseits führt der Anstieg der Arbeitslosigkeit zu einem Rückgang der Verbraucherzahl; die Waren werden nicht verkauft und die Geschäfte und Fabriken sind mit Produkten überfüllt. Diese Situation ist in allen kapitalistischen Ländern zu beobachten, daher der erbitterte Kampf der internationalen Monopole um den geschrumpften Weltmarkt.

Es kommt dann zu Wirtschaftskrisen aufgrund von Überproduktion: Es gibt einen Überschuss an Waren im Verhältnis zur geringen Zahl von Verbrauchern, die diese tatsächlich kaufen können, aber nicht im Verhältnis zu den tatsächlichen Bedürfnissen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Die Folge sind weitere Entlassungen und steigende Arbeitslosigkeit<sup>1</sup>. Friedrich Engels fasste diesen Widerspruch wie folgt zusammen:

*„Überproduktion und Massenelend, jedes die Ursache des andern, das ist der absurde Widerspruch, worin sie ausläuft und der eine Entfesselung der Produktivkräfte durch Änderung der Produktionsweise mit Notwendigkeit fordert.“ (Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, F. Engels, MEW Bd. 21, S.300)*

<sup>1</sup> Laut einem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vom 16. Januar 2025 belief sich der weltweite Mangel an Arbeitsplätzen im vergangenen Jahr auf 402,4 Millionen. (<https://news.un.org/pt/story/2025>)

## Die Lügen der Bourgeoisie über die Arbeitslosigkeit

Da sie nicht in der Lage ist, den modernen Sklaven, den Lohnarbeiter, zu halten, tut die Bourgeoisie alles, um zu verbergen, dass die Ursache der Arbeitslosigkeit das kapitalistische System ist. Eine dieser Maßnahmen besteht darin, die Illusion zu verbreiten, dass es möglich sei, sein Leben ohne eine soziale Revolution, die diesem Regime ein Ende setzt, zu verbessern. Sie rufen: „Es hängt nur von dir ab“ und versprechen, dass junge Menschen mit einem Hochschulabschluss einen guten Job finden werden. Die Wahrheit: Eine von Geofusion durchgeführte Umfrage mit Informationen des brasilianischen Bildungs- und Arbeitsministeriums ergab, dass nur einer von zehn Menschen mit Hochschulabschluss eine Stelle besetzt, die seiner Qualifikation entspricht. Mit anderen Worten: Der Arbeitsmarkt in Brasilien absorbiert nur 10 % der Menschen, die eine Qualifikation für ihren Beruf erworben haben. (CNN, 02.01.2024)

## Das Scheinselbstständigkeit: die neue Illusion des Kapitalismus

Ein weiterer Fallstrick der bürgerlichen Regierungen und ihrer Ideologen ist die Behauptung, dass es besser sei, sich als „Unternehmer“ zu betätigen und selbstständig zu machen, als einen festen Arbeitsplatz zu haben.

Zunächst eine Klarstellung: Es steht außer Frage, dass jeder Mensch das Recht haben sollte, unternehmerisch tätig zu werden und eine Idee umzusetzen, die er für wichtig für die Gesellschaft hält, zumal wenn diese Arbeit ihm in einer Zeit, in der es so schwierig ist, einen Arbeitsplatz zu finden, ein ehrliches Einkommen verschafft. Außerdem ist es völlig verständlich, dass viele Menschen, nachdem sie Opfer von Ausbeutung durch ihre Arbeitgeber geworden sind, darüber nachdenken, sich selbst von diesem Übel zu befreien. Die Realität zeigt jedoch, dass dieser Weg mit Hindernissen gespickt ist. Schauen wir uns das einmal an.

Eine Umfrage des brasilianischen Wirtschaftsinstituts der Getúlio Vargas Stiftung (Ibre) unter 1.108 Selbstständigen ergab, dass 66 % jeden Monat mit der Ungewissheit leben, wie viel sie verdienen werden, und 45 % sich für die Selbstständigkeit entschieden

haben, weil sie keine andere Möglichkeit hatten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Bemerkenswert: 67 % dieser Arbeitnehmer gaben an, dass sie lieber in einem festen Arbeitsverhältnis arbeiten würden. Die Studie „Soziale Medien als digitale Arbeitsplattform“, durchgeführt von Professorin Rosana Pinheiro-Machado vom University College Dublin in Irland, kam nach der Untersuchung von 1 Million Instagram-Profilen zu dem Schluss, dass die „Plattformisierung“ der Arbeit bei denjenigen, die glauben, mit Social Media über Nacht reich zu werden, zu großer Frustration geführt hat. Die meisten Befragten gaben an, dass sie nicht den erwarteten Erfolg erzielt hätten und ihr Leben als stagnierend empfänden. (Carta Capital, 12.11.2024)

## Die sogenannte *Pejotisierung*<sup>2</sup> der Arbeitskräfte

In Brasilien wurde 2008 die Kategorie der individuellen Mikrounternehmer (MEI) geschaffen. Nach Angaben des Ministeriums für Unternehmertum, Mikro- und Kleinunternehmen waren im Jahr 2023 15,7 Millionen Menschen als individuelle Mikrounternehmer tätig. Zwischen Januar und Juni 2024 registrierten sich weitere 2,7 Millionen Menschen als solche.

Und zwar aus folgendem Grund: Bei der Einstellung eines Arbeitnehmers mit festem Arbeitsvertrag ist der Unternehmer verpflichtet, die Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches (CLT) einzuhalten: Urlaubsanspruch, Arbeitslosenversicherung, Überstundenvergütung usw. Bei einem Vertrag mit einem individuellen Mikrounternehmer hat der Arbeitgeber diese Verpflichtungen jedoch nicht und erzielt somit einen höheren Gewinn. Aus diesem Grund verlangen viele Unternehmen vor der Einstellung eines Arbeitnehmers, dass dieser sich als individueller Mikrounternehmer registrieren lässt, d. h. sich in das nationale Register für juristische Personen (CNPJ) eintragen lässt. Diese Anforderung ist mittlerweile so verbreitet, dass die meisten jungen Menschen, um von einem Unternehmen eingestellt zu werden, eine juristische Person werden, sich als individueller Mikrounternehmer registrieren lassen

<sup>2</sup> Pejotisierung ist der Prozess der Einstellung eines Arbeitnehmers als juristische Person (PJ) anstelle einer natürlichen Person. Dies geschieht, wenn Arbeitnehmer ein Unternehmen mit CNPJ (Cadastro nacional da Pessoa Jurídica, nationales Register für juristische Personen) gründen müssen, um von einem Unternehmen für die Erbringung von Dienstleistungen eingestellt zu werden.

und eine CNPJ-Nummer beantragen müssen. Diese Praxis ist so verbreitet, dass sie als „Pejotisierung“ bezeichnet wird. Tatsächlich sind die Millionen von jungen Menschen, die auf der Suche nach einem Arbeitsplatz sind, die Hauptopfer dieses Betrugs: Die Altersgruppe zwischen 18 und 30 Jahren hat die meisten Personen, die als Mikrounternehmer registriert sind. So wurde die „Pejotisierung“ für viele Unternehmen zur bevorzugten Form der Einstellung von Arbeitskräften: Einerseits ermöglicht sie den Kapitalisten höhere Gewinne, da sie den Arbeitnehmern keine Sozialleistungen zahlen müssen, und andererseits hält sie diese Arbeitnehmer in der Illusion, dass sie morgen Unternehmer werden können. Eine Studie der Stiftung Getúlio Vargas (FGV) hat nämlich gezeigt, dass mehr als 53% der individuellen Mikrounternehmer in Brasilien in Wirklichkeit als juristische Personen angestellte Arbeitnehmer sind. (FSP, 6.6.2024).

Nun gut, diese subtile Methode der Kapitalistenklasse, Löhne zu senken, Arbeitszeiten zu verlängern und der Arbeiterklasse Rechte zu entziehen, die in Brasilien als „Pejotisierung“ bezeichnet wird, hat zwar im Dienstleistungssektor ihren Anfang genommen, wurde aber im 21. Jahrhundert auch in anderen Wirtschaftszweigen übernommen, wie Ricardo Antunes, Professor für Arbeitssoziologie an der Unicamp (Universität von Campinas), in seinem Buch *Capitalismo Pandêmico* (Pandemischer Kapitalismus) analysiert hat:

„Ohne Alternativen für Arbeit und Beschäftigung findet eine wachsende Masse an überschüssigen Arbeitskräften nur über Unternehmen wie Amazon, Uber, Cabify, 99, Facebook, Airbnb, Lyft, iFood, Glovo, Deliveroo, Rappi und viele andere, die sich weltweit immer weiter ausbreiten, eine Möglichkeit, Geld zu verdienen. Es handelt sich um Unternehmen, die unter der Hegemonie des Finanzkapitals mindestens drei wesentliche Elemente für ihre Funktionsweise aufweisen:

1. intensiver Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT);
2. Verfügbarkeit einer riesigen überschüssigen Arbeitskraft, begierig nach „jeder Arbeit“, sofern es eine gewisse Entlohnung gibt
3. Forderung, dass diese neuen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich in „Dienstleister“, „Selbstständige“ und „Unternehmer“ verwandeln, um sie dauerhaft aus dem sozialen Arbeitsschutzrecht auszuschließen.“

Fazit: Während die Bourgeoisie und ihre Ökonomen im Fernsehen und im Internet auftreten und die lügnerischen Vorzüge des Kapitalismus wie Freihandel, Chancengleichheit usw. preisen, werden die Arbeiter gedemütigt, ihre Rechte werden ihnen verweigert und die Arbeitslosigkeit steigt weltweit sprunghaft an. Das sind also die „Wunder“ der kapitalistischen Produktionsweise im 21. Jahrhundert: strukturelle Arbeitslosigkeit, das Ende des freien Handels, Massendeportationen von Arbeitern, Konzentration von Reichtum, Scheinselbstständigkeit und imperialistische Kriege.

## **REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI (PCR)**

# CHILE

## Die industrielle Automatisierung, ein Schlüsselinstrument des Sozialismus und der Planwirtschaft

von Vicente San Martín Sanguinetti

### Theoretischer Rahmen

Die moderne Gesellschaft, wie wir sie kennen, hat bewiesen, dass sie in der Lage ist, alle Elemente, aus denen sie besteht, miteinander zu verbinden; von den höchsten Strukturen, den Staaten und Regierungen, über die nationalen und internationalen Produktionsmittel, bis hin zu den grundlegendsten Konsumgütern, die von der großen Mehrheit der Verbraucher verwendet werden.

Wir sprechen von einer solchen technologischen Verflechtung, dass unsere Funktionalität als Individuen von der Verfügbarkeit von Technologie und Kommunikationsprotokollen abhängt. Dies wird dadurch bewiesen, dass unsere Finanzen, unser Transport, unsere rechtlichen Dokumente, unsere Kommunikation, unser geografischer Standort, unsere Gesundheitsdaten und viele andere notwendige Aspekte des täglichen Lebens in unseren elektronischen Geräten zu finden sind.

Was die Produktionsmittel betrifft, so werden automatisierte Anlagen und "intelligente" Maschinen immer notwendiger, um auf dem kapitalistischen Markt wettbewerbsfähig zu sein, das heißt die Effi-

zienz zu maximieren und die Kosten zu minimieren. Auch um die von verschiedenen internationalen Organisationen vorgeschlagenen Umweltauflagen zu erfüllen, sind diese Automatisierungen nützlich geworden, wenn es darum geht, Abfall und Produktionsverluste zu minimieren.

Während die administrative Komplexität für die Regierungen sowohl aufgrund des demografischen Wachstums als auch zur Stärkung ihrer Präsenz in suburbanen und ländlichen Gebieten zunimmt, unternehmen sie immer weitreichendere Schritte in Richtung automatisierter Systeme, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung. Auf diese Weise sind Regierungen in der Lage, Wartezeiten zu verkürzen, die Fernbetreuung in schwer zugänglichen Gebieten zu erleichtern und immer komplexere Zensusdaten zu erheben.

Es wird jedoch immer deutlicher, dass es in verschiedenen Bereichen des Staats- und Produktionsapparates eine Tendenz zur Automatisierung gibt, die zu einem langsamen (in einigen Ländern gar nicht so langsamen), aber stetigen Rückgang der Beschäftigung führt, vor allem bei bestimmten ma-

nuellen Tätigkeiten wie Kassierern, Anlagenbedienern, Lebensmittellogistik und anderen. Heute gibt es das Konzept der so genannten „Lights Off Plant“, das auf die Tatsache anspielt, dass in diesen Fabriken kein Licht mehr benötigt wird, weil dort kein Mensch mehr arbeitet, sondern ausschließlich automatisierte Maschinen in Betrieb sind (wie zum Beispiel in bestimmten Vertriebszentren von Amazon und Coca-Cola).

Das verleitet zu der voreiligen Behauptung, dass die Automatisierung Arbeitsplätze vernichtet und die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verschlechtern könnte - aber ist das wirklich so?

### **Die erste industrielle Revolution**

Die erste industrielle Revolution (1770-1840) basierte zunächst fast ausschließlich auf der Dampfmaschine, die physikalisch in der Lage ist (unter Anwendung des physikalischen Prinzips der Expansionskraft), eine Arbeit zu verrichten, die viel größer ist als jene, die von einem Menschen oder einem Tier verrichtet werden kann. Später wurde auf der Grundlage derselben technischen Prinzipien der Umwandlung von Drehbewegung in Prozessbewegung der Verbrennungsmotor entwickelt (typisch für die zweite industrielle Revolution), der effizienter, kompakter und nicht auf Dampf angewiesen ist. Dafür gibt es viele Beispiele, wie zum Beispiel die Lokomotive, die es ermöglicht, große Mengen an Rohstoffen und Waren über weite Entfernungen zu transportieren, ohne auf eine große Anzahl von Wagen, welche von Tieren gezogen werden, oder zwingend auf Wasserwege, das heißt große Flüsse oder Häfen angewiesen zu sein.

Für den produktiven Bereich können wir feststellen, dass alle Prozesse, die von Rotation und mechanischer Arbeit abhängen (Webstühle, Drehbänke, Zerspanung, Mischen usw.), ihren Charakter der Handarbeit weitestgehend verloren, da die Dampfmaschine es ermöglichte, mit einer einzigen Maschine mehrere Wellen gleichzeitig anzutreiben, die nur noch periodisch gewartet werden müssen.

Dies führte unweigerlich dazu, dass die Handwerker nicht mehr in der Lage waren, mit den entstehenden Fabriken quantitativ und qualitativ zu konkurrieren. Dadurch verloren sie ihre historische Arbeitsgrundlage. In den ersten Jahren existierten beide Formen parallel, wobei jedoch die Handwerker gegenüber

den Fabriken an Markteinfluss verloren. Ebenso führte das Aufkommen von Methoden des Pflügens, Sammelns und Verarbeitens von Nahrungsmitteln, die einen radikal geringeren Anteil an bäuerlicher Arbeit erforderten, dazu, dass die wenigen Bauern, die die für die landwirtschaftliche Produktion notwendigen Tätigkeiten ausübten, sich auf die Bedienung und Wartung von Landmaschinen spezialisierten, während die verbleibende Mehrheit ohne Arbeit blieb.

Diese Situation führte folglich dazu, dass die Handwerker und Bauern ihre über das gesamte Land verstreuten Arbeitsplätze und Wohnorte aufgaben und sich in den Städten konzentrierten. Dort fanden sie Arbeit als Hilfskräfte in verschiedenen Produktionsabschnitten, ihre Lebensbedingungen reduzierten sich soweit, dass der Preis ihrer Arbeitskraft lediglich dazu ausreichte, um zu überleben und sie begannen sich für die Industriearbeit zu qualifizieren. Denn die Eigentümer der Produktionsmittel brauchten ihre Arbeitskraft, um ihre Fabriken zu betreiben und große Gewinnmargen zu erzielen, welche sie aus der Mehrarbeit dieser neuen Lohnarbeiter schöpften. So wurde die Welt Zeuge der Geburt des Proletariats.

### **Die zweite industrielle Revolution**

Die zweite industrielle Revolution (1870-1914) war durch die Komplexität der Technik und des theoretischen Rahmens der industriellen Ausrüstung gekennzeichnet. Zum ersten Mal war dies eng mit dem Maschinenbau, der Chemie und der elektromagnetischen Physik verbunden. Sie führte zu dem, was wir heute als Wirtschaftsingenieurwesen, Elektrotechnik und Automobiltechnik als formale Universitätsdisziplinen kennen. So wurde die Ingenieurtechnik nach Bereichen spezialisiert und brach mit dem früheren Schema des „Maschinenbaus“, der vielseitig war und alle Bereiche des Produktionsapparats abdeckte.

Die Entdeckung neuer wissenschaftlicher Gebiete wie der Gasverbrennung, der Aerodynamik des Verkehrs und des Flugs sowie neuer Werkstofflegierungen, die nur mit Industrieöfen hergestellt werden konnten, ergänzte die quantitative Entwicklung der Produktionsmittel der ersten industriellen Revolution. Sie führte zu einem qualitativen Sprung sowohl in der Produktions- als auch in der Kommunikati-

onstheorie und -praxis der Gesellschaft.

Die Entwicklung des Fordismus, die die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse weiter verschlechterte, zwang jeden Arbeiter dazu, sich auf ein bestimmtes Gebiet zu spezialisieren, gerade wegen des viel höheren technischen Niveaus der Produktionsmittel und -verfahren.

Diese hohe Spezialisierung ermöglichte die Austauschbarkeit sowie eine größere Zuverlässigkeit von Teilen und Mechanismen. Dadurch wurden die Motoren und Fahrgestelle der Fahrzeuge effizienter, sodass die ersten Automobile und Flugzeuge wirklich mobil wurden und größere Entfernungen ohne Wartung oder Betankung zurücklegen konnten. Damit wurde das Stigma, dass es sich um bloße Kuriositäten handele, gebrochen und sie spielten eine führende Rolle in den zukünftigen logistischen Prozessen und Konflikten.

Elektromotoren, welche zunächst nur wenig verbreitet waren, konnten bestimmte Bereiche der Produktion und des Verkehrswesens verändern und dadurch bestimmte Prozesse und Abläufe effizienter machen.

Die Elektrizität wiederum ermöglichte die Erschließung neuer Kommunikationsmöglichkeiten wie Radio, Telegraf und Telefon. Diese Fortschritte erleichterten die Kommunikation innerhalb und zwischen Ländern, ja sogar über Kontinente hinweg, und ermöglichten eine weitaus größere Kontrolle und einen größeren Handlungsspielraum, als dies während der ersten industriellen Revolution üblich war. Dies war der Hauptgrund dafür, dass der „klassische“ Kapitalismus monopolistisch und imperialistisch wurde, da die technischen Voraussetzungen den Transport und die Kommunikation über weite Entfernungen ermöglichten und Märkte erschlossen, zu denen noch vor wenigen Jahren kein Zugang bestand.

Schnell begannen die fortgeschrittenen kapitalistischen Mächte wie Großbritannien, Deutschland, Frankreich - in geringerem Maße auch Italien und die im Entstehen begriffenen, aber zunehmend präsenteren Vereinigten Staaten und Japan - mit einer raschen und unerbittlichen Kolonisierung Afrikas, des Nahen Ostens, Mittel- und Südamerikas und Asiens.

Bald hatten die imperialistischen Staaten eine „ausgewogene“ Neuaufteilung der Welt erreicht, aber da die Erzielung von immer mehr Profit eine dem Ka-

pitalismus innewohnende Eigenschaft ist, zerbrach dieses Gleichgewicht noch bevor es wirklich zustande kam. Ein zwischenimperialistischer Krieg - der 1. Weltkrieg - brach aus, um die Gebiete der anderen imperialistischen Staaten zu erobern, wobei die tatsächlichen Ursachen des Krieges die Interessen der Monopololigarchen der jeweiligen Länder waren.

Im 1. Weltkrieg standen die große Maschinerie, die in dieser zweiten industriellen Revolution ihren Anfang nahm, Flugzeuge, Autos, Lastwagen, gepanzerte Schiffe, Panzer und die riesigen Mengen an Waffen und Munition aus den großen Rüstungsfabriken im Mittelpunkt. Der größte Protagonist war jedoch die Weltarbeiterklasse, die massenhaft in ein Gemetzel mit Gewehr und Bajonett gestürzt wurde, in dem Millionen von Arbeitern ihr Leben für die Interessen der nationalen Oligarchie verloren und die Klassenwidersprüche auf einen solchen Höhepunkt brachten, dass sie zur Großen Bolschewistischen Revolution führten.

Von diesem Punkt aus beginnt der Aufbau des ersten sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaates der Geschichte, mit einer Planwirtschaft, um jeden nach seinen Bedürfnissen zu versorgen und jeden nach seinen Fähigkeiten zu fordern.

Unter den Bedingungen dieser Zweiten Industriellen Revolution, erreicht das Proletariat nicht nur die zunächst höchste Form als ausgebeutete Klasse, sondern auch ein hohes Maß an Bewusstsein, indem es überall auf der Welt kommunistische Parteien gründet, um sich zu organisieren, die sozialistische Revolution durchzuführen und den sozialistischen Weltstaat zu erreichen, weil es weiß, dass dies der einzige Weg ist, um alle Ausbeutung und Ungerechtigkeit zu beenden.

### **Analyse im Rückblick**

In beiden industriellen Revolutionen sah sich zunächst die Arbeiterklasse (später die industrielle Arbeiterklasse) mit einer Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, mit Arbeitslosigkeit und dem Umbruch der Arbeitswelt konfrontiert. So war sie gezwungen, sich auszubilden und eine Spezialisierung und Technik zu entwickeln, um in den neuen industriellen Prozessen einen Platz zu finden und überleben zu können. Langfristig ermöglichte dies jedoch eine Hebung des Bildungsniveaus der Arbeiterklasse und ihre Umwandlung in eine industrielle

Arbeiterklasse, das Industrieproletariat, das städtische und landwirtschaftliche Proletariat.

Die Widersprüche des Kapitalismus wurden während der Zweiten Industriellen Revolution deutlicher, im Wesentlichen der Widerspruch zwischen der völlig gesellschaftlichen Produktion und der völlig privaten Aneignung. Allerdings ist es diese kollektive Produktion, die es dem Arbeiter ermöglichen, sich mit anderen Arbeitern in Beziehung zu setzen und seinen Zustand als Produzent und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses unter den aktuellen Produktionsverhältnissen zu erkennen.

Es waren auch diese Widersprüche, die, wenn man sie aus einer dialektisch-materialistischen und historisch-materialistischen Sichtweise heraus analysiert, uns zeigen, wie die quantitative Akkumulation der Produktionsmittel unweigerlich zu einem qualitativen Sprung führt. Die daraus erwachsene Akkumulation der Arbeiterkraft macht nach den gleichen Prinzipien einen qualitativen Sprung und bildet die kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern der Welt.

### **Die dritte industrielle Revolution.**

Die „Dritte Industrielle Revolution“ ist eine Periode, über die im Bereich der Ingenieurwissenschaften und der angewandten Wissenschaften im Gegensatz zur Soziologie und dem „Social Engineering“ (einer Disziplin, die oft in eine reaktionäre, fast Orwellische Analyse verfällt) viel diskutiert wird.

Dieser Widerspruch beruht auf dem Begriffsverständnis der einzelnen Disziplinen.

Für die Soziologie, das Sozialingenieurwesen und bestimmte Bereiche der Wissenschaft, die vor allem von der Europäischen Union gefördert werden, stellt die dritte industrielle Revolution zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit der weit verbreiteten Nutzung erneuerbarer Energieformen (unter anderem Solar-, Wind- und Wasserkraft) einen Paradigmenwechsel dar, wie die beiden vorherigen industriellen Revolutionen.

Die technischste Gruppe, die mit den Ingenieurwissenschaften und den angewandten Wissenschaften verbunden ist, ist der Ansicht, dass das oben Gesagte zutrifft, d. h. dass die Art der Energiegewinnung an sich einen Paradigmenwechsel darstellt, da sie langfristig sauberer, sicherer und nachhaltiger ist. Diese Merkmale gelten jedoch nicht als industrielle

Revolution, da sie keinen Einfluss auf die Technik der Produktionsmittel selbst haben. Zwischen 1920 und 2000 blieb die Art der Arbeit stabil, mit immer komplexeren Maschinen, die jedoch von Natur aus die Hand eines Bedieners benötigen, um bestimmte Aufgaben innerhalb des Produktionsprozesses zu erfüllen. Die Arbeit ist komplexer und mechanisierter geworden, aber sie hat nicht aufgehört, manuell zu sein, was die Arbeiter mit der Produktion verbindet. Die Tatsache, dass sich die Methode der Energiegewinnung allmählich auf nachhaltige Methoden umgestellt hat (auch wenn dies heute noch nicht die Mehrheit ist), bedeutet nicht, dass sich die Produktionsmittel und die Bewertung der Rohstoffe in den hergestellten Produkten geändert haben. Die Produktionsbeziehungen zwischen dem Arbeiter und dem Produkt sind gleich geblieben, ebenso wie der soziale Charakter der Produktion derselbe geblieben ist wie in der zweiten industriellen Revolution. Dies steht im Gegensatz zu dem Vergleich zwischen der ersten und der zweiten industriellen Revolution, bei dem der Übergang von der einen zur anderen zu einer Verstärkung des sozialen Charakters der Produktion führte, indem sie in alle Produktionssektoren und ihre Transnationalisierung mündete, ein Punkt, der der ersten industriellen Revolution fehlte.

Es besteht kein Zweifel, dass die Entwicklung nachhaltiger Energien ein wichtiger Fortschritt in der Technik - und warum sollte man das nicht sagen - für die Welt war, aber sie waren keine industrielle Revolution.

### **Automatisierung, die eigentliche dritte industrielle Revolution.**

Wir befinden uns gegenwärtig zweifellos in Mitten einer neuen industriellen Revolution. Die neuen intelligenten Maschinen (Sensoren, Transmitter, Steuerungen, PLCs [Programmable Logic Controllers] und andere) sowie neue Technologien und Kommunikationsprotokolle zwischen Maschinen (Infrarot, Bluetooth, Internet der Dinge [IoT] und andere) und zwischen Menschen (HMI - Human Machines Interface) haben nicht nur die Produktionstechnik, sondern auch die Produktionsbeziehungen revolutioniert. Zum ersten Mal in der Geschichte ist es möglich, ohne Arbeiter in Fabriken zu produzieren. Der greifbarste Fall sind die Fabriken mit ausgeschalte-

tem Licht, die ihren Namen daher haben, dass sie kein Licht benötigen, da es dort keine Arbeiter gibt. Darüber hinaus verändert sie nicht nur die Produktionsbeziehungen zwischen dem Arbeiter und dem entstehenden Produkt, sondern legt auch bestimmte Bereiche frei, die zuvor für die Produktion unzugänglich waren. Die Energie-, Material-, Raum- (in Bezug auf das Land) und Kosteneffizienz haben ihren höchsten Stand in der Geschichte erreicht. Der wichtigste Punkt der Automatisierung ist, dass sie eng mit der Vernetzung der Produktionsmittel verbunden ist. Die meisten von ihnen sind in der Lage, auf Abruf zu produzieren, sowohl bei der Anforderung von Rohstoffen als auch zum Zeitpunkt der Produktion. Sie sind sogar in der Lage, mehrere Produktionszweige miteinander zu verbinden, nur um die Monopole jener Kapitalisten zu koordinieren, die eine finanzielle Ausgewogenheit zwischen den von ihnen kontrollierten Produktionszweigen anstreben.

Auf der technischen Seite weist die Automatisierung eine Reihe von Elementen auf, die es zu analysieren gilt, wie zum Beispiel die folgenden:

- IoT (Internet der Dinge) und IIoT (Industrielles Internet der Dinge)
- Robotik
- Additive Fertigung
- Computer Vision
- Cybersecurity
- Cloud Computing

### **Internet der Dinge**

Die Fähigkeit von Geräten und Maschinen, über ein Wi-Fi- oder 5G-Netz zu kommunizieren, wobei jedes Gerät mit seiner Umgebung und mit dem Netz (und speziellen Netzen im Falle der national- und militär-strategisch wichtigen Industrie ) kommunizieren kann. Auf diese Weise können riesige Datenmengen gesammelt werden, die es ermöglichen, wirtschaftliche Prognosen zu erstellen und die Produktion zu planen.

### **Robotik**

Sie unterscheidet sich von der Maschinerie durch ihre Fähigkeit, autonom zu funktionieren, entweder durch Wiederholung, indem sie dieselben Aufgaben auf der Grundlage von Zeit, analogen oder telematischen Signalen und Sensoren ausführen, oder auf

der nächsten Ebene, indem sie sich auf „intelligente“ Maschinen beziehen, die in der Lage sind, Entscheidungen in bestimmten Situationen zu treffen. Es ist zu beachten, dass diese „intelligenten“ Aktionen nicht von denselben Maschinen ausgehen, sondern von einer (oder mehreren) SPS abhängen, die für diese Entscheidungen verantwortlich sind. Es ist erwähnenswert, dass es heute bereits bestimmte Maschinen gibt, die selbstständig Entscheidungen treffen können.

### **Additive Fertigung**

Die additive Fertigung, meist bekannt als 3D-Druck, zeichnet sich durch die Herstellung von Objekten durch die aufeinanderfolgende Hinzufügung von Material, durch die Extrusion eines Materials oder von mehreren Materialien verschiedener Art aus. Es handelt sich im Wesentlichen um die Neuerfindung der Drehbank, die in der Lage ist, komplexe Teile herzustellen, die einen größeren Prozess erfordern würden. Die schichtweise Herstellung ermöglicht es, den Abfall auf ein Minimum zu beschränken und einteilige Produkte zu schaffen, die andernfalls eine Bearbeitung in Teilen oder das Schweißen von zwei oder mehr Komponenten erfordern würden.

### **Computer Vision**

Dies ist die Möglichkeit, einen Prozess oder eine Aufgabe aus der Ferne zu überwachen, indem man den Prozess im Detail sehen kann, entweder mit einer Kamera (direkte Inspektion) oder über eine Schnittstelle, die den Prozess in vereinfachter Form projiziert (indirekt), wie zum Beispiel eine HMI, wie oben erwähnt.

Auf diese Weise werden die Arbeitsinspektoren, abgesehen von seltenen Fällen, von extrem riskanten Positionen befreit, und es können größere Produktionsbereiche mit weniger Personal überwacht werden.

### **Cyber-Sicherheit**

Cybersicherheitsprotokolle ermöglichen den Schutz der umfangreichen Industrie- und Finanzdaten, die in verschiedenen Datenbanken übertragen und gespeichert werden, die in der Regel das Hauptziel von Hackern sind, um Kapital zu stehlen oder zu erpressen (oft zwischen denselben Unternehmen), aber auch für politische Ziele wie die wirtschaftliche oder administrative Destabilisierung.

## Cloud Computing

Die Möglichkeit, auf Verwaltungsressourcen sowie auf spezialisierte Anwendungen in Arbeitsbereichen zuzugreifen, ohne sie physisch in Dokumenten oder auf dem eigenen Computer zu haben, sondern sie sind aus der Ferne zugänglich, in der falsch benannten „Cloud“, die nichts anderes ist als mehrere gigantische, über die ganze Welt verteilte Datenbanken.

Dies hat den Vorteil, dass sich der Verwaltungsaufwand verringert und Millionen von Akten und Dokumenten leicht abgeglichen werden können, was den Bedarf an Arbeitskräften, Büroflächen und Lagern erheblich reduziert. Der größte Fortschritt in diesem Punkt ist der Abbau von Bürokratie in allen Bereichen der Industrie und Dienstleistungen.

Diese Elemente wirken sich auf die Produktionsverhältnisse und -bedürfnisse aus und führen zu diesen bestimmenden Faktoren:

- Abbau von Arbeitskraft
- Vereinfachung der Verwaltungsabläufe
- Fähigkeit zur effizienten Verwaltung umfangreicher und komplexer Datenbanken
- Produktionsplanung für 5-10 Jahre in allen Niederlassungen
- Erhebliche Reduzierung der bürokratischen Abläufe
- Die Notwendigkeit, das technische Niveau der Arbeiter anzuheben
- Die Notwendigkeit, die Wartung der Ausrüstung graduell zu erhöhen
- Maximale Effizienz, minimaler Abfall

## Der Einfluss der dritten industriellen Revolution auf die kapitalistische Gesellschaft

Die Automatisierung hat, auf der Grundlage ihrer Beziehung zu den Produktionsmitteln, die produktiven Wechselwirkungen zwischen dem Arbeiter und der produzierten Ware verringert und dazu beigetragen, dass der Arbeiter sich zunehmend nicht als Eigentümer dessen fühlt, was er produziert. Es ist auch wahr, dass die Automatisierung derzeit immer weitere Teile der arbeitenden Bevölkerung ohne Arbeit lässt, Arbeitslosigkeit schafft und das Elend verschlimmert.

Die Kluft zwischen den entwickelten Ländern und den nicht entwickelten Ländern bzw. den Entwicklungsländern hat sich vergrößert, da die entwickel-

ten Länder, getrieben von der Maximierung des langfristigen wirtschaftlichen Gewinns, einen großen Teil ihrer Produktionszweige automatisieren, unter der Bedingung eines hohen anfänglichen Risikos. Im Gegensatz dazu stehen die Länder, die in der kapitalistischen Entwicklung zurückgeblieben sind, der Idee der Automatisierung ihrer Industrien misstrauisch gegenüber, da sie hohe Anfangsinvestitionen tätigen müssen und die Gewinne erst langfristig zu sehen sein werden, was zu einer wirtschaftlichen Stagnation gegenüber den Ländern mit einer stärkeren Entwicklung der Automatisierung führt.

Es lohnt sich auch, die Beispiele der kapitalistischen Länder hervorzuheben, die als Pioniere der Automatisierung diese Technologien bereits gut in ihre Wirtschaft integriert haben, denn laut statistischen Erhebungen sind es die Länder mit dem höchsten Automatisierungsgrad, die auch die niedrigsten Arbeitslosenquoten aufweisen.

Daraus ergibt sich, dass die Automatisierung der natürliche Schritt in der Entwicklung der Produktivkräfte ist, der Sprung von der quantitativen zur qualitativen Entwicklung der Produktionsmittel, der alle Länder mit konservativen kapitalistischen Modellen oder ohne eine entwicklungspolitische Vision in die wirtschaftliche Stagnation führt.

Die kapitalistische Entwicklung eines Landes ist heute ohne die Automatisierung aller Produktivkräfte nicht vollständig.

## Anzeichen der dritten industriellen Revolution in der Wirtschaftsplanung und im Sozialismus.

Wie oben dargelegt, ist es in einem kapitalistischen Land rückständig und führt unweigerlich zu wirtschaftlicher Stagnation, wenn man mit den Automatisierungsprozessen nicht Schritt hält.

Dies führt zu der Frage, welche Rolle die marxistisch-leninistischen Parteien der Welt nach der Machtergreifung spielen - sei es in einer volksdemokratischen Regierung des Fortschritts und der Entwicklung oder in einer sozialistischen Regierung -, im Hinblick auf die Einführung und Ausnutzung dieser neuen Technologien und Produktivkräfte.

## Vorläufer und Erfahrungen mit der Planwirtschaft.

Erinnern wir uns an die Situation, die die Bolschewiki 1922 nach der Machtergreifung erlebten.

Die verschiedenen Nationen, aus denen die UdSSR bestand, wurden durch den Krieg auseinandergerissen. Die von den Zaren geförderte wirtschaftliche Rückständigkeit, die vor der Revolution herrschte, machte das Land zu einem Riesen auf tönernen Füßen, der nicht in der Lage war, mit den anderen europäischen Mächten wirtschaftlich zu konkurrieren. Diese schlimme Situation zwang die Bolschewiki, die Modernisierung und rasche Industrialisierung (der Schwerindustrie) in der gesamten Union voranzutreiben. Die Bolschewiki verstanden es, die Lage des Landes zu analysieren, und erkannten, dass es für das Überleben des ersten Arbeiter- und Bauernstaates von grundlegender Bedeutung war, in der Produktionstechnik sowohl quantitativ als auch qualitativ gleichzuziehen.

Die Planwirtschaft, die für einen sozialistischen Staat notwendig ist, beruht auf dem Gesetz der harmonischen Entwicklung, das vor allem die Entwicklung der Produktivkräfte entsprechend den unmittelbaren und zukünftigen Bedürfnissen des Volkes und des sozialistischen Staates belohnt. Diese Notwendigkeit unterscheidet sich nicht von der Notwendigkeit, die im Kapitalismus besteht, aber sie ist Grundvoraussetzung für die Entwicklung der Produktionsmittel. Die Bedürfnisse des Volkes und des Staates im Feudalismus sind beispielsweise nicht dieselben wie die Bedürfnisse im 10. Jahrhundert. Das ist auch auf das 21. Jahrhundert übertragbar, in dem die Entwicklung der neuen Technologien den Zugang zu Konsumgütern ermöglicht, die als grundlegend angesehen werden (Elektrizität, Abwassersysteme, Zugang zu warmem Wasser, Freizeitartikel, Toilettenartikel, um nur einige Beispiele zu nennen), und auch das Bedürfnis der Produktionsmittel für deren Betrieb und Entwicklung.

Dies veranlasst die sozialistischen Volkswirtschaften, in denen das Gesetz der harmonischen Entwicklung gilt, dazu, nach Verwaltungssystemen zu suchen, die in der Lage sind, diese Bedürfnisse im ganzen Land zu ermitteln, indem sie Daten nutzen und ihr Wachstum prognostizieren, um die Produktion zu planen.

Dieser Ansatz erwies sich als richtig; zwei wichtige Beispiele dafür sind der erste Fünfjahresplan (1928-

33) und das Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg (insbesondere im Vergleich zu kapitalistischen Ländern).

Im ersten Fünfjahresplan lag die Wachstumsrate zwischen 1928 und 1933 bei 14,5 %, was der nachstehenden Entwicklung entspricht:

*(Prozentualer Anstieg des BIP im Vergleich zum Vorjahr)*

1928 - 7.5%

1929 - 2.79%

1930 - 5.82%

1931 - 1.98%

1932 - -1.09%

1933 - 4.10%

Auf den ersten Blick ist zu erkennen, dass die UdSSR während der Weltwirtschaftskrise, in der die kapitalistischen Volkswirtschaften einen wirtschaftlichen Rückschritt erlitten, nicht nur davon verschont blieb, sondern dank ihrer planmäßigen und nicht spekulativen Wirtschaft ein stetiges Wachstum verzeichnen konnte, das zwar 1932 einen Rückschlag erlitt, sich aber im folgenden Jahr wieder erholte und ein Gesamtwachstum von 14,5 % erreichte.

Andererseits verzeichneten die Vereinigten Staaten 1946, als Europa durch den Krieg zerstört war und die Vereinigten Staaten sich aufgrund der Produktionsquoten des Krieges in einer wirtschaftlichen Rezession befanden und Waffen an das Vereinigte Königreich und seine Verbündeten geliefert hatten, einen Rückgang ihrer (nichtmilitärischen) Industrie um 22 % im Vergleich zu 1941, während die UdSSR im selben Jahr einen Anstieg ihrer nichtmilitärischen Industrie um 20 % verzeichnete. Und das, obwohl die UdSSR 26,6 Millionen Menschen verloren hat und ihre Gebiete (und die des Blocks der demokratischen Volksrepubliken) zu den vom Krieg am stärksten verwüsteten Gebieten gehörten.

Diese kontinuierliche und unaufhaltsame wirtschaftliche Entwicklung dank der Planwirtschaft ist nicht nur in der Sowjetunion zu beobachten. Im Falle des sozialistischen Albaniens legte die PLA besonderen Wert auf die Industrialisierung des Landes, insbesondere im Bereich der Schwerindustrie, mit dem Ziel, eine „Selbstversorgung“ zu entwickeln, die Mitte der 1970er Jahre vollständig erreicht war. Zu diesem Zeitpunkt bestand der größte Export Albaniens aus seltenen Mineralien, Elektrizität und Rohstoffen, während Konsumgüter und Land-

wirtschaft keine Exportgüter waren, da sie für die „Selbstversorgung“ benötigt wurden. Sie wurden für den Bedarf des Landes geplant und produziert und nicht anarchisch, was dazu führte, dass die Verschwendung von Rohstoffen und bereits hergestellten Waren minimiert wurde.

Diese Beispiele zeigen, dass die Führung eines marxistisch-leninistisch geprägten Staates die produktive und wirtschaftliche Autarkie anstrebt.

### **Über den Verwaltungsbedarf der Planwirtschaft**

Das Wesen der Planwirtschaft, die auf einen möglichst schnellen und zuverlässigen Datenfluss angewiesen ist, erfordert ein Verwaltungssystem oder einen Apparat, der in der Lage ist, die Aufgabe des Sammelns, Vergleichens, Überprüfens, Verteilens und Projizierens dieser Daten zu erfüllen. Dieser Apparat unterliegt wie jede Produktivkraft der technologischen Entwicklung; er benötigt einen Arbeitsaufwand, der sich nach der Entwicklung Technologien richtet. Dies bedeutet, dass die sozialistischen Länder für den damaligen Stand der technologischen Entwicklung einen komplexen und umfangreichen Verwaltungsapparat einsetzen mussten, der von Kontroll- und Produktionsleitern, die jeder Fabrik zugewiesen waren, über Verbrauchsüberwacher in jeder Gemeinde bis hin zu Ökonomen, Planern und Datenanalysten für die Planung jedes Fünfjahresplans alles benötigte.

Diese Notwendigkeit zwang die sozialistischen Länder, Millionen von Arbeitsplätzen allein für diese Arbeit zu schaffen, die Kluft zwischen geistiger und manueller Arbeit zu vergrößern. Ein Angestellter, der ein höheres Ansehen als ein Arbeiter oder Bauer hatte, erhielt diese Art von Arbeit, die nicht manuell war, da er nicht an der Produktionskette beteiligt war. Aber er war auch kein Intellektueller (mit Ausnahme der letzteren in den professionellen Bereichen der Wirtschaftsplanung).

Im Fall von Albanien, einem kleinen Land mit 2,7 Millionen Einwohnern im Jahr 1980, waren der Datenfluss sowie die Inputs und Outputs recht überschaubar, so dass kein großer bürokratischer Apparat für die ordnungsgemäße Planung des Landes erforderlich war.

Die Sowjetunion befand sich jedoch nicht in einem solchen Szenario. Mit einer Fläche von 22,4 Millionen Quadratkilometern und einer Bevölkerung von

fast 287 Millionen Einwohnern zum Zeitpunkt ihrer Auflösung benötigte sie einen komplexen und hierarchischen bürokratischen Staat, um die für jeden Fünfjahresplan erforderliche Datenmenge zu verarbeiten.

Die Notwendigkeit eines riesigen bürokratischen Apparats impliziert natürlich eine Bürokratisierung der gesamten Gesellschaft, ein entscheidender Faktor, wenn es darum geht zu verstehen, warum es in der UdSSR ab den 1960er Jahren eine wachsende „bürokratische Klasse“ gab, aus der die meisten Abgeordneten und Mitglieder des Zentralkomitees der KPdSU hervorgingen und die immer mehr zu einer kleinbürgerlichen Version von ihr wurde.

### **Entwicklung von Technik, Technologie und Produktivkräften**

Während in der UdSSR unter Lenin und Stalin die Einführung und ständige Verbesserung eines bürokratischen Apparats zur Planung der Wirtschaft begann, gab es heftige Debatten über die Einführung neuer Methoden und Technologien zur Datenverarbeitung, um den Bedarf an bürokratischen Agenten zu minimieren. Darüber hinaus fand die Entwicklung nicht nur bei der Produktion und Analyse von Daten statt, sondern auch bei der ständigen Weiterentwicklung der Kommunikation.

Seit Lenin war die Rede von der Elektrifizierung, um das sowjetische Land zu verbinden. Telefonnetzwerke, Funkgeräte, Kommunikationszentren und industrielle Kommunikationsprotokolle entwickelten sich zusammen mit der Industrie. Unter Stalin wurde diese Entwicklung weiter vertieft. Die Möglichkeit, zwischen Industrien, Diensten und Gemeinden zu kommunizieren, machte es möglich, die Wartezeiten für Informationen zu verkürzen (die vor 1940 in hohem Maße von Nachrichten auf Papier abhängen), und ermöglichte zum ersten Mal eine Echtzeitkommunikation zwischen den Industrien. Dies erleichterte den Informationsfluss und reduzierte den Arbeitsaufwand in bestimmten Verwaltungsbereichen.

In „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, einem Buch von Josef Stalin, werden die Probleme und ihre Lösungen für die Gegenwart und die wirtschaftliche Zukunft der UdSSR erörtert. Ohne es direkt zu erwähnen, wird die Notwendigkeit der technologischen Entwicklung (damals gab es

die ersten mechanischen Computer im Turing-Stil<sup>1)</sup> und ihre Umsetzung in der Wirtschaftsprojektion und -planung sowie die entsprechenden Protokolle der Kommunikation und Informationsübertragung angesprochen. Dies ermöglichte es, diesen bürokratischen Apparat schrittweise abzuschaffen und damit einen weiteren inhärenten Widerspruch des Sozialismus zu bekämpfen, nämlich den Widerspruch zwischen manueller und geistiger Arbeit.

Als Ergebnis dieser Diskussionen über die Zukunft der Entwicklung des sowjetischen Landes begann die Erforschung und anschließende Produktion von mechanischen Computern „SECM, Small Electronic Calculating Machines“, die Anfang der 1950er Jahre hergestellt wurden. Dies war ein technischer Fortschritt, der es ermöglichte, den Personalbedarf für Integral- und Matrizenberechnungen zu verringern (die normalerweise Dutzende von Personen für die Berechnung von Teilen beschäftigten), und mit der Hinzufügung von Kommunikationsprotokollen auf der Grundlage von Funksignalen und elektrischen Impulsen die Effizienz des wirtschaftlichen Verwaltungsapparats zu erhöhen. Diese technische Verbesserung wurde noch vor Ende des Fünften Fünfjahresplans eingeführt, und in der kurzen Zeit, in der sie erprobt wurde, gelang es, die festgelegten Produktionsziele zu übertreffen.

Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, konnten alle landwirtschaftlichen Sektoren ihre Produktionsraten zwischen dem Ende des Vierten Fünfjahresplans und dem Ende des Fünften Fünfjahresplans mindestens verdoppeln. Berücksichtigt man den Rückgang

der Arbeitskräfte nach dem Zweiten Weltkrieg, so lässt sich die Produktionssteigerung auf dem Lande, einem Sektor, der ohne Spitzentechnologie auf einen hohen Anteil an Arbeitskräften angewiesen ist, nur durch die technische Entwicklung dieses Sektors erklären. Auch die Einbeziehung der Analyse- und Kontrolltechnologie in die Planung ermöglichte es, die Fehlermarge in den Ergebnissen zu minimieren, so dass die UdSSR ab 1950 nicht mehr mit Hungersnöten oder Engpässen konfrontiert war, die in den dreißiger Jahren und nach dem Zweiten Weltkrieg in der Zeit des Wiederaufbaus immer wieder auftraten.

Tabelle 2 ist der beste Beweis dafür, dass durch den Einsatz von Spitzentechnologie die festgelegten Produktionsquoten problemlos erreicht und überschritten wurden.

Genosse Josef Stalin erklärte, dass die UdSSR bis 1960 der führende Industrieproduzent der Welt sein würde. Eine Analyse von Tabelle 2 zeigt, dass die Industrieproduktion bis 1958 im Vergleich zur Zeit vor dem Krieg um das Drei- bis Fünffache gestiegen ist. Dank dieser Verbesserungen war die sowjetische Industrie in der Lage, in großem Umfang Handel mit den Mitgliedsländern des COMECON und einigen Ländern Asiens und Afrikas zu treiben.

Da diese neuen Technologien eng mit der Industrie und der Planung verbunden waren, ist es leicht zu verstehen, warum der Industriesektor so viel stärker wuchs als der Agrarsektor.

**TABELLE 1: LANDWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTION JAHRES DURCHSCHNITTSWERTE**

	1924-28	1936-40	1946-50	1956-60	1961-65
Landwirtschaftliches Einkommen (1)	22.0	23.5	27.3	46.7	52.3
Getreide	69.3	77.4	64.8	121.5	130.2
Baumwolle	0.6	2.5	2.3	4.4	5.0
Fleisch (2)	43	4.0	3.5	7.9	9.3
Milch (2)	29.3	26.5	32.3	57.2	64.7
Eier (3)	9.2	9.6	7.5	23.6	28.7
Wolle (4)	157.0	129.0	147.0	317.0	361.0

(1) Milliarden von Rubel zu konstanten Preisen. (2) Millionen von Tonnen. (3) Milliarden von Einheiten. (4) Tausende von Tonnen.

Quelle: Bericht von A. Kossygin an den XXIII. Kongress der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

1 Alan Turing, britischer Mathematiker

TABELLE 2: INDUSTRIEPRODUKTION JAHRE

	1928	1940	1945	1958	1965
Elektrizität (1)	5.0	48.3	43.3	235.0	507.0
Stahl (2)	43	18.3	12.3	54.9	91.0
Erdöl (2)	11.6	31.3	19.4	113.0	243.0
Gas (3)	0.3	3.4	3.4	29.9	129.0
Steinkohle (2)	35.3	166.0	149.0	493.0	578.0
Zement (2)	1.8	5.7	1.8	33.3	72.4
Kraftfahrzeuge (4)	0.8	145.0	75.0	511.0	616.0
Traktoren (4)	1.3	31.6	7.7	220.0	355.0
Mineraldünger (5)	0.41	3.2	1.1	12.4	31.3

(1) Milliarden Kwh. (2) Millionen Tonnen. (3) Milliarden Kubikmeter. (4) Tausend Einheiten. (5) Millionen Tonnen.

Quelle: Bericht von A. Kossygin an den XXIII. Kongress der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Aus Tabelle 3 geht hervor, dass die Produktion von Konsumgütern sprunghaft angestiegen ist. Dies ist nicht nur ein Beweis dafür, dass die Sowjetunion eine ihrer Schwächen, den Mangel an Konsumgütern zugunsten der Schwerindustrie, überwinden konnte. Der sprunghafte Anstieg der Konsumgüterproduktion erhöhte die Lebensqualität der Sowjetbevölkerung, die dank der antikommunistischen Propaganda gewöhnlich als beklagenswert angesehen wurde.

Bei den Konsumgütern konnte die Wirtschaftsplanung, die bereits computergestützte Elemente integrierte, eine Nachfrage befriedigen, die besonders schwer zu messen und zu prognostizieren war. Wie bereits erwähnt, war die UdSSR nicht in der Lage,

die Nachfrage nach Konsumgütern vollständig zu befriedigen, und beim Zugang zu Konsumgütern bestand nach wie vor ein erhebliches Gefälle zwischen dem Land und der Stadt.

Kurz gesagt, der Erfolg des sowjetischen Staates und seiner Fünfjahrespläne ist auf die ständige Entwicklung und Umsetzung der Technologie zurückzuführen, eine Entwicklung, die Hand in Hand mit dem Prinzip des Abbaus der Bürokratie und des Staatsapparats ging, Schlüsselemente bei der Entwicklung eines Sozialismus, der auf eine kommunistische Gesellschaft zusteuert.

TABELLE 3: PRODUKTION VON KONSUMGÜTERN

	1928	1940	1945	1958	1965
Textilien (1)	5.0	48.3	43.3	235.0	507.0
Strickwaren (2)	43	18.3	12.3	54.9	91.0
Schuhe (3)	11.6	31.3	19.4	113.0	243.0
Zucker (4)	0.3	3.4	3.4	29.9	129.0
Funkgeräte (5)	35.3	166.0	149.0	493.0	578.0
Zement (2)	1.8	5.7	1.8	33.3	72.4
Fernsehapparate (5)	0.8	145.0	75.0	511.0	616.0
Kühlschränke (5)	1.3	31.6	7.7	220.0	355.0

(1) Milliarden Kwh. (2) Millionen Tonnen. (3) Milliarden Kubikmeter. (4) Tausend Einheiten. (5) Millionen Tonnen.

Quelle: Bericht von A. Kossygin an den XXIII. Kongress der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

## **Erfahrungen mit der industriellen Automatisierung in der UdSSR nach Stalin und in der Regierung von Salvador Allende**

Die sowjetische Erfahrung mit der Anwendung von Spitzentechnologie in allen Produktionsbereichen und der Planung war erfolgreich genug, um einen Trend zu setzen und zu zeigen, dass der richtige Weg in der Entwicklung des Sozialismus die kontinuierliche Anwendung von Spitzentechnologie ist. Ab den 1960er Jahren entwickelte sich eine zunächst rudimentäre Strategie der Analyse, Steuerung und Produktion, die durch Überwachungs-, Korrektur- und Kommunikationseinrichtungen unterstützt wurde, die wir heute als Automatisierung kennen.

Diese neue Disziplin, auch wenn sie nur rudimentär war, versprach viel für die Zukunft, was sich nun eindeutig bestätigt hat.

Daher werden zwei Fälle der Umsetzung der Automatisierung analysiert. Der sowjetische Fall, der umgesetzt und gefestigt wurde, aber auf Probleme und Widerstände innerhalb des Landes stieß, und der chilenische Fall, der ein vielversprechender Versuch war, aber aufgrund seiner kurzen Dauer nur eine Analyse und Spekulationen darüber zulässt.

### **Die sowjetische Erfahrung**

1956, nach Abschluss des Fünften Fünfjahresplans, wurde deutlich, dass die Einführung der Spitzentechnologie, insbesondere im Verwaltungs- und Planungsapparat der Wirtschaft, trotz ihres geringen Umfangs ein Erfolg und eine wesentliche Verbesserung gewesen war. Ende 1956 befand sich die neue sowjetische Regierung von Nikita Chruschtschow, die sich mit Gewalt durchgesetzt hatte und in verschiedenen Bereichen im ganzen Land unbeliebt war (von den Arbeitern und Fachleuten bis hin zu hohen Positionen, die nicht abgesetzt werden konnten), in einer schwierigen Situation. Sie musste ihre Überlegenheit gegenüber der früheren Verwaltung des früheren Zentralkomitees und seiner Ministerien unter Beweis stellen. Daher legte sie im sechsten Fünfjahresplan sehr hohe und vielversprechende Produktionsquoten und Prognosen fest.

In einer populistischen Maßnahme und entgegen der Dialektik und der Entwicklung der Produktivkräfte wurde jedoch beschlossen, einige Industrien zu kopieren und dieselben Produktions- und Tech-

nologiestrategien zu verwenden, die aus dem Jahr 1950 stammten und die, obwohl sie nicht veraltet waren, von anderen aufkommenden Computern übertroffen wurden. Dies geschah mit drei spezifischen Zielen.

Das erste bestand darin, die Produktion nach dem Prinzip der industriellen Expansion im Land zu steigern. Dabei ging es nicht um eine harmonische Entwicklung und die Einbeziehung neuer Technologien in neue und alte Industrien und Sektoren. Stattdessen wurde ein „Copy Paste“ von Industrien im ganzen Land angewandt, ohne etwas zu erneuern oder zu entwickeln.

Die zweite und unmittelbare Folge der vorherigen war die Schaffung neuer Arbeitsplätze, ohne zu prüfen, ob das Personal für den Betrieb dieser Fabriken vorhanden war, was jedoch den falschen Eindruck eines Wirtschaftswachstums durch „mehr Beschäftigung“ erweckte.

Und drittens wurde vermieden, neue Technologien und Techniken einzuführen, die einerseits die Arbeitsplätze in der Verwaltung im Zusammenhang mit der Planung „bedrohten“, andererseits aber auch nicht die modernsten Produktionstechniken umfassten. Denn dies „bedrohte“ in gleicher Weise auch die Arbeitsplätze insbesondere derjenigen Arbeiter, die monotone Tätigkeiten ausführten.

Bis 1956 befassten sich verschiedene Universitäts- und Forschungseinrichtungen mit kybernetischen Prozessen und deren langfristiger Anwendung, darunter das Kybernetische Seminar der Universität Moskau, wo mehrere Arbeiten zu dieser Disziplin vorgelegt wurden, eine davon: „Mathematische Methoden in der Planwirtschaft“. Diese Arbeit wurde von Leonid Kantorowitsch durchgeführt, der für seine wissenschaftliche Arbeit unter anderem mit dem Stalin-Preis, dem Orden des Roten Banners der Arbeit und dem Lenin-Orden ausgezeichnet wurde. Kantorowitsch gilt auch als Vater der linearen Programmierung für die Optimierung von Ressourcen in der Planung, einer Disziplin, die heute in den mit der Automatisierung zusammenhängenden Fachrichtungen untersucht wird.

Anstatt die Studien und Ergebnisse dieser Untersuchungen unter den Volksmassen zu verbreiten und sie mit den materiellen Bedingungen der Volksmassen in Zusammenhang zu bringen, damit sie ihre Unsicherheit und eine gewisse Angst vor diesen neuen Techniken verlieren, wurde beschlossen, dies

zu ignorieren. Dies war ein reaktionärer Versuch, das Volk in Unwissenheit zu halten, um seine Unterstützung zu gewinnen und diese wohlhabende „bürokratische Klasse“, die ihre Existenz durch diese Fortschritte bedroht sah, nicht anzugreifen.

Diese völlig reaktionären und anti-leninistischen Entscheidungen führten dazu, dass 1958, etwas mehr als anderthalb Jahre nach Beginn des Sechsten Fünfjahresplans, dieser gestoppt wurde, weil die Ziele zu weit von den Prognosen entfernt waren, die auf der Grundlage der während des Plans gewonnenen Daten erstellt worden waren. Angesichts des Scheiterns des Sechsten Fünfjahresplans und des Drucks, der von den sachkundigsten und versiertesten Kreisen in dieser im Entstehen begriffenen Disziplin der Automatisierung ausgeübt wurde, erließ das Plenum des Zentralkomitees 1958 den Beschluss einen Automatisierungsprozess einzuleiten, sobald das Land über die technischen Voraussetzungen dafür verfügte.

So begannen die Sowjets Anfang der 1960er Jahre mit der Entwicklung des Transistors, der die Röhre ersetzen sollte, sie begannen mit der Produktion einer zweiten Generation von Computern, die viel schneller waren und eine größere Anzahl von Aufgaben pro Augenblick ausführen konnten. Auf diese Weise waren Anfang der 1960er Jahre endlich die Voraussetzungen gegeben, um die Forderung des Zentralkomitees zu erfüllen.

Bis 1957 hatte die Zentrale Statistikverwaltung (TsSU) dank der Erfahrungen aus dem Fünften Fünfjahresplan und der Forschung und Entwicklung der technischen Universitäten in der gesamten Union eine Umstrukturierung erfahren, die erst durch einen Erlass des Zentralkomitees Ende 1958 genutzt werden konnte.

So schlug die TsSU nach ihrer Gründung eine Strategie der regionalen Kontrolle und Erfassung vor und richtete 70 Stationen mit jeweils 58 Rechen- und Computergeräten ein. Bis 1968 hatte die TsSU 1000 Kontrollstationen mit je 35 Maschinen eingerichtet, was einem Gesamtvolumen von 35.000 Rechenmaschinen entsprach. Der Grund für die Verringerung der Anzahl der Maschinen pro Station liegt in der Entwicklung der Technologien, die eine höhere Leistung mit weniger Geräten ermöglichten.

Diese Spitzentechnologie, die der westlichen Technologie überlegen war, ermöglichte es, die Einbringung der Voyager 1 in die Erdumlaufbahn und den

anschließenden Start von Juri Gagarin in den Welt- raum zu berechnen.

Von der Gründung der Sowjetunion bis zu ihrem unvermeidlichen Ende im Jahr 1991, nach der Hin- wendung des Zentralkomitees zu einer reaktionären und revisionistischen Politik im Jahr 1956, war die Sowjetunion jedoch nie in der Lage, den bürokrati- schen Apparat zu reduzieren. Das lag zum einen an den Grenzen der Technik, die diesen Apparat nicht in seiner Gesamtheit hätte beseitigen können (ob- wohl sie es in erheblichem Maße hätte tun können), und zum anderen am kleinbürgerlichen Widerstand des Zentralkomitees gegen die Beseitigung dieser bürokratischen Klasse, aus der 1956 mehrere Mit- glieder stammten, die den Weg für den berüchtigten 20. Parteitag ebneten und aus der 1970 die Mehrheit des Zentralkomitees kam.

Selbst unter diesen Bedingungen des Widerstands gegen die Beseitigung des bürokratischen Apparats erkannten sie die lebenswichtige Notwendigkeit der Automatisierung, nicht nur auf der produktiven Ebene, sondern insbesondere im Planungsapparat. So wurde diese Disziplin stark gefördert und ermög- lichte es der sozialimperialistischen Sowjetunion, bis zu ihrem endgültigen Zusammenbruch mit den Vereinigten Staaten und Europa zu konkurrieren.

### **Die chilenische Erfahrung, das Projekt SYNCO/Cybersyn**

Chile ist innerhalb des linken Spektrums weltweit meist nur für eines bekannt: die Regierung Allende und den anschließenden Staatsstreich.

In der Welt der Technik und der Kybernetik ist sie jedoch bekannt für das Cybersin-Projekt, Stafford Beer [ein britischer Professor an der Manchester Business School - Anm. d. Übersetzers], das Wunder des Trucker-Streiks und CHECHO.

Diese beiden Welten treffen in der Erfahrung des „Sozialismus chilenischer Prägung“, der Wirt- schaftsplanung und der Automatisierung aufeinander, auch wenn sie auf den ersten Blick nicht mitei- nander in Verbindung zu stehen scheinen.

Während der Regierung von Eduardo Frei (1964- 1970) begann ein Prozess der Anschaffung von IBM-Computern für bestimmte Bereiche des Staats- apparats und die wichtigsten Universitäten des Landes. Dies ermöglichte es Chile, bis 1970 über einen kleinen Teil der Staatsbediensteten und eine

beträchtliche Anzahl neu ausgebildeter Fachkräfte zu verfügen, die, in den Worten von Stafford Beer, „kyberisiert“ (kybernetisch gebildet) waren.

TABELLE 2.1: ANZAHL DER IN CHILE INSTALLIERTEN COMPUTER NACH JAHR UND MODELL

<i>Jahr der Installation</i>	<i>IBM 1401</i>	<i>IBM 1620</i>	<i>IBM 1130</i>	<i>IBM 360</i>	<i>NCR 315</i>	<i>NCR 200</i>	<i>Burroughs B-3500</i>	<i>PDP PDP-8</i>	<i>Andere Modelle</i>	<i>Insgesamt</i>
1962	3								1	4
1963	8								1	9
1964	10	2							2	14
1965	10	2							2	14
1966	13	3		1					2	19
1967	13	3	1	6	1				2	26
1968	14	3	3	8	1				3	32
1969	14	3	4	10	1				4	36
1970	14	3	8	12	1	3		1	4	46
1971	14	3	9	14	1	3	2	4	7	57

Quelle: Vereinte Nationen, *The Application of Computer Technology for Development, Zweiter Bericht des Generalsekretärs* (New York, 1973).

So gab es nach dem Sieg von Salvador Allende und der Volksfront (Unidad Popular) im Jahr 1970 im Land bereits ein Fachwissen im Bereich der Kybernetik, wenn auch in Verbindung mit Rechencomputern und Lochkartenstanzern.

Die zentralen Hebel des Regierungsprogramms von Allende waren die Verstaatlichung strategischer Industrien, die industrielle Entwicklung, die Förderung des „demokratischen Sozialismus“ und die Zusammenarbeit mit dem Zentrum und der linken Mitte, um die notwendige Unterstützung für die Legitimierung seiner Regierung vor dem Kongress in den folgenden Jahren zu konsolidieren.

Diese Regierung zeichnete sich von Anfang an durch Persönlichkeiten mit frischen und innovativen Ideen aus. Demokratischer Sozialismus, Dezentralisierung der politischen Macht, innovative Ansätze für eine gemischte Wirtschaft, die auf einer zentralisierte Planung fußt, und eine freundliche Rhetorik und ein Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und dem Kleinbürgertum erinnern an die von der Kommunistischen Internationale auf ihrem Siebten Kongress angenommene Strategie, die jedoch keinen antifaschistischen oder antikapitalistischen Cha-

rakter hatte, sondern auf nationalen Fortschritt und Stabilität mit einer gewissen Klassenkomponente ausgerichtet war.

Im Rahmen dieser neuen Ideen hatte die Wirtschaftsplanung während der Regierung der Volksfront den Ingenieur Fernando Flores als technischen Generaldirektor der CORFO (Gesellschaft zur Förderung der Produktion). Flores schlug zusammen mit anderen Abteilungen der CORFO den Bau eines Rechenzentrums vor, das in der Lage sein sollte, die Produktion der verstaatlichten Industrien in Echtzeit zu überwachen und auf diese Weise Korrekturmaßnahmen für eine optimale Produktion durchzuführen, ohne dass Aufsichtspersonal und Angestellte benötigt würden.

Damit sollte auch die Wirtschaftsplanung erleichtert werden, die durch ein gemischtes System aus staatlichen, teilstaatlichen und privaten Unternehmen erschwert wurde.

So kam es, dass Stafford Beer 1971, am Vorabend des ersten Jahrestages des Sieges der Volksfront, in Chile ankam, um die für ihn einmalige Gelegenheit wahrzunehmen, seine Studien und Arbeiten in die Tat umzusetzen, finanziert von einem Land, das

über die Voraussetzungen verfügte, seine Postulate zu beweisen. So begann die Entwicklung des Cybersyn-Projekts, das mit drei großen Problemen konfrontiert war: dem Mangel an Technologie, dem Misstrauen gegenüber diesen neuen Technologien und der wachsenden politischen Instabilität.

Wie aus dem Diagramm der Käufer von Computern nach Jahren hervorgeht, verfügte Chile über Computer. Aber nur drei davon konnten entsprechend den Anforderungen des Projekts arbeiten: die 1970 angeschaffte IBM 1620, während die anderen nur diese drei zentralen Maschinen unterstützen konnten. Es war also notwendig, den Ansatz und die Kommunikation dieser Maschinen zu überdenken, um die vorgeschlagenen Ziele zu erreichen. Dies führte zur Entwicklung eines völlig neuen Kommunikationssystems, um Engpässe bei diesen Rechnern zu vermeiden. Aufgrund der von den Vereinigten Staaten verhängten Wirtschaftsblockade und der Tatsache, dass alle europäischen Computer nicht mit der Hardware und den Kommunikationsprotokollen der in Chile vorhandenen US-Computer kompatibel waren, konnten sie nicht aktualisiert werden.



Foto der Cybersyn Station, 1972.

Auch innerhalb der Regierung selbst gab es Widerstand gegen das Projekt. Die Kommunistische Partei war der Ansicht, dass es die Arbeiterklasse bedrohen würde, ein Grund, der trotz der Suche nach verschiedenen Zusammenhängen, nicht bestätigt werden konnte. Außerdem hatte selbst die ideologische Bastion, der sowjetische Revisionismus, die Bedeutung der Automatisierung erkannt. Es ist möglich, dass dies auf einen ähnlichen Grund zurückzuführen war, nämlich dass der sowjetische Verwaltungsapparat die Unterstützung der Angestellten nicht

verlieren durfte, sowie auf technische Unkenntnis und einen Mangel an marxistisch-leninistischer ideologischer Entwicklung innerhalb der Partei. Die Regierung musste also diese Informationen über das Projekt an die Öffentlichkeit bringen, um Unterstützung zu gewinnen, damit es nicht als „cyber-sozialistische Fantasie“ angesehen wurde.

Das größte Problem war jedoch zweifelsohne die politische Situation, in der sich das Land befand. 1972 hatte die Volksfront die Unterstützung der Christdemokraten verloren, die in jenem Jahr dafür plädierten, die Regierung 1973 per Volksentscheid abzusetzen. Darüber hinaus befürwortete die von den nationalen Oligarchen angeführte Opposition, die von der Rechten und ihrem bewaffneten Flügel, Patria y Libertad (Vaterland und Freiheit), einer Terrorgruppe mit mehreren ideologischen Anleihen beim Faschismus, verbreitet wurde, einen Militärputsch und schuf damit die Voraussetzungen für einen solchen zu einem, für die Regierung denkbar ungünstigsten Zeitpunkt.

So begannen die Fabrikbesitzer 1972, die Fabriken zu schließen, um die Produktion zu stoppen, und boten den Arbeitern oft an, sie für den normalen Arbeitstag zu bezahlen, wenn sie nicht zur Arbeit erscheinen würden. Auch die gelben Gewerkschaften der Fachkräfte, insbesondere der Ärzte und Ingenieure, legten ihre Funktionen lahm, um ein Gefühl der Instabilität zu erzeugen und der Streik der LKW-Fahrer beendete die Operation zur Destabilisierung des Landes.

Hier begannen die Sektoren, die der Volksfront treu waren, den Klassenkampf zu intensivieren und über die Regierung hinauszugehen. Die Arbeiter begannen, die zuvor geschlossenen Fabriken zu besetzen und selbst zu verwalten, oft obwohl sie nicht einmal ein Gehalt erhielten, da dies nach Ansicht der Eigentümer eine Besetzung von Privateigentum war. Den gewissenhaften und ehrlichen Fachleuten gelang es trotz ihrer geringen Zahl, die Fabriken in Betrieb zu halten; im Falle der Ingenieure übernahm jeder von ihnen in der Regel mehrere Fabriken, und im Falle der Ärzte leisteten sie unbezahlte Sonderschichten, um den strategischen Gesundheitssektor am Laufen zu halten. Außerdem stellten sich die LKW-Besitzer, die sich dem Streik nicht anschlossen, der Regierung für den Transport und die Versorgung von Arica nach Punta Arenas zur Verfügung, um mit all diesen Aktionen zu zeigen, dass das chilenische Volk die

Führung des Landes übernehmen würde, wenn die verräterischen Rechten das Land verlassen. Trotz alledem wurde ein völliger Engpass in zwei Wochen vorhergesagt.

Hier sollte das Cybersyn-Projekt eine Rolle spielen, die viele Experten damals für ein Wunder hielten. Die Produktion des Landes wurde durch diese Zentralstation koordiniert, die die Ingenieure entlastete, die den Überblick über zu viele ihnen unterstellte Industrien behielten. Sie setzte die leistungsfähigsten Computer ein, um die Variablen, die Routen und den Inhalt jedes verfügbaren Lastwagens zu berechnen, um die Versorgungsaufgaben so effizient wie möglich auszuführen. Diese Maßnahmen führten dazu, dass der Versorgungsengpass erst nach vier Monaten eintrat und damit die Erwartungen der Spekulanten, die sich bereits an der Not der Bevölkerung bereichern wollten, um das Achtfache übertraf.

Die technischen Beschränkungen der damaligen Zeit erlaubten es nicht, die nationale Situation auf unbestimmte Zeit zu lindern, obwohl sie ihre Wirksamkeit und ihr Potenzial unter Beweis stellten und diejenigen zum Schweigen brachten, die sie angriffen. Dies machte deutlich, dass die Automatisierung ein Verbündeter der Arbeiterklasse ist, wenn sie in ihrem Sinne eingesetzt wird.

Außerdem erlebte Stafford Beer, der englische Ingenieur, welcher für das Projekt verantwortlich war und außerhalb der Politik stand, den Klassenkampf auf einem seiner Höhepunkte in der Geschichte Chiles. Dies veranlasste ihn, ein System vorzuschlagen, das es dem Volk ermöglichen würde, in Echtzeit von zu Hause aus seine Meinung zu den Gesetzesentwürfen im Kongress zu äußern, und zwar mit einem Gerät, das die Wahlmöglichkeiten von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“ bot. Dies würde es ermöglichen, Entscheidungen wirklich zu demokratisieren; dies wurde jedoch nie verwirklicht.

Das Cybersyn-Projekt fand sein Ende zusammen mit der Regierung der Volksfront. Die Militärputschisten zerstörten die Computerstation und beseitigten damit das, was bis dahin als einer der wichtigsten technologischen Fortschritte der Welt galt. Die Regierung fand in der Automatisierung einen starken Verbündeten, der in Anbetracht der naiven und kleinbürgerlichen Positionen der Regierung *Stafford Beer (zweiter von links), mit Mitgliedern sei-*



*nes Teams in Chile, darunter Fernando Flores (erster von rechts). Foto: Universität Liverpool Moores/Constantin Malik*

allerdings machtlos war. Sie entwickelte den Klassenkampf nicht, ignorierte alle Anzeichen und Warnungen von Seiten der Gewerkschaften, die einen unmittelbar bevorstehenden Staatsstreich vorher sagten und bestätigte ihr antimarxistisches Bedürfnis, die Opposition zu beschwichtigen. Sie entwaffnete zunehmend die Organisationen der Arbeiter und weigerte sich schließlich, die Sektoren zu bewaffnen, die gegen den Militärputsch kämpften und die Regierung verteidigen wollten.

## Schlussfolgerungen

Seit den Anfängen der marxistischen Philosophie zielt die technologische Entwicklung auf eine gerechtere Gesellschaft ab, die in der Lage ist, mit der zunehmend quälenden und veralteten kapitalistischen Gesellschaft zu konkurrieren und sie zu besiegen.

Die Marxisten-Leninisten, die an der Spitze der sozialistischen Länder standen, wie Lenin, Stalin, Hoxha und viele andere in den Ländern des sozialistischen Blocks Osteuropas und Asiens vor dem 20. Parteitag und dem Aufstieg der revisionistischen Strömung, waren in der Lage, dies zu verstehen und alles für eine zukunftsweisende Entwicklung zu tun.

Wenn wir die sowjetischen und chilenischen Erfahrungen analysieren, erkennen wir, dass die Automatisierung immer zum Fortschritt der Gesellschaft beiträgt und sich als Verbündeter der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die kapitalistischen Mächte erweist.

Es ist auch offensichtlich, dass die Automatisierung, die in beiden Fällen durch die damaligen Technologien begrenzt war, es beiden Ländern und ihren

jeweiligen Regierungen ermöglichte, ihre Nutzungsdauer zu verlängern und alle Aufgaben der Wirtschaft zu erleichtern. Am offensichtlichsten ist der Fall der Sowjetunion, die mehr als 30 Jahre lang widerstehen konnte, obwohl sie die Grundsätze des Marxismus-Leninismus aufgegeben hatte, und dass ihr wirtschaftlicher, sozialer und politischer Niedergang letztlich genau darauf zurückzuführen war, auf die ideologische Abweichung und den Aufstieg einer immer stärker werdenden bürokratischen Klasse.

Im Falle Chiles ist das Beispiel noch dramatischer, da es sich im Gegensatz zur Sowjetunion nicht um einen starken Staat mit einer hegemonialen Regierung handelte. Außerdem stand es am Rande einer Klassenkonfrontation, die ganz anders hätte ausgehen können, wenn sie von Marxisten-Leninisten geführt worden wäre. Der Einsatz dieser Technologie inmitten eines Klassenkampfes zeigt, dass sie nicht nur ein rein wirtschaftliches Werkzeug ist, sondern dass sie wie jede Wissenschaft mit dem Klassenkampf und den Interessen der Arbeiterklasse verknüpft und untersucht werden muss.

In beiden Fällen war das Scheitern der Regierungen darauf zurückzuführen, dass sie den Marxismus-Leninismus nicht als Ideologie und Führungsinstrument hatten und in abweichende, reaktionäre, konterrevolutionäre und antimarxistische Positionen verfielen. Gleichzeitig wurde in beiden Fällen empirisch nachgewiesen, dass die Umsetzung der Disziplin der industriellen Automatisierung ein Erfolg und eine Notwendigkeit war.

Heute hat die Automatisierung die in der Sowjetunion und in Chile verwendeten Computer und strategischen Modelle für mehrere Generationen überholt. Das offensichtlichste Beispiel ist, dass die Leistung, die Cybersyn während des Truckerstreiks und der allgemeinen Situation im Jahr 1972 vollbracht hat, von unseren Mobiltelefonen in einem Bruchteil einer Sekunde mit Hilfe von Google Maps erbracht werden kann, indem sie die besten Routen mit den von uns gewünschten Stopps und Variablen finden. Die Verwaltung verschiedener Unternehmen kann mit der Technologie in unserer Hosentasche über spezielle Anwendungen in Echtzeit erfolgen, und wir können unsere Meinung zu den von einer Regierung getroffenen Maßnahmen abgeben, indem wir sie einfach in sozialen Netzwerken kommentieren.

Die Möglichkeiten eines einfachen Mobiltelefons, die Möglichkeiten einer Zentralstation, die für die Wirtschaftsplanung in Echtzeit zuständig ist, dank der Glasfaser-Telekommunikation, die in der Lage ist, Terabytes an Informationen mit Lichtgeschwindigkeit über den Globus zu schicken, und die Tatsache, dass jede Fabrik über ein entsprechendes automatisiertes System verfügt, sind ganz einfach Möglichkeiten, die für uns in Zahlen ausgedrückt unvorstellbar sind.

Deshalb muss heute jede marxistisch-leninistische Partei, die sich in der Führungsposition eines Landes befindet, an der Spitze der Technik der Automatisierung stehen. So muss überall dort, wo eine sozialistische Revolution ausbricht, nach ihrem Sieg eine technische Entwicklung der Automatisierung durchgeführt werden, die es dem Land ermöglicht, an der Spitze des Prozesses zu stehen. Andernfalls wäre es nicht in der Lage, mit jedem kapitalistischen Land zu konkurrieren. Auch wenn das Land wirtschaftlich blockiert ist, wie es bei allen sozialistischen Staaten zu Beginn der Fall war, würde die Automatisierung und ihre Umsetzung in der Planwirtschaft die Deckung des internen Bedarfs ermöglichen, ohne dass ausländische Investitionen oder Produkte benötigt werden.

Es ist auch die Aufgabe von uns Marxisten-Leninisten, diese scheinbar hochakademischen und technischen Informationen an die Arbeiterklasse und sogar an uns selbst weiterzugeben, denn es wird von den Verantwortlichen eines Landes abhängen, ob sie diese neuen Spitzentechnologien zugunsten der Arbeiterklasse und nicht gegen sie einsetzen.

Wir müssen erklären und diskutieren, warum die industrielle Automatisierung ein Werkzeug ist, das zur Ausbeutung eingesetzt werden kann, das Arbeitsplätze vernichtet und das Heer der Arbeitslosen aufgrund des unstillbaren Bedürfnisses des Kapitalismus, den größten Profit zu erzielen, anschwellen lässt; oder ein Werkzeug sein kann, das planvoll und harmonisch eingesetzt werden muss, um die Bedürfnisse unserer Klasse zu befriedigen und unsere Lebensbedingungen zu verbessern. Solange wir auf Augenhöhe mit den kapitalistischen Staaten konkurrieren, in denen es unweigerlich zu einem Wirtschaftskrieg kommen wird, in dem wir technologisch auf Augenhöhe sind, wird der Sozialismus seine Überlegenheit unter Beweis stellen.

*„Die Natur baut keine Maschinen, keine Lokomotiven, Eisenbahnen, elektrischen Telegrafen, selbsttätigen Maultiere usw. Das sind Produkte der menschlichen Industrie, natürliche Material-*

*en, die in Organe des menschlichen Willens über die Natur oder der menschlichen Teilnahme an der Natur verwandelt wurden.“ Karl Marx [Grundrisse, Heft VII]*

## **REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI CHILE**

### **Referenzen**

Computer und Wirtschaftsplanung: Die sowjetische Erfahrung. Cave, Martin. Cambridge University Press

Wirtschaftliche Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Stalin, Josef

Geschichte der Kommunistischen Partei (B) der UdSSR

Kybernetische Revolutionäre: Technologie und Politik im Chile von Allende. Medina, Eden. Massachusetts Institute of Technology

Es gibt keine vierte industrielle Revolution. Usher, Alex, Präsident der Higher Education Strategy Associates

Edition Wirtschaftsgeschichte. Bilbao, Luis M.; Lanza, Ramón. Universidad Autónoma de Madrid.

Veränderungen in der Wirtschaftsplanung der UdSSR. Cortina, Martinez



# DOMINIKANISCHE REPUBLIK

## Solidarität mit den Arbeitern und dem Volk in Haiti

Infolge der schweren Krise, in die die lokalen Eliten und der US-Imperialismus das Land gestürzt haben, haben die Arbeiter und das gesamte haitianische Volk eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen in einem noch nie dagewesenen Ausmaß erlebt. Der dramatischste Ausdruck der Krise in der gegenwärtigen Situation ist die Unsicherheit, die in weiten Teilen des Landes, insbesondere im Süden und in der Umgebung der Hauptstadt Port-au-Prince, herrscht.

Inmitten dieser Situation leistet das Volk Widerstand und die Menschen versuchen ihr Leben Tag für Tag wieder aufzubauen. Die Volks- und revolutionären Organisationen, die von der vorherrschenden Situation schwer getroffen sind, arbeiten daran, die Organisation und das Bewusstsein der Massen, insbesondere in ländlichen Gebieten und Arbeitervierteln, zu fördern. Die Aktionen der organisierten Volksbewegung wurden jedoch durch die Terror- und Mordkampagnen bewaffneter Banden, die Arbeiterviertel zu ihren Hauptzielen und Opfern gemacht haben, ernsthaft beeinträchtigt. Infolgedessen wurden viele Aktivisten getötet und andere gezwungen, aus ihren

Häusern in andere Teile des Landes oder ins Ausland zu fliehen, um ihr Leben zu retten. Gleichzeitig versucht das Volk, Selbstverteidigungsaktionen zu organisieren, wodurch bestimmte Gebiete vom Einfluss der Banden frei bleiben konnten. Einige dieser Initiativen wurden von unbestechlichen Polizeibeamten unterstützt, die sich in solchen Fällen auf die Seite der Bevölkerung stellten.

Wenn man bedenkt, dass diese Banden von den politischen und wirtschaftlichen Machthabern des Landes gegründet wurden, die von kriminellen Mafiastrukturen aller Art durchdrungen sind, ist es nicht verwunderlich, dass ihre Hauptopfer das Volk, sowie Aktivisten von Organisationen, die systematisch ins Visier genommen werden, sind. In diesem Sinne ist es kein Zufall, dass die Bildung dieser Banden während der Regierung von Jovenel Moïse mit einer Phase bedeutenden Wachstums der Volksbewegung zusammenfiel. Zeitgleich mit großen und anhaltenden Demonstrationen für einen politischen Wandel gegen diese Regierungen, die von den Vereinigten Staaten und anderen Mächten durch die UNO und ihre Missionen in Haiti eingesetzt worden waren.

## II

Vor dem Hintergrund dieser anhaltenden wirtschaftlichen und politisch-institutionellen Krise hat sich die Migration haitianischer Bürger ins Ausland verstärkt. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Dominikanische Republik, wo eine ultranationalistische Kampagne der Ablehnung, Stigmatisierung, Fremdenfeindlichkeit und Kriminalisierung dieser migrantischen Arbeiter entstanden ist.

Die Einwanderung von Arbeitnehmern aus dem benachbarten Haiti in die Dominikanische Republik ist ein Phänomen, das schon lange vor der aktuellen Situation bestand. Es begann bereits in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts mit der Entwicklung der modernen Zuckerindustrie im Kontext der militärischen Besetzung beider Länder durch US-Truppen - zwischen 1916 und 1924 in der Dominikanischen Republik und zwischen 1915 und 1934 in Haiti - als Teil ihrer Strategie der neokolonialen Kontrolle und Herrschaft über die gesamte Karibikregion.

In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, nach dem Zusammenbruch der Zuckerindustrie in der Dominikanischen Republik, wurden die migrantischen Arbeiter in andere Sektoren verdrängt, vor allem in die Landwirtschaft und die Wanderarbeit, wo sie aufgrund der Landflucht dominikanischer Bauern in die urbanen Zentren und der starken Auswanderung dominikanischer Arbeiter ins Ausland, vor allem in die Vereinigten Staaten und andere Länder, eine grundlegende Rolle für den Erhalt beider Wirtschaftszweige spielte. Das Ausmaß dieser Entwicklung spiegelt sich in der Verfestigung der Rücküberweisungen als einer der Grundpfeiler der dominikanischen Wirtschaft wider.

Bei der mit der Zuckerindustrie verbundenen Einwanderung handelte es sich bis Mitte der 1970er quasi um Saisonarbeit, da die Regierungen beider Länder Mechanismen schufen, die es den Arbeitern ermöglichten, je nach Bedarf der Zuckerrohrernte zurückzukehren und wieder auszuwandern. Später, um Kosten zu sparen, ermutigten die Regierung und die Oligarchie diese Arbeiter, in der Dominikanischen Republik zu bleiben. Sie schufen in der Dominikanischen Republik ihr Zuhause und gründeten Familien über mehrere Generationen, die hier geboren wurden. Im Jahr 2013 entzog ihnen der Staat auf illegale Weise die dominikanische Staatsangehörig-

keit und alle ihre Rechte mit der Begründung, sie seien die Nachkommen illegaler Einwanderer.

In diesem Kontext findet die aktuelle Offensive der dominikanischen Regierung und ultrareaktionärer Kreise gegen Einwanderer aus Haiti statt. Es ist dieselbe ausländerfeindliche, fremdenfeindliche und faschistische Rhetorik und Politik, wie in verschiedenen Teilen der Welt zu beobachten ist.

Angesichts dieser Situation hat unsere Kommunistische Arbeiterpartei zusammen mit demokratischen und revolutionären Organisationen und Bewegungen in der Dominikanischen Republik verschiedene Aktionen durchgeführt, um die Politik der dominikanischen Regierung anzuprangern und sich solidarisch mit den Einwanderern und dem haitianischen Volk in ihrem Widerstand für Demokratie und Souveränität, für das Recht auf ein würdiges Leben, gegen die haitianische Oligarchie und gegen die Abhängigkeit von und Kontrolle durch den US-amerikanischen und französischen Imperialismus zu zeigen.

## III

### Aus Haiti

#### **Eine besondere Forderung an die imperialistischen Mächte**

Eine wichtige Forderung der haitianischen (revolutionären) Volksbewegung ist die Forderung nach Wiedergutmachung für die Plünderung und Kolonialisierung durch Frankreich und die Vereinigten Staaten.

Die gegenwärtige Situation Haitis als Nation und als Volk lässt sich zum Teil als Endergebnis des langen Kolonialisierungsprozesses erklären, der eine Folge der Verfestigung des modernen kapitalistischen Systems im Laufe des 19. Jahrhunderts war. Die Entwicklung des Kapitalismus und der Moderne erfolgte nicht nur auf Kosten der Ausbeutung der Arbeiter in den sogenannten „zentralen“ Ländern, sondern auch und vor allem durch die Versklavung ganzer Völker in den Kolonien, die Kontrolle ihrer Territorien und die Plünderung ihrer Ressourcen.

Die Folgen für das haitianische Volk, die durch die kolonialen und neokolonialen Mächte verursacht wurden, sind offensichtlich. Heute fordern sie, wie andere Völker in verschiedenen Regionen, zu Recht Wiedergutmachung, Rückgabe und Entschädigung für das, was ihnen geraubt wurde. Im Falle Haitis

kam in den letzten Jahren unter dem Banner der Vereinten Nationen noch die institutionelle Destabilisierung sowie die Einschleppung von Krankheiten wie Cholera hinzu.

Die Kommunistische Arbeiterpartei betrachtet diese Forderungen als unverzichtbaren Bestandteil des Kampfes für die nationale und soziale Befreiung unserer Völker und Nationen.

Wir unterstützen die Organisationen, die das haitianische Volk in dieser Forderung vertreten, da sie als Bestandteile einer nationalen Lösung der Krise dienen, die auf echte Unabhängigkeit, Souveränität und Demokratie hinarbeitet.

Unsere Völker und Nationen sind gezwungen, Optionen für den Zugang zu den materiellen Mitteln zu finden, die unseren eigenen Weg zur Entwicklung in Übereinstimmung mit unseren Besonderheiten, mit der nationalen Befreiung und dem Ideal des Sozialismus als zentraler Achse sichern. In Anbetracht dessen ist es unerlässlich, die Rückgabe dessen zu fordern, was von den kolonialistischen Eroberern von gestern und heute über einen langen Zeitraum angesammelt und gestohlen wurde.

Haiti ist ein gutes Beispiel für die Förderung strategischer Forderungen wie dieser in einem Befreiungsprojekt, da hier bekanntlich das größte koloniale Sklavenplantagen-Experiment unter allen Ländern stattfand, die Reinerträge an die kolonialistischen Metropolen transferierten.

Die US-Militärbesetzung zwischen 1915 und 1934, die Marionettenregierungen, Diktaturen und in jüngster Zeit Militärputsche, neue Interventionen und militärische Besetzungen verschiedener Art wurden vom US-Imperialismus mit Unterstützung der haitianischen und anderer Oligarchien der Region sowie der europäischen imperialistischen Mächte gefördert. Im 20. Jahrhundert bilden diese die lange Liste der Missstände, Unterdrückung und systematischen Ausbeutung, denen das haitianische Volk zum Opfer gefallen ist.

#### IV

Um die aktuelle Situation im Land zu erklären, müssen laut der haitianischen demokratischen und revolutionären Bewegung die folgende Faktoren berücksichtigt werden:

Es ist die neoliberale Politik unter der Kontrolle des IWF, der Weltbank und des US-Außenministeriums,

die die staatlichen Strukturen zerstört und eine ganze Reihe von öffentlichen Maßnahmen umgesetzt hat, die die Armut verschärfen und zu mehr Hunger und Arbeitslosigkeit im Land führen. In diesem Sinne sind die Bandenführer die legitimen Kinder des IWF und der imperialistischen Länder.

Der blutige Staatsstreich vom 30. September 1991 gegen eine in fairen Wahlen gewählte Regierung. Der Putsch vom Februar 2004, bei dem das Außenministerium den Drogenhändler Guy Philippe anheuerte, um Waffen und logistische Unterstützung von der dominikanischen Armee zu erhalten, um Jean Bertrand Aristide zum zweiten Mal zu stürzen. Der Wahlputsch, um Michel Joseph Martelly als legalen Räuber einzusetzen, der das politische System gangsterisierte, bis es dem PHTK-Regime mit voller Unterstützung des Außenministeriums gelang, alle demokratischen Institutionen zu zerstören.

Die Banden werden ständig mit Sturmgewehren und Munition versorgt, entweder direkt aus Miami oder über die Grenze.

Die jüngste multinationale Mission, die angeblich zum Zwecke der Friedenssicherung in das Land entsandt wurde, sieht eher wie ein Abkommen mit Kenia aus, um die imperialistischen Interessen in dieser Region Afrikas unter der Kontrolle des IWF zu verteidigen. Die haitianische und die kenianische Bevölkerung leiden gleichermaßen unter der Härte der IWF-Politik. Es ist klar, dass das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Kenia nicht dazu gedacht war, dem haitianischen Volk zu helfen (2021).

Zusätzlich zu den kriminellen Angriffen der Banden gegen die organisierte Volksbewegung hat die Aufstandsbekämpfung des Imperialismus in den letzten 10 bis 12 Jahren zu einem Prozess der Korruption der Volksorganisationen, der Kooptierung und Instrumentalisierung der Bewegung geführt. Insbesondere durch die Niederlassung einer Flut von NGOs aus den USA und Europa auf haitianischem Boden. Obwohl es ihnen gelang, sie von vielen ihrer wichtigsten Ziele abzulenken, konnten sie das organisierte Volk letztlich nicht aufhalten. Deshalb kann man sagen, dass die soziale Bewegung in Haiti zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch immer besteht. (Quelle: Haiti: Permanenter Widerstand angesichts einer endlosen Krise. Studie über die Auswirkungen der militärischen Besetzung in Haiti, Jubilee South Americas, 2023, 50 S.).

**V**

Angesichts der oben beschriebenen Situation umfasst die dringende Notwendigkeit der Solidarität mit den Arbeiter\*innen und der Bevölkerung Haitis unter anderem Folgendes:

Die Unterstützung der Organisation und des Widerstands der Arbeiter, des Volkes und der Linken, die mit allen Mitteln für eine nationale Lösung der Krise ohne imperialistische Bevormundung kämpfen, in der das Volk und seine Forderungen die Hauptakteure sind;

Die Anprangerung der Präsenz von Banden als Teil der Strategie der Herrschaft und Kontrolle, die von der haitianischen Oligarchie und den Regierungen in Absprache mit dem Imperialismus gegen das Volk und seine Organisationen umgesetzt wird;

In unserer Propaganda klarstellen, dass es inmitten der schwierigen Lage in Haiti eine zwar geschwächte, aber immer noch aktive Volksbewegung gibt, die täglich den Härten der Unsicherheit und der imperialistischen Offensive mit Dutzenden neuer Mega-Bergbauprojekte in verschiedenen Regionen des Landes Widerstand leistet. Diese Bergbauprojekte stellen eine neue Bedrohung für die Souveränität, die landwirtschaftliche Produktion und die Ernährungssicherheit dar.

Hervorheben, dass das Volk nie aufgehört hat zu kämpfen, auch heute noch, wo der Abbau vieler Bereiche des Staates, die institutionalisierte Gewalt und die Desinformation es der Mainstream-Presse ermöglichen, die falsche Vorstellung von einem „unlebensfähigen Land“ zu verbreiten. Die demokratischen und revolutionären Organisationen und Bewegungen Haitis haben Widerstand geleistet und leisten ihn weiterhin, entschlossen, um einen echten Wandel zu erreichen, der sich in Unabhängigkeit, Souveränität, partizipativer Demokratie und nationaler Befreiung ausdrücken wird.

Bezüglich der Dominikanischen Republik ist es die Pflicht unserer Partei und der demokratischen und revolutionären Bewegung, weiterhin die reaktionäre ideologische Voreingenommenheit der Migrationspolitik der dominikanischen Regierung gegenüber Arbeitsmigranten aus dem benachbarten Haiti aufzudecken und konkrete Solidaritätsinitiativen mit unseren Schwesterorganisationen in Haiti zu entwickeln, die den antiimperialistischen und antisystemischen Kampf auf beiden Seiten der Insel stärken wollen.

In strategischer Hinsicht „ist es unsere Pflicht, so viel wie möglich zur Entwicklung des revolutionären Kampfes in Haiti und zur Erlangung der Volkssouveränität durch das haitianische Volk beizutragen, so wie wir dies auch in unserem eigenen Land tun müssen, denn nur so kann eine Politik der guten Nachbarschaft, der Freundschaft und der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Nationen entstehen. In den Händen der Rechten werden weder Haiti noch die Dominikanische Republik Fortschritte oder nationale und Volkssouveränität erreichen. Dieses Ideal muss unser Handeln in Bezug auf das, was in unserem Land als „die haitianische Frage“ angesehen wird, leiten.“ (Salazar, M. A Word of Commitment, SD: Mediabyte, 2005: 337).

Um diese Aufgabe zu erfüllen, lässt sich die PCT von den Lehren des proletarischen Internationalismus im Laufe der Geschichte inspirieren. Wir stützen uns auf die Erfahrungen der gegenseitigen Solidarität, die zwischen dem haitianischen und dem dominikanischen Volk in verschiedenen Perioden ihrer Geschichte aufgebaut wurden, als sie einem gemeinsamen Feind gegenüberstanden: der kolonialen Herrschaft, Diktaturen und imperialistischer Unterdrückung auf beiden Seiten der Insel.

### **KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI (PCT)**

# ECUADOR

## Die Arbeit der Partei unter den Massen

von Pablo Miranda

**D**er historische Materialismus zeigt uns, dass die Geschichte das Werk der Volksmassen ist, und das Leben bestätigt es.

Das ABC des Marxismus-Leninismus lehrt uns, dass die Volksmassen, einschließlich der Arbeiterklasse, sich ihrer historischen Rolle nicht bewusst sind; sie bilden nicht spontan ihr politisches Bewusstsein. In ihrem Leben und ihrem Denken ist die Notwendigkeit von Veränderung, von sozialer Umgestaltung, von Sozialismus eine unterschwellige Tendenz, ein Wunsch. Politisches Bewusstsein ist jedoch eine Folge der organisierten und bewussten Arbeit politischer Parteien, im Falle der Arbeiterklasse der Tätigkeit der revolutionären Partei des Proletariats, der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei.

### **Die Beziehung zwischen der Partei und den Massen ist der Kern der kommunistischen Tätigkeit**

Im Laufe ihrer revolutionären Tätigkeit von mehr als dreißig Jahren hat unsere Partei danach gestrebt, nach diesen Grundprinzipien zu arbeiten.

Der wichtigste Teil ihrer Tätigkeit betraf die Arbeit mit der Arbeiterklasse und den anderen Volksmassen. In diesem Prozess hat sie wichtige Erfahrungen gesammelt, kleine und bedeutende Siege errungen, Fehler gemacht und Mängel aufgedeckt. All dies ist das revolutionäre Erbe der Partei, das uns auf dem aufsteigenden Weg zur Macht, im Prozess der Sammlung der revolutionären Kräfte, sehr nützlich ist.

Jetzt ist es notwendig, dass wir über unsere eigenen Erfahrungen nachdenken und Lehren ziehen, die es uns ermöglichen, schneller, tiefer und breiter voranzukommen. In dieser Tätigkeit, die bereits Teil der Geschichte der ecuadorianischen Revolution und natürlich Teil der Geschichte der Partei ist, haben wir eine revolutionäre Massenlinie herausgearbeitet und entwickelt.

Gestützt auf die universellen Prinzipien des Marxismus-Leninismus, auf die Erfahrungen von Schwesterparteien und anderer revolutionärer Prozesse und ausgehend von unseren eigenen Erfahrungen, der Sammlung der Kampftradition der Arbeiterklasse und der Völker Ecuadors, der Tätigkeit von Hun-

derten und Aberhunderten von Kommunisten und Revolutionären im ganzen Land und unter unterschiedlichen sozialen und politischen Bedingungen haben wir dieser Massenlinie Gestalt gegeben. Es handelt sich um eine Konzeption, eine Arbeitsweise der Partei, die unablässig bewahrt, bewertet und weiterentwickelt werden muss, damit sie zu einem mächtigen Werkzeug für die revolutionäre Arbeit wird.

Wir verfügen über bedeutende Erfahrungen. Seit den ersten Jahren der Partei sind wir in den Reihen der Arbeiterklasse und der Volksmassen tätig. Der Kampf der Kommunisten war nie von den Massen getrennt.

Diese Tatsache kennzeichnet einen wichtigen Unterschied zwischen den Marxisten-Leninisten und den Revisionisten, zwischen den proletarischen Revolutionären und den kleinbürgerlichen Revolutionären. Die Theorie und Praxis der ecuadorianischen Kommunisten hat immer die Vorstellung im Blick behalten, dass die Massen die Schöpfer der Geschichte sind.

Sicherlich haben wir im Laufe unserer Tätigkeit Fehler gemacht und haben Abweichungen erlebt.

### **Voluntarismus ist der Politik des Proletariats fremd**

Der Einfluss der Fokus-Theorie<sup>1</sup> in der Tätigkeit der Partei äußerte sich in Voluntarismus und Avantgardismus, die dazu neigten, uns von den Massen zu trennen. Das Studium des Marxismus-Leninismus, die Kenntnis der revolutionären Erfahrungen anderer Länder Lateinamerikas, Ecuadors, die Stolpersteine, die wir selbst gelegt haben, der ideologische Kampf und insbesondere die Proletarisierungskampagne, die wir in den Jahren 1968-70 durchgeführt haben, trugen wesentlich dazu bei, dass die Partei, ihre Führung und die Basis diese Abweichungen korrigieren und die revolutionären Prinzipien der Massenlinie in Theorie und Praxis aufnehmen konnten.

<sup>1</sup> Unter Fokustheorie versteht man ein voluntaristisches Revolutionskonzept, das auf Schriften des kubanischen Revolutionärs Che Guevara beruht. Von einem Fokus aus, dem Kern einer Gruppe entschlossener Revolutionäre, sollte die Revolution ausgehen.

### **Mitläufertum und Hoffnung auf den Wohlfahrtsstaat sind fremde Ideen**

Der Maoismus hatte auch Auswirkungen auf die Massenarbeit der Partei.

Eine Zeit lang betrachteten wir ecuadorianischen Kommunisten die Volksmassen als Träger großer Weisheit, wir sympathisierten mit ihrer katastrophalen Lage, und unsere Arbeit litt unter populistischen Wohlfahrts-Bekanntnissen. Zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Situationen drückte sich unsere „Proletarisierung“ darin aus, dass wir so lebten und materiell litten wie die Massen. In einigen Fällen nahm die Partei gegenüber den Massen eine Nachtrabposition ein. Die ideologische Aneignung des Marxismus-Leninismus, die bessere Kenntnis der Realität des Landes, die Fehler, die wir gemacht haben, und die Schwierigkeiten, mit denen wir konfrontiert waren, der ideologische Kampf und insbesondere der konsequente ideologische und politische Kampf gegen die sogenannten Mao-Tsetzung-Gedanken, ihre Entlarvung als revisionistische Strömung und die Abgrenzung trugen wesentlich zur Korrektur dieser Abweichungen bei.

Die Partei bekräftigte sich in proletarischen Konzepten, auch im Bereich der Massenarbeit.

Später machten wir weitere Fehler und litten unter anderen Abweichungen.

### **Die sozialdemokratische Tendenz steht im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus**

Eine Zeit lang führte uns unsere Verbindung mit dem Leben und Kampf der Massen in eine ökonomistische Praxis.

Die Tätigkeit der Kommunisten bestand hauptsächlich in der Organisation des Kampfes für wirtschaftliche Forderungen. Wir sammelten Erfahrungen, wir erlangten Führungsqualitäten, viele Genossen wurden hervorragende Volksführer, aber der Kampf der Massen blieb im Wesentlichen auf der Ebene des Kampfes für unmittelbare Ziele: Löhne, Stabilität, Land, soziale und politische Rechte usw. Diese nicht-proletarischen Ausprägungen im Denken und Handeln der Partei erreichten das Ausmaß einer Abweichung, einer Tendenz. Aufgrund ihrer Natur, ihrer Besonderheiten und Erscheinungsformen haben wir sie als „sozialdemokratische Tendenz“ charakterisiert. Die theoretisch-politische Klärung,

die bessere Kenntnis des Marxismus-Leninismus und die inneren ideologischen Kämpfe ermöglichen es uns im Wesentlichen, diesen bürgerlichen und kleinbürgerlichen ideologischen und politischen Erscheinungsformen entgegenzutreten, die sich gegen den Klassencharakter der Partei stellen und ihre Arbeit mit den Volksmassen verzerren. Der ideologische und politische Kampf gegen die sozialdemokratische Tendenz muss in Breite und Tiefe weiterentwickelt werden, indem ihre verschiedenen Facetten und Ausdrucksformen entlarvt und in die Schranken gewiesen werden, bis sie aus unserem Denken und Handeln verschwunden sind.

Wir haben uns mit den verschiedenen ideologischen Erscheinungsformen, die dem Proletariat fremd sind und in der Massenarbeit zum Ausdruck kommen, auseinandergesetzt und tun dies auch weiterhin.

### **Sektierertum führt dazu, uns von den Massen zu isolieren**

Das Sektierertum, das uns von den Massen trennen will, das behauptet, Kommunisten seien Besitzer der absoluten Wahrheit, das andere, die Volksmassen selbst, aber vor allem andere Volkskämpfer, einschließlich revolutionärer Organisationen, unterschätzt und damit die Arbeit für die Einheit des Volkes und der Revolution untergräbt, ist eine ideologische Abweichung, die wir bekämpft haben und die aus unserer Tätigkeit getilgt werden muss.

### **Bürokratismus behindert die revolutionäre Arbeit**

Bürokratismus ist ebenfalls eine Manifestation der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie, die dazu neigt, die Arbeit der Partei anzugreifen; an manchen Orten und zu manchen Zeiten wird er zur vorherrschenden Praxis. Bürokratismus trennt uns von den Massen, lähmt das Funktionieren der Massenorganisationen, verwandelt sie in Briefköpfe und isoliert ihre Beschlüsse von der Basis. Der Kampf gegen den Bürokratismus muss konsequent und dauerhaft geführt werden, jetzt im Kampf um die Macht und später im Kampf um den Erhalt der Macht.

### **Der kleinbürgerliche Revolutionarismus behindert die Verbindung der Partei mit den Massen**

Der kleinbürgerliche Revolutionarismus hat das Leben und die Tätigkeit der Partei beeinflusst und kommt natürlich auch in den Beziehungen zwischen der Partei und den Massen zum Ausdruck. Seine offensichtlichsten Erscheinungsformen sind Personenkult, autoritäres Auftreten und Selbstgenügsamkeit.

Die Kader, die die Massen führen, einschließlich der Kommunisten, die diese Verantwortung übernehmen, sind anfällig für kleinbürgerliche Einstellungen und Verhaltensweisen. Unter ihnen tritt häufig Karrierismus auf, der manchmal zu regelrechten Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft und die Rolle des Volksführers führt. Diese Kämpfe finden natürlich offen statt und ziehen die Kader und manchmal auch die Massen selbst mit hinein. In einigen Fällen war der kleinbürgerliche Personenkult eine der Ursachen für ideologische und politische Positionen, die im Widerspruch zum Wesen der Partei standen, und wurde sogar zu einer der Ursachen für fraktionistische Aktivitäten. Der Kampf gegen den Personenkult und Karrierismus muss in der Hitze der sozialen Praxis weiterentwickelt werden; er muss die Partei, aber auch die Aktivisten der Massenorganisationen und sogar die Massen selbst einbeziehen.

### **Populismus und Führerkult sind antimarxistische Konzepte und Praktiken**

Wir haben uns heute eine wichtige Rolle in der ecuadorianischen Gesellschaft erobert, indem wir uns am sozialen und politischen Leben der Massen beteiligen und aktiv an der Politik des Landes mitwirken.

Beträchtliche Teile der Bevölkerung Ecuadors sehen in uns ihre treuen Freunde, ihre Organisatoren und Führer; unsere politischen Vorschläge werden von wichtigen Teilen der Volksmassen begrüßt und übernommen. Unsere Beteiligung an der Alternativa Popular (Volksalternative) im Bündnis mit der MPD<sup>2</sup> (Volksdemokratische Bewegung) wird von mehr als 250.000 Wählern unterstützt. Der Klassenfeind hat uns als seine Hauptkritiker identifiziert und bekämpft

<sup>2</sup> Die MPD wurde während der Regierung von Rafael Correa willkürlich verboten; dieser Platz wird nun von der Unidad Popular eingenommen.

uns; er macht uns für alle Aktionen des Volkes und der Revolutionäre verantwortlich; er beschuldigt uns, Extremisten, Terroristen usw. zu sein.

All dies zeigt, dass der politische Einfluss unserer Tätigkeit sehr wichtig ist, aber die Realität bringt auch gravierende Mängel und Grenzen zutage. Der wichtigste Mangel davon ist, dass unsere Organisation noch klein ist; sie wächst nicht, sie entwickelt sich nicht entsprechend ihrem ideologischen und politischen Einfluss und ihrer Tätigkeit. Dies ist Ausdruck eines ernsthaften ideologischen und politischen Problems.

In der sozialen Praxis fördern wir Kommunisten das Handeln, den direkten Kampf der Massen mit ihren konkreten und strategischen Feinden. Wir sind konsequente Verfechter der Organisation und des Volkskampfes, und deshalb unterstützt das Volk unsere Vorschläge, begrüßt sie und macht sich unsere Politik zu eigen. In dieser Tätigkeit bemühen wir uns, die Arbeiterklasse und das Volk auf dem Weg des Kampfes im Sinne der Volksmacht und des Sozialismus zu erziehen. In jüngster Zeit haben wir sogar beharrlich daran gearbeitet, die führende Rolle der Massen in ihrer Organisation und ihrem Kampf hervorzuheben. Aber es ist offensichtlich, dass wir unsere Tätigkeit für die Parteiorganisation, die Arbeit zur Gewinnung der besten Volkskämpfer für die Reihen der marxistisch-leninistischen Partei, die Arbeit zur Ausbildung und Entwicklung neuer und zahlreicher proletarischer revolutionärer Kader vernachlässigt und auf eine untergeordnete Ebene verwiesen haben. Dies sind Manifestationen von Populismus und Caudillismus.

Populismus innerhalb der Kommunistischen Partei drückt sich in ihrer Arbeit mit den Massen in einer Unterschätzung des Parteaufbaus aus. Die Massen können von Persönlichkeiten, von Caudillos geführt werden. Die auf diese Weise geleistete Arbeit führt dazu, dass der Führer von den Massen anerkannt wird, dass er ihren Beifall und ihre Zuneigung, ihr Vertrauen, ihr Lob und ihre Verehrung erhält. Der Kommunist, der öffentliche Arbeit leistet und Gegenstand dieser Anerkennung ist, wird eingebildet, selbstgenügsam, manchmal autoritär. Aus diesem Grund gehen Populismus und Caudillismus Hand in Hand; sie sind kleinbürgerliche ideologische Abweichungen, die uns ernsthaft schaden, und es ist notwendig, sie aus unserem Denken und aus der revolutionären Tätigkeit zu tilgen.

Diese der proletarischen Ideologie und Politik fremden Erscheinungsformen können zu einer Konzeption werden. Derzeit befinden sie sich auf der Ebene einer Tendenz und müssen und können bekämpft und besiegt werden. Damit dies geschieht, ist vor allem die Festigung der Partei und ihrer Mitglieder in der proletarischen Ideologie, in der materialistischen Geschichtsauffassung, in der Rolle der Massen und des Einzelnen, in der Rolle der Partei, der ideologische Kampf zur Entlarvung dieser Auffassungen und Praktiken und die aktive Teilnahme am revolutionären Kampf unter Einhaltung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus erforderlich.

### **Für eine revolutionäre Massenlinie**

Die Beziehung zwischen der Partei und den Massen ist der Schlüssel zur Organisation der Revolution. Die Formen, Methoden und Aktionen der Massen und der Partei selbst, ihre unmittelbaren Ergebnisse und Perspektiven sind Teil der revolutionären Massenlinie.

Wenn wir sagen, dass die Partei eine reiche Tradition in ihrer Beziehung zur Arbeiterklasse und den Massen des Volkes hat, beziehen wir uns auf historische Erfahrungen, auf die erzielten Erfolge. Obwohl diese nur wenige und begrenzt sind, haben sie in ihrer Summe eine wichtige Bedeutung. Wir beziehen uns auch auf die Höhen und Tiefen, die Missverständnisse, die unzureichende Aneignung des Marxismus-Leninismus, die ideologischen und politischen Fehler und Abweichungen. Wir haben diese kurz erwähnt, und trotz ihrer Größe und Bedeutung haben sie weder den Klassencharakter der Partei verändert noch sie von den Massen getrennt, die der Grund für ihre Existenz sind.

Eines ist klar: Die marxistisch-leninistische kommunistische Partei hat stets danach gestrebt, ihr Leben und ihre Tätigkeit nach dem Prinzip des Klassenkampfes auszurichten. Aus dieser Arbeit heraus hat uns der Prozess der Sammlung revolutionärer Kräfte wichtige Positionen verschafft, die wir verteidigen, festigen und ausbauen müssen. Diese Aufgabe kann durch die Stärkung einer ihrer wichtigsten Säulen, der Beziehung zwischen der Partei und den Massen, erreicht werden.

Die Beziehung zwischen Partei und Massen kommt in der Konzeption und Praxis der revolutionären Massenlinie zum Ausdruck.

## Massen, Partei, Führer

Die erste Frage betrifft die Auffassung der Partei über die Rolle der Massen und des Individuums in der Geschichte.

Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, und das Leben hat es über Jahrhunderte hinweg bestätigt, dass der Produktionsprozess und damit der soziale und materielle Fortschritt, die wissenschaftliche Forschung und das Experimentieren, die Veränderungen, die sozialen Umwälzungen das Werk der Massen sind. Es sind die Menschen als soziale Einheit, die für die historische Entwicklung verantwortlich sind.

Die Geschichte der Menschheit seit dem Entstehen des Privateigentums und der sozialen Klassen ist die Geschichte des Klassenkampfes. Die Konfrontation und der Kampf zwischen den antagonistischen Klassen in der Gesellschaft bestimmen die soziale und materielle Entwicklung, den Fortschritt.

In der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen führt der Klassenkampf notwendigerweise zur Diktatur des Proletariats.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist das Proletariat die konsequenteste und revolutionärste aller ausgebeuteten Klassen. Es ist die Klasse, die im Zentrum dieser Epoche steht, die durch ihre Rolle in der Produktion und in der wissenschaftlichen Forschung, durch ihre Rolle in der Gesellschaft, durch ihre Organisation und ihre soziale Praxis, durch ihre historische und politische Erfahrung die gegenwärtigen Interessen aller ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und sozialen Schichten vertritt. Sie führt sie zu ihrer endgültigen Lösung, weil ihre eigene Befreiung nicht vollständig verwirklicht werden kann, wenn nicht alle Ausgebeuteten befreit sind, kurz gesagt, wenn nicht die gesamte Menschheit befreit ist. Die werktätigen Klassen bilden die Volksmassen, die vom Imperialismus als System unterworfen sind.

Die soziale und nationale Befreiung muss das Werk der Volksmassen, der unterdrückten Völker und Nationen sein. Sie sind die Protagonisten, die Akteure. Wie Marx und Engels es zusammenfassten, muss „die Befreiung der Arbeiter das Werk der Arbeiter sein“.

Um sich zu organisieren und für ihre Befreiung zu kämpfen, brauchen die Volksmassen Führer, Erzieher, Organisatoren, Anführer. Die Führer der Klassen sind je nach den Zielen, die sie antreiben, unterschiedlicher Natur. Für den politischen Kampf, den

Kampf für Veränderung, für die Macht, sind diese Organisatoren in der marxistisch-leninistischen kommunistischen Partei konzentriert.

Die politische Partei der Arbeiterklasse spielt eine entscheidende Rolle im revolutionären Prozess. Dies zeigt sich allgemein in der Aufgabe, den wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiter- und Volksbewegung zu verschmelzen. Das bedeutet, eine revolutionäre Politik auszuarbeiten und sie den Massen zur Verwirklichung zu vermitteln.

Die Volksmassen können ohne eine richtige revolutionäre Politik trotz ihres Heroismus und ihrer Kampfbereitschaft ihre strategischen Ziele nicht erreichen. Sie können kämpfen, Schicksalsschläge erleiden, sogar wichtige Erfolge erzielen, aber das Endziel ihrer sozialen und nationalen Befreiung wird nicht erreicht werden. Damit dies geschieht, brauchen sie die Partei.

Die Partei ist eine politische Organisation. Die marxistisch-leninistische Partei ist ein einzigartiges Organisationssystem. Sie handelt als Ganzes, mit einer einzigen Linie, unter einer einzigen Führung, mit großer Einheit des Denkens und Willens. Jede der Parteiorganisationen besteht aus Menschen.

Die Volksmassen sind Ausdruck von Millionen von Menschen, die arbeiten, träumen, denken, Interessen haben, sich organisieren und kämpfen.

Die Rolle des Individuums in der Geschichte ist eine Frage, die der historische Materialismus in bemerkenswerter Weise berücksichtigt und gewichtet. Menschen als soziale Wesen handeln aus materiellen Interessen heraus. Das Streben nach diesen Interessen veranlasst sie, Positionen gegenüber anderen Menschen einzunehmen. In der Klassengesellschaft identifizieren Menschen derselben Klasse ihre Interessen miteinander, sie schließen sich zusammen, kämpfen gegen dieselben Feinde und verfolgen ähnliche Interessen.

Individuell betrachtet bringen die Menschen die Interessen ihrer Gruppe in ihren Vorstellungen und Handlungen zum Ausdruck.

Menschen haben an dem Ort, den sie in der Produktion einnehmen, sowie in den Beziehungen untereinander, zwischen sozialen Klassen und zwischen Menschen, individuelle Eigenschaften, die sie auszeichnen. Persönliche Eigenschaften und Fähigkeiten machen sie zu sozial nützlichen Wesen. Auf diese Weise entstehen in der sozialen Praxis technische und wissenschaftliche Kader, politische Kader,

Organisatoren und Führer.

Die soziale Revolution des Proletariats hat einen großen kollektiven Anführer, einen Organisator, Erzieher, Agitator, einen politischen und militärischen Leiter. Das ist die Kommunistische Partei. Die revolutionäre Partei des Proletariats ist eine Form und ein Inhalt. Sie besteht aus Männern und Frauen, die ihre Konzepte übernommen haben und für deren Umsetzung kämpfen. Jedes Parteiorgan verkörpert in seinem Bereich alle Eigenschaften und übernimmt alle Aufgaben der Partei.

Jeder Militante ist in seinem Leben, Denken und Handeln die Partei, er ist Ausdruck einer philosophischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Konzeption, er ist die Praxis eines revolutionären Standpunktes.

Wir Kommunisten schätzen den Menschen, den Einzelnen, in hohem Maße. Als Teil der Gesellschaft leistet er seinen Beitrag zur historischen Entwicklung.

Das Individuum, das sich seiner Rolle bewusst ist, von der Ideologie der Arbeiterklasse durchdrungen ist, seine Politik beherrscht und sich dem Marxismus-Leninismus verschrieben hat, ist der militante, kommunistische, aufopferungsvolle Kämpfer für die Sache der Revolution und des Sozialismus. Als Kommunist, als proletarischer Revolutionär ist der Einzelne ein unverzichtbarer Teil des revolutionären Prozesses, er ist Organisator, Leiter, Führer.

Die Kommunistische Partei arbeitet daran, zahlreiche Kader, hervorragende Führer der Volksmassen, mutige Volksvertreter, energische Führer, Männer und Frauen heranzubilden, die eine herausragende Rolle im sozialen Kampf spielen, die durch ihre Haltung und ihr Handeln andere Kämpfer um sich scharen und die Achtung und Zuneigung der Massen gewinnen werden. Kurz gesagt, wir arbeiten daran, neue und zahlreiche revolutionäre Führer heranzubilden.

Massen, Partei und Führer bilden eine Einheit, einen einzigen Willen, eine revolutionäre soziale Praxis.

### **Die Politik der Partei zu den breiten Massen bringen**

Eine zweite Frage betrifft die Frage, wie die Partei mit ihrer Politik die Massen erreichen kann. Wenn wir bedenken, dass die Revolution eine historische Notwendigkeit ist, dass der Wunsch nach Veränderung, die revolutionäre Tendenz zum Sozialismus

in der Arbeiterklasse und den Volksmassen latent vorhanden sind, wenn wir bedenken, dass die Partei eine revolutionäre politische Linie ausgearbeitet hat, die sich am Marxismus-Leninismus orientiert, den materiellen Bedingungen der heutigen ecuadorianischen Gesellschaft entspricht und die allgemeinen Leitlinien für die Organisation der Revolution festlegt, dann ist das Wichtigste, wie die Partei diese Leitlinien, diese strategischen Orientierungen in der aktuellen sozialen und politischen Realität, in einer komplexen und sich rasch verändernden Realität, umsetzen kann. Das heißt, wie man jeden Tag Politik macht, eine Politik, die den Problemen der Situation dient, aber strategische Ziele vor Augen hat, nämlich die Erlangung der Macht.

In diesem Prozess hat die Partei wichtige Erfahrungen gesammelt; sie ist in der Lage, ihre politische Linie zu erneuern, und sie muss dies mit größerem Geschick und besserer Gelegenheit tun.

Das zentrale Ziel der Partei ist es, die Revolution zu organisieren, und dazu muss sie für die Arbeiterklasse, aber auch für das gesamte Volk sprechen. Sie muss sich mit allen Mitteln an die Öffentlichkeit wenden. Sie muss Ausdruck jedes einzelnen Führers der Massen, der Gewerkschaften und politischen Organisationen, der natürlichen Kader der Massen, der Führer der Gewerkschaftsbasis und der nationalen Gewerkschaftszentrale, des Präsidenten und des nationalen Führers der Föderation, der Sprecher der Partei, der Jugend usw. sein. Sie alle müssen über dieselben Themen sprechen, und sie müssen dies alle im gleichen Sinne tun, mit ihren Besonderheiten, mit ihrem Stil, unter Berücksichtigung ihrer Gesprächspartner. Dies ist eine allgemeine politische Orientierung, die die Menschen gleichzeitig aus verschiedenen Blickwinkeln, in verschiedenen Sprachen und unter Einsatz aller Medien, ihrer eigenen und der Massenmedien, des Rundfunks, der Presse und des Fernsehens, erreicht. Auf diese Weise bieten wir eine Alternative zu den Schwierigkeiten, die durch die hohen Kosten der politischen Propaganda entstehen.

Wir werden an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten in großer Zahl präsent sein und bedeutende Teile der Massen erreichen.

Unser Standpunkt ist nicht nur eine Meinung, sondern vor allem eine Orientierung, eine politische Herangehensweise, die von den arbeitenden Massen in Aktion, in Kampf umgesetzt werden muss. Daher

ist es nur ein Teil der revolutionären Tätigkeit, unsere Stimme vor der gesamten Gesellschaft zu erheben und sie mit unseren Vorschlägen aufzurütteln. Wir müssen unsere Anstrengungen auf die sozialen Sektoren konzentrieren, mit denen wir arbeiten, auf die Basis der Massenorganisationen, in denen wir Führungsverantwortung tragen. Wir müssen die Politik der Partei den Massen anhand ihrer Probleme und Bestrebungen näherbringen.

### **Der Volkskampf stärkt die revolutionäre Massenbewegung**

Die Organisation der Revolution ist eine tägliche Aufgabe und kommt in der Propaganda, in der politischen Bildung und im Kampf der Massen unter der Führung der Kommunisten zum Ausdruck. Die konkreten politischen oder wirtschaftlichen Programme, die wir ausarbeiten, stehen in direktem Zusammenhang mit den Problemen und Bestrebungen der Massen und der autoritären und repressiven Haltung des Klassenfeindes. Wenn er sich im Kampf ausdrückt und den konkreten Feinden der Massen gegenübersteht, wird er zu einer Schule der politischen Bildung, zu einer Probe für den bevorstehenden Machtkampf und trägt zur Schmiedung der revolutionären Bewegung der Massen bei.

Wenn wir Kommunisten in diesem konkreten Kampf die Massen aufklären, indem wir ihnen den Klassencharakter ihrer Feinde aufzeigen, die Notwendigkeit der Einheit der Ausgebeuteten im Kampf gegen die Ausbeuter zeigen; dass die endgültige Lösung der Probleme und Bedürfnisse nur durch die Ergreifung der Volksmacht erreicht werden kann; wenn wir die Partei propagieren, wenn wir die Massen für ihre allgemeine Politik gewinnen, wenn wir den Kampf nutzen, um die herausragenden Kämpfer des Volkes in die Reihen der Partei zu holen, wenn wir Selbstverteidigung organisieren, dann machen wir diesen besonderen Kampf zu einer revolutionären Schlacht, zu einem Schritt vorwärts im Prozess der Akkumulation revolutionärer Kräfte. Dann organisieren wir tatsächlich die Revolution. Wenn wir dies in jedem einzelnen Kampf tun, wenn wir es auf die allgemeinen Kämpfe übertragen, wenn wir uns auf nationaler Ebene zeigen, wird unser Vormarsch nachhaltiger sein.

### **Rehabilitierung der Politik, Organisation und Kader der Partei**

Seit einiger Zeit bestehen wir darauf, unser Gesicht zu zeigen, die Verantwortung für den Kampf zu übernehmen, sogar für die Ausschreitungen der Massen. Dies hängt mit der Entscheidung zusammen, Manifestationen der sozialdemokratischen Tendenz zu überwinden, die uns in den Kampf um wirtschaftliche Forderungen einsperren will, die sich um die materiellen Ergebnisse konkreter Aktionen zum Nachteil des allgemeinen politischen Kampfes kümmert, die versucht, die Präsenz der Kommunisten zu verbergen, angeblich um die Massen nicht zu erschrecken und den Feind nicht zu alarmieren.

Diese Entscheidung entspricht auch der politischen Notwendigkeit, Kräfte zu sammeln, die Zuneigung, den Respekt und das Vertrauen der Massen für die Kräfte der Revolution zu gewinnen, eine Phase des politischen Lebens des Landes zu überwinden, in der die Revolutionäre, die Kommunisten, kämpften und starben, während es die Sozialdemokratie, also die damalige bürgerliche Opposition, war, die sich mit der Unzufriedenheit und dem Unmut des Volkes erhob.

Wenn wir in der Führung darauf bestehen, unser Gesicht zu zeigen, berücksichtigen wir die Notwendigkeit und Aufgabe, die Politik der Partei, der revolutionären sozialen und politischen Organisationen und der Genossen, die die Rolle öffentlicher Führer der Massen erfüllen, zu verbreiten.

Die Beziehung zwischen der Partei und den Massen kommt im Wesentlichen in der Verbindung jedes Kommunisten mit einem Teil der Massen zum Ausdruck. Die Arbeit der Militanten, ihre Beharrlichkeit und Selbstlosigkeit, ihre Fähigkeiten und Initiativen, ihre Übereinstimmung mit den Interessen des Volkes machen sie zu politischen Bezugspunkten, Organisatoren und Führern der Massen, zu Vorbildern für die übrigen Volkskämpfer, zum Ausdruck dessen, was der neue Mensch sein wird, der Mensch der Revolution und des Sozialismus.

Die Organisation und der Kampf der Massen erfordern konkrete Politiken, sie erfordern auch die Tätigkeit konkreter Akteure.

Wir Kommunisten müssen uns mit den Interessen der Massen, mit ihren fortschrittlichsten Schichten identifizieren können.

Wir müssen beharrlich daran arbeiten, ihnen die Politik der Partei näherzubringen.

### **Debatten und Beratung an der Basis betonen die entscheidende Rolle der Massen**

Die Erfahrungen der letzten Jahre fördern die Diskussion unter den Massen über ihre Probleme und Ziele, über ihre Sicht auf die konkrete Situation, über nationale Fragen, ihre Ansichten darüber, wie diese angegangen und gelöst werden können, usw. Die Arbeit der Kommunisten, die Massen dazu zu bringen, in offener Debatte zu entscheiden, was zu tun ist und wie es zu tun ist, und den Entschluss zu fassen, gemeinsam für die Umsetzung dieser Entscheidungen zu arbeiten, bedeutet in der Tat, dass die Massen bewusste Protagonisten ihres Handelns, des Kampfes zur Lösung ihrer Probleme und der revolutionären politischen Tätigkeit sind, die sie entfalten.

Andererseits schafft es die Praxis der Kommunisten, die Führungsaufgaben in den Massenorganisationen wahrnehmen, alle Entscheidungen mit der Basis zu beraten, eine enge Beziehung zwischen der Führung und der Basis aufrechtzuerhalten, ihre Meinung und Vorschläge einzuholen und ihren Anliegen und Forderungen Gehör zu schenken, eine neue Art von Gewerkschaft und Massenorganisation. Sie markiert eine Trennlinie zwischen der Arbeit der Kommunisten und der Gewerkschaftsführung; sie stellt die gegensätzlichen Positionen der Kommunisten und der Gewerkschaftsbürokraten und anderer Opportunisten und Revisionisten klar heraus.

### **Rechenschaft ablegen bestätigt unsere Arbeit mit den Massen**

Rechenschaft ablegen ist eine weitere Orientierung für die revolutionäre Massenarbeit. Es geht um die Partei als solche, um die revolutionären Kräfte selbst als organisatorische und politische Einheiten, um die Massenorganisationen, für die wir Marxisten-Leninisten Verantwortung tragen. Sie müssen detaillierte Informationen über ihre politische Verwaltung, ihre täglichen Aktivitäten, ihre Verantwortlichkeiten und den Umgang mit materiellen Fragen geben; sie müssen dies regelmäßig tun, es zu einer regelmäßigen Praxis machen, zu einem Teil ihres Arbeitsstils.

Es geht auch darum, dass diese Praxis von den Kommunisten und Revolutionären, von den Linken und Demokraten, die persönlich mit uns zusammenarbeiten, durchgeführt wird. Die Kader müssen zu den Massen gehen, um Rechenschaft über ihre Aufgaben abzulegen, um das Mandat ihrer Wähler zu erhalten, um die ideologische, politische und organisatorische Beziehung der Partei zu den Massen zu erneuern. Rechenschaft ablegen ist eine revolutionäre Verpflichtung, die sich in erster Linie an den Massenbereich richtet, in dem wir arbeiten, und die direkt durch physischen Kontakt an den Orten, an denen die Massen ihre Aktivitäten ausüben, wahrgenommen wird, aber es ist auch eine Rechenschaftslegung, die gegenüber allen revolutionären Klassen und sozialen Schichten, gegenüber der öffentlichen Meinung erfüllt wird.

Diese Praxis gewährleistet eine enge Verbindung zu den Massen, trägt zu ihrer politischen Bildung bei und hebt ihre entscheidende Rolle in Aktionen hervor.

Die sozialen Bereiche, mit denen wir nach diesen Leitlinien gearbeitet haben, bilden sich politisch weiter und übernehmen ihre Rolle im Prozess der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft. Die Partei entwickelt einen revolutionären Arbeitsstil, in dem die Meinung und die Arbeit der Massen, aber auch die Tätigkeit der Revolutionäre, der Kommunisten, zählen.

Diese Praktiken haben mit der Notwendigkeit zu tun, Bürokratismus und Sektierertum zu überwinden und zu bekämpfen. Durch ihre Beharrlichkeit wird es möglich, diese Laster der kleinbürgerlichen Ideologie, die der revolutionären Tätigkeit großen Schaden zufügen, ideologisch und politisch zu bekämpfen.

Die Ausarbeitung der Kampfparolen, ihre Verbreitung unter den direkt am Kampf interessierten Massen, die beharrliche Arbeit zur Stärkung der Gewerkschaften oder Massenorganisationen, die Durchführung der ökonomischen und politischen Aktionen, des Kampfes der Massen sind Teil der sozialen Bewegung.

### **Die politische Erziehung der Massen: eine grundlegende Aufgabe der Kommunisten**

In der Realität entwickeln sich diese Aktivitäten sporadisch in der Arbeiterklasse und der Bauern-

schaft, unter den Bewohnern der Arbeiterviertel, unter den Lehrern und Jugendlichen, und sie sind wichtig, aber sie reichen nicht aus, um ihr den Charakter einer revolutionären Massenbewegung zu verleihen.

Damit dies geschieht, damit der Kampf der Volksmassen Teil des revolutionären Prozesses wird, ist es notwendig, dass die Massen ihr Verständnis vom Klassencharakter ihrer Feinde schärfen, die Notwendigkeit des Kampfes um die Macht begreifen, ihre gegenwärtige Stärke und ihr Potenzial erkennen, ihre wahren Freunde identifizieren und die Führung der Partei und ihrer Kräfte akzeptieren.

Diese Situation lässt sich nicht per Dekret erreichen; sie ist das Ergebnis beharrlicher revolutionärer Propaganda, politischer Aufklärung und der Aktion der Massen selbst, die zur besten Schule werden.

Die Massen lernen in Zeiten des Kampfes, inmitten des Sturms der Klassenkämpfe, was sie in Dutzenden von Jahren nicht sehen konnten, was ihnen die Kommunisten in Monaten und Monaten der Tätigkeit erklärt haben. Dieses Lernen, das aus der Erfahrung, aus der Lebenserfahrung der Massen stammt, muss verarbeitet, rationalisiert, abstrahiert, als Lehre verarbeitet und in das Erbe des Volkes überführt werden.

Die Erkenntnistheorie lehrt uns, dass die Sinneswahrnehmung die erste Stufe des Prozesses ist; eine zweite Stufe ist das rationale Verstehen, die Verarbeitung von Informationen, ihre Umwandlung in Begriffe, Ideen; und eine dritte Stufe ist die Überprüfung in der sozialen Praxis und dann eine neue Arbeit der Rationalisierung und Praxis. Es handelt sich also um einen Prozess, der sich spiralförmig entfaltet, in der Anhäufung von Wissen.

In dieser Tätigkeit des Verstehens und der Verarbeitung der eigenen Erfahrungen durch die Massen müssen die Kommunisten eine führende Rolle spielen. Aufgrund unserer philosophischen Konzeption, aufgrund unseres globalen Verständnisses der Dinge, aufgrund der Führung durch den Marxismus-Leninismus sind wir in der Lage, den Massen bei der Aneignung ihres politischen Bewusstseins, bei der Erkenntnis und Bewältigung ihrer Aufgaben und Pflichten zu helfen.

Der soziale, wirtschaftliche und politische Kampf findet nicht jeden Tag statt. Streiks und Mobilisierungen der Massen können nicht willkürlich organisiert werden; sie sind immer Teil eines Prozesses

in einem konkreten Kontext. Das bedeutet, dass es Phasen gibt, manchmal mehr oder weniger lange, in denen die Massen keine direkten Kämpfe für ihre Rechte führen.

In solchen Zeiten dürfen wir Kommunisten nicht untätig bleiben; wir müssen verstehen, dass jeden Tag, zu jeder Zeit und an jedem Ort eine scharfe ideologische Auseinandersetzung zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, zwischen den Oligarchien und dem Volk stattfindet. Die herrschenden Klassen kämpfen darum, ihre Ideen, ihr Denksystem, ihre Weltanschauung, ihre Lebensweise durchzusetzen, und wenn die Volksmassen wehrlos sind und ihrem Schicksal überlassen bleiben, werden sie getäuscht. Die Bourgeoisie wird ihre wirtschaftliche und politische Herrschaft ideologisch legitimieren.

Diese Situation und vor allem unsere Verpflichtung, die Revolution zu jeder Zeit und in jeder Situation zu organisieren, erlegt uns die Aufgabe auf, die Massen politisch zu schulen, und zwar dauerhaft und unter Einsatz aller uns zur Verfügung stehenden Mittel. Wir müssen ständig Debatten und Beratungen durchführen, um die führende Rolle der Massen hervorzuheben, Erfahrungen bei ihrer Anwendung zu sammeln und Initiativen für ihre Entwicklung zu erarbeiten. Wir müssen auch den Dialog zwischen der Partei und den Massen durch Gespräche, runde Tische und Podiumsdiskussionen verallgemeinern. Wir müssen darauf bestehen, Studienkreise zur Zeitung *En Marcha* zu organisieren und spezifische Propaganda der Parteizelle oder des Parteikomitees zu entwickeln, die sich an ihren sozialen Sektor richtet. Plakate, Wandzeitungen usw. müssen etabliert werden.

Wir haben auf die Methodik, den kommunistischen Stil der Erziehung der Massen hingewiesen. Nun müssen wir auf den Inhalt dieser Erziehung eingehen.

Mit den unterschiedlichsten Mitteln müssen wir mit den Massen über die politischen Probleme der Gegenwart diskutieren, Probleme, die mit der Tätigkeit der herrschenden Klassen, der Bourgeoisie in der Regierung und derjenigen, die die Rolle der Opposition spielt, zu tun haben. Wir müssen alle Fakten nutzen, die den reaktionären, volksfeindlichen und antinationalen Charakter der Oligarchien, ihren moralischen Verfall und die Korruption, in der sie versunken sind, aufdecken.

Wir müssen mit den Massen über die Aktionen, Mo-

bilisierungen und Kämpfe sprechen, die andere soziale Sektoren entwickeln, über die Siege des Volkes, aber auch über die Niederlagen. Wir müssen auf die internationale Lage eingehen, auf die großen Probleme, die die allgemeine Krise des Systems offenbaren, auf den Kampf des internationalen Proletariats und der Völker, auf die Aktionen der Revolutionäre und Kommunisten in anderen Gebieten.

Wenn wir beharrlich auf diese Weise arbeiten, werden wir die Politisierung der Massen fördern, sie dazu bringen, revolutionäre politische Positionen einzunehmen, die Rolle unserer Genossen anzuerkennen, die Vorschläge der Partei anzunehmen, sie sich zu eigen zu machen und für sie zu kämpfen.

Die Arbeit zur Politisierung der Massen muss permanent durchgeführt werden, aber wir müssen darauf achten, die Politik, ihre Diskussion, ihr Verständnis und ihre Praxis mit den strategischen Zielen der Partei, mit dem Wandel, mit der Revolution, mit dem Einsatz revolutionärer Gewalt, mit der Macht des Volkes, mit dem Sozialismus zu verbinden. Wir müssen daran arbeiten, dass die Massen ihre Rolle im revolutionären Prozess verstehen, sich ihm bewusst anschließen und die Führung der Partei akzeptieren und anerkennen. Das heißt, um einen revolutionären Charakter und revolutionäre Ziele zu haben, muss die Politisierung der Massen durch die ideologische Offensive der strategischen Vorschläge der Partei ergänzt werden.

### **Die Führung der Revolutionäre muss den Populismus und autoritären Führerkult in der Organisation und dem Kampf der Massen bekämpfen**

Lange Zeit waren die ecuadorianischen Volksmassen größtenteils vom Populismus und autoritären Führerkult gefangen.

Von Velasco Ibarra bis heute haben verschiedene bürgerliche Caudillos nacheinander mit Versprechungen der Erlösung das Volk getäuscht und als Wähler gewonnen. Dieses Phänomen ist vor allem in der städtischen Kleinbourgeoisie und im Halbproletariat zu beobachten, zeigt sich aber auch auf dem Land und sogar in der Arbeiterklasse. Wahlinitiativen wurden um einige lokale und nationale Persönlichkeiten organisiert, manchmal aus der Kleinbourgeoisie, aus Familienclans oder politischen Parteien. Kein Caudillo oder bürgerlicher Populist

hat versucht, geschweige denn geschafft, die Massen um ein politisches Programm oder Modell zu mobilisieren; alle haben nur eine Wahlklientel angesprochen und damit weitgehend Erfolg gehabt. Man denke nur an die großartigen Wahlergebnisse und die Skepsis und Enttäuschung der Massen wenige Monate später.

Einerseits zeigen diese Tatsachen den Wunsch der Volksmassen nach Veränderung, da sie sich um den Vorschlag und die Persönlichkeit scharen, die ihnen am klarsten und direktesten eine Lösung für ihre spezifischen Probleme, für ihre Situation der Armut, anbietet. Andererseits zeigen sie die politische Rückständigkeit der Massen, denen es nicht gelingt, im Caudillo (autoritärer Führer), im Messias, einen ihrer Feinde, einen der Vertreter der Oligarchien zu erkennen.

In der Politik gibt es in unserem Land das Phänomen des Caudillismus und Populismus. Die politische Arbeit der Partei mit den Massen berücksichtigt diese Realität und zielt darauf ab, die Führung der Massen zu gewinnen. Unsere Erfahrung zeigt, dass die Partei und ihre Kräfte eine politische Alternative aufbauen, die die Arbeiter der Stadt und des Landes, die Lehrer, die Armen der Städte und die Jugend in beträchtlicher Zahl einbezieht.

Dies kommt in den Gewerkschaften, politischen Vereinigungen und Organisationen, im Kampf der organisierten Volksschichten, in den Straßenaktionen, im direkten Kampf der Jugend zum Ausdruck. Es zeigt sich in den Ergebnissen unserer Wahlbeteiligung, in den Positionen, die wir in den Kommunalverwaltungen, in den Gemeinderäten und Provinzräten, im bürgerlichen Parlament errungen haben. Das Leben zeigt mit Fakten, dass es um die Führung einer politischen Alternative, einer Organisation geht. Der große Führer ist die Partei; sie ist ein kollektiver Führer.

Die Erfahrung zeigt uns auch deutlich die Rolle der Genossen in verschiedenen Bereichen, in den Gewerkschaften, Vereinigungen, Nachbarschaften, Kommunen, aber auch in der Provinz- und Landesführung und bei der Teilnahme an den Wahlen. In unseren Reihen gibt es Genossen und Freunde, die sich als Organisatoren, als Führer der Massen hervorheben, die sich die Zuneigung, das Vertrauen und den Respekt der Massen verdienen und die sich zu Volksführern entwickeln. Sie sind Teil unseres revolutionären Erbes. Wir müssen daran ar-

beiten, ihre Fähigkeiten zu fördern, ihre Arbeit zu stärken und ihre Autorität auszubauen, damit sie in den allgemeinen, nationalen Bereich hineinwirken können. Die Führung der revolutionären Politik, der marxistisch-leninistischen Partei, ist die Führung ihrer Mitglieder, ihrer Kämpfer.

### **Die Massen folgen denen, die kämpfen, und sie kämpfen unter ihrer Führung.**

Führung entsteht durch Treue zu revolutionären Prinzipien, durch Übereinstimmung mit den Interessen des Volkes und der Nation, durch den Mut und die Tapferkeit, den Kampf aufzunehmen und weiterzuführen, durch die Fähigkeit und Initiative, durch die Entschlossenheit, den Kurs festzulegen. Der Führer muss den Mut des Volkes und die Selbstlosigkeit der Kämpfer bündeln; die Kämpfer müssen das Wissen und die Fähigkeiten der Revolutionäre bündeln. Die Massen erwarten vom Führer weder Erlösungsversprechen noch Demagogie. Sie wollen, sie fordern einen Führer ihrer Organisation und ihres Kampfes. Die Pflicht der Kommunisten ist es, dass wir alle revolutionäre Volksführer in unseren jeweiligen Schützengräben werden.

Es gibt einen großen Unterschied zwischen dem bürgerlichen populistischen Caudillo und dem revolutionären Führer. Erstens weist man auf die gegensätzlichen Klasseninteressen hin, auf die Ziele der bürgerlichen Caudillos, das System aufrechtzuerhalten, und der Revolutionäre, die Macht des Volkes zu ergreifen. Zweitens manipuliert der bürgerliche Caudillo, der in seinen Formen und Methoden festgefahren ist, die Massen für seine persönlichen und gruppenbezogenen Zwecke und sorgt dafür, dass sie ihre Rolle nicht wahrnehmen, während der revolutionäre Führer die Massen für ihre soziale und

ationale Befreiung aufklärt, organisiert und ihren Kampf anführt.

Die Strategie und Taktik der Revolution zeigen sich in der Organisation und im Kampf der Volksmassen. Die Beziehung zwischen der Partei und den Massen ermöglicht es uns, uns der sozialen Bewegung anzuschließen, den Kampf für wirtschaftliche und politische Forderungen zu organisieren und als Kämpfer und als Organisation die lokale und nationale Führung zu übernehmen. In der Realität ermöglicht sie die Konkretisierung der revolutionären Politik als Aktion der Massen, als materielle Kraft; es geht um konkrete politische Maßnahmen, um taktische Vorschläge. Damit die Aktionen der Volksmassen Teil des revolutionären Prozesses werden und auf die Ziele der Macht ausgerichtet sind, müssen die strategischen Orientierungen im Auge behalten werden. Die politische Linie weist den Aufbau der revolutionären Bewegung der Massen als eine der allgemeinen Orientierungen, als eine der Hauptlinien der Revolution aus. Unter Berücksichtigung der Erklärungen und in Übereinstimmung mit den von der Partei ausgearbeiteten Orientierungen werden wir weitere Faktoren hinzufügen, Kräfte sammeln und die revolutionäre Bewegung der Arbeiter und des Volkes mit Taten aufbauen. Dies ist Teil der Strategie und Taktik der ecuadorianischen Revolution. Schließlich hat die Beziehung zwischen der Partei und den Massen, die revolutionäre Massenlinie, den Zweck, die Partei eng mit der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und anderen revolutionären Klassen und sozialen Schichten zu verbinden. Sie hat das Ziel, eine ideologische, politische und organisatorische Beziehung der Partei zu den Massen herzustellen.

*Dieser Artikel wurde in POLITICA Nr. 16, der theoretischen Zeitschrift des Zentralkomitees der PCMLE, im August 1995 veröffentlicht. Wir veröffentlichen ihn erneut aufgrund seiner Relevanz für die revolutionäre Tätigkeit der Kommunisten.*

**MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI ECUADORS (PCMLE)**



# FRANKREICH

## Nein zur Militarisierung! Nein zur nationalen Einheit mit den Kriegstreibern!

**A**m 5. März hielt Macron als Präsident der Republik und Oberbefehlshaber der Streitkräfte eine „Ansprache an die Franzosen“. Er leitete seine dramatisch inszenierte Rede mit folgenden Worten ein: „Der Krieg in der Ukraine, [...] geht mit der gleichen Intensität weiter. Die Vereinigten Staaten von Amerika, unser Verbündeter, haben ihre Haltung zu diesem Krieg geändert, unterstützen die Ukraine weniger und lassen offen, wie es weitergeht. Gleichzeitig [wollen sie] Zölle auf Waren aus Europa erheben. [...] Unser Wohlstand und unsere Sicherheit sind unsicherer geworden. Man muss sagen, dass wir in ein neues Zeitalter eintreten.“

Seine gesamte Rede war um die „russische Bedrohung“ herum aufgebaut. Anhand von Grafiken erläuterte er detailliert die Entwicklung der russischen Streitkräfte, die Russland seiner Meinung nach zu einer „Bedrohung für Frankreich und Europa“ machen. Angesichts des militärischen Rückzugs der USA aus Europa, den er als nahezu sicher darstellte, betonte er vor allem die Notwendigkeit, bei der Schaffung einer „europäischen Verteidigung“, in

der der französische Imperialismus eine führende Rolle spielen sollte, ein höheres Niveau zu erreichen. Als Antwort darauf wurde auf dem EU-Gipfel am 6. März, an dem Selenski teilnahm, von der Vorsitzenden der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ein „Aufrüstungsplan“ über 800 Milliarden Euro angekündigt. Das eröffnet neue Perspektiven für die Waffenhändler, die Flugzeuge, Raketen, Granaten, Drohnen und sogar „kleine Munition“ herstellen ..., die nur noch davon reden, die Produktionszahlen zu erhöhen, neue Fabriken zu bauen, Arbeiter und Arbeiterinnen einzustellen, um die Produktion rund um die Uhr laufen zu lassen ... Der Wettbewerb zwischen den Rüstungsmonopolen der verschiedenen Länder, insbesondere der imperialistischen Mächte, wird trotz aller Reden über die Notwendigkeit, eine „gemeinsame europäische industrielle Basis“ zu entwickeln, dadurch nur noch mehr verschärft.

Zu den nationalen Anstrengungen, die dieser Eintritt in das „Zeitalter des Krieges“ mit sich bringt, sagte Macron, es werde neue Investitionen brauchen, „ohne dass die Steuern erhöht werden“, aber

„dafür werden Reformen, Entscheidungen und Mut nötig sein“. Jeder versteht, dass das bedeutet, die Arbeiter und Volksmassen für die Kriegsvorbereitungen zahlen zu lassen. Mit anderen Worten: Neben „uns für die Staatsverschuldung zahlen zu lassen“, die sich im Mega-Sparhaushalt niederschlägt, der im Parlament mit der Zustimmung der Abgeordneten der Rechten, der extremen Rechten, der Macronisten und der PS verabschiedet wurde, geht es darum, uns für die Finanzierung der Waffenhändler und aller „Kriegsgewinnler“ zahlen zu lassen. Macron rief „alle politischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Kräfte des Landes“ dazu auf, sich hinter den Premierminister und die Regierung zu stellen, und er beendete seine „Ansprache an die Franzosen“ mit dem feierlichen Satz: „Das Vaterland braucht euch, euer Engagement“. In der Tat ruft er dazu auf, sich hinter ihn - und nicht hinter den Premierminister - zu stellen. Aber abgesehen von der Bestätigung seiner Autorität, die durch eine Reihe von politischen Misserfolgen, die seine Unbeliebtheit erhöht haben, in Mitleidenschaft gezogen wurde<sup>1</sup>, handelt es sich um eine gefährliche, reaktionäre ideologische und politische Offensive vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Entscheidungen, die von großer Tragweite ist und voraussichtlich weitergehen wird.

### Monopole wollen von der Militarisierung profitieren

Die von Macron zur Schau gestellten Ambitionen und Ansprüche sind die der Monopole und der französischen Oligarchie, die sich mit der Offensive des US-Imperialismus konfrontiert sehen, die von Trump, den ihn unterstützenden Monopolen und der von ihm eingesetzten Exekutive gestartet wurde. Wir betonen oft, dass die französische Oligarchie große Ambitionen hat, aber nicht über die Mittel für ihre Ambitionen verfügt. Sie will zu den herrschenden imperialistischen Mächten gehören, indem sie den Status einer imperialistischen Macht bean-

sprucht, die in Europa, Afrika, im Indopazifik, im Nahen Osten ... militärisch präsent ist.<sup>2</sup> In den letzten Jahren wurde die französische Militärpräsenz in Afrika jedoch zunehmend von den Völkern (Mali, Niger, Burkina Faso, Tschad, Senegal, Elfenbeinküste) und von den Regierungen in Frage gestellt.

Das Scheitern des militärischen Einsatzes Barkhane in der Sahelzone (2013-2022), für das bis zu 5100 französische Soldaten mit großen Mengen an Ausrüstung mobilisiert wurden, und seines europäischen Ablegers Takuba im Jahr 2022, der nie zustande kam, ist Ausdruck einer bedeutenden Schwächung des französischen Imperialismus; einer Schwächung gegenüber den Völkern Afrikas und gegenüber seinen imperialistischen Rivalen, insbesondere dem russischen Imperialismus (der sich durch das Afrikakorps und die paramilitärischen Wagner-Gruppen militärisch ausgebreitet hat), dem US-Imperialismus, der seine militärische Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent verstärkt hat, und anderen Rivalen wie der Türkei, wobei China nun auch einen Militärstützpunkt in der Nähe von Dschibuti hat.



<sup>1</sup> Insbesondere seine persönliche Niederlage und die seiner Partei bei den Europawahlen im Juni 2024, gefolgt von seiner Entscheidung, die Nationalversammlung aufzulösen, was ohne die massive Wahlmobilisierung „um M Le Pen zu verhindern“, zu der unsere Partei aufgerufen hatte, dazu geführt hätte, dass die rechtsextreme Partei Rassemblement National die Mehrheit im Parlament erlangt hätte. Darauf folgte eine chaotische politische Periode, in der die sich ablösenden Regierungen ohne Mehrheit im Parlament eine rechte, arbeiterfeindliche und volksfeindliche Politik machen, welche die reaktionären Themen der extremen Rechten aufgreift, besonders auf dem Gebiet der Immigration.

<sup>2</sup> Der französische Imperialismus hat Stützpunkte in praktisch allen seinen Kolonien: im Indopazifik durch Kanaky Neukaledonien; im Indischen Ozean durch La Réunion und Mayotte; in Polynesien (Tahiti); auf den Antillen (Martinique, Guadeloupe) und in Französisch-Guayana. Er hat in seinen Neokolonien große Rückschläge erlitten, unterhält aber weiterhin einen wichtigen Stützpunkt in Dschibuti und ist in Gabun und der Elfenbeinküste präsent. Auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) unterhält er eine ständige militärische Niederlassung.

Die objektive Schwächung des französischen Imperialismus im Bereich seiner militärischen Präsenz in Afrika bedeutet nicht, dass die imperialistischen Beziehungen der Herrschaft und Ausbeutung, die er über die Neokolonien ausübt, verschwunden sind. Aber es gibt erhebliche wirtschaftliche Folgen, insbesondere im Bereich der Ausbeutung der weltgrößten Uranmine Imourarem in Niger, die dem französischen Monopolisten Orano entgleitet. Es gibt auch Marktverluste für Rüstungsproduzenten, für Monopole wie TotalEnergies, das sich aus Mali und Burkina Faso zurückgezogen hat, für französische Banken ..., die diese Märkte für nicht ausreichend rentabel halten und die politischen Unsicherheiten fürchten. Es gibt auch Risiken für den Fortbestand des Systems der finanziellen Vorherrschaft, das mit dem „CFA-Franc“ verbunden ist.<sup>3</sup>

Kurzum, es gibt einen Verlust an militärischem, wirtschaftlichem, diplomatischem und politischem Einfluss, dem die französische Oligarchie entgegenwirken will, indem sie die Bereiche ausbaut, in denen sie „Trümpfe“ hat, insbesondere im Rüstungssektor, und in denen sie die europäische Karte ausspielt.

### **Verbindungen und Rivalitäten mit den französischen Monopolen und dem US-Imperialismus**

Macron bedauert natürlich das Verhalten der US-Führung, die den Import europäischer Produkte besteuern will, ist aber nicht der „aktivste“ europäische Politiker. Er versucht vor allem, Trump nicht „auszurauben“ und einige besonders wichtige französische Exporte zu verschonen, wie Weine, Spirituosen, Luxusgüter usw. Aber er will die Handelskrise zwischen den USA und der EU vor allem dazu nutzen, das Gewicht der französischen Monopole in der EU zu stärken, in erster Linie die des militärisch-industriellen Komplexes.

Der französische Imperialismus ist nicht so stark wie andere von den US-Märkten abhängig, wie es insbesondere beim deutschen Imperialismus der Fall ist. Der Handel zwischen Frankreich und den USA hat stetig abgenommen. Frankreich exportiert Geschäftsflugzeuge (Falcon), Jachten, pharmazeutische Produkte und Getränke und importiert Kohlenwasserstoffe (insbesondere LNG), Produkte, die bei der

<sup>3</sup> Der « Franc de la Communauté financière africaine » (F CFA) ist die gemeinsame Währung von 14 afrikanischen Staaten. Sie hat eine feste Parität mit dem Euro, die vom französischen Schatzamt garantiert wird. Dies ist ein Mechanismus, der aus der Kolonialzeit stammt.

Herstellung von Flugzeugen verwendet werden, und pharmazeutische Produkte. Die USA sind nur der viertgrößte Kunde Frankreichs, hinter Deutschland, Italien und Belgien, und Frankreich ist nur der fünftgrößte Lieferant der USA.

Die französische Oligarchie investiert in den USA, weil „es mehr einbringt“ als in Frankreich, da, wie ein französischer Unternehmer kürzlich sagte, die Bedingungen für die Ausbeutung der Arbeitskraft in den USA „günstiger“ sind als in ihren Unternehmen. Die Chefs der französischen Monopole verhalten sich wie ihre US-amerikanischen Kollegen: Thales, Airbus... die „Flaggschiffe“ der französischen Industrie, beteiligen sich aktiv an „Fusionen und Übernahmen“ vor allem in den USA, eine Tendenz, die Trump selbst immer wieder lobt, seit er an den Schalthebeln der Macht sitzt.

Aber nicht alle Monopole können sich in den USA niederlassen.

### **Nein zu Militarisierung und Kriegswirtschaft**

Wir müssen es laut und deutlich sagen: Nein, wir befinden uns nicht im Krieg! Diese Voraussetzung ist wichtig, um der derzeitigen hochdosierten Propaganda zu widerstehen, die uns dazu bringen will, die Unausweichlichkeit eines Krieges Frankreichs, der EU und Russlands anzuerkennen, die Idee zu verbreiten, dass wir schon heute „Anstrengungen und Opfer“ akzeptieren und uns aktiv an der Finanzierung der Militarisierung beteiligen müssen, indem wir einen Teil der Volksparsnisse in zweckgebundene Fonds investieren.

Es ist aber auch wahr, dass der Plan zur Militarisierung der Gesellschaft, sowohl in wirtschaftlicher, politischer als auch ideologischer Hinsicht, ein wichtiger Schritt bei der Vorbereitung eines imperialistischen Konfrontationskrieges ist. Deshalb muss er schon jetzt angeprangert und bekämpft werden, und es gilt „Nein zur Militarisierung“ zu sagen.

Der französische Imperialismus hat eine lange Geschichte von Konflikten und Kriegen, insbesondere Kolonialkriegen, er hat sich an den meisten Kriegen beteiligt, die vom US-Imperialismus in Koalitionen mit variabler Zusammensetzung geführt werden, einschließlich in Europa an dem Jugoslawienkrieg. Die militärisch-industrielle Lobby ist mächtig und produziert das gesamte Spektrum an konventionellen und nuklearen Waffen zu Lande, zu Wasser, in

der Luft und im Weltraum ... und die Berufsarmeen haben nie aufgehört, sich an teilstreitkräfteübergreifenden Operationen zu beteiligen.

Wie die oberste Militärhierarchie lobt, ist „Frankreich eine glaubwürdige und anerkannte Militärmacht“, doch es fehlt an Material und Personal.

Die durch den interimperialistischen Krieg in der Ukraine herbeigeführte Veränderung besteht darin, dass ein sogenannter Krieg „hoher Intensität“ in Europa selbst möglich geworden ist.

Seit Beginn dieses Krieges hat Macron behauptet, die Wirtschaft in die „Kriegswirtschaft“ überführen zu wollen, die als eine Wirtschaft verstanden wird, in der die Produktion von Waffen aller Art massiv ausgeweitet werden soll, und zwar durch die Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes, die ihre Produktion steigern müssen. Parallel dazu wurde eine Neugestaltung der Rekrutierungsmittel in den verschiedenen Armeen eingeleitet, die auf die junge Generation abzielte,<sup>4</sup> aber auch auf Kategorien von Arbeitnehmern mit Spezialisierungen, die für die Armee von Interesse sind.

Heute sind die Ambitionen quantitativ und qualitativ höher: Der Rüstungshaushalt soll in den nächsten Jahren auf 100 Milliarden pro Jahr steigen (derzeit liegt er bereits bei 58,5 Milliarden). Die Rekrutierungsziele werden nach oben korrigiert und die „Reserve“, d. h. Personen, die jedes Jahr neben

Berufssoldaten an militärischen Trainings teilnehmen, soll auf 100.000 Personen im Jahr 2023 verdoppelt werden.

Macron will noch weiter gehen und sich zum Sprecher der „europäischen Verteidigung“ machen, für die er bereit ist, die französische nukleare Abschreckung in diese einzubeziehen, während er gleichzeitig die alleinige Kontrolle über die Entscheidung für den Einsatz beansprucht. So reklamiert er die Führungsrolle in dieser „europäischen Verteidigung“ für sich, die die Souveränität aller Völker Europas mit Füßen tritt.

Um diese Rüstungsspirale abzulehnen, arbeiten wir daran, eine breite Bewegung zu entwickeln, gegen die Militarisation der Gesellschaft, des Bewusstseins, der Wirtschaft und gegen den nationalen Zusammenschluss um diese Militarisation. Dieser Widerstand drückt sich in konkreten Losungen aus: Geld für Gesundheit, Bildung, Soziales, nicht für den Krieg! Nein zur Rekrutierung der Jugend. Nein zur Umleitung von Volksparsnissen in die Militarisation. Dies ist eine Mobilisierung, die langfristig angelegt ist und die versuchen muss, Brücken zu den Mobilisierungen der Arbeiterklasse, der Volksmassen, der Jugend und der Organisationen in anderen europäischen Ländern zu schlagen. Daran arbeiten die marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen in Europa, die Mitglieder der CIPOML sind.

## KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICH (PCOF)

4 Ein erster Schritt in diese Richtung wurde mit der Einführung des universellen Nationaldienstes (SNU) im Jahr 2020 unternommen, der freiwilligen 17-jährigen Jungen und Mädchen für eine zweiwöchige Grundausbildung mit ziviler und militärischer Betreuung offensteht. Der nächste geplante Schritt besteht darin, für eine ganze Altersgruppe, d. h. 700-800.000 Jugendliche, eine kurze, aber vollständig militariserte Ausbildung verpflichtend zu machen.

# INDIEN

## Aufkommender Faschismus und Volkswiderstand in Indien

Seit der Einführung der neoliberalen Politik durch den indischen Staat in den frühen 1990er Jahren kam es gleichzeitig zu einem sprunghaften Anstieg des BIP und zu anhaltenden Angriffen auf die traditionellen Lebensgrundlagen von Bauern, Stammesangehörigen und Handwerkern. Diese wurden gezwungen, ihre traditionellen Ressourcen in Unternehmenskapital zu veräußern und sich als „Selbstständige“ oder als schlecht bezahlte Gelegenheitsarbeiter im aufblühenden „informellen Dienstleistungssektor“ zu betätigen. Dieser Prozess ist eine beispiellose Vergrößerung der Kluft zwischen den Superreichen und den Superarmen und ein zunehmender Versuch, die Menschen auf kommunaler, religiöser und kastenbezogener Ebene zu polarisieren und die Macht der oberen Kasten zu stärken. Es ist verständlich, dass diese Veränderungen nicht „friedlich“, im normalen Verlauf der Entwicklung herbeigeführt werden können und einen außerordentlichen Einsatz von Gewalt erfordern, sowohl ideologisch als auch physisch. Dies geschah in Form einer Bewaffnung des Staates mit immensen Zwangsbefugnissen, die durch elektro-

nische Überwachung und den Einsatz künstlicher Intelligenz unterstützt werden, sowie durch die Förderung eines alarmierend lautstarken orthodoxen Hindu-Chauvinismus, der sich gegen Gemeinschaften von Minderheiten richtet, insbesondere gegen Muslime, aber auch gegen Hindus, die sich dieser Variante der Orthodoxie der oberen Kasten nicht anschließen. Die Zwangsgewalt des Staates wurde nicht nur gegen linke Aktivisten und Gewerkschafter, sondern auch gegen bürgerliche Oppositionsparteien eingesetzt, um eine Einparteienhegemonie zu errichten. Die Polarisierung in den Gemeinden wird durch gewalttätige Abschreckungsorganisationen und Bürgerwehren aus den arbeitslosen Mittelschichten des Lumpenproletariats gefördert, die von staatlichen Stellen unterstützt und gefördert werden. Es gibt einen systematischen Angriff auf alle liberalen und pluralistischen, demokratischen Institutionen und Einrichtungen, die wissenschaftliche und kritische Forschung, NGOs, Gewerkschaften, Volksorganisationen und kritische Medien fördern. Nicht nur die Minderheiten sind die Leidtragenden der derzeitigen Verteilung. In den letzten zehn Jah-

ren kam es zu einer erheblichen Konsolidierung der Kräfte der oberen Kaste, die eine Front mit den mittleren landbesitzenden Kasten geschmiedet haben, um die besonderen Bestimmungen der indischen Verfassung zum Schutz und zur Förderung der historisch unterdrückten und marginalisierten Dalit (bisher als „unberührbare Kasten“ behandelt) und der Stammesgemeinschaften zu verwässern und zu beseitigen. In gleicher Weise wurden die hart erkämpften Rechte der Arbeiterklasse, die in den Arbeitsgesetzen verankert sind, außer Kraft gesetzt, indem die alte Art der industriellen Produktion einfach demontiert und durch „ausgelagerte“ Arbeitsprozesse und die Beschäftigung von „Vertragsarbeitern“ oder informellen Arbeitskräften ersetzt wurde. Heute fallen fast 95 % der Arbeiterklasse nicht mehr unter den Schutz dieser Gesetze. Infolgedessen gibt es keinen Schutz und keine soziale Sicherheit für die arbeitende Bevölkerung. Ein Beispiel dafür ist die schrittweise Abschaffung des 8-Stunden-Arbeitstages als Norm und seine Ersetzung durch eine 12-Stunden-Norm. In der Tat wurden alle alten Arbeitsgesetze durch vier Arbeitsgesetzbücher ersetzt, die im Eiltempo vom Parlament verabschiedet wurden, ohne dass eine sinnvolle Diskussion stattgefunden hätte und sogar ohne dass die etablierten Gewerkschaften des Landes konsultiert worden wären. Ähnlich wurden hart erkämpfte Schutzmaßnahmen für Klein- und Mittelbauern untergraben: Schutz vor willkürlicher Landenteignung durch den Staat zugunsten von Großkonzernen und Schutz der Preise für wichtige Agrarprodukte vor spekulativer Kontrolle des Agrarmarktes durch Agroindustriekonzerne. Es bedurfte langwieriger Kämpfe der Bauern, um diese Maßnahmen zurückzunehmen. Dennoch unterstützt der Staat die Großkonzerne systematisch dabei, durch neue Formen des „Auslagerungssystems“ unter dem Namen „Vertragslandwirtschaft“ die Kontrolle über die Landwirtschaft zu erlangen. Diese vom Indischen Nationalkongress in den 1990er Jahren eingeleiteten Prozesse werden nun von der Bharatiya Janta Party (BJP) angeführt, die von ihrer Mutterorganisation, der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), unterstützt wird, die heute auch den Personenkult um Premierminister Narendra Modi und seine rechte Hand, Amit Shah, fördert. Dieses Regime wird von den führenden Unternehmen des Landes, die am meisten davon profitiert haben, nach Kräften unterstützt, während viele andere Unter-

nehmen sich hilflos fühlen und zur Unterwerfung gezwungen wurden.

In der marxistisch-leninistischen Tradition wird Faschismus als „offene terroristische Diktatur des reaktionärsten Teils, der chauvinistischsten und imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals“ definiert. Auch wenn Indien von dieser extremen Situation noch weit entfernt ist, können wir einige Schlüsselemente für die Errichtung eines solchen Regimes erkennen. Die Stärkung der Zwangsbefugnisse des Staates, der Aufbau aggressiver Massenorganisationen, die auf Aktivisten und Minderheiten abzielen, die Förderung einer reaktionären rassistischen (kasten-kommunal-nationalistischen) Ideologie, die Demontage liberaler demokratischer und wissenschaftlicher Institutionen, die Förderung von Massenmedien, um eine Massenhysterie und Akzeptanz der reaktionären Ideologie und unverhohlener Lügen aufzubauen, die Förderung einer Einparteienherrschaft, die sich auf einen charismatischen Heilsbringer konzentriert... Dies waren die Zutaten, die dem deutschen Monopolkapital halfen, die gefürchtetste Form des Faschismus zu errichten, die darauf abzielte, die industriellen und landwirtschaftlichen Beziehungen radikal zu verändern. Aus diesem Grund bezeichnen wir dieses Regime als „entstehenden faschistischen“ Staat. Natürlich wird es in geeigneter Weise modifiziert, um den Bedürfnissen eines globalisierten neoliberalen Regimes zu entsprechen, in dem autarke nationale Wirtschaften nicht möglich sind. Die kommunal-nationalistische Ideologie soll eine elende Kapitulation vor dem internationalen Kapital und die „Öffnung“ der indischen Märkte und Investitionsmöglichkeiten für das transnationale Kapital verschleiern. In unserer Zeit äußert sich dies in der aggressiven Zerstörung der Wälder, der Förderung des Aufbaus von „Infrastruktur“, die das ökologische Gleichgewicht untergräbt, dem rücksichtslosen Abbau natürlicher Ressourcen, der zu unmittelbaren Naturkatastrophen und langfristiger Umweltzerstörung führt.

Diesem Aufbau eines faschistischen Staates hat die Masse des Volkes auf vielfältige Weise Widerstand geleistet. Wir haben den historischen Kampf der Bauern gegen die Änderungen der Gesetze zum Landerwerb und zur Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse erwähnt. Eben diese Bauern haben ihren Widerstand weiterhin zum Ausdruck gebracht, indem sie bei den jüngsten Wahlen zum

Unionsparlament und zu den Provinzparlamenten für die Opposition gestimmt haben. Dies hat den Oppositionsparteien, die Gefahr liefen, in der indischen Politik irrelevant zu werden, großen Auftrieb gegeben. Vor der massiven Bauernbewegung gab es eine Bewegung muslimischer Frauen gegen die Änderung der Staatsbürgerschaftsgesetze (Citizenship Amendment Act oder CAA), die auf Muslime und andere Minderheiten abzielte. Eine weitere wichtige Widerstandskraft, die das Abstimmungsverhalten bei Wahlen erheblich verändert hat, sind die Dalit-Gemeinschaften, die ihre hart erkämpfte Bevorzugung zu verlieren drohen (Gesetze in Bezug auf Reservierungen im Bildungswesen und in der öffentlichen Beschäftigung sowie die Vertretung in den Versammlungen und Gesetze gegen kasten-diskriminierendes Verhalten).

Auf der anderen Seite ist die Arbeiterklasse, deren Reihen durch den Zustrom von enteigneten Bauern, Stammesangehörigen und Handwerkern gewachsen sind und die die Hauptlast der neoliberalen Umstrukturierung der städtischen Produktion zu tragen hat, auf dem Rückzug. Die traditionellen Gewerkschaften sind ineffektiv geworden, da das alte industrielle System, für das sie zuständig waren, mehr oder weniger demontiert wurde. Da die Arbeiterklasse unter schwächenden Bedingungen beschäftigt ist oder in den nicht organisierten und „selbständigen“ Sektoren arbeiten muss, ist es sehr schwierig geworden, eine Einheit und Organisationen aufzubauen, die ihre Interessen vertreten. Das soll nicht heißen, dass die Arbeiterklasse keinen Widerstand leistet. Der Widerstand ist diffus und in Ansätzen vorhanden und bricht gelegentlich in öffentlichen Aktionen aus. Die Bewegung der Maruti-Suzuki-Arbeiter in den letzten Jahren, der derzeitige Kampf der Arbeiterinnen des Samsung-Werks in Tamil Nadu und der Ausbruch der Textilarbeiterinnen in Bengaluru vor einigen Monaten sind Beispiele für solche Aktionen. Jüngste Erhebungen über Arbeitskräfte deuten auf eine sinkende Erwerbsbeteiligung von Frauen hin. Dies ist in Wirklichkeit eine Täuschung, da immer mehr Frauen in den kapitalistischen Kreislauf und die Produktion einbezogen werden, ohne als Arbeiterinnen bezeichnet zu werden. Überall dort, wo Frauen erwerbstätig sind, sind sie jedoch benachteiligt und gezwungen, Aufgaben zu übernehmen, die angeblich in die Kategorie „Dienstleistung“ fallen. Von ihnen wird erwartet, dass sie Opfer brin-

gen, um Dienste für die Gemeinschaft zu erbringen (Unterricht, Krankenpflege, Kinderbetreuung...). Zahlreiche Frauen, die auf diese Weise beschäftigt sind, haben sich jedoch organisiert und fordern gezielte Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne. Besonders erwähnenswert sind die Bewegungen der Anganwadi-Arbeiterinnen (Kindertagesstätten) und der Erzieherinnen. Diese Bewegungen städtischer Arbeiterinnen waren jedoch nicht in der Lage, sich zu Organisationen zusammenzuschließen und rechtliche und tatsächliche Änderungen der Arbeitsbedingungen und Löhne zu erzwingen.

Ein Grund für diese Schwäche der Arbeiterklasse ist die strukturelle Schwäche des neoliberalen „Wachstums“, die Unfähigkeit dieses Wachstums, stabile Arbeitsplätze zu schaffen, und das daraus resultierende Schwanken zwischen dem Zustand der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit für die Beschäftigten. Es ist offensichtlich, dass das neoliberale Wachstum, das durch den Informationstechnologie-Sektor angetrieben wird, ein Wachstum ist, das keine Arbeitsplätze schafft und bei dem einige wenige prekär Beschäftigte für die Dauer der Beschäftigung sehr hohe Löhne erhalten. Der Rest der arbeitenden Armen fristet sein Dasein auf der Grundlage der Zirkulation dieser Gehälter, indem er Dienstleistungen verschiedenster Art anbietet, darunter auch die aufkeimende „Gig Economy“. Der Traum von „Made in India“ konnte nicht verwirklicht werden, und das internationale Kapital weigerte sich, in den Produktionssektor in Indien zu investieren. Infolgedessen war der Staat gezwungen, in massive Infrastrukturprojekte wie den Bau von Straßen, Eisenbahnen und anderen Formen der Bauindustrie zu investieren, einschließlich der massiven Neugestaltung der nationalen Hauptstadt. Dies hat die Wirtschaft in Gang gehalten und viele Gelegenheitsjobs geschaffen. Es ist jedoch bisher nicht gelungen, Kapitalinvestitionen in stabile Produktionsprojekte anzuziehen. Dies hat zu massiven Wanderungsbewegungen von Arbeitskräften im ganzen Land geführt (Wanderarbeiter sind eine der flexibelsten Formen von Arbeitskräften, die im Bausektor in großem Umfang eingesetzt werden). Doch die angebotene Arbeit ist äußerst prekär, die Löhne sind erbärmlich niedrig und die Möglichkeiten für organisierten Widerstand noch geringer.

Angesichts dieser Herausforderung des aufkommenden Faschismus müssen sich alle demokrati-

schen und sozialistischen Kräfte zusammentun, um die Pläne der RSS, der BJP und der derzeitigen Regierung zu vereiteln und gleichzeitig die Autonomie der Bewegungen der Werktätigen, der Arbeiter, Bauern, Dalits, Adivasi, Studenten, Jugendlichen und Frauen zu stärken. Es ist wichtig, eine nachhaltige Kampagne gegen die Ideologie der brahma-

nischen Hindu-Vorherrschaft der oberen Kaste und ihre konkreten Erscheinungsformen wie Pogrome gegen Minderheiten, Arbeiter und Bauern zu führen.

## **REVOLUTIONÄRE DEMOKRATIE**

# ITALIEN

## Die Bedeutung von Teilforderungen für die revolutionäre Aktion der Kommunisten

**W**as sind „Teilforderungen“? Es sind all jene Forderungen, die von der konkreten Situation diktiert werden und die spezifischen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen zum Ausdruck bringen.

Teilforderungen fallen nicht vom Himmel, sondern werden aus den Problemen der Arbeiter heraus formuliert. Sie sind „partiell“, wenn man sie mit den Endzielen der kommunistischen Bewegung vergleicht, aber sie werden im Verlauf des Klassenkampfes oft in den Vordergrund gerückt, weil sie die dringenden und lebenswichtigen Bedürfnisse breiter ausgebeuteter Massen zum Ausdruck bringen, die von der herrschenden Klasse gelehnet werden. Ihre Bedeutung ist entscheidend für die Mobilisierung und Organisation von Kämpfen, die von den Kommunisten geführt werden, die dadurch ihren Einfluss unter den Massen erhöhen können.

Losungen und Forderungen sind absolute Voraussetzungen für eine richtige Taktik, die darauf abzielt, die Arbeiterklasse zu vereinen und zu mobilisieren. So ist die Politik der proletarischen Einheitsfront ohne Teilforderungen, also ohne den Ausdruck der

kompromisslosen Verteidigung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse, die in allen kapitalistischen und imperialistischen Ländern Ausgangspunkt und grundlegender Inhalt der proletarischen Einheitsfront und ihrer Massenorgane (Arbeiter- und Volkskomitees) sein müssen, nicht denkbar und nicht realisierbar.

Die Fähigkeit, um die Arbeiterklasse herum Schichten von Halbproletariern und des vom Kapital unterdrückten Kleinbürgertums anzuziehen, hängt von der Fähigkeit ab, bestimmte Teilforderungen zu formulieren, zu unterstützen und in ihr Aktionsprogramm aufzunehmen, die nicht im Widerspruch zu den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse stehen.

Teilforderungen bilden daher die Grundlage der Massenarbeit von Kommunisten, um das Proletariat um diese Forderungen herum zu vereinigen und zu mobilisieren und ein System von Klassenbündnissen unter Führung der Arbeiterklasse zu schaffen, das es breiten Arbeitermassen ermöglicht, gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat zu mobilisieren.

In Anbetracht ihrer Bedeutung ist es daher notwendig, eine vollständige theoretisch-praktische Klarheit über diese Frage zu erlangen und die Entwicklung zu beobachten, die sie in der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung genommen hat, um ihre Eigenschaften und ihre Funktion richtig zu verstehen und um Fehler und Abweichungen in diesem Bereich zu vermeiden.

### Teilforderungen bei Marx und Engels

Marx und Engels wussten um die Rolle und Bedeutung von Teilforderungen im Klassenkampf des Proletariats und um den Ansatz, den Kommunisten in Bezug auf sie verfolgen sollten.

Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ schrieben sie:

*„Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung.“*  
(zitiert nach: Marx, Karl; Engels, Friedrich: Werke, Band 4, Berlin 1974. S. 493)

Diese Aussage verdeutlicht die Beziehung, die Marx und Engels stets zur Arbeiterbewegung ihrer Zeit herzustellen suchten, und die Bedeutung, die sie den aktuellen Losungen beimaßen, indem sie sie mit den allgemeinen Zielen der kommunistischen Bewegung verbanden.

Marx entwirft ein Programm mit Teilforderungen für den Genfer Kongress (1866) der Internationalen Arbeiterassoziation, der Ersten Internationale.

Dieses Programm, das in Form von „Anweisungen für die Delegierten“ verfasst und von Marx auf dem Kongress verlesen wurde, enthielt mehrere Teilforderungen: acht Stunden als gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages, das Verbot der Nacharbeit, die Begrenzung der Arbeitszeit für Jugendliche und Kinder, die völlige Abschaffung der indirekten Steuern und ihre Ersetzung durch direkte Steuern, die Bildung von Hilfsvereinen auf Gegenseitigkeit, eine von den Arbeitern selbst durchgeführte statistische Erhebung über die Lage der Arbeiterklasse usw.

In einem Brief an Kugelmann vom 9. Oktober 1866 erklärte Marx, warum er dieses Programm für notwendig hielt:

*„Ich beschränkte es absichtlich auf solche Punkte, die unmittelbare Verständigung u. Zusammenwirken der Arbeiter erlauben u. den Bedürfnissen des Klassenkampfes u. der Organisation der Arbeiter zur Klasse unmittelbar Nahrung u. Anstoß geben.“* (zitiert nach: Internationale Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.): Marx-Engels-Gesamtausgabe digital. Briefe.)

Hier zeigt sich die Fähigkeit von Marx, zu einem bestimmten Zeitpunkt die notwendigen Zusammenhänge zu erkennen und taktisch zu handeln, um die Arbeitermassen zu vereinen und sie zum Kampf gegen das Kapital zu führen.

### Die Ausarbeitung durch die Kommunistische Internationale

Mit der Gründung der Kommunistischen Internationale wurde die Frage der Teilforderungen ausgearbeitet und gemeistert.

Auf dem Dritten Kongress der Kommunistischen Internationale (1921) wurden die von Lenin inspirierten „Thesen über die Taktik“ angenommen, die ein spezielles Kapitel über Teilkämpfe und Teilforderungen enthalten, in dem es heißt:

*„Die kommunistischen Parteien können sich nur im Kampfe entwickeln. Selbst die kleinsten kommunistischen Parteien dürfen sich nicht auf bloße Propaganda und Agitation beschränken. Sie haben in allen Massenorganisationen des Proletariats die Vorhut zu bilden, die den zurückgebliebenen, schwankenden Massen durch die Formulierung praktischer Kampfvorschläge, durch das Drängen zum Kampfe um alle Lebensnotwendigkeiten des Proletariats zeigen, wie man kämpfen soll und auf diese Weise den verräterischen Charakter aller nichtkommunistischen Parteien den Massen enthüllen. Nur indem die Kommunisten sich an die Spitze der praktischen Kämpfe des Proletariats zu stellen verstehen, nur indem sie diesen Kampf fördern, können sie in Wirklichkeit große Massen des Proletariats für den Kampf um die Diktatur gewinnen.“*

Nachdem klargestellt wurde, dass die Sozialdemokratie die Arbeiter täuscht, indem sie die Hoffnung schürt, einen Wirtschaftszweig nach dem anderen zu erobern, stellen die Thesen fest:

„Die kommunistischen Parteien stellen für diese Kämpfe kein Minimalprogramm auf, das auf dem Boden des Kapitalismus seinen wankenden Bau stärken und verbessern soll. Die Zertrümmerung dieses Baues bleibt ihr leitendes Ziel – bleibt ihre aktuelle Aufgabe. Um aber diese Aufgabe zu erfüllen, haben die kommunistischen Parteien Forderungen aufzustellen, deren Erfüllung ein sofortiges, unaufschiebbares Bedürfnis der Arbeiterklasse bildet, und sie haben diese Forderungen im Kampfe der Massen zu verfechten, unabhängig davon, ob sie mit der Profitwirtschaft der kapitalistischen Klasse vereinbar sind oder nicht.“

„Nicht die Existenz- und Konkurrenzfähigkeit der kapitalistischen Industrie, noch die Tragfähigkeit der kapitalistischen Finanzwirtschaft sollen die kommunistischen Parteien beachten, sondern die Grenzen der Not, die das Proletariat nicht ertragen kann und nicht ertragen darf. Wenn die Forderungen dem lebhaften Bedürfnis breiter proletarischer Massen entsprechen, wenn diese Massen von dem Empfinden erfüllt sind, dass sie ohne Verwirklichung dieser Forderungen nicht existieren können, dann werden die Kämpfe um diese Forderungen zu Ausgangspunkten des Kampfes um die Macht. An Stelle des Minimalprogrammes der Reformisten und Zentristen setzt die Kommunistische Internationale den Kampf um konkrete Bedürfnisse des Proletariats. um ein System von Forderungen, die in ihrer Gesamtheit die Macht der Bourgeoisie zersetzen (...)“

„In dem Maße, wie der Kampf um diese Forderungen immer größere Massen umfasst und mobilisiert, in dem Maße, wie dieser Kampf die Lebensnotwendigkeiten der Massen den Lebensnotwendigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft entgegenstellt, wird die Arbeiterklasse sich bewusst werden, dass, wenn sie leben soll, der Kapitalismus sterben muss; dieses Bewusstsein ist die Grundlage des Willens zum Kampfe um die Diktatur.“

„Jeder Einwand gegen die Aufstellung solcher Teilforderungen, jede Anklage des Reformismus wegen dieser Teilkämpfe ist ein Ausfluss derselben Unfähigkeit, die lebendigen Bedingungen der revolutionären Aktion zu erfassen, wie sie zum Ausdruck kam in der Gegnerschaft einzelner kommunistischer Gruppen gegen die Teilnahme an den Gewerkschaften, gegen die Ausnützung des Parlamentarismus. Nicht darauf kommt es an, dem Proletariat nur die Endziele zuzurufen, sondern den praktischen Kampf zu steigern, der allein imstande ist, das Proletariat zum Kampfe um die Endziele zu führen.“

„Das revolutionäre Wesen der jetzigen Epoche besteht eben darin, dass die bescheidensten Lebensbedingungen der Arbeitermassen unvereinbar sind mit der Existenz der kapitalistischen Gesellschaft, dass darum der Kampf auch um die bescheidensten Forderungen sich auswächst zum Kampf um den Kommunismus.“ (zitiert nach: *Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1921, S. 31-63*)

Eine wunderbare Lektion in Strategie und Taktik, die auch heute noch von großer Bedeutung ist!

Später, 1924, wurde die Frage der Teilforderungen in den „Thesen des Fünften Kongresses zur Taktik der Komintern“ erneut bekräftigt und wie folgt präzisiert:

„Die Taktik der Kommunistischen Internationale schließt die Einfügung von Teilforderungen in unsere Agitation und Politik nicht nur nicht aus, sondern setzt sie sogar voraus. Hierbei muss jedoch dreierlei im Auge behalten werden:

- a) Die von uns aufgestellten Teilforderungen müssen der lebendigen Wirklichkeit entspringen, das heißt, sie müssen derart sein, dass mit Unterstützung derselben durch die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung gerechnet werden kann.
- b) Solche Forderungen müssen in der Richtung der revolutionären Entwicklung liegen.
- c) Solche Forderungen müssen stets mit dem Endziel verknüpft werden. Wir müssen vom Speziellen zum Allgemeinen, von Teilforderungen zum Gesamtsystem jener Forderungen schreiten, die zusammengefasst die sozialistische Revolution bedeuten.

Während die Teilforderungen der Reformisten den Zweck verfolgen, die proletarische Revolution zu ersetzen, verfolgen die Kommunisten mit der Aufstellung von Teilforderungen gerade umgekehrt den Zweck, die proletarische Revolution erfolgreicher vorzubereiten. Die gesamte Agitation der Kommunisten für Teilforderungen verknüpft jede dieser Teilforderungen aufs engste mit dem Programm des revolutionären Umsturzes. Das gilt besonders für diejenigen Länder, in denen die Krise der bürgerlichen Ordnung eingesetzt hat.“ (zitiert nach: *Thesen zur Taktikfrage. Angenommen auf dem V. Kongress der Komintern. in: G. Sinowjew, Die Weltpartei des Leninismus, Hamburg 1924, S. 226-227*)

Auf dem 6. Kongress (1928) wurde das „Programm der Kommunistischen Internationale“ angenommen. In Kontinuität mit der vorangegangenen Ausarbeitung wird unter „Die grundlegenden Aufgaben der kommunistischen Strategie und Taktik“ Folgendes festgehalten:

*„Bei der Festlegung ihrer taktischen Linie muss jede kommunistische Partei die gegebene innere und äußere Situation, das Verhältnis der Klassenkräfte, den Grad der Stabilität und Stärke der Bourgeoisie, den Grad der Militanz und der Bereitschaft des Proletariats, die Haltung der Mittelschichten usw. in ihre Berechnungen einbeziehen. Die Partei bestimmt ihre Kampflosungen und -methoden entsprechend diesen Bedingungen, ausgehend von der Notwendigkeit, die Massen so weit wie möglich zu mobilisieren und zu organisieren, auf der höchstmöglichen Ebene dieses Kampfes. Wenn sich eine revolutionäre Situation entwickelt, stellt die Partei eine Reihe von Übergangsparolen und Teilforderungen auf, die den gegebenen Umständen entsprechen; diese müssen dem revolutionären Hauptziel untergeordnet werden, das in der Machtergreifung und dem Sturz der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung besteht. Die alltäglichen Forderungen und die alltäglichen Kämpfe des Proletariats zu vernachlässigen, ist ebenso falsch, wie die Aktivitäten der Partei ausschließlich darauf zu beschränken. Die Aufgabe der Partei ist es, diese alltäglichen Bedürfnisse der Arbeiterklasse als Ausgangspunkt zu nutzen, um die Arbeiter zum revolutionären Kampf um die Macht zu führen.“ (eigene Übersetzung aus dem Italienischen)*

In Bezug auf die kommunistische Bewegung in unserem Land wurde in den von Gramsci verfassten und vom Dritten Kongress der Kommunistischen Partei Italiens (1926) angenommenen „Thesen von Lyon“ die Frage der Teilforderungen in der These 39 zweimal besonders hervorgehoben, die wir in Auszügen abdrucken:

*„These 39. Die Partei lenkt und vereinigt die Arbeiterklasse, indem sie an allen Kämpfen mit partiellem Charakter teilnimmt und ein Programm mit Forderungen von unmittelbarem Interesse für die Arbeiterklasse formuliert und dafür agitiert. Partielle und begrenzte Aktionen werden von ihr als notwendig angesehen, um die fortschreitende Mobilisierung und Vereinigung aller Kräfte der Arbeiterklasse zu erreichen. Die Partei bekämpft die Auffassung, dass man von der Unterstützung oder Teilnahme an Teilaktionen absehen sollte, weil die*

*Probleme, die für die Arbeiterklasse von Interesse sind, nur mit dem Sturz des kapitalistischen Regimes und mit einer allgemeinen Aktion aller anti-kapitalistischen Kräfte gelöst werden können. Sie ist sich der Unmöglichkeit einer ernsthaften und dauerhaften Verbesserung der Bedingungen der Arbeiter während der Periode des Imperialismus und vor dem Sturz des kapitalistischen Regimes bewusst. Die Agitation für ein Programm mit unmittelbaren Forderungen und die Unterstützung von Teilkämpfen ist jedoch der einzige Weg, mit dem wir die breiten Massen erreichen und gegen das Kapital mobilisieren können. Andererseits verschärft jede Agitation oder jeder Sieg von Arbeiterkategorien auf dem Gebiet der unmittelbaren Forderungen die Krise des Kapitalismus und beschleunigt auch subjektiv seinen Untergang, indem sie das instabile ökonomische Gleichgewicht verschiebt, auf das er seine Macht jetzt stützt. Die Kommunistische Partei verbindet jede unmittelbare Forderung mit einem revolutionären Ziel, nutzt jeden partiellen Kampf, um die Massen die Notwendigkeit der allgemeinen Aktion, des Aufstands gegen die reaktionäre Herrschaft des Kapitals zu lehren, und versucht, jeden Kampf mit begrenztem Charakter so vorzubereiten und zu führen, dass er zur Mobilisierung und Vereinigung der proletarischen Kräfte und nicht zu ihrer Zerstreuung führt...*

*„These 39a. Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass unmittelbare Forderungen und partielle Aktionen nur ökonomischer Natur sein können: Mit der Verschärfung der Krise des Kapitalismus sind die herrschenden Klassen im Kapitalismus und in der Landwirtschaft gezwungen, die organisatorischen und politischen Freiheiten des Proletariats einzuschränken und zu unterdrücken, um ihre Macht aufrechtzuerhalten; daher bietet die Verteidigung dieser Freiheiten einen ausgezeichneten Grund für partielle Agitationen und Kämpfe, die zur Mobilisierung breiter Schichten des arbeitenden Volkes führen können....“ (eigene Übersetzung aus dem Italienischen)*

Aus diesen historischen Dokumenten der internationalen kommunistischen Bewegung geht die Bedeutung von Teilforderungen für die kommunistische revolutionäre Aktion unumstößlich hervor.

## Einige Aufgaben der Kommunisten bei Teilforderungen

In der langen Geschichte des Klassenkampfes stellen die Arbeiter immer wieder eine Vielzahl von Teilforderungen und kämpfen gegen die Kapitalisten und ihre Regierungen für deren Durchsetzung. Indem die Kommunisten die Arbeiter in diesen Kämpfen unterstützen, indem sie sich der Bewegung des Proletariats anschließen, nehmen sie diese Forderungen nicht einfach passiv hin, sondern untersuchen sie und die Gründe, die die Lage dieser oder jener Arbeiter besonders verschlimmern; sie weisen auf die dringendsten Bedürfnisse und Ziele hin, für die der Kampf geführt werden muss; sie drücken die gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Forderungen genauer und präziser aus, formulieren sie öffentlich mit geeigneten Mitteln und vertreten die Interessen der gesamten Klassenbewegung, indem sie zum wissenschaftlichen Kern des Sozialismus vorstoßen.

Die Kommunisten müssen, wie wir gesehen haben, durch die Formulierung der Teilforderungen deren Verbindung mit den revolutionären Zielen sicherstellen, indem sie die partiellen, vorübergehenden, klassenmäßigen und nationalen Interessen des Proletariats seinen allgemeinen, dauerhaften, allgemeinen, klassenmäßigen und internationalen Interessen unterordnen.

Es ist also notwendig, über das Einzelne hinauszugehen und die Verbindung zum Allgemeinen herzustellen: vom Kampf von Gruppen von Arbeitern gegen einzelne Kapitalisten über den Kampf der Arbeiterklasse als Ganzes gegen die Bourgeoisie und ihren Staat bis hin zur Eroberung der Macht und dem Sturz des Kapitalismus.

Das Aktionsprogramm der Kommunisten, das sich auf eine Reihe von Teilforderungen stützt, die sich aus der Besonderheit der konkreten Situation, der Klassenkämpfe usw. ergeben, muss daher unter dem Gesichtspunkt seiner Verbindung mit der Revolution bewertet werden und lässt keinen Raum für extremistische oder reformistische Tendenzen.

Dies stellt eine komplexe Aufgabe dar, die von den Kommunisten verlangt, ihr allgemeines Programm der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus mit den Forderungen zu verbinden, die auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zum Ausdruck kommen und Reformen innerhalb des ka-

pitalistischen Systems bewirken können. Diese Aufgabe erfordert Klarheit und strategische Entschlossenheit in Verbindung mit taktischer Flexibilität und Einfallsreichtum sowie die Beherrschung aller Organisations- und Kampfformen, wobei Reformen, die im Kapitalismus immer begrenzt und provisorisch sind, genutzt werden müssen, um den revolutionären Kampf voranzutreiben.

Insbesondere Lenin stellte die dialektische Beziehung zwischen Agitation, Propaganda und revolutionärer Theorie her und erläuterte die Art und Weise, wie die Kräfte des revolutionären Marxismus durch die Gewinnung der fortgeschrittensten Schichten der Klasse die Masse des Proletariats und durch diese die anderen unterdrückten Schichten der Gesellschaft gewinnen können. Diese Strategie, die das Ergebnis theoretischer Klarheit ist, fand ihren Ausdruck in der großen sozialistischen Revolution von 1917.

Es geht also nicht darum, den wirtschaftlichen Kämpfen einen reformistischen und parlamentarisch-politischen Charakter zu geben (wie es die Ökonomen befürworteten, die den revolutionären politischen Kampf auf die Ebene der Gewerkschaftspolitik herabwürdigten), sondern darum, das Proletariat vom Einfluss der Bourgeoisie und des Reformismus zu befreien, indem es den revolutionären politischen Kampf mit den alltäglichen Kämpfen zu verbinden weiß.

Kommunisten müssen es verstehen, diese beiden Aspekte miteinander zu verknüpfen, sie zu stärken und sie im Rahmen eines einzigen Klassenkampfes des Proletariats zu verstehen, um die Arbeiterklasse und die arbeitenden Massen auf den revolutionären Kampf um die Macht auszurichten und zu führen.

Wir müssen daher jede Teilforderung nutzen, um den Massen die Notwendigkeit der Revolution zu erklären, um ihnen mit harten Fakten die Unmöglichkeit einer ernsthaften und dauerhaften Verbesserung, geschweige denn einer wesentlichen Verbesserung ihrer Lage aufzuzeigen, solange die Herrschaft des Kapitals aufrechterhalten wird.

Gleichzeitig müssen die Kommunisten den Massen zeigen, dass es gerade die Reformisten sind, die jeden ernsthaften Kampf für Teilforderungen sabotieren, während die Kommunistische Partei als einzige in der Lage ist, einen konsequenten Kampf für die Alltagsinteressen der arbeitenden Massen zu führen und Angriffe auf ihren Lebensstandard abzuwehren.

Insbesondere in Ermangelung einer revolutionären Welle müssen die kommunistischen (marxistisch-leninistischen) Organisationen und Parteien, ausgehend von den täglichen Bedürfnissen der Arbeiter, Losungen und Teilforderungen aufstellen, die sie mit den grundlegenden Forderungen und Zielen der kommunistischen Bewegung verbinden und ihren Zusammenhang mit dem Kampf der Arbeiter in anderen Ländern erläutern.

Ein solcher Ansatz sollte vor allem heute verfolgt werden, in einer Zeit der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, in der selbst die bescheidensten Forderungen der Arbeiter frontal mit der Existenz des Kapitalismus und seinen Funktionsgesetzen zusammenstoßen; daher erleichtert der Kampf für diese Forderungen die Einsicht in die Notwendigkeit des Umsturzes dieses barbarischen Systems und damit den Aufbau des Sozialismus.

### Beispiele für Teilforderungen im Bereich der Arbeiterfragen

Als Marxisten-Leninisten dürfen wir niemals auf Teilforderungen verzichten, die zum Ausgangspunkt für große Massenbewegungen werden können.

In unserem Land sollten heute solche Teilforderungen beinhalten:

Probleme des *wirtschaftlichen Kampfes* (Kampf gegen die Angriffe des Monopolkapitals, Kampf gegen Entlassungen, Fragen der Löhne, des Arbeitstages, des Arbeitsrhythmus und der Arbeitsbelastung, Arbeitslosigkeit), die häufig in Probleme des allgemeinen politischen Kampfes übergehen (große Arbeitskonflikte, Streikbewegungen, Demonstrationen usw.).

Probleme des direkten *politischen Kampfes* (volle Streik- und Organisationsfreiheit, Pressefreiheit usw.); Steuerpolitik: Maßnahmen zur Abwälzung der Steuerlast auf die Reichen, Streichung der Staatsschulden auf Kosten der Banken und Bosse, drastische Maßnahmen gegen die Kapitalflucht ins Ausland; Regierungspolitik im Allgemeinen: Kampf gegen reaktionäre Umgestaltung des Staates und Faschismus, Rücknahme arbeiterfeindlicher, repressiver Gesetze und Verfolgung kämpferischer Gewerkschafter und Revolutionäre, Maßnahmen gegen reaktionären Terrorismus.

Weltpolitische Themen: Kampf gegen den Impe-

rialismus und die Kriegsgefahren, internationale proletarische Solidarität, Unterstützung der Befreiungskämpfe der Völker, Kampf für die Einheit der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, usw.

Natürlich sollten in jedem Bereich der Konfrontation mit der Bourgeoisie, einschließlich Sozialem, Umwelt, Gesundheit usw., bestimmte Teilforderungen ausgearbeitet und propagiert werden.

Teilforderungen sollten unabhängig davon erhoben werden, ob sie im Rahmen des Monopolkapitalismus und des bürgerlichen Staates realisiert werden können oder nicht.

Heute kann die große Mehrheit der demokratischen Forderungen nicht mehr im Rahmen des bestehenden imperialistischen Systems verwirklicht werden; aber indem wir sie vorantreiben und vertreten, können wir den reaktionären und faschistischen Charakter des gegenwärtigen bürgerlichen Staates entlarven und den Klassencharakter der Politik der sozialdemokratischen und reformistischen Führer aufdecken, die die Verteidigung der elementaren Interessen und Freiheiten der Arbeiter aufgegeben haben.

### Zwei gefährliche Tendenzen

Bei den Teilforderungen gibt es zwei gefährliche Tendenzen, die vermieden und offen bekämpft werden müssen.

Erstens gibt es eine Tendenz, die die Bedeutung von Teilforderungen in der Aktion der organisierten Kommunisten (um ihren Einfluss auf die Arbeiterklasse zu erhöhen) unterschätzt.

Diese Tendenz äußert sich darin, dass allgemeinen politischen Slogans die größte Bedeutung beigemessen wird und Fragen, die für die Arbeiter von unmittelbarem Interesse sind, in den Hintergrund treten.

Es gibt Leute, die die Forderungen so behandeln, als ob sie Kommunisten nichts angehen würden, die sich mit der Lösung eines Schlüsselproblems befassen, nämlich der Verbindung, der Verschmelzung, des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung. Oder sie kritisieren sie, indem sie sie als „Einkaufsliste“ oder als „Aufgeben der Revolution“ beurteilen.

Eine solche Haltung ist zutiefst verfehlt und zeugt von einer inakzeptablen Distanz zum täglichen Kampf der Arbeiterklasse, von Passivität und poli-

tischer Unfähigkeit, die ausgebeuteten und unterdrückten Massen zu mobilisieren und zu vereinen. Dadurch wird es viel schwieriger, den Kampf der Arbeiterklasse in einem revolutionären Sinne zu politisieren, ausgehend vom Kampf um die Fragen der Arbeitsbedingungen, Löhne, Arbeitszeiten, Arbeitslosigkeit usw.

Man verbleibt in der Sphäre der abstrakten revolutionären Propaganda und vernachlässigt den Zusammenhang mit den unmittelbaren Kämpfen und ihren wirklichen Motiven, die oft ignoriert werden, und vernachlässigt damit die gesamte Arbeit zur Vorbereitung des revolutionären Kampfes zum Sturz des Kapitalismus.

Die Unterschätzung von Teilforderungen hängt oft mit der Unterschätzung oder Verweigerung der aktiven Arbeit in Massengewerkschaften zusammen, um den kommunistischen Einfluss in der Klasse zu erhöhen.

Dieser Verzicht auf Teilforderungen, ob „prinzipiell“ oder durch Unterschätzung, ist mit den taktischen Prinzipien des Kommunismus unvereinbar, weil er die kommunistische Organisation zur Passivität verdammt und sie von den Massen abkoppelt.

Dies ist ein Ausdruck der extremistischen Abweichung (die sich in Italien auch außerhalb der bordighistischen Organisationen manifestiert), als ideologischer und politischer Ausdruck radikalierter Schichten des Kleinbürgertums, die nicht in der Lage sind, die wesentlichen Bedingungen der revolutionären Aktion zu begreifen und den praktischen Kampf zu entwickeln. Eine solche Abweichung führt zur Trennung von den Massen und zum Sekterertum, zur politischen Passivität.

Es gibt auch eine andere gefährliche Tendenz. Sie besteht darin, die Bedeutung von Teilforderungen zu überschätzen und sie von den allgemeinen Forderungen und Zielen der Kommunisten abzukoppeln. Häufig äußert sich diese Tendenz in der Weigerung, allgemeine Klassenlogans mit Teilforderungen zu verbinden.

Mit anderen Worten: Wir passen uns an unmittelbare Ziele an und machen Reformen, die Teilforderungen befriedigen, zum Selbstzweck, wobei wir vergessen, dass sie uns stattdessen helfen sollten, bessere Bedin-

gungen für revolutionäre Ziele zu schaffen.

Diese Tendenz ist typisch für rechtsoportunistische, die „Bewegung“ anbietende und reformistische Positionen, die darauf drängen, sich der Bourgeoisie anzupassen, die Radikalisierung der Arbeiterbewegung zu vermeiden, die „Bewegung“ zu verherrlichen, indem sie „das Ziel“ verleugnen, wenn nicht sogar, indem sie partikulare und persönliche Fragen in den Vordergrund stellen.

Diese beiden gefährlichen Tendenzen führen zur Entwicklung einer fehlerhaften Arbeitsmethode, die die kommunistische Organisation daran hindert, eine führende Rolle in der Arbeiterklasse zu übernehmen.

Diese Mängel erweisen sich in einer Zeit, in der sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert, als noch schwerwiegender, und die Kommunisten müssen dies auszunutzen wissen, um den arbeitenden Massen klarzumachen, dass die sozialistische Revolution der einzige Weg ist, um die bestehenden Probleme zu lösen, indem sie jeden lokalen Kampf und jede Teilforderung zu diesem Zweck nutzen.

### Zusammenfassung

Die Steigerung der Kampfkraft der Arbeiterklasse und der arbeitenden Massen, die auf der Grundlage der Erfahrungen aus dem Kampf um Teilforderungen bis hin zum Kampf um die allgemeinen Klassenaufgaben des Proletariats entwickelt wurde, ist eine der Hauptaufgaben für alle kommunistischen Kräfte, insbesondere unter den heutigen Bedingungen.

Es ist daher notwendig, das Programm der Teilforderungen zur Grundlage der Massenarbeit für die Organisation und Entwicklung des Klassenkampfes der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter zu machen, wobei die Besonderheiten der konkreten Situation zu berücksichtigen sind.

Es sind die Merkmale der gegenwärtigen Periode, die uns zwingen, diese Aufgabe zu erfüllen, um den Kampf der Arbeiterklasse und anderer unterdrückter und ausgebeuteter Arbeiter durch partielle wirtschaftliche und politische Forderungen und Kämpfe zur sozialen Revolution und zur Diktatur des Proletariats zu beschleunigen und auszuweiten.



# MEXIKO

## Mit einem nationalen Streik schreitet die Bündelung der Kräfte des Proletariats voran

Der Sieg der Partei Movimiento Regeneración Nacional (MORENA) unter der Führung von Andrés Manuel López Obrador bei den Wahlen 2018 führte zu einer populistischen Politik, die die politische und ideologische Kontrolle der mexikanischen Oligarchie über das Proletariat verstärkte.

Infolge dieser Neustrukturierung der Herrschaft der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse begann seit Mitte 2018 eine Phase relativer Demobilisierung und Zersplitterung des Kampfes der Arbeiterklasse und der anderen Volksschichten, eine Situation, die sich mit der Covid-19-Pandemie, die 2020 begann, noch verschärfte.

Dies bedeutet, dass der Stand der Kräftekonzentration, den die mexikanische Arbeiterklasse erreicht hatte, einen vorübergehenden Rückschlag erlitt; die Überwindung dieser Phase des Rückgangs begann ab 2024. Diese allgemeine Einschätzung sollte jedoch nicht über verschiedene sehr bedeutende Kämpfe hinwegtäuschen, die Arbeiterinnen und Arbeiter aus verschiedenen Sektoren inmitten sehr komplexer Situationen des Klassenkampfes in den

vergangenen Jahren geführt haben.

Seit Mai 2024, mit einem 28-tägigen nationalen Streik der Lehrer unter der Führung der Coordinadora Nacional de Trabajadores de la Educación (CNTE) (Lehrergewerkschaft, Anm. d. Übersetzers), die die Aufhebung der Bildungs- und Arbeitsreform und des Gesetzes über das Instituto de Seguridad y Servicios Sociales de los Trabajadores del Estado (ISSSTE) (Sozialbehörde für Staatsbedienstete, Anm. d. Übersetzers) sowie eine Lohnerhöhung forderte, endete diese dunkle Periode des Kampfes der Arbeiter in Mexiko und eine neue Phase der Reaktivierung der Massenbewegung begann.

Natürlich verlaufen sowohl die Phase des Rückgangs als auch diese neue Phase der Wiederbelebung nicht geradlinig und sind auch nicht absolut; sie unterliegen permanenten Höhen und Tiefen, sie werden von den verschiedenen Widersprüchen des kapitalistisch-imperialistischen Systems und den objektiven und subjektiven Bedingungen beeinflusst, in denen sich der Klassenkampf entwickelt.

Jetzt (April 2025), sieben Monate nach der Amtseinführung von Präsidentin Claudia Sheinbaum

Pardo und nach einem 48-stündigen und einem 72-stündigen Streik, die die CNTE im Februar und März durchgeführt hat, um die Aufhebung des ISSSTE-Gesetzes und die Wiederbelebung eines solidarischen, kollektiven und generationenübergreifenden Rentensystems zu fordern, und angesichts der Weigerung der Regierung, dieser Forderung nachzukommen, wurde für den 15. Mai 2025 ein nationaler Streik auf unbestimmte Zeit ausgerufen.

Dieser nationale Streik im Mai hat das Potenzial, die Form eines allgemeinen politischen Streiks anzunehmen, breite Schichten der arbeitenden Bevölkerung des Landes mitzureißen und eine neue Phase der Kräftekonzentration des mexikanischen Proletariats zu festigen. Diese wird es ihm ermöglichen, vom Widerstand in die Offensive überzugehen und Kräfte zu sammeln, um weitere neoliberale Reformen zu kippen, die das System in den letzten 40 Jahren durchgesetzt hat.

Es ist wichtig, die Elemente, die zu diesen Überlegungen führen, aufzuschlüsseln. Was sind die Kräfte der Arbeiter, die diesen Prozess prägen, die Forderungen, die Parolen und auch die Antworten, die das Regime angesichts dieser neuen Phase der Verschärfung des Klassenkampfes in Mexiko vorbereitet?

### **Eine Regierung, die Veränderungen versprochen hat, aber den Neoliberalismus in Mexiko weiter vertiefte**

Seit den 1980er Jahren hat sich in Mexiko eine neoliberale Politik etabliert. Während dieser ganzen Zeit wurden wirtschaftliche, politische und soziale Maßnahmen vom mexikanischen Staat im Interesse der Finanzoligarchie durchgesetzt, wobei sich die Parteien der Rechten und Ultrarechten, wie die Partido Revolucionario Institucional (PRI) und die Partido Acción Nacional (PAN), abwechselten.

Während dieser gesamten Zeit des Neoliberalismus kam der Widerstand der proletarischen und populären Massen des Landes in großen Wellen zum Ausdruck, die von einer äußerst gewaltsamen staatlichen Repression begleitet waren. Dies hinterließ eine lange Liste von Verschleppungen, Staatsverbrechen, Gefangenen und politischer Verfolgung.

Die jahrzehntelang aufgestaute Unzufriedenheit mit den Parteien, die sich in dieser Zeit an der Macht abwechselten, wurde von einem Teil der mexikani-

schen Oligarchie ausgenutzt, um ihre Gegenspieler im Rahmen der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie zu bekämpfen. Infolge dessen entstand die Partei MORENA, die zum Sieg von López Obrador führte, der im Wesentlichen die Interessen der Produzenten von Konsumgütern vertrat.

Seit dem Sieg der MORENA-Regierung im Jahr 2018 wurde ein Plan zur Verringerung des Rückgangs der Profitrate umgesetzt, der auf die Expansion des Binnenmarktes abzielte und Millionen Pesos für Sozialprogramme zur Steigerung des Konsums bereitstellte. Diese Regierung, die sich selbst als "vierte Transformation" bezeichnete, führte im Südosten des Landes Megaprojekte durch, die dem großen nationalen und transnationalen Kapital zugutekamen. Sie leitete einen groß angelegten Prozess der Enteignung natürlicher Ressourcen und der beschleunigten Proletarisierung der Bauernschaft in der Region ein.

Politisch gelang es der Regierung Obrador, den Einfluss der bürgerlichen Institutionen zu erneuern und die Glaubwürdigkeit des Staates zu stärken. Sie stützte sich auf Versprechen, dass sie eine andere Regierung sein würde, dass sozialer Wandel und Gerechtigkeit auch die ärmsten Schichten des Landes erreichen würden. Im April 2019 erklärte sie sogar das Ende der Ära des Neoliberalismus in Mexiko.

Während die mexikanische Regierung Veränderungen versprach, eignete sie sich die Kampfparolen der Volksmassen an und betrieb Propaganda mit einem linken Diskurs, der den Willen von Millionen Mexikanern einfiel. Bei der wirklich strategischen Verteilung des von der Arbeiterschaft erzeugten Reichtums verdoppelten jedoch die reichsten Familien Mexikos allein in der sechsjährigen Amtszeit von López Obrador ihr Vermögen.

Während bis zum Überdruß wiederholt wurde, dass ein Wandel gekommen sei, dass es eine Regierung gebe, die die Armen in den Mittelpunkt stelle, vermeldeten die Banker jedes Jahr Gewinne wie nie zuvor in der Geschichte des Landes. Zwar stieg der Mindestlohn in der sechsjährigen Amtszeit um mehr als 280%, doch die Tariflöhne blieben hinter der Inflationsrate zurück.

Mit einem linken Diskurs sollte der Kampfeswille der Arbeiter beschwichtigt werden, während das Budget der repressiven Kräfte wie Armee, Marine und Nationalgarde enorm erhöht wurde und während das Budget für den ländlichen Raum, für die indigene Bevölkerung, das Gesundheitswesen, die

öffentliche Bildung usw. im gleichen Maße gekürzt wurde.

Sechs Jahre nach der formellen Erklärung des Endes des Neoliberalismus stützt sich die derzeitige Regierung bequem auf die institutionellen Strukturen und die Legalität, auf denen die gesamte neoliberale Periode konsolidiert wurde. Der Wandel blieb nur im Diskurs bestehen; der Neoliberalismus vertieft sich in Mexiko weiter, der US-Imperialismus verschlingt weiterhin unsere nationale Souveränität und unterwirft Mexiko einer noch größeren Abhängigkeit.

### **Das Renten- und Pensionssystem: Ein Streitpunkt, der sich Anfang 2025 verschärfte**

Die Gier der neoliberalen Politik führte zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung. Die privaten Investitionen in diesen Sektoren stiegen enorm an. Das Renten- und Pensionssystem erlitt das gleiche Schicksal, da es einen enormen Fonds darstellte, den die Banker und das Finanzkapital zur Speisung des Finanzsystems und der Kapitalspekulation benötigten.

Um das Geld der Arbeiter der Gnade der Kapitalisten auszuliefern, hat die Bourgeoisie das Solidaritätsrentensystem abgeschafft, das in ferner Vergangenheit durch große Kämpfe der Arbeiter errungen worden war. Dieses Solidaritätsrentensystem wurde von zwei Institutionen verwaltet: dem Instituto Mexicano del Seguro Social (IMSS), das die Renten der Beschäftigten im privaten Sektor verwaltete, und dem Instituto de Seguridad y Servicios Sociales de los Trabajadores del Estado (ISSSTE), das für die Renten des öffentlichen Dienstes zuständig war.

Dieses Rentensystem wurde abgeschafft: das des IMSS durch eine Reform im Jahr 1997 unter der PRI-Regierung und das des ISSSTE im Jahr 2007 unter der PAN-Regierung. In beiden Fällen flossen Millionen Pesos aus den Ersparnissen der Arbeiter in die Hände von Finanzinstituten, den sogenannten Administradoras de Fondos para el Retiro (AFORE) (Rentenfondsverwaltern, Anm. d. Übersetzers), die nicht nur eine Provision für die Verwaltung der Rentenfonds erheben, sondern das Geld der Arbeiter auch an der Börse anlegen und damit saftige Gewinne erzielen.

Derzeit wird der Wert der von den AFORE verwalteten Rentenfonds mexikanischer Arbeiter auf 7,2 Billionen Pesos (etwa 367,2 Milliarden Dollar) ge-

schätzt, was 20% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Mexikos entspricht. In den letzten Jahren meldeten die AFORE Jahresgewinne von mehr als 8 Milliarden Pesos (408 Millionen Dollar).

Diese Privatisierung, die die Eigentümer der AFORE erheblich bereichert hat, verurteilt gleichzeitig die Generationen, die nach der Privatisierung des Rentensystems begonnen hatten, für ihren Ruhestand zu sparen, zu einem elenden Lebensabend.

Ein weiterer Schlag für das Rentensystem der Arbeiter war die Schaffung einer neuen Referenzgröße für die Berechnung der Rentenzahlungen, der Unidad de Medida y Actualización (UMA), um die Rentenerhöhungen von der Höhe des Mindestlohns des Landes abzukoppeln. Dies führt zu einer weiteren Verarmung der Rentner (für 2025 beträgt der Wert einer UMA 113,14 Dollar und der des Mindestlohns 278,80 Dollar).

Diese Situation zwang Arbeiter verschiedener Sektoren, den Kampf für die Wiederherstellung des Solidaritätsrentensystems wieder aufzunehmen, das 1997 für den privaten Sektor und 2007 für den öffentlichen Sektor abgeschafft worden war. Die Regierungen von AMLO und des derzeitigen Präsidenten versprachen den Arbeitern des Landes, die Rentenreformen rückgängig zu machen.

Aber die Versprechen wurden nie eingehalten; im Gegenteil, die Reformen der PRI und der PAN zum Rentensystem wurden in der vergangenen sechsjährigen Legislaturperiode perfektioniert. Um die Interessen der Finanzinstitute zu schützen, die die Rentenfonds verwalten, schuf die Regierung Obrador ein Sozialprogramm, das sie „Rente für Wohlbefinden“ nannte, wobei sie Mittel von den Arbeitern selbst nahm, um zur Verbesserung der Renten einer kleinen Gruppe von Rentnern beizutragen, ohne das Grundproblem zu lösen.

Präsidentin Claudia Sheinbaum versprach den Lehrern der CNTE, dass in einem bilateralen Treffen im Dezember 2024 ein einvernehmlicher Vorschlag zur Aufhebung des ISSSTE-Gesetzes ausgearbeitet werden würde. Am 7. Februar dieses Jahres legte sie jedoch eine einseitige Initiative zur Reform des ISSSTE-Gesetzes vor, die das Thema Renten überhaupt nicht berührt, und argumentierte nun, dass im Haushalt nicht genügend Mittel zur Wiederherstellung des Solidaritätsrentensystems vorhanden seien.

Dies führte zu großer Unzufriedenheit unter den

Beschäftigten im Staatsdienst. Die CNTE-Lehrer kanalisiert diese Unzufriedenheit und riefen zwei Streiks aus, einen 48-stündigen und einen 72-stündigen. Mit Unterstützung anderer Gewerkschaften gelang es der CNTE, die Präsidentin am 18. März dazu zu bewegen, die Initiative zurückzuziehen, doch sie weigert sich, die Aufhebung des ISSSTE-Gesetzes voranzutreiben.

### **Der nationale Streik im Mai**

Die Weigerung der Präsidentin, die wachsenden Forderungen der Arbeiter, vor allem im öffentlichen Sektor, unter Führung der CNTE zu erfüllen, führte zu einer allgemeinen Unzufriedenheit, die sich in den beiden jüngsten Streiks zeigte und die Voraussetzungen für einen nationalen Streik schuf.

Nach einer Konsultation der Basis rief die CNTE zu einem nationalen Streik ab dem 15. Mai auf, mit dem zentralen Ziel, das solidarische, kollektive und generationenübergreifende Rentensystem wiederzubeleben.

Obwohl dieser nationale Streik von den demokratischen Lehrern getragen wird, bekunden Dutzende Strömungen der Arbeiter und Gewerkschaften öffentlicher Einrichtungen ihre Bereitschaft, sich diesem Streik anzuschließen. Dutzende weiterer Volks-, Bauern- und Studentenorganisationen schließen sich dem Kampf ebenfalls an.

Die einheitlichen Mobilisierungen am 1. Mai 2025 zeigen den wachsenden Einfluss der CNTE in breiten Schichten der Arbeiter und geben eine Perspektive für den nationalen Streik. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels ist noch nicht bekannt, wie tiefgreifend dieser Streik sein wird und wie lange er dauern wird, aber es ist klar, dass er eine neue Phase des Klassenkampfes im Land einläuten wird.

### **Den nationalen Streik in einen allgemeinen politischen Streik verwandeln, um die revolutionäre Bündelung der Kräfte des Proletariats voranzutreiben**

Der Aufruf der CNTE zum nationalen Streik und die Reaktion anderer Sektoren sind an sich schon Zeichen dafür, dass der Prozess der Reaktivierung des

Massenkampfes im Land voranschreitet und dass breite Teile des Proletariats bereit sind, endgültig mit der Phase des Rückgangs zu brechen und vom Widerstand zur Offensive gegen das Regime der neoliberalen Kontinuität überzugehen.

Diese Mai-Kampftage haben noch eine gewerkschaftliche Perspektive, aber sie haben auch eine solide Basis, um ihre eigenen Grenzen zu überwinden. Dazu ist es notwendig, dass die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und der Völker Mexikos ihren Teil dazu beitragen, den nationalen Streik in einen allgemeinen politischen Streik zu verwandeln.

Dies würde einen konkreten Schritt bedeuten, um die Kampfformen des mexikanischen Proletariats zu verbessern, die die Wiederherstellung des solidarischen, kollektiven und generationenübergreifenden Rentensystems ermöglichen, das Vertrauen in die historischen Kampfformen wie den Generalstreik wiederherstellen und den Kampf gegen den gesamten rechtlichen und institutionellen Rahmen des Neoliberalismus in Mexiko verallgemeinern würden.

Der Sieg des Mai-Streiks und seine Annäherung an den allgemeinen politischen Streik oder seine Ausweitung darauf werden zur Konsolidierung des Prozesses der revolutionären Bündelung der Kräfte im Kampf gegen das derzeitige System führen und die mexikanische Arbeiterklasse dem Kampf für die proletarische Revolution näher bringen.

Die Verbesserung der Organisationsformen und die zentrale Stellung der Nationalversammlung des Proletariats und der Völker Mexikos sind weitere notwendige Voraussetzungen, um den Prozess der revolutionären Bündelung der Kräfte voranzubringen.

Die Herausforderung, den Massenkampf anzuführen, der sich auf die Straße vorbereitet, sind nicht ausschließlich Aufgabe der CNTE oder der fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse im Allgemeinen, sondern im Wesentlichen Aufgabe der Avantgardepartei der mexikanischen Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei Mexikos (Marxisten-Leninisten) und des Kerns der nächsten kommunistischen Internationale, der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO).

# PERU

## Die Lumpenproletarisierung der peruanischen Gesellschaft

### Die Kriminalität in Peru

Die Kriminalitätsrate in Peru ist in den letzten Jahren gestiegen und hat ein Klima der Unsicherheit geschaffen, von dem insbesondere die Arbeiterklasse betroffen ist. Im Jahr 2024 wurden landesweit etwa 2.057 Morde registriert, ein Anstieg gegenüber den 674 Morden im Jahr 2017. Gleichzeitig gab es 22.800 Anzeigen wegen Erpressung, was die Ausbreitung krimineller Netzwerke in verschiedenen Regionen des Landes deutlich macht. Die Hauptopfer dieser wachsenden Welle von Gewalt und Kriminalität sind Ladenbesitzer, Unternehmer im Transportsektor, informelle Taxifahrer, Unternehmer im Bildungssektor, Lehrer und Straßenverkäufer, die für ihren Lebensunterhalt auf ihre tägliche Arbeit angewiesen sind und in ständiger Gefahr leben.

Laut Statistiken des Meldesystems für Übergriffe und Todesfälle aufgrund von Gewalt (SINADEF) wurden bis März 2025 in ganz Peru 368 Morde registriert. Lima hat mit insgesamt 160 Morden in diesem Zeitraum die höchste Zahl an Fällen zu verzeichnen. An zweiter Stelle steht die Region La Libertad mit

49 Morden, gefolgt von Callao mit 42. Dieser Anstieg spiegelt eine Verschlechterung der öffentlichen Sicherheit wider und trägt dazu bei, dass das Land laut aktuellen Daten im weltweiten Ranking der gefährlichsten Länder vom 40. auf den 10. Platz geklettert ist. Lima liegt laut der Plattform Numbeo mittlerweile auf Platz 23 der gefährlichsten Städte der Welt, was das Ausmaß und die Schwere des Problems der Unsicherheit in Peru aufzeigt.

Die organisierte Kriminalität stellt die größte Bedrohung und Form der kriminellen Aktivitäten dar, mit denen die Bevölkerung heute konfrontiert ist. Nach Angaben der peruanischen Nationalpolizei (PNP) stehen viele der registrierten Morde in engem Zusammenhang mit Erpressung und Auftragsmordnetzwerken und weisen ein Ausmaß an Gewalt auf, das zunimmt, je sicherer sich diese Organisationen fühlen, ohne Einschränkungen handeln zu können. Der Anstieg der Mordzahlen zeigt, dass diese kriminellen Organisationen ihre Macht gefestigt und ausgebaut haben, was zu einem Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung führt.

In Lima wurden etwa 200 kriminelle Organisationen

identifiziert, von denen 70 in Nord-Lima und mehr als 100 in Ost-Lima operieren, was eine territoriale Verteilung zeigt, die einen leichten Zugang zu verschiedenen strategischen Punkten ermöglicht. Viele dieser Banden sind sowohl national als auch international tätig und betreiben illegale Aktivitäten wie Erpressung, sexuelle Ausbeutung, Entführung und Geldwäsche. Gruppen wie „Los Pulpos del Norte“ und „El Tren de Aragua“ haben sich in mehreren Regionen des Landes konsolidiert und weisen eine organisierte Struktur und Reaktionsfähigkeit auf, die ihre Bekämpfung erschwert.

### **Die Regierung und das organisierte Verbrechen**

Es gibt eindeutige Schuldige für diese Situation, da sich die Diktatur von Dina Boluarte und dem Kongress im Jahr 2023 konsolidiert hat und den Widerstand der Bevölkerung mit dem Tod von mehr als 70 Peruanern unterdrückt hat. Sie hat eine Verfassungsreform eingeleitet, um politische Organisationen (politische Parteien) zu schützen, gegen die es als kriminelle Vereinigungen Ermittlungen gibt und die im Kongress und in der Exekutive vertreten sind. Gegen die politische Partei Fuerza Popular unter der Führung von Keiko Fujimori gibt es Ermittlungen wegen Geldwäsche und krimineller Vereinigung; gegen López Aliagas Renovación Popular wird ebenfalls wegen mutmaßlicher Geldwäsche ermittelt, auch gegen Perú Libre von Vladimir Cerrón wird wegen mutmaßlicher Geldwäsche und krimineller Vereinigung ermittelt. Diese kriminellen Banden haben den Staat übernommen und sorgen in Komplizenschaft mit dem Verfassungsgericht dafür, dass gegen sie nicht ermittelt wird.

Der Kongress, der von der Allianz aus Fuerza Popular, APP [Allianz für den Fortschritt], Perú Libre, Renovación Popular und Avanza País geleitet wird, verabschiedete eine Reihe von Gesetzen, die vor allem den Parteien zugutekommen sollen, gegen die wegen krimineller Vereinigungen ermittelt wird, und damit letztlich der Unterwelt freie Hand ließ, ungestraft zu agieren. Das Gesetz 31990 legt eine maximale Frist von acht Monaten für die Überprüfung der von nützlichen Kollaborateuren gelieferten Informationen fest, mit der Möglichkeit einer Verlängerung in Fällen von organisierter Kriminalität. Das Gesetz 31751 hingegen verkürzt die Verjährungsfrist für Straftaten, beschränkt deren

Aussetzung auf ein Jahr und gibt der Staatsanwaltschaft Anlass zur Sorge, dass schwere Straftaten nur schwer verfolgt werden können. Das Gesetz 32108 führt neue Strafkategorien für die organisierte Kriminalität ein, doch die Staatsanwaltschaft warnt, dass dies die Einstufung und Bestrafung krimineller Netzwerke erschwert und zudem die Anwesenheit von Rechtsanwälten bei Razzien vorschreibt, was die Ermittlungen verzögert.

Das Gesetz 32130 ermöglicht es Angeklagten, gegen die Einleitung des Verfahrens Berufung einzulegen, was mehr als hundert Fälle im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität und Korruption behindern könnte. Auf diese Weise ist es der Regierung und ihren Verbündeten gelungen, ein günstiges Umfeld für die Intensivierung der Aktivitäten der organisierten Kriminalität zu schaffen. Dies ist Teil einer Konfrontation zwischen der Staatsanwaltschaft und den im Kongress und in der Regierung etablierten kriminellen Organisationen, die beabsichtigen, die Ermittlungen gegen sie einzustellen. Kürzlich hat der Kongress die Strafprozessordnung geändert und eine Regelung hinzugefügt, die es der Nationalpolizei erlaubt, Ermittlungen zu leiten, ohne die Staatsanwaltschaft einzuschalten und ohne den Grad der Korruption innerhalb der peruanischen Nationalpolizei zu berücksichtigen.

Insbesondere die peruanische Nationalpolizei ist eine der umstrittensten Institutionen in Bezug auf ihre Aufgaben, nicht nur weil sie die Bevölkerung nicht wirksam schützt, sondern auch wegen ihrer Verwicklung in kriminelle Aktivitäten. Oft sind Polizeibeamte Mitglieder oder Anführer krimineller Banden und fördern damit die Straflosigkeit. Ebenso besorgniserregend ist, dass die beschlagnahmten Waffen in die Hände von Auftragskillern oder der organisierten Kriminalität gelangen, was eine zutiefst korrupte und verfaulte Struktur auf allen Ebenen offenbart.

Die Mittel- und Kleinbourgeoisie gewinnt immer mehr Einfluss im Staat und setzt in ihrem Gefolge Gesetze durch und verändert Institutionen, die ihren Interessen dienen; das Problem ist, dass diese Interessen denen krimineller Organisationen und des Lumpenproletariats entsprechen. Marx hat bereits im Kommunistischen Manifest erwähnt, dass das Recht der in Gesetzen und Institutionen manifestierte Wille einer Klasse ist. In diesem Sinne sind die Justiz, die Staatsanwaltschaft und vor allem die pe-

ruanische Nationalpolizei nicht in der Lage, gegen kriminelle Organisationen vorzugehen, nicht nur, weil sie Institutionen sind, die in den Händen derselben kriminellen Organisationen stehen, sondern weil es natürlich ihr Ziel ist, die Herrschaft über die Arbeiterklasse auszuüben. Diese Aktionen der mittleren Bourgeoisie zeigen und bestätigen, dass der bürgerliche Staat und seine Institutionen für die Arbeiter nicht nützlich sind.

Die Maßnahmen der Regierung sind lächerlich. Die erste Reaktion der Regierung bestand darin, in 14 Bezirken Limas den Ausnahmezustand zu verhängen, das Militär auf die Straßen zu schicken und den Transportarbeitern falsche Versprechungen über einen Plan gegen die Unsicherheit zu machen. Der Ausnahmezustand war ein völliger Misserfolg; die Kriminalität konnte in diesen Tagen ungehindert wüten, das Militär war weder vorbereitet noch ausgebildet, um gegen das organisierte Verbrechen vorzugehen, während das lächerlichste Gesetz, das verabschiedet wurde, das Verbot ist, mit zwei Personen in motorisierten Fahrzeugen zu fahren, was die Mobilität vieler Menschen beeinträchtigt, die sich für das Motorradfahren entscheiden. Die Unfähigkeit der Regierung, zu reagieren, zeigt sich in kurzfristigen Maßnahmen.

### **Der Prozess der Lumpenproletarisierung**

Mit der Etablierung des Neoliberalismus und dem Ende des populistischen Modells endeten die Versuche, das Land durch Protektionismus, Subventionen oder Verstaatlichung zu industrialisieren, und damit auch die begrenzte Arbeitsplatzsicherheit, die eine industrielle Produktion bot. Auf diese Weise förderten die verfassungsmäßigen Bindungen, die die Finanzbourgeoisie dem Staat auferlegte, die Wirtschaft und überließen die Verwaltung der Wirtschaft dem ausländischen oder lokalen Privatkapital. Dies führte zur Aufgabe jeglicher Bemühungen um eine industrielle und nationale Entwicklung zugunsten eines Modells, das auf dem Wachstum des Exports von Rohstoffen, der Flexibilisierung der Arbeit und dem Anstieg der industriellen Reservearmee beruhte. Diese Reservearmee stand in den Städten zur Verfügung, da die landwirtschaftliche Produktion aufgegeben worden war und auf dem Land politische Gewalt herrschte. Die nachfolgenden Regierungen verstärkten den ausländischen Einfluss in

unserer Wirtschaft durch die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen mit den USA und China; sie zerstörten schließlich die noch verbliebenen produktiven Sektoren wie die Landwirtschaft und die Textilindustrie und verstärkten damit die Abhängigkeit vom Ausland.

Diese Anhäufung von Reichtum durch die Plünderung der Ressourcen des Landes und die Akkumulation von Mehrwert wurde auch von anderen Wirtschaftssektoren ausgenutzt, die zuvor vom Staat vernachlässigt worden waren, wie dem Dienstleistungssektor, dem Transportwesen, dem Bildungs- und Gesundheitswesen usw. Das Wachstum des Dienstleistungssektors führte zur Bildung einer Mittel- oder Nationalbourgeoisie, die vor ihrer Konsolidierung eine Phase der Halblegalität und sogar der Illegalität durchlief (Acuña, Ramírez, Ocorima, Luna Galvez usw.).

Das Wachstum dieser Wirtschaftssektoren blieb konstant, solange der zeitweise kapitalistische Aufschwung aus dem Ausland kam. Prekäre und instabile Arbeitsplätze für das Proletariat nahmen zu, boten jedoch die Möglichkeit des Aufstiegs, da der Markt weiter wuchs und sich eine Mittelschicht oder Kleinbourgeoisie bilden konnte, die die Halblegalität als notwendigen Übergang bis zu ihrer Konsolidierung betrachtete. Allerdings wuchs in dieser Zeit nicht nur die Groß-, Mittel- und Kleinbourgeoisie. Mit der prekären Proletarisierung der Gesellschaft bildete sich zwangsläufig eine riesige industrielle Reservearmee im sogenannten informellen Sektor. Dies ermöglichte einerseits die Senkung der Löhne und andererseits die Schaffung von Wirtschaftszweigen außerhalb der staatlichen Kontrolle. In dieser enormen Reservemasse finden wir eine stagnierende Reserve (Marx, 1856), in der sich das Lumpenproletariat befindet. Diese Unterschicht, die weder physisch noch geistig in der Lage ist, sich an der Produktion zu beteiligen, ein Sektor, der wahrscheinlich stärker vom System betroffen ist als von der bürgerlich-individualistischen Ideologie durchdrungen, handelt gegen ihre eigene Klasse. In ihr finden wir gewöhnliche Räuber, Erpresser, Drogenhändler, Zuhälter, Prostituierte usw.

Die starke Präsenz des Lumpenproletariats in Lateinamerika hat mehrere Ursachen. Eine davon ist, dass hohe Kriminalitätsraten nicht in verarmten Gesellschaften auftreten, in denen es nicht viel zu stehlen gibt, und auch nicht in Gesellschaften mit

hohen Einkommen, die die Menschen davon abhalten, sich das zu nehmen, was ihnen nicht gehört. Sie treten in Gesellschaften mit enormen sozialen Ungleichheiten und tiefen Gräben auf, in denen die Produktion von Reichtum in wenigen Händen konzentriert ist, während eine große Masse von den Vorteilen der Produktion ausgeschlossen ist. Dies ist in Lateinamerika besonders ausgeprägt, da es die Region mit der größten Ungleichheit weltweit ist (UNDP, 2021). Diese Art der Erklärung greift jedoch zu kurz, wenn sie Maßnahmen zur Bekämpfung der Lumpenproletariat vorschlägt. Darunter wird die Umsetzung sozialer Programme verstanden, die die Ungleichheiten ausgleichen sollen. Gleichzeitig wird dadurch das Proletariat und die Volksbewegung sowohl wirtschaftlich als auch politisch den Angriffen der Lumpenproletariat ausgesetzt. Sozialprogramme haben lediglich das Ziel, die Ungleichheit beim Zugang zu bestimmten Dienstleistungen zu verringern oder zu mildern. Sie greifen nicht das Wirtschaftssystem und -modell an, das diese enorme industrielle Reservearmee in einem Land mit unterentwickelten Produktivkräften, das keine besseren Arbeitsplätze bieten kann, hervorbringt. Ein weiterer Beweis dafür ist die Zunahme der NEETs (Not in Education, Employment, or Training), junger Menschen, die weder arbeiten noch studieren und damit kriminellen Organisationen ausgeliefert sind, die ihnen Einkommen und ein Leben in Luxus bieten. Dies ist für viele junge Menschen aus den unteren Schichten attraktiv, wodurch das Lumpenproletariat fast intakt bleibt. Dies dient der herrschenden Klasse als Vorwand, um die Repressionsgesetze (gegen den städtischen Terrorismus) zu verschärfen und sie dann gegen die protestierenden produzierenden Klassen (Arbeiter, Bauern, Kleinbürger) zu richten.

### **Das Lumpenproletariat als Feind der Arbeiterklasse**

Eine ernste Debatte breitet sich in der Bevölkerung aus, was den Kongress, der maßgeblich für die wachsende Kriminalitätswelle verantwortlich ist, dazu veranlasst hat, strengere Strafmaßnahmen vorzuschlagen. Kürzlich wurde der Gesetzentwurf über Städtischen Terrorismus oder Systematische Kriminalität diskutiert, der das Problem durch ein System der Unterdrückung und Verletzung der Menschenrechte lösen soll. Dieser Trend ist jedoch

nicht neu; die Geschichte hat uns gelehrt, dass diktatorische Regierungen und Staatsstrukturen ebenfalls zu harten Reden und Gesetzen gegriffen haben, um die Unterdrückung der Arbeiterklasse zu rechtfertigen und Grundrechte einzuschränken.

Der Einsatz des Lumpenproletariats durch die herrschende Klasse gegen das Proletariat und die Volksbewegung ist weder in Peru noch weltweit neu. Erinnern wir uns daran, dass die US-Bourgeoisie in den 1930igern die Unterwelt zur Kontrolle der Gewerkschaften einsetzte. In Lateinamerika nutzten paramilitärische Gruppen in Mexiko die lumpenproletarischen Elemente, um 1971 das Corpus-Christi-Massaker zu verüben; in Argentinien setzten sie in den 1970er Jahren die Triple A (Argentinische Antikommunistische Allianz) in ihrem Kampf gegen rebellische Organisationen und kämpferische Gewerkschaften ein. Der anschaulichste Fall ist Kolumbien, wo die Lumpen mit den Drogenkartellen so stark wurden, dass sie den kolumbianischen Oligarchenstaat selbst in Schach hielten. Es folgten El Salvador mit den Maras (Banden) und Mexiko mit den Kartellen, wo es noch mehr als in Kolumbien zu einer Lumpenproletarisierung der Gesellschaft kam. Diese Bedrohung für die Gesellschaft und insbesondere für die produktiven oder arbeitenden Klassen ist auf systemische Bedingungen zurückzuführen. Quantitativ gesehen wächst das Lumpenproletariat in Ländern mit rückständigem und abhängigem Kapitalismus, deren Bourgeoisie wirtschaftliche Gruppen bildet, die mit ausländischem Kapital verbunden sind, aber gleichzeitig in ihrer Expansion durch dieses Kapital eingeschränkt sind. Qualitativ ist sie auf die tiefe Ungleichheit zurückzuführen, in der die herrschende Klasse einen hohen Reichtum konzentriert und alle Mittel einsetzt, um ihn zu erwerben und zu erhalten, sowohl formal als auch informell (d.h. halblegal; Anmerkung des Übersetzers) und illegal. Die begrenzten Märkte, die der Bourgeoisie zur Verfügung stehen, veranlassen sie zu einer geringen Ausbeutung der Produktivkräfte des von ihr beherrschten Landes, zur Ausbeutung seiner Arbeitskräfte und zur Zerstörung seiner natürlichen Ressourcen. Dazu muss sie die gesetzlichen Rahmenbedingungen überschreiten oder nach ihrem Belieben anpassen, bis Informalität und Illegalität legal sind (zum Beispiel das Gesetz zur Abholzung). Diese gierige Zerstörung führt sogar zu Zusammenstößen zwischen bürgerlichen Sektoren desselben

Landes, die regelmäßig politische Krisen auslösen. Das Wichtigste ist jedoch, dass dadurch ein großer Widerspruch entsteht, da der Arbeiterklasse eine Reihe von Werten vermittelt werden, wie das Gesetz des Dschungels, nach dem der Stärkere überleben oder mit allen Mitteln Reichtum anhäufen muss. Gleichzeitig wird jedoch der Markt allmählich eingeschränkt, indem Reichtum in den Händen einiger weniger gehortet wird. Diese Situation ist ein Nährboden für das Wachstum der Lumpen, die in Armut beginnen, sich durch Übergriffe auf ihre Nachbarn weiterentwickeln, durch ihren Ehrgeiz oder durch Verbindungen zur herrschenden Klasse aufsteigen und, nachdem sie von ihrem Lehrer gelernt haben, eine Kraft entwickeln, die einen Umbruch herbeiführt, der zur Lumpenproletarisierung der Gesellschaft führt: in der es keinen Unterschied mehr zwischen den Werten der Bourgeoisie und denen der Lumpen gibt, in der Politik, Finanzen, Kultur usw. ein enormer Drang nach Reichtum beherrscht, der mit den schädlichsten Praktiken befriedigt wird (Marx, 1885).

### **Die Antwort der Arbeiter**

In der aktuellen Situation Perus gehören die Transportunternehmen zu den Branchen, die am stärksten unter den Folgen der zunehmenden Kriminalität leiden. Seit Jahren sind sie Opfer ständiger Erpressungen durch kriminelle Organisationen, doch hat sich die Lage in den letzten Jahren verschärft, insbesondere nach der Verabschiedung von Gesetzen im Kongress. Schätzungen zufolge wurden mehr als 70 % der Transportunternehmen des Landes erpresst, und im Jahr 2025 sind mindestens 15 Transportarbeiter Opfer dieser Erpressungen geworden. Dieser Sektor gilt als einer der reaktionärsten unter den Arbeitnehmern; die Transportarbeiter im informellen Sektor sind den kriminellen Banden stärker ausgesetzt. Die Schwere der Krise hat diesen Sektor dazu veranlasst, die Initiative zu ergreifen und von Oktober 2024 bis März 2025 nationale Streiks zu organisieren, um auf die Situation aufmerksam zu machen und Lösungen zu finden.

Die Mobilisierungen von 2024 fielen mit dem APEC-Gipfel (Asia-Pacific Economic Cooperation) im November in Lima zusammen, woraufhin die Regierung mit symbolischen Maßnahmen reagierte, wie der Ausrufung eines nationalen Feiertags und

der Umstellung des Schulunterrichts auf virtuellen Unterricht, um die Proteste zu demobilisieren und ihre Auswirkungen zu verringern. Diese Maßnahmen konnten jedoch die Empörung der Bevölkerung nicht mindern, die sich massiv gegen die wachsende Kriminalitätswelle wehrte. Im Februar 2025 erreichte die Kriminalität mit der Ermordung eines beliebten Künstlers ein alarmierendes Ausmaß an Gewalt, was in der Bevölkerung weit verbreitete Empörung auslöste. Der Tod dieser Persönlichkeit des öffentlichen Lebens löste neue Demonstrationen und Proteste aus, die vor allem von Menschen aus dem künstlerischen Bereich angeführt wurden, von denen einige mit politischen Parteien wie Fuerza Popular und Renovación Popular in Verbindung standen, die versuchten, die Bürgerbewegungen zu entpolitisieren und zu demobilisieren.

Die Mobilisierungen waren spontan und sind die ersten Reaktionen der Volksbewegung auf die Diktatur. Die Transportgewerkschaften folgten dem Aufruf, waren jedoch nicht in der Lage, die Empörung der Massen zu organisieren und zu lenken; im Gegenteil, sie ließen sich von den kriminellen politischen Parteien beeinflussen, die sie in diese Situation gebracht haben. Sie versuchten zu verhandeln, um die Mobilisierung aufzulösen, ebenso wie Künstler, die über ihre Netzwerke versuchten, die Mobilisierung und die Forderungen nach Sicherheit zu entpolitisieren. Darüber hinaus gelang es diesem Sektor nicht, andere wie Studenten, Gewerkschaften, Marktverkäufer und Volksschichten hinter einer einzigen Forderung oder Aktion zu vereinen. Diese Sektoren unterstützten dennoch die Aufrufe und mobilisierten sich. Die Hauptforderungen der Mobilisierungen und Streiks waren die Aufhebung der Gesetze zugunsten krimineller Organisationen, der Rücktritt von Präsidentin Dina Boluarte und des Innenministers sowie der Rücktritt von Kongressabgeordneten und ein wirksamer Plan gegen die Unsicherheit im Land.

### **Die Haltung der PCP (m-l)**

Wir behaupten, dass die Lösung im Kampf gegen den Lumpen nicht darin bestehen kann, von einem Staat, der in seinen Werten und Regeln bereits von Lumpen beherrscht wird, ein hartes Durchgreifen zu fordern, sondern in der Organisation der Bevölkerung. Die Bauernpatrouillen haben Erfahrung

darin, die stärksten Lumpen-Elemente der Gesellschaft in Schach zu halten. In den 1980er und 1990er Jahren, zur Zeit des Terrorismus, waren es die Bauernpatrouillen, die gegen den Terrorismus des Leuchtenden Pfades und des Staates kämpften. Die Sofortmaßnahmen, die unsere Partei fordert, sind:

- Aufhebung der Gesetze, die das organisierte Verbrechen begünstigen und die der Kongress seit 2023 umgesetzt hat, wie das Gesetz 31990: Einschränkungen der effektiven Zusammenarbeit, Gesetz 31751: Verkürzung der Verjährungsfristen, Gesetz 32108: Neue Vorschriften gegen das organisierte Verbrechen, Gesetz 32104: Verkürzung der Aussetzung der Verjährungsfrist, Gesetz 32130: Änderungen im Strafverfahren
- Die Bildung und Verstärkung der Bauern- und Stadtpatrouillen, damit eine territoriale Kontrolle und die Beteiligung sozialer Organisationen an der Bildung dieser Patrouillen gewährleistet sind. Die Arbeiter müssen ihre Verteidigungskomitees bilden, die ehrlichsten unter ihnen auswählen, sie in Schichten organisieren und ein Informations- und Kommunikationsnetzwerk aufbauen, das der Bekämpfung der Lumpen dient.
- Strukturreform der Peruanischen Nationalpolizei, Entlassung aller Generäle, die in Korruptionsfälle verwickelt sind oder gegen die wegen Korruption ermittelt wird, Abschaffung veralteter Dienstgrade, Abschaffung der Offiziers- und Unteroffiziersschule und Schaffung einer einzigen Schule.
- Umstrukturierung der Geheimdienste der PNP und der Streitkräfte, damit sie sich der Zerschlagung krimineller Organisationen widmen und nicht der Verfolgung sozialer Führer.
- Schaffung eines Systems, mit dem städtische und bäuerliche Patrouillen und die organisierte Bevölkerung die Nationalpolizei, die Staatsanwaltschaft und die Justiz überwachen können, damit diese ihrer Aufgabe der Verbrechensbekämpfung nachkommen.

### **KOMMUNISTISCHE PARTEI PERUS (MARXISTEN-LENINISTEN) (PCP (ML))**

# SPANIEN

## Der Imperialismus redet von Frieden und bereitet den Krieg vor

### Über den Sumpf des Sozialchauvinismus

von J. Romero

*Dieser Beitrag wurde zu Beginn des Jahres 2025 als Auswertung der internationalen Situation erstellt. Daher enthält er nicht die Veränderungen seither. Einige Korrekturen wurden vorgenommen, um den Inhalt zum Erscheinungstermin anzupassen.*

*“Die sozialistischen Parteien sind keine Diskussionsklubs, sondern Organisationen des kämpfenden Proletariats, und wenn eine Anzahl Bataillone zum Feinde übergegangen ist, so muss man sie als Verräter bezeichnen und brandmarken und darf sich nicht „fangen“ lassen durch jene heuchlerischen Reden: dass den Imperialismus eben „nicht jeder gleichartig“ auffasse...”*

*W. I. Lenin, Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale.*

2024 war ein Jahr des „bewaffneten Waffenstillstands“ zwischen den Mächten; ein Jahr, in dem in mehr als 70 Ländern, die zusammen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, „demokratische“ Wahlen stattfanden. Darunter waren einige der wichtigsten Mächte: die Europäische Union, Indien, Russland und die Vereinigten Staaten. Sagen

Sie mir, was demokratisch ist an Wahlen, bei denen mehr als 16 Milliarden Dollar für Propaganda ausgegeben wurden, um die kollektive Stimmung zu manipulieren, wie es 2020 und 2024 in den USA oder im Mai letzten Jahres in Indien geschah, wobei ein Großteil der Mittel von Unternehmern und Superreichen stammte.

Wir alle wissen, dass sich letztendlich, egal wer gewinnt, nichts ändern wird; dass die Wirtschaftspolitik, die Diplomatie und die wichtigsten Maßnahmen, die in den nächsten Jahren von den konkurrierenden Mächten umgesetzt werden, bis auf wenige Ausnahmen in ihrer Intensität dieselben bleiben werden. Ob Harris oder Trump in den USA gewinnt und ob in Europa die Rechte oder die Sozialliberalen, die Handelsbarrieren werden bestehen bleiben, ebenso wie das gegenseitige Ausmanövrieren und die zynischen Umarmungen, ebenso wie die brutale, zunehmend unmenschliche und grausame Einwanderungspolitik und die militärische Aufrüstung.

Das Jahr 2024 endete wie das Vorjahr mit Dutzenden offener Konflikte in den von den Mächten um-

kämpften Gebieten, zwei davon (Ukraine und das endlose Massaker der Nazi-Zionisten in Gaza, im Westjordanland und im Libanon) an der „geopolitischen“ Grenze zwischen den beiden Blöcken, die sich nach und nach um China und die USA bilden. Und das Jahr 2025 begann mit neu gebildeten Regierungen, die darauf abzielen, der kapitalistischen Bourgeoisie für eine gewisse Zeit Stabilität zu garantieren, die ihr helfen würde, die Politik im Interesse des Großkapitals zu entwickeln. Während die Grenzen jedes Blocks definiert werden und Allianzen zwischen den noch nicht ausreichend etablierten Sekundärmächten geschmiedet werden, nimmt die Aggressivität zwischen den Führern der einzelnen Blöcke zu, die immer weniger formell und diplomatisch ist, die Kürzungen und Privatisierungen von Dienstleistungen nehmen zu, und die Bereiche, in denen die Konfrontation allmählich direkter wird, werden deutlicher sichtbar.

Inmitten von Lobeshymnen auf die „Demokratie“ und den Fortschritt der Nationen fordert die USA von ihren Partnern deutlich Bedingungen für die Zugehörigkeit zur „westlichen“ Gang, und China versucht, eine neue Gang zu bilden, mit Partnern, die seine Kontrolle akzeptieren. Keine der beiden Mächte hat sich diese Unterstützung bisher gesichert. Wie wir sehen werden, spielen viele Akteure ein doppeltes Spiel und nach ihren eigenen Regeln, obwohl niemand daran zweifelt, dass sie sich letztendlich für den einen oder anderen Mafiaboss entscheiden werden.

## Über die „multipolare“ Welt

Die beiden vorangegangenen großen interimperialistischen Konfrontationen liefern wichtige Erfahrungen über die Ursachen von Kriegen in der Epoche des Imperialismus, die Politik der bürgerlichen Staaten und die Haltung der Sozialverräter. All diese Erfahrungen helfen uns, die aktuelle Phase der interimperialistischen Konfrontation zu analysieren und auch zu bestimmen, wie die Politik der Kommunisten heute angesichts der Kriegsgefahr aussehen sollte. Und als erste Schlussfolgerung müssen wir sagen, dass die einzige Alternative zu einem System, das uns in den Krieg führt, darin besteht, den Kampf für seine revolutionäre Überwindung voranzutreiben und den Krieg zwischen den Völkern, in den uns die Bourgeoisie führt, in einen Krieg zwischen

den Klassen zu verwandeln.

Diese Frage wird zu einem der Unterscheidungsmerkmale zwischen dem revolutionären Lager und dem des neuen Revisionismus. Je klarer die Positionen der opportunistischen Kräfte werden, desto deutlicher kommt ihre sozialchauvinistische Politik zum Ausdruck, die sie als sozialistisch (sogar als leninistisch) auszugeben versuchen, obwohl es sich dabei um nichts anderes als plumpe Kopien und Wiederholungen der alten Theorien der Sozialverräter der Zweiten Internationale handelt, die Lenin unerbittlich geißelte.

Einige dieser Verzerrungen, die wir von den Führern dieser revisionistischen Strömungen gewohnt sind, sind:

- Hinter der Politik Chinas und seiner Verbündeten und der Bildung einiger Organisationen (BRICS, China-Afrika-Forum usw.), die diese Politik fördern, steht die Bildung einer „multipolaren“ Welt mit gerechteren und ausgewogeneren Organisationen der Wirtschaftsordnung und der internationalen Politik.
- Chinas Absicht bei der Entwicklung seiner Investitions- und Bündnispolitik, obwohl sie einige widersprüchliche Aspekte aufweist, bestehe lediglich darin, die Entwicklung der abhängigen Länder zu unterstützen, so dass man sie als „guten Imperialismus“ bezeichnen könne;
- Es gibt nur einen Imperialismus, den westlichen Imperialismus, und angesichts dessen fordert der „Globale Süden“ mit Hilfe Russlands und Chinas, die als Anführer einer „Achse des Widerstands“ agieren, die wir angesichts des westlichen Imperialismus unterstützen müssen, „gleichberechtigtere“ Bedingungen.

Es gibt Kräfte, die echte Balanceakte vollbringen müssen (wir werden dies später noch genauer sehen), um ihre theoretischen Abweichungen als „leninistisch“ auszugeben: So wäre beispielsweise die Ungleichheit der Vereinbarungen zwischen den Metropolen der sogenannten „Achse des Widerstands“ und den Ländern, die sie „retten“ wollen, der Preis für die Entwicklung des Kapitalismus in diesen Ländern und einer Arbeiterklasse, die in Zukunft die Revolution anführen kann (bis es soweit ist, scheint es notwendig, dass die „guten“ Imperialisten bei Verhandlungen mit allen möglichen reaktionären Satrapen und Diktatoren wegschauen). Es

gibt sogar solche, die, abstrahierend von jeglichem Kriterium intellektueller Anständigkeit, so weit gehen zu sagen, dass, wenn die UdSSR einen Nichtangriffspakt mit Hitlerdeutschland unterzeichnet hat, warum sollte China dann nicht die Souveränität Marokkos (des Marokkos des Satrapen Mohammed VI.) über die Sahara anerkennen, wie es das chinesische Regime getan hat, indem es dieses Land zum letzten Gipfeltreffen des Forums für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit eingeladen hat, wenn es um die Zukunft des Fortschritts des afrikanischen Kontinents geht? Diese Zeremonie der Verwirrung, die die verschiedenen Fraktionen des Sozialchauvinismus anstreben, hat alles, was sie brauchen.

Wie in unserem Land stammen die meisten dieser Strömungen aus dem Carrillo-Revisionismus [Carrillo war der „eurokommunistische“ Führer der Kommunistischen Partei Spaniens – Anmerkung des Übersetzers], und sie teilen eine gemeinsame Verwirrung, die zunächst einmal geklärt werden muss: Die aktuelle Situation hat nichts mit derjenigen zu tun, die die UdSSR dazu veranlasste, sich den alliierten Mächten gegen den Nazifaschismus anzuschließen, darunter auch einige der heutigen imperialistischen Mächte.

*„In Deutschland gab es 1919 ein für Völker in Krisenzeiten typisches Phänomen: das Phänomen der sozialen Heiler. Es bildeten sich eine Vielzahl von Sekten (...). Eine dieser Sekten, bestehend aus 40 Personen, war die Deutsche Arbeiterpartei, die ein arbeitsloser Dreher, Anton Drexler, gegründet hatte.... Hitler fühlte sich von der Atmosphäre dieser Partei angezogen und schloss sich ihr schließlich an. Von Anfang an stand er an der Spitze dieser kleinen Gruppe.... Die Ultrakonservativen konnten nicht hoffen, die Massen mit veralteten reaktionären Programmen für sich zu gewinnen... Es mussten tiefgreifende soziale Reformen versprochen werden, aber soziale Reformen, wenn nötig auch sozialistische, mussten nach Ansicht der Reaktionäre in einem nationalen, nationalistischen Rahmen durchgeführt werden.... Es war daher für sie dringend notwendig, den Sozialismus in seiner doppelten Form zu bekämpfen: als kollektivistische Doktrin und als internationalistische Bewegung. Die Formel, die in Umlauf gebracht wurde, war perfekt: Nationalsozialismus oder, mit einem anderen Namen, Faschismus...<sup>1</sup>*

Lenin wies darauf hin, dass für den Sieg der Revolution nicht nur revolutionäre Bedingungen mit einem organisierten Proletariat im Kampf notwendig waren, sondern auch außergewöhnliche Umstände, die das Kapital daran hinderten, die Situation zu kontrollieren und den Status quo aufrechtzuerhalten. Der Sieg der sowjetischen Revolution in Russland war der Beweis dafür, dass die revolutionäre Zerstörung des bürgerlichen Staates unter diesen Voraussetzungen möglich war, sowie unter einer noch entscheidenderen Voraussetzung: die Existenz einer politischen Avantgarde, die in der Lage war, den unvermeidlichen Kampf in eine revolutionäre Richtung zu lenken.

Diese Lektion lernte das Proletariat und eröffnete damit die Epoche der proletarischen Revolutionen, aber auch das Großkapital, das nach dem Sieg der Bolschewiki um jeden Preis die Entwicklung des politischen Bewusstseins des Proletariats in Zeiten allgemeiner Krisen verhindern musste, um eine Revolution zu vermeiden.

Die terroristischen Formen des bürgerlichen Staates (Faschismus und Nationalsozialismus) traten in Perioden tiefer wirtschaftlicher, sozialer und politischer Krisen (sowohl national als auch international) des sterbenden Kapitalismus auf. Damals forderte die kleine und mittlere Bourgeoisie, die rapide verarmte und nicht in der Lage war, die Kontrolle über den Staat zu erlangen, von diesem mehr Schutz. Um die Gefahr einer Revolution abzuwenden, förderte das Kapital alle möglichen irrationalen Strömungen und die Idee einer „nationalen Gemeinschaft“, die die Interessen der verschiedenen Klassen und Schichten (Ausbeuter und Ausgebeutete) in einem gemeinsamen Ziel gegenüber anderen Ländern vereinte. Deshalb hat die Bourgeoisie immer versucht, den internationalistischen Sinn des Kampfes der Arbeiter zu brechen. Dies geschah in Deutschland, das im Ersten Weltkrieg besiegt worden war, als die Arbeiterklasse, die die Führer der Sozialdemokratie überwältigt hatte, versuchte, den revolutionären Weg voranzutreiben. Nachdem die unmittelbare Gefahr gebannt war und die Versuche des Proletariats, die Macht zu ergreifen, (mit entscheidender Hilfe der verräterischen Führer der Sozialdemokratie) niedergeschlagen worden waren, musste das Kapital die proletarische Bewegung von ihrem Ziel abbringen, dem bürgerlichen Staat ein Ende zu setzen, wie es ihre Klassenbrüder und -schwestern in Russland

<sup>1</sup> Antonio Ramos Oliveira, Political and Social History of Germany, Vol. II.

getan hatten. Zu diesem Zweck nutzten sie Kräfte, die aus der durch die Krise verursachten politischen Verwesung und der allgemeinen Verwirrung durch den Verrat der Revisionisten hervorgegangen waren. Diese Kräfte übernahmen mit Unterstützung des Großkapitals und der reaktionärsten Teile der bürgerlichen Institutionen die schmutzige Arbeit, die bürgerlich-liberale „Demokratie“ in einen brutalen Terrorstaat zu verwandeln, der alle demokratischen Rechte verneinte und die Voraussetzungen für den Krieg schuf.

*„Mit der Auflösung der Arbeitergewerkschaften, der Abschaffung der Sozialgesetzgebung und der Senkung der Löhne lebten die Kapitalisten nun in gewisser Weise in der Welt, von der sie geträumt hatten ... Am 19. Mai 1934 erließ die Nazi-Regierung eine Art ‚Arbeitsgesetzbuch‘ ..., das mit folgendem Absatz begann: „Die Fabrik ist die Grundlage der neuen Gesellschaftsordnung. Ihre Leitung obliegt dem Betriebsleiter. Der Unternehmensleiter entscheidet für das Fabrikpersonal über alle Fragen der Ausbeutung. Auf dieser Treue gründet sich die Gemeinschaft der Fabrik. Folglich werden alle grundlegenden Gesetze wie Fabrikräte, Tarifverträge und Löhne, Schiedsgerichtsbarkeit und der Arbeitstag abgeschafft.*

*Zwei Monate zuvor, am 14. März, war ein Gesetz in Kraft getreten, mit dem zwölf Kapitalisten der Schwerindustrie die Leitung der gesamten Industrie Deutschlands übertragen wurde. Unter ihnen waren Krupp von Bohlen, Blohm, Röchlin, Enrich Hartkopf, Bruno Schüler, Albert Vögler und andere. Ähnlich war der Fall Italiens unter Mussolinis Regime. Der insolvente und von einer sozialen Revolution bedrohte Kapitalismus rettete sich vor dem Bankrott und dem „Bolschewismus“ durch die Schaffung einer Staatsbank, deren Zweck neben der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen darin bestand, die Mittel der Nation zur Rettung insolventer Privatunternehmen einzusetzen...“<sup>2</sup>*

Für das europäische Großkapital war der zu besiegende Feind die Sowjetunion, der erste proletarische Staat. Die gesamte Politik von Nazi-Deutschland war von Anfang an darauf ausgerichtet, dem sowjetischen Experiment als lebendigem Ausdruck der Gefahr, die Krise, die aus der interimperialistischen Konfrontation hervorgegangen war, in eine Revolution zu verwandeln, ein Ende zu setzen und die Verwandlung des unvermeidlichen Krieges zwischen

den imperialistischen Mächten in einen revolutionären Bürgerkrieg zu verhindern, der dem bürgerlichen<sup>3</sup> Staat ein Ende bereiten würde. Bis zum Ende versuchten die großen westlichen Mächte (Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten) auf die gleiche Weise, die Nazi-Führer in den Krieg gegen den sowjetischen Staat zu ziehen, und arbeiteten jederzeit daran, die revolutionären Kräfte in anderen Ländern zu schwächen, die versuchten, sich in Richtung Emanzipation zu entwickeln (indem sie beispielsweise die Hilfe für die Spanische Republik blockierten, die unter schlechteren Bedingungen gegen die reaktionären Rebellenkräfte kämpfte, die von der nationalsozialistisch-faschistischen Achse unterstützt wurden).

Und heute? Heute gibt es keinen proletarischen Staat mehr, der als Bezugspunkt für den Rest der kommunistischen Bewegung dienen könnte. Die heutige Situation erinnert eher an die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Damals sprachen die verräterischen Führer der Sozialdemokratie ebenfalls von einem guten Imperialismus und lieferten sehr ähnliche Argumente wie die Sozialchauvinisten von heute, um sich auf die Seite der Mächte zu stellen, die sich auf den Krieg vorbereiteten. Klingen die Gründe der damaligen Revisionisten nicht wie die vieler „Kommunisten“, die objektiv als Propagandisten für Russland, China und ihre „multipolare Ordnung“ agieren?

### **Ist China ein sozialistisches Land?**

Die spanischen Revisionisten haben entscheidend zur ideologischen Desorganisation und Zersplitterung des Proletariats beigetragen und sind nun Teil einer Koalitionsregierung, die sich weiterhin vor einer revolutionären Politik gegen den Faschismus scheut. Sie sagen uns, dass wir „Lärm“ in der Politik vermeiden müssen und dass der soziale Dialog Vorrang haben sollte. Sie akzeptieren die komplizenhafte Rolle des imperialistischen Militarismus, die unserem Land in der Struktur des von den Vereinigten

<sup>2</sup> Kurz vor der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Paktes sagte Hitler bei einer Ansprache vor dem Hochkommissariat des Völkerbundes in Danzig: „Alles, was ich unternehme, richtet sich gegen Russland. Wenn der Westen so dumm und blind ist, um das zu verstehen, bin ich gezwungen eine Allianz mit den Russen zu schmieden und den Westen zu schlagen, sodass ich mich nach dessen Niederlage mit allen Kräften, die ich aufbringen kann, gegen die Sowjetunion wenden kann.“ Domenico Losurdo, Stalin – Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende

<sup>2</sup> Ebenda, S.83-87

Staaten angeführten Blocks zugewiesen wird. Sie billigen mit ihrer Stimme in der Koalitionsregierung die ständige Aufstockung des Militärbudgets usw. Sie sind auch die überzeugtesten Propagandisten der Theorie der multipolaren Welt.

Das Zentralorgan der revisionistischen PCE, *Mundo Obrero*, ist einer der Hauptbefürworter dieser These, wonach wir nicht Zeugen eines Kampfes zwischen den imperialistischen Mächten um die Kontrolle über die imperialistische Wirtschaft sind, sondern der Geburt einer neuen, gerechteren und demokratischeren Weltordnung, in der China und sein „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ der Verfechter des „Globalen Südens“ sein würden.

In ihrer Ausgabe vom 18. September 2023 veröffentlichte *Mundo Obrero* einen Artikel von Miguel Manzanera, in dem es heißt: „... Wenn man bedenkt, dass der chinesische Staatskapitalismus von der Kommunistischen Partei Chinas geführt wird, die die grundlegenden Sektoren der Wirtschaft kontrolliert, stehen wir vor einer neuen Gesellschaftsformation, die wir aufgrund ihrer industriellen und technologischen Entwicklung, die auf der Ausbeutung der chinesischen Arbeiter basiert, als Kapitalismus bezeichnen können. Er nimmt jedoch nicht die typische Form des liberalen Kapitalismus an, der auf dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln basiert. Andererseits weist er zwar monopolistische Züge auf, ist aber kein Imperialismus im Dienste der Finanzbourgeoisie, und seine Klassenstruktur folgt nicht dem Muster dieser Produktionsweise [sic]. Die herrschende Klasse ist die Staatsbürokratie, die die Entwicklung der chinesischen Bourgeoisie ermöglicht hat, die jedoch nach wie vor in einer untergeordneten Position steht.“ (Alle Unterstreichungen stammen von uns).

Für Menschen, die ohne dialektische Strenge argumentieren, gehen die Zahlen natürlich auf, und schließlich münden alle Widersprüche in einer „virtuellen“ qualitativen Veränderung. Ähnliches wurde von den Führern der alten Sozialdemokratie vorgeschlagen, um ihren Verzicht auf die Revolution zu rechtfertigen: Der Kapitalismus habe seine historische Rolle erfüllt und werde unweigerlich von selbst in den Sozialismus übergehen, nachdem er zuvor eine Phase des „Ultraimperialismus“ durchlaufen habe. Mit den Worten von Miguel Manzanera: „... Sobald sich der Staatskapitalismus unter chinesischer Hegemonie als vorherrschende Produktions-

weise etabliert hat, treten wir in eine neue Phase der Geschichte ein. Die alte Welt des kapitalistischen Imperialismus stirbt an Altersschwäche. Die neue Welt ist bereits im Entstehen begriffen. Es ist nicht die Diktatur des Proletariats, aber vielleicht ist es der Weg dorthin.“

Also: Ist China ein sozialistisches Land? Obwohl wir uns bereits bei anderen Gelegenheiten mit diesem Thema befasst haben, lohnt es sich, darauf zurückzukommen. Die Volksrepublik China hat nie ein eindeutig sozialistisches Projekt durchgeführt, aber seit 1978, mit dem Amtsantritt von Deng Xiaoping<sup>4</sup>, förderte die KPCh ein Wirtschaftsprogramm, das als „Reform und Öffnung“ bekannt ist. Dieses liberalisierte die Wirtschaft, förderte den privaten Sektor, baute die Kommunen schrittweise ab und öffnete das Land nach außen. Der revisionistische Führer reiste in die Vereinigten Staaten und knüpfte enge Beziehungen zu Washington, nachdem Richard Nixon mit seinem Besuch in China zu Lebzeiten Maos einen historischen ersten Schritt getan hatte. Es waren die Jahre der sogenannten „Ping-Pong-Diplomatie“, in denen China zu einem der stärksten Verbündeten der USA gegen die revisionistische UdSSR wurde.

Seine Nachfolger Jiang Zemin, Hu Jintao und der derzeitige Präsident Xi Jinping vertieften den aggressiven Staatskapitalismus und beseitigten die wenigen „sozialistischen“ Formen, die im chinesischen Modell noch existierten.<sup>5</sup> Der 16. Parteitag der KPCh im Jahr 2001 verabschiedete eine Änderung, die „allen fortgeschrittenen Elementen anderer sozialer Klassen neben Bauern, Arbeitern, Soldaten und Intellektuellen die Mitgliedschaft ermöglichte, sodass die KPCh zur Avantgarde der chinesischen Arbeiterklasse, des chinesischen Volkes und der chinesischen Nation wurde“. Dies ermöglichte Unternehmern den formellen Eintritt in die KPCh, die die staatliche Machtstruktur kontrolliert.

4 Dieser chinesische Führer popularisierte die Parole „Reich werden ist wunderbar!“

5 Xi Jiping präsentierte auf dem 20. Parteitag der KPCh einen Bericht, indem er seine „Ideen“ zusammenfasste. Neben anderen Zielen brachte er darin folgende Pläne zum Ausdruck, die helfen können, den wahren Charakter des chinesischen Staatskapitalismus zu verstehen: „Wir werden einen einheitlichen nationalen Markt aufbauen, Reformen für den Markt auf der Grundlage der Zuteilung von Produktionsfaktoren vorantreiben und ein Marktsystem auf hohem Niveau einrichten. Wir werden die Systeme verbessern, die die Marktwirtschaft stützen, wie den Schutz der Eigentumsrechte, den Zugang zum Markt, den fairen Wettbewerb und den Sozialkredit, um das Unternehmensumfeld zu verbessern.“

Kurz gesagt, man kann ohne jede wissenschaftliche Genauigkeit mit Worten spielen, aber die Wahrheit ist, dass die Produktionsmittel in China in den Händen einer mächtigen Bourgeoisie liegen, die die Wirtschaft tatsächlich kontrolliert. Man kann „naiv“ behaupten, dass die herrschende Klasse in China die Staatsbürokratie ist, als würde dies dem Staatskapitalismus einen sozialistischen Stempel aufdrücken; aber die Verwechslung zwischen einzelnen Eigentümern und KPCh-Mitgliedern ändert nichts an der Tatsache, dass es keine soziale Kontrolle der Produktion gibt und dass die Produktionsmittel einer sozialen Minderheit gehören, die konsequent als Klasse am Rande und gegen das kollektive Interesse handelt.

Die spanische Ausgabe der offiziellen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua erklärte im Juni 2024: „Die Zahl der privaten Unternehmen in China belief sich Ende Mai auf 96,4 % der Gesamtzahl der Unternehmen im Land. ... China fördert seit langem die Entwicklung des Privatsektors und arbeitet konsequent daran, ein marktorientiertes, rechtsstaatliches internationales Geschäftsumfeld zu schaffen. Die Zahl der privaten Unternehmen in China hat sich in den letzten zehn Jahren dank der Bemühungen um eine Optimierung des Geschäftsumfelds vervierfacht. Der Privatsektor trägt mehr als 50 % zu den Steuereinnahmen, mehr als 60 % zum BIP und mehr als 70 % zu den technologischen Innovationen bei. Er stellt außerdem mehr als 80 % der Arbeitsplätze in den Städten und macht mehr als 90 % der Marktteilnehmer in China aus.“<sup>6</sup>

### **Ist der chinesische Imperialismus ein ‚guter Imperialismus‘?**

*„Vom Standpunkt der bürgerlichen Gerechtigkeit und nationalen Freiheit... wäre Deutschland unbedingt im Recht gegen England und Frankreich, weil es bei der Teilung der Kolonien „überevorteilt“ ist, weil seine Feinde unvergleichlich viel mehr Nationen unter ihrer Botmäßigkeit haben als es, Deutschland, und weil im Reiche seines Verbündeten, in Österreich, die unterdrückten Slawen unzweifelhaft größere Freiheit genießen als im zaristischen Russland, diesem wirklichen „Zuchthaus der Völker“. Aber Deutschland kämpft selbst*

<sup>6</sup> Xinhua definiert den Privatsektor eng als Unternehmen mit weniger als 10% Staatsbeteiligung. Der Staatssektor beinhaltet sowohl Gemischtes Eigentum (MSEs), bei denen der Staat zwischen 10% und 50% besitzt, als auch Unternehmen mit mehrheitlicher Staatsbeteiligung.

*nicht für die Befreiung, sondern für die Unterdrückung... Zu diesem Zwecke müssen die Sozialisten in erster Linie dem Volk die Wahrheit sagen, nämlich: dass dieser Krieg... zur Festigung der Kolonialherrschaft vermittelt „gerechterer“ Aufteilung und weiterer, mehr „solidarischer“ Ausbeutung der Kolonien; ...zu verstärkter Unterdrückung der fremden Nationalitäten auf dem Boden der „Großmächte“ selbst,... zur Festigung und Fortsetzung des Systems der Lohnsklaverei, da das Proletariat gespalten und niedergehalten ist, die Kapitalisten aber den Nutzen davon haben, indem sie aus dem Krieg Profite ziehen, die nationalen Vorurteile schüren und die Reaktion stärken, die in allen, selbst in den freiesten und am ehesten republikanischen Ländern ihr Haupt erhoben hat...“*  
V.I. Lenin, *Sozialismus und Krieg*.

Lenin schrieb dies 1915, mitten im Ersten Weltkrieg, um die Position der revolutionären Sozialdemokratie gegenüber den Sozialverrätern klarzustellen. Es besteht kein Zweifel, dass China heute, wie damals Deutschland, bei der Aufteilung der Kolonien betroffen worden ist, dass seine Feinde viel mehr Länder unterdrücken als es selbst und dass die von ihm unterdrückten Sklaven mehr Freiheit genießen als die Sklaven anderer imperialistischer Herren. Aber wir Kommunisten sagen weiterhin, und die Geschichte hat uns Recht gegeben, dass Chinas Politik, wie die seiner imperialistischen Rivalen, darauf abzielt, andere Völker zu unterwerfen und die Lohnsklaverei zu verlängern.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, sprachen die Revisionisten ebenso wie der Verfasser des in *Mundo Obrero* veröffentlichten Artikels vom „Ultraimperialismus“ als einer möglichen neuen Phase der Einigung zwischen den Mächten zur friedlichen Aufteilung der Welt. Diese Theorie, die auch die modernen Revisionisten zur Rechtfertigung ihres Verrats heranziehen, gehört zum Arsenal der Lügen, auf die die Mächte zurückgreifen, um ihre verbrecherische Politik zu beschönigen.

Die Imperialisten rechtfertigen ihre Politik natürlich mit den schönsten Worten und den höchsten Idealen. Während sie ihre Militärarsenale aufstocken, Handelsbarrieren verstärken, die Ausbeutung des Proletariats in ihren eigenen Ländern und die Unterdrückung der Völker verschärfen, schlagen sie alle eine „freundschaftliche“ Vereinbarung untereinander vor, um die Welt „friedlich“ aufzu-

teilen, damit die beherrschten Länder „aus ihrem Elend herauskommen“ können, zu dem ihre Politik sie verdammt. Dieses Abkommen ist natürlich für „alle“ vorteilhaft, und sie machen ihre Rivalen für die Hindernisse verantwortlich, die sie dem „freien Markt“ in den Weg stellen. Und China ist da keine Ausnahme.

Wang Huiyao, Berater der chinesischen Regierung und Gründer des Center for China and Globalization (CCG), einer Denkfabrik, deren Ziel es laut eigener Definition ist, „Empfehlungen für China aus einer globalen Perspektive zu geben und globale Beratung mit chinesischer Weisheit anzubieten“ (wir können Herrn Wang zweifellos als Sprecher der chinesischen Regierung betrachten, zumindest „inoffiziell“), erklärte kürzlich in einem Artikel mit dem aufschlussreichen Titel „Wie China und der Westen zusammenarbeiten können, um Afrika wirklich zu helfen“, in dem er zur Zusammenarbeit zwischen den Imperialisten bei der Aufteilung dieses Kontinents aufrief, der die jüngste Bevölkerung der Welt und die größte Anzahl von Entwicklungsländern hat und der seinen eigenen Worten zufolge über reichlich Arbeitskräfte und natürliche Ressourcen verfügt:

*„Während die Welt weiterhin mit beispiellosen globalen Herausforderungen zu kämpfen hat“, so Herr Huiyao, „ist die Entwicklung Afrikas zu einem Schwerpunkt der internationalen Zusammenarbeit geworden.“ Und er fügte klagend hinzu: „... trotz der weit verbreiteten Anerkennung der globalen Bedeutung und des Entwicklungspotenzials Afrikas durch die westlichen Länder können manchmal widersprüchliche Ansätze und politische Nuancen ihrer Strategien eine wirksame Zusammenarbeit behindern und zu einer ineffizienten Verteilung der Ressourcen führen... die Beteiligung eines breiteren Teils der internationalen Gemeinschaft ist erforderlich.“*

Herr Huiyao könnte nicht deutlicher (oder zynischer) sein, wenn er seine imperialistischen Kollegen zur Teilnahme an dieser Ausbeutung aufruft:

*„Die verstärkte Aufmerksamkeit und die Investitionen der Großmächte haben zu diversifizierten Entwicklungsinitiativen und stärkeren wirtschaftlichen Partnerschaften zwischen den afrikanischen Nationen geführt.... Um die Entwicklung Afrikas wirklich zu fördern, ist es von entscheidender Be-*

*deutung, dass alle Beteiligten den tatsächlichen Bedürfnissen Afrikas Vorrang einräumen und echte Zusammenarbeit statt Wettbewerb fördern. Glücklicherweise nehmen einige westliche Länder allmählich eine offenere Haltung gegenüber der Entwicklungshilfe ein, betrachten Chinas Entwicklungsprojekte in Afrika mit wohlwollenderen Augen und engagieren sich in einer aktiven Zusammenarbeit. So prüft China beispielsweise die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Frankreich im Ausland und ermutigt Unternehmen beider Länder, sich gemeinsam an Projekten zu beteiligen. Diese Art der Zusammenarbeit hat sich für China, Frankreich und die afrikanischen Länder als vorteilhaft erwiesen ...“*

So schlägt China vor, die „multipolare Welt“ aufzubauen: indem es zur Zusammenarbeit zwischen den alten Herren, die Afrika verwüstet haben (dem französischen Imperialismus), und den neuen aufruft. Dieser zynische Versuch der Imperialisten, ihre Ausbeutungspolitik zu koordinieren, wurde von den alten Sozialverrätern als „Ultraimperialismus“ bezeichnet.

Am 16. November trafen sich Biden und Xi Jinping anlässlich des Gipfeltreffens der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft in Lima, Peru. Der chinesische Staatschef zeigte wie sein US-Amtskollege die übliche Diplomatie der Imperialisten, eine Mischung aus guten Absichten und versteckten Drohungen, und brachte auf seine Weise dieselbe „ultraimperialistische“ Theorie vor. Hier einige Auszüge aus den Äußerungen von Jinping gegenüber seinem Kollegen Biden, entnommen aus der spanischen Ausgabe von Xinhua:

*„China einzudämmen ist leichtsinnig, inakzeptabel und zum Scheitern verurteilt ... Wenn beide Länder sich als Partner behandeln und trotz ihrer Differenzen nach Gemeinsamkeiten suchen, werden ihre Beziehungen erhebliche Fortschritte machen ... Weder China noch die USA sollten versuchen, ... dem anderen sein legitimes Recht auf Entwicklung vorzuenthalten, um ihre Führungsposition zu behaupten ... Beide Seiten sollten die Liste der Kooperationen erweitern und diesen Kooperationskuchen vergrößern, um ein Win-Win-Ergebnis zu erzielen ... Es ist notwendig, die Verantwortung der großen Länder zu übernehmen ... von gegenseitiger Zermürbung abzusehen und andere Länder nicht zu zwingen, Partei zu ergreifen ... Nur eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit kann zu einer gemeinsamen*

*Entwicklung führen. „Ein kleiner Hof mit hohen Zäunen“ ist nicht das, was ein großes Land anstreben sollte; nur Offenheit und Teilen können das Wohlergehen der Menschheit fördern ...“*

Dies sind nicht die Aussagen eines sozialistischen und internationalistischen Führers, sondern die eines imperialistischen Machthabers, der von seinem Rivalen verlangt, seinen Platz in der Ausbeutung der Welt anzuerkennen.

Laut der chinesischen Agentur antwortete Biden entsprechend: „Die Beziehungen zwischen den USA und China sind die wichtigsten der Welt, nicht nur für unsere beiden Völker, sondern auch für die Zukunft der Welt. Unsere beiden Regierungen haben gegenüber unseren beiden Völkern und gegenüber der Welt die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass der Wettbewerb nicht in einen Konflikt ausartet...“

Es stimmt, dass dieses Treffen wirklich nur von sehr geringer Bedeutung war, da es elf Tage nach Trumps Sieg bei den US-Präsidentschaftswahlen stattfand. Dieser theatralische Charakter hat seine eigene Agenda (tatsächlich dauerte es nicht lange, bis er eine größere Annäherung an Putin zeigte); aber er dient zumindest dazu, die Ängste eines Teils des Yankee-Kapitals zu veranschaulichen, das in internationalen Angelegenheiten und in so unbeständigen Zeiten wie den gegenwärtigen nicht aufhört, den Sieg des Ersteren mit Sorge zu betrachten.

### **Wieder „Ultraimperialismus“**

Lenin schrieb 1915 [Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale] zu Beginn des Ersten Weltkriegs: „Die raffinierteste Theorie des Sozialchauvinismus, diejenige, die am geschicktesten Wissenschaftlichkeit und Internationalität vorzutäuschen versteht, ist die von Kautsky aufgestellte Theorie des „Ultra-Imperialismus“. Hier die deutlichste, genaueste und neueste Darstellung dieser Theorie durch ihren Autor selbst... eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setzte. Und Lenin fuhr fort: „Diese „Theorie“ läuft darauf und nur darauf hinaus, dass Kautsky mit der Hoffnung auf eine neue Friedensära des Kapitalismus für den Anschluss der Opportunisten und der offiziellen sozialdemokratischen Parteien an die Bourgeoisie und für ihre Ab-

sage an die revolutionäre (d. h. proletarische) Taktik während der gegenwärtigen stürmischen Ära eine Rechtfertigung gibt...“

Diese Theorie der multipolaren Welt ist eine Aktualisierung des alten Refrains vom Ultraimperialismus. So schrieb Herr Manzanera in seinem Artikel in Mundo Obrero: „Das Projekt, das China der Welt anbietet, ist die Multipolarität, die die bisherige unipolare Hegemonie des liberalen Imperialismus ablöst ... Die Multipolarität ist ein friedliches [sic] Projekt der Verständigung zwischen den Weltmächten, mit der UNO als Zentrum des Dialogs und der international konsensorientierten Entscheidungsfindung ...“ Nach Ansicht der Revisionisten muss das Proletariat dem Imperialismus bei seiner Aufgabe helfen, eine Welt aufzubauen, in der das Finanzkapital das Proletariat und die Völker der Welt auf vereinte und koordinierte Weise ausbeutet, damit seine Konfrontation um die Märkte und damit auch die Kriege ein Ende finden.

Lenin prangerte diese Täuschung wie folgt an: „Zunehmende internationale Verfilzung der verschiedenen Klüngel des Finanzkapitals.“ Das ist die einzige, wirklich allgemeine und unzweifelhafte Tendenz – nicht in wenigen Jahren, nicht in zwei Ländern, sondern in der ganzen Welt, im gesamten Kapitalismus... Aus der Vereinigung und Verfilzung der verschiedenen nationalen Kapitale zu einem einheitlichen internationalen Ganzen eine ökonomische Tendenz zur Abrüstung herleiten wollen, heißt einfach läppische Spießbürgerwünsche nach Abstumpfung der Klassengegensätze an die Stelle ihrer tatsächlichen Verschärfung setzen... wer den Sklaven tröstet, statt ihn zur Rebellion gegen die Sklaverei aufzurütteln, der unterstützt die Sklavhalter.“ [Ebd.]

Die Tatsachen sind unbestreitbar: Die Herren Huiyao und Manzanera können von Frieden zwischen den Imperialisten sprechen, aber der Kampf der Kapitalisten um die Erzielung maximalen Mehrwerts durch die Ausbeutung des Proletariats, ihre Streitigkeiten um die Vorherrschaft über möglichst viele Länder durch ihre Finanzinvestitionen und ihr Wettstreit mit ihren Rivalen um Einflussgebiete sind in der Epoche des Imperialismus eine Konstante. Dies hat die Völker der Welt Millionen von Menschenleben und unzählige Leiden gekostet (und kostet sie weiterhin). Dieser Trend hat nicht nur nicht nachgelassen, sondern nimmt täglich zu. Militarismus

mus, die Abschaffung demokratischer Rechte, die Durchsetzung brutaler Kürzungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats und der Völker und schließlich der Krieg bleiben die einzige Konstante im Handeln des Imperialismus und werden es auch bleiben, solange das Proletariat dem Kapitalismus nicht auf revolutionäre Weise ein Ende setzt. Wer etwas anderes behauptet, ist ignorant, irrt oder lügt.

### **Die sogenannte Achse des Widerstands, der China-Afrika-Gipfel und erneut die BRICS**

In der zweiten Jahreshälfte, kurz vor den Präsidentschaftswahlen des Yankee-Bosses, fanden zwei Treffen statt, die von den Sozialchauvinisten als Schritt hin zu einer multipolaren Welt bejubelt wurden: das neunte Ministertreffen des Forums für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit Anfang September in Peking und der BRICS-Gipfel Ende Oktober in Kasan (Russland).

Über die Tagesordnung des letzten BRICS-Gipfels gibt es wenig Neues zu berichten, abgesehen davon, dass seine Befürworter weiterhin die auf dem Gipfel in Johannesburg im letzten Jahr festgelegten Ziele vorantreiben: Entdollarisierung der Wirtschaft, Förderung des Handels in lokalen Währungen, Schaffung einer Alternative zu den SWIFT-Codes für Finanztransfers usw.

Seit Januar dieses Jahres sind vier neue Länder der Gruppe beigetreten: Iran, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und Äthiopien; doch wie wir bereits in einem früheren Artikel dargelegt haben, nehmen die internen Widersprüche weiter zu.<sup>7</sup> Die Instabilität des Bündnisses zwischen den Staaten der Gruppe wurde Ende 2023 deutlich, als der neu gewählte Präsident Argentiniens, Javier Milei, ein ultraliberaler, theatralischer Verfechter der Dollarisierung der Wirtschaft, die Aufnahme seines Landes in die BRICS ablehnte, die wenige Monate zuvor auf dem Gipfel in Johannesburg vereinbart worden war. Die Koexistenz der drei führenden Staaten Russland, China und Indien ist nicht ohne Spannungen; insbesondere Indien hat seine eigene „Agenda“, um sein nationales Kapital zu begünstigen. Wie EIDiario.es kürzlich hervorhob: „... die USA sind von Indiens Status als regionaler geopolitischer und wirtschaftlicher Rivale Chinas angezogen. Darüber hinaus

zählen sie auf Modis Flexibilität, Verbindungen zum Globalen Süden zu knüpfen, während sie gleichzeitig den Dialog mit der G-7 (trotz ihrer Mitgliedschaft in den BRICS) suchen und einen Konsens mit der G-20 mit multilateralem Charakter aufbauen.“<sup>8</sup> Ein weiteres Beispiel für die wachsenden Widersprüche ist die Ablehnung der Kandidatur Venezuelas durch Brasilien. Wie France 24 h hervorhob, endete der BRICS-Gipfel in Russland mit großen Versprechungen und wenigen Vereinbarungen.

Einige Wochen zuvor fand in Peking der Gipfel des Forums für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit statt. China, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, ist Afrikas größter Handelspartner. Der bilaterale Handel erreichte laut offiziellen chinesischen Medienangaben im ersten Halbjahr 2024 ein Volumen von 167,8 Milliarden Dollar (151,8 Milliarden Euro).

Chinas enorme Finanzinvestitionen in Afrika verfolgen keine revolutionären oder internationalistischen Ziele. China hat den Status quo in Afrika stets respektiert und sich immer um ein Einvernehmen mit den Diktatoren und reaktionären Regierungen des Kontinents bemüht, denen es militärische Hilfe und Ausbildung für ihre Armeen angeboten hat, im Gegenzug dafür, dass es an der Plünderung ihrer Ressourcen teilhaben darf, wie wir noch sehen werden.

Natürlich hat es beim Aufbau von Transportwegen geholfen; es braucht sie, um die benötigten natürlichen Ressourcen zu transportieren und seine Produkte in die Region zu exportieren. Dahinter steckt

8 In Indien, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt, wird die nationalistische Tendenz des Staates jeden Tag deutlicher. Der Sieg der BJP, der Partei des indischen Präsidenten Narendra Modi, im Jahr 2014 ließ Gruppen wie die Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) entstehen, eine rechtsextreme paramilitärische Hindu-Organisation, die ideologische Wiege der BJP, in der Modi Mitglied ist. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Indien zu den Staaten gehörte, die sich am 26. Oktober 2023 bei der UN-Abstimmung über die Forderung nach einem Waffenstillstand im Gazastreifen der Stimme enthielten und damit Israel unterstützten, oder dass Modi wenige Tage nach dem Gipfel in Kasan, nach Trumps Sieg, auf X erklärte: „Ich hatte ein großartiges Gespräch mit meinem Freund, Präsident Donald Trump, und gratulierte ihm zu seinem spektakulären Sieg. Ich freue mich darauf, erneut eng zusammenzuarbeiten, um die Beziehungen zwischen Indien und den USA in den Bereichen Technologie, Verteidigung, Energie, Raumfahrt und anderen Bereichen weiter zu stärken.“

7 Sozialismus und Sozialchauvinismus: Über den BRICS-Gipfel

kein altruistischer Geist; sein Verhalten war schon immer das einer imperialistischen Macht, die die Ressourcen ihrer Kolonien ausbeutet. Es handelt (vorerst) nicht direkt, um seine Herrschaft militärisch durchzusetzen; das braucht es nicht: Die ihm freundlich gesinnten Regierungen setzen die „imperialische Ordnung“ durch. Natürlich zögert sie nicht, wenn nötig Waffen zu exportieren, um die Instabilität in Gebieten aufrechtzuerhalten, in denen dies gefördert werden soll, oder die privaten Armeen ihres russischen Verbündeten einzusetzen, der ebenfalls eine bedeutende Präsenz in Afrika hat.

China hat erhebliche Summen in Afrika investiert und Tausende von Arbeitern und Ingenieuren auf den Kontinent geschickt, um große Infrastrukturprojekte zu bauen, und erhält im Gegenzug privilegierten Zugang zu den natürlichen Ressourcen des Kontinents, darunter Kobalt, Kupfer, Gold, Lithium usw. Mit chinesischen Staatskrediten wurden auch Eisenbahnen, Häfen und Straßen finanziert, die für Afrika sehr wichtige Infrastrukturen sind und den Einfluss Chinas auf dem afrikanischen Kontinent maximal stärken.

### Wie sieht die Realität in Afrika aus?

Der afrikanische Kontinent hat über einen sehr langen Zeitraum hinweg die brutalste Kolonialisierung durch die europäischen Mächte erlitten. Nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren entwickelte sich auf dem Kontinent eine Entkolonialisierungsbewegung, die den kolonialisierten Ländern die Unabhängigkeit ermöglichte, manchmal nach blutigen Kriegen, wie im Fall Algeriens gegen das französische Imperium.<sup>9</sup> Die ehemaligen Metropolen gaben jedoch die Ausbeutung ihrer ehemaligen Kolonien nicht auf, die in den meisten Fällen weiterhin in den Händen von Stroh Männern ihrer ehemaligen Besitzer lagen.

Der westliche Imperialismus hat seinen ehemaligen Kolonien nie echte Unabhängigkeit gewährt, sondern seine Kontrolle mit allen möglichen Argumenten aufrechterhalten. Zu Beginn dieses Jahrhunderts, beispielsweise zwischen 2010 und 2012, entwickelte sich eine Volksbewegung, die als „Arabischer Früh-

ling“ bekannt wurde und sich von Tunesien, einer ehemaligen französischen Kolonie, über den gesamten Norden des Kontinents ausbreitete und schnell durch die politische und militärische Intervention des Imperialismus erstickt wurde. Eines der Beispiele für diese „Schattenkolonialisierung“ findet sich in Libyen, das nach der Intervention der NATO weiterhin zersplittert und in zwei Staaten aufgeteilt ist, die jeweils vom westlichen Imperialismus (im Westen des Landes) und von Russland (im Osten) mit Marionettenregierungen als Fassade kontrolliert werden. Die gleiche Situation der „bewaffneten Vormundschaft“ des Imperialismus erstreckt sich über den gesamten Kontinent: Das Vakuum, das der aus der Sahelzone vertriebene französische Imperialismus hinterlassen hat, wurde von Russland gefüllt (das durch die für ihn arbeitenden Söldnerarmeen militärisch interveniert). In diesem Kontext verstärkt China seine wirtschaftliche Kontrolle und strebt Vereinbarungen („Sicherheit“, in den wohlklingenden Begriffen der bürgerlichen Diplomatie) an, um seine militärische Kontrolle auszubauen.

Die fortwährenden Staatsstriche sowie die Aktivitäten jihadistischer Gruppen und paramilitärischer Banden aller Art verschärfen die Konflikte, die von der einen oder anderen Supermacht geschürt und manipuliert werden. Sie bluten die afrikanischen Staaten aus, behindern die volle Entfaltung der Völker und provozieren die Flucht von Hunderttausenden ihrer Bürger, die in den Metropolen eine Zukunft suchen. Diese wiederum schließen ihre Grenzen mit Stacheldraht und Gefängnissen, um ihre Einreise zu verhindern.

Tatsächlich ist Afrika, wie Herr Huiyao hervorhob, der Kontinent mit der jüngsten Bevölkerung der Welt und der größten Anzahl von Entwicklungsländern, und er verfügt auch über viele Bodenschätze und Rohstoffe, die für die modernste Industrie notwendig sind und um die seine ehemaligen und neuen Herren streiten. Afrika ist aber auch die Müllhalde der Welt: Die Vereinten Nationen weisen darauf hin, dass jedes Jahr weltweit 62 Milliarden Kilogramm Elektronikschrott anfallen, von denen drei Viertel auf Deponien in Afrika verschwinden.

Länder wie Burkina Faso, das 2022 zwei Staatsstriche erlitten hat, durchlaufen einen Prozess der Faschisierung, in dem demokratische Rechte verweigert werden und „Todesschwadronen“ und faschistische Banden, die von der Militärdiktatur

<sup>9</sup> Es sei noch einmal daran erinnert, dass Spanien seine Verpflichtung gegenüber der UNO als Kolonialmacht nicht erfüllt hat, indem es das Selbstbestimmungsrecht der Westsahara (eine der letzten europäischen Kolonien in Afrika) nicht garantierte und die illegale Annexion dieses Gebiets durch Marokko akzeptierte.

unterstützt werden, frei agieren können. Im Sudan dauert der bewaffnete Konflikt zwischen den beiden Flügeln des ehemaligen reaktionären Regimes an, die beide vom Imperialismus und regionalen Mächten unterstützt werden, um den Sudan weiter zu zersplittern und seinen Reichtum zu plündern (dieser Konflikt hat bereits mehr als 7,5 Millionen Vertriebene und Tausende von Toten gefordert).<sup>10</sup> Tunesiens Präsident Said regiert in einem bankrotten Land und unterdrückt alle Proteste der Bevölkerung. Die Demokratische Republik Kongo ist trotz ihres großen Reichtums an Bodenschätzen laut Weltbank eines der fünf ärmsten Länder der Welt, in dem paramilitärische Banden ungestraft agieren, Kobalt und Mineralien stehlen, die die Bürger in privaten Betrieben unter Einsatz ihres Lebens abbauen, und so weiter und so fort. Man spricht von einem Kontinent mit offenen Adern, auf dem der Imperialismus ständig Kriege führt, um seinen Reichtum zu kontrollieren, die obskurantistischsten und reaktionärsten Kräfte wie Marionetten benutzt, Staaten zerlegt und Konflikte verschärft, während er Lieder von Hoffnung und Brüderlichkeit singt.

Die Eröffnungsrede des Forums, gehalten von Xi Jinping, begann im „poetischen“ und konfuzianischen Ton der chinesischen Revisionisten: „Blumen im Frühling werden im Herbst zu Früchten, und eine reiche Ernte ist der Lohn für harte Arbeit. In dieser Erntezeit freue ich mich sehr, so viele alte und neue Freunde in Peking zu treffen, um gemeinsam über die großartigen Pläne für die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen China und Afrika in der neuen Ära zu beraten.... Inmitten der beispiellosen Veränderungen in der Welt seit einem Jahrhundert stehen wir Schulter an Schulter, um unsere legitimen Rechte und Interessen entschlossen zu verteidigen. Indem wir uns dem Strom der wirtschaftlichen Globalisierung anschließen, werden wir gemeinsam stärker und widerstandsfähiger und bringen Milliarden von einfachen Chinesen und Afrikanern greifbare Vorteile.“

Zwischen Lob und Lobeshymnen bot der chinesische Staatschef seinen Gästen mehr als nur finanzielle Unterstützung. Sein zehnter Vorschlag war die „Gemeinsame Sicherheitspartnerschaft“: „Wir werden Afrika mehrere Milliarden Yuan zur Verfügung stellen, 6.000 Militärangehörige und 1.000 Polizei- und Strafverfolgungsbeamte aus Afrika ausbilden

und 500 junge afrikanische Offiziere zu einem Besuch nach China einladen ...“

Unter den Freunden des chinesischen Staatschefs, die an dem Forum teilnahmen, war der marokkanische Premierminister Aziz Akhannouch als Vertreter „Seiner Majestät“ Mohammed VI. Der chinesische Gastgeber lehnte natürlich die Anwesenheit von Vertretern der Polisario-Front und der Sahrawi Arabischen Demokratischen Republik auf dem Gipfel ab, um seinen Freund nicht zu verärgern. Das marokkanische Außenministerium erklärte: „Der Gipfel des Forums für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit (FOCAC), der vom 4. bis 6. September in Peking stattfand, bestätigte Marokkos Status als wichtiger kontinentaler Führer, der die Entwicklung und den Wohlstand Afrikas gemäß den hohen Anweisungen Seiner Majestät König Mohammed VI., möge Gott ihm beistehen, in den Mittelpunkt seiner diplomatischen Aktivitäten stellt...“.

### **Wie sollte die Haltung der Linken in Spanien aussehen?**

Und Spanien? Welche Rolle spielt der spanische Staat in dieser interimperialistischen Konfrontation? Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren die großen imperialistischen Mächte tatsächlich dagegen, die spanischen Kommunisten in ihrem Kampf gegen den Franquismus, das letzte faschistische Regime in Europa, das mit dem verbrecherischen Nazifaschismus verbündet war und das spanische Volk einer brutalen und verbrecherischen Diktatur unterworfen hatte, zu unterstützen, wie es die UdSSR vorgeschlagen hatte.

Die Vereinigten Staaten, die damals die Rolle spielten, die heute China spielt, halfen Franco durch die Unterzeichnung des spanisch-amerikanischen Abkommen von 1953, aus seiner politischen Isolation herauszukommen. Seitdem fanden sie in unserem Land, zusammen mit den Investitionsfluten, die unsere Wirtschaft zu einem Industriezweig des großen Unternehmens Vereinigte Staaten machten, billige Arbeitskräfte, die sie einem brutalen Regime der Verweigerung von Rechten unterwarfen; Spanien wurde mit Yankee-Stützpunkten und Soldaten überzogen: in Rota, Zaragoza, Morón, Torrejón usw. Der Unfall von Palomares im Jahr 1966, als die Kollision zweier Flugzeuge der US-Luftwaffe den Absturz mehrerer Atombomben in der Gemeinde

<sup>10</sup> Zu diesen 2 Ländern siehe die Resolutionen des 29. Plenums der IKMLPO

Almeria verursachte, zeigte die Straffreiheit, mit der die imperialistischen Armeen unser Territorium nutzen und die Sicherheit unserer Völker und Küsten gefährden. Das Schwimmen des damaligen franquistischen Ministers für Information und Tourismus, Manuel Fraga Iribarne (Gründer der AP [Volksallianz], später PP [Volkspartei]), und des US-Botschafters in den nahe gelegenen Gewässern, um zu zeigen, dass sie nicht kontaminiert waren, war ein weiterer Beweis für die unterwürfige Haltung der franquistischen Behörden gegenüber dem Yankee-Herrn.

Nach dem Tod des mörderischen Diktators blieben im Übergangsprozess, der unter direkter Intervention der US-Regierung, mit aktiver Hilfe des Sozialliberalismus und der Komplizenschaft des Carrillo-Revisionismus stattfand, die Grundpfeiler des Franco-Regimes unangetastet: Keine der Fragen, die mit der Struktur des Staates und der notwendigen Säuberung seiner Institutionen zu tun hatten, wurde angetastet, usw. Auch seine vollständige Unterwerfung unter die Diktate seines „Verbündeten“ Yankee änderte sich nicht im Geringsten.

Die ersten Regierungen der Monarchie leiteten den Prozess des Beitritts unseres Landes zur NATO ein und lösten damit eine massive Mobilisierung der Bevölkerung unter dem Motto „NATO Nein, Stützpunkte raus!“ aus, die das ganze Land erfasste. Unter dem Druck der Bevölkerung musste Felipe González, der große Heuchler des Sozialliberalismus, wie so oft die Drecksarbeit erledigen. Er berief ein Referendum nach einer Kampagne unter dem zynischen Slogan „Nein zum NATO-Beitritt“ ein; doch trotz der absoluten Kontrolle über den Propagandaapparat zwang die empörte Opposition der Mehrheit des spanischen Volkes die Regierung, drei Verpflichtungen einzugehen, um diesen Schritt akzeptabel zu machen, die auf demselben Stimmzettel standen und wie folgt lauteten:

*„Die Regierung hält es im nationalen Interesse für ratsam, dass Spanien in der Atlantischen Allianz verbleibt, und erklärt sich damit einverstanden, dass dies in folgenden Punkten festgelegt wird:*

- 1. Die Beteiligung Spaniens an der Atlantischen Allianz umfasst nicht die Eingliederung in die integrierte militärische Struktur.*
- 2. Das Verbot der Stationierung, Lagerung oder Einführung von Atomwaffen auf spanischem Staatsgebiet bleibt bestehen.*

*3. Die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten in Spanien wird schrittweise reduziert.*

*Halten Sie es für akzeptabel, dass Spanien unter den von der Regierung der Nation vereinbarten Bedingungen in der Atlantischen Allianz verbleibt?“*

Weder diese noch eine der nachfolgenden Regierungen des monarchistischen Regimes haben diese Verpflichtungen erfüllt, ebenso wenig wie die Koalitionsregierung. Die Entscheidung, im Militärblock zu verbleiben, ist daher rechtswidrig und nichtig.

Die NATO hatte nie die Verteidigung der „Demokratie“ oder den Schutz Europas durch „Abschreckung“ seiner „Feinde“ vor einem möglichen Angriff als Daseinsberechtigung, wie die Führer der PSOE [Sozialistische Partei der Arbeiter Spaniens] und der Rechten unisono behauptet haben. Sie dient der Bildung eines Militärblocks im Dienste des bisher dominierenden westlichen Imperialismus, der sich um die USA gruppiert und heute eine Macht im Niedergang ist.

Dies ist jedoch eine Frage, die in der politischen Debatte über Jahre hinweg ausgeklammert wurde, während die Invasion der Ukraine durch die russische Armee alle Widersprüche offenbart hat, auch die der unterwürfigen Linken. Bislang wurde die Unrechtmäßigkeit des Referendums ignoriert, die die NATO-Mitgliedschaft selbst aus Sicht der bürgerlichen Gerechtigkeit ungültig macht. Nun aber muss die internationale Lage mit der realen Gefahr eines Krieges dieses Problem in den Mittelpunkt der politischen Debatte rücken.

Was hat der Revisionismus angesichts dieser Frage getan, die für unsere Sicherheit einen so entscheidenden Charakter annimmt?: „Wenn wir Teil einer internationalen Organisation sind und Verpflichtungen haben, ist es offensichtlich, dass wir diese erfüllen müssen, solange wir Teil dieser Organisation sind.“ Diese Aussage, die 2021 vom Generalsekretär der PCE [Kommunistische Partei Spaniens], Enrique de Santiago (damals übrigens Staatssekretär für die Agenda 2030), in Bezug auf die Mitgliedschaft Spaniens in der NATO gemacht wurde, ist ein Zeichen der Kapitulation und des Zynismus, das es verdient, eingerahmt zu werden. Sie zeigt, inwieweit der Revisionismus den vom monarchistischen Regime auferlegten Status quo akzeptiert und jeden demokratischen Kampf aufgegeben hat. Ein Jahr

später, am Vorabend des NATO-Gipfels in Madrid, stand die Erklärung von Minister Albares zur Rechtfertigung der Kriegstreiberei der NATO nicht weit dahinter: „... die Tatsache, dass man sich gegen alle Kriege ausspricht, verhindert nicht, dass der Krieg zu einem kommt...“.

Auf diesem Gipfel, auf dem der Plan der NATO für das nächste Jahrzehnt festgelegt wurde, wurde ausdrücklich auf China Bezug genommen, das von der „Allianz“ als „systemische“ Herausforderung betrachtet wird. In einer weiteren Eskalation der Drohungen wurde auch vereinbart, dass der Militärblock nicht nur auf bewaffnete Angriffe reagieren, sondern bei jeder Bedrohung seiner Sicherheit militärisch intervenieren kann. Irreguläre Einwanderung wurde zur Bedrohung erklärt, und die Aufstockung der Militärausgaben sowie die verstärkte Unterstützung der Ukraine in ihrem Krieg gegen Russland wurden beschlossen.<sup>11</sup>

Die Präsenz Spaniens in der NATO stellt eine ernsthafte Gefahr für die Sicherheit unseres Volkes dar. Unser Land ist für die Imperialisten aufgrund seiner geostrategischen Lage von entscheidender Bedeutung: Es ist das Tor zwischen dem Mittelmeer und dem Atlantik sowie zwischen Europa und Afrika. Seine Häfen und Militärstützpunkte haben unser Land zum „Flugzeugträger“ des Yankee-Imperialismus in Europa gemacht, was eine ernsthafte Gefahr für alle darstellt. Dies ist daher eine Frage von höchster Bedeutung für die Volkskräfte, die Demokraten und die Progressiven unseres Landes.

Es ist notwendig, mit der Arbeit zum Aufbau einer Einheitsfront gegen die NATO und ihre Stützpunkte, gegen die unaufhörliche Erhöhung der Militäraus-

gaben und für eine Politik des Friedens zu beginnen, wie sie in der Verfassung der Zweiten Spanischen Republik ausdrücklich festgelegt ist. Dazu müssen wir uns zunächst an die Arbeiterklasse und die Volksschichten wenden und klar und deutlich die politischen Kräfte anprangern, die versuchen, diese Notwendigkeit der Einheit gegen die NATO, ihre Stützpunkte und die Einbindung unseres Landes in das westliche Lager zu nutzen, um die andere imperialistische Seite zu unterstützen.

Aber wir Kommunisten haben eine zusätzliche Verpflichtung: Wir müssen unserer Klasse die Ursachen des Krieges, die Rolle und das Wesen des Imperialismus, den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Krieg als Ergebnis seiner Politik erklären und darlegen, warum die Revolution letztlich der einzige Weg ist, um Kriege zu beenden. Wie Lenin in dem Zitat am Anfang dieses Artikels betont hat, müssen wir die Kräfte, die das Proletariat täuschen und den imperialistischen und reaktionären Charakter der Mächte, die die Welt in den Krieg ziehen, verschweigen oder rechtfertigen, als Verräter der Revolution brandmarken. Theorien wie die der multipolaren Welt sind nichts anderes als eine zynische Tarnung für die chinesischen und russischen Imperialisten, die zusammen mit ihren Komplizen in der Bande von Frieden reden, aber den Krieg vorbereiten. Sie reden von sozialem Fortschritt, beteiligen sich aber an der Ausbeutung der Arbeiter und der Plünderung der Völker der Welt.

Wir leben in einer Zeit, in der die Mächte beginnen, die Möglichkeit eines neuen Weltkrieges mit unerträglicher Leichtfertigkeit zu behandeln: Der senile Biden hat dem Zelensky-Regime erlaubt, Yankee-Raketen gegen russisches Territorium einzusetzen; Deutschland hat Verteidigungspolitische Leitlinien verabschiedet, die Maßnahmen wie Wehrpflicht, die Nutzung von U-Bahn-Tunneln als Luftschutzbunker und Lebensmittelrationierung im Kriegsfall vorsehen. Diese und andere Maßnahmen der politischen Vertreter des Imperialismus oder die Kneipen-Prahlerie von Figuren wie dem unga-

11 Auf der Website von Moncloa findet sich folgende Zusammenfassung: „Während des Gipfels einigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, die gemeinsamen Mittel zu erhöhen. In diesem Sinne bekräftigte Sánchez, dass Spanien seine Verpflichtung gegenüber der NATO und der EU erfüllen wird, indem es 2 % des BIP für den Verteidigungshaushalt bereitstellt.... Ich möchte, dass dieser Vorschlag eine Vereinbarung des Landes ist, das zu verteidigen und zu garantieren, was durch Putins Krieg in der Ukraine in Frage gestellt und gefährdet wurde, nämlich die Sicherheit Europas und auch die Sicherheit Spaniens zu garantieren und zu stärken...“.

Tatsächlich ist dies die Regierung, die die Militärausgaben am stärksten erhöht hat. Wie El Salto im Oktober 2023 berichtete, „wendet der spanische Staat jährlich doppelt so viel seines Budgets für die Armee auf wie noch vor zwei Jahrzehnten. Seit 2019 hat die Regierung Sánchez mehr als 82,7 Milliarden Euro an Militärausgaben (einschließlich der Militärausgaben aller Ministerien) getätigt, 20 Milliarden mehr als in der letzten Legislaturperiode von Rajoy und 40 Milliarden mehr als in der zweiten Amtszeit von José María Aznar (PP).

rischen Präsidenten Viktor Orbán<sup>12</sup> sind mehr als nur Anekdoten, sie sind der Beweis dafür, dass der Imperialismus aktiv auf einen Krieg vorbereitet und die Bedürfnisse seiner eigenen Völker ignoriert.

Unter diesen Umständen können die Organisationen des Proletariats die Eskalation der Bedrohungen für unser Volk nicht ignorieren, und wir Kommunisten müssen die mitschuldige Haltung der Revisionisten unerbittlich anprangern. Diejenigen, die sich auf die Seite des einen oder anderen Imperialismus stellen, handeln objektiv gegen den Frieden, gegen den Fortschritt und gegen die sozialistische Revolution, und wir müssen sie als solche anprangern.

### **KOMMUNISTISCHE PARTEI SPANIENS (MARXISTEN-LENINISTEN) (PCE (ML))**

---

12 Der ungarische Präsident Orbán ist ein Beispiel für die Führer des faschistischen Populismus, die in beiden Lagern Anhänger haben und bezahlte Unterstützer des zwischenimperialistischen Kriegsschauplatzes sind. Diese Figur, die in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 turnusmäßig den Vorsitz des Europäischen Rates innehat, ist ein Freund von Trump, den er nach den US-Wahlen besuchte und anschließend erklärte: „Wir haben über Wege zum Frieden gesprochen. Die gute Nachricht ist: Er wird es herausfinden.“ Er ist auch ein Freund von Putin, den er im Juli getroffen hat. Putin sagte damals über ihn: „Ich weiß, dass er dieses Mal nicht nur als Verbündeter kommt, sondern als Präsident des Europäischen Rates.“ Er ist auch ein Freund von Netanjahu, wie seine Reaktion auf die Anordnung des Internationalen Strafgerichtshofs, den nazi-zionistischen Führer zu verhaften, bereits gezeigt hat: „Der Haftbefehl des IstGH gegen Premierminister Netanjahu ist schamlos, zynisch und völlig inakzeptabel. Ich habe Ministerpräsident Netanjahu zu einem offiziellen Besuch nach Ungarn eingeladen, wo wir seine Freiheit und Sicherheit garantieren werden.“

# TÜRKEI

## Die Auflösung der PKK, der letzte „Prozess“ in der kurdischen Frage und die Demokratisierung

von Mustafa Yalçın

Der jüngste Friedensprozess in der kurdischen Frage begann, als Devlet Bahçeli, Vorsitzender der rechtsradikalen MHP, bei der Eröffnung des Parlaments am 1. Oktober zu den Sitzbänken der kurdischen DEM-Partei ging und dem Vorsitzenden sowie den Funktionären der Partei die Hand schüttelte. Es folgte ein Aufruf Bahçelis an PKK-Anführer Abdullah Öcalan. In seinem Aufruf, in dem er auch das „Recht auf Hoffnung“ erwähnte, forderte Bahçeli Öcalan auf, ins Parlament zu kommen und die Waffenniederlegung und Selbstauflösung der PKK zu verkünden.

Bahçeli blieb beharrlich bei seinem Aufruf und wich nur in kleinen Schritten davon ab, während er ihn in jeder seiner Fraktionsreden wiederholte. Dennoch hielt er an der Grundidee und dem Kern seines Appells fest. Er betonte die Notwendigkeit der „nationalen Einheit und Brüderlichkeit“, sprach von „1000 Jahren Brüderlichkeit“ und erklärte, der Weg dorthin liege darin, dass die PKK sich selbst auflöse, ihre Führer und Kämpfer die Waffen niederlegten und sich „der türkischen Justiz stellten, um auf das Ur-

teil zu warten, das über sie ergehen würde“. Mit den Worten „Mit Terror kann man nicht verhandeln“ schloss er weitere Diskussionen aus. Es werde keine Verhandlungen geben; die PKK müsse sich ergeben, andernfalls werde Gewalt angewendet.

Lange Zeit wurde insbesondere in bürgerlichen Oppositionskreisen behauptet, Bahçeli habe ohne Recep Tayyip Erdoğan's Wissen einen „Vorstoß“ eingeleitet und Erdoğan vertrete eine andere Meinung. Als Beweis führten sie an, dass Erdoğan nicht selbst sprach, sondern nur Bahçeli Erklärungen abgab. Doch Erdoğan's Schweigen zu Beginn des Prozesses war kein Zeichen von Meinungsverschiedenheit oder unterschiedlichen Ansätzen, sondern resultierte aus der Aufgabenteilung innerhalb der Regierung und der Notwendigkeit, angesichts möglicher negativer Entwicklungen die Kontrolle zu behalten, da er offiziell die Entscheidungsbefugnis innehat.

Bereits vor Bahçelis Aufruf hatte Erdoğan am 30. August betont, dass „wir unsere innere Front intakt halten müssen“ und „unsere innere Front stärken

müssen, während die Karten im Nahen Osten mit Blut neu gezeichnet werden und Israel den Krieg in den Libanon trägt“. Bahçelis Aufruf war somit ein Versuch, „die innere Front zu stärken“. Doch oppositionelle Medien spekulierten wiederholt über eine mögliche Spaltung zwischen Erdoğan und Bahçeli und einen Bruch in der „Volksallianz“. Diese Erwartungen wurden jedoch durch Erdoğan's Äußerung im Oktober desselben Jahres entkräftet:

*„Wir hoffen, dass die historische Chance, die die Volksallianz eröffnet hat, nicht dem persönlichen Kalkül geopfert wird. Als politische Institution, als Parlament, als Zivilgesellschaft, als Presse, als Wissenschaft und als Nation insgesamt wollen wir gemeinsam eine Türkei ohne Terrorismus und Gewalt aufbauen.“*

Erdoğan's erste umfassende Erklärung erfolgte Anfang Januar auf dem AKP-Parteitag in Diyarbakır:

*„Die jüngsten Aktivitäten haben ein einziges Ziel: die Selbstauflösung der Terrororganisation, die bedingungslose Übergabe ihrer Waffen, die vollständige Beseitigung der Einflussnahme der Organisation auf die Politik, der politischen Struktur (gemeint sind kurdische Parteistrukturen, wie DEM, Anm. der Übersetzung), die aufgrund des Drucks der separatistischen Organisation [offizielle türkische Terminologie für die PKK, Anm. d. Verf.] nicht die Qualifikation als Partei der gesamten Türkei erlangen kann, die Möglichkeit zu geben, sich in diese Richtung zu entwickeln und die Stärkung unserer inneren Front angesichts der zunehmenden Konflikte in der Region.“ Seine Rede auf einem späteren Parteitag in Mersin beendete schließlich die Spekulationen über einen „Riss in der Volksallianz“: „Die Entwicklungen, die mit der Agenda unseres Partners der Volksallianz, Herrn Bahçeli, begonnen haben, nähern sich ihrem Endstadium. Die Geißel des separatistischen Terrorismus wird beseitigt werden.“*

Bahçelis beharrliche Aufrufe in Abstimmung mit Erdoğan blieben nicht ohne Wirkung. Die kurdische Nationalbewegung, einschließlich der DEM-Partei, Öcalan und der PKK, nahm den Aufruf ernst und sah darin eine Chance.

## Eine unterschiedlich aufgefasste Einigung

Zweifellos haben die DEM-Partei, Öcalan und die PKK – oder allgemeiner die kurdische Nationalbewegung – sowie die „Volks“-Parteien AKP und MHP unter Erdoğan und Bahçeli, trotz ihres gemeinsamen nationalistischen Nenners, gegensätzliche Positionen, Ansichten und Tendenzen. Sie repräsentieren unterdrückte bzw. unterdrückende Nationen und sind Parteien eines seit Jahrzehnten andauernden Konflikts. Es war daher nicht selbstverständlich, dass die kurdische Nationalbewegung und ihre Sprecher den Aufruf im gleichen Sinne wie Erdoğan und Bahçeli verstanden. Und so war es auch: In fast allen Fragen gingen die Meinungen auseinander.

Der Prozess wurde zwar als solcher bezeichnet, doch selbst ein gemeinsamer Name fehlte. Lange blieb er namenlos oder wurde schlicht „Prozess“ genannt. Für Bahçeli und Erdoğan war es die „Türkei ohne Terror“, für die kurdische Nationalbewegung hingegen ein Prozess des „Friedens“ und der „Demokratisierung“. Öcalan's Aufruf zur „Auflösung“ vom 27. Februar trug sogar den Titel „Frieden und demokratische Gesellschaft“. Während Bahçeli, Erdoğan und die Palastregierung, die die nationale Existenz und die Rechte der Kurden nicht anerkennen, die Unterwerfung der kurdischen Nationalbewegung fordern, strebt diese die Gleichheit der nationalen Rechte an.

## Der Aufruf als Reaktion auf die Probleme der Regierung

Woher rührt die Notwendigkeit dieses „Prozesses“, der zur Stärkung der inneren Front initiiert wurde? Es ist offensichtlich, dass Erdoğan und die Palastregierung, die in Koalition mit Bahçeli und seiner Partei regiert, sowohl innenpolitisch als auch international, insbesondere in der Region [„bölge“, hier als „Region“ übersetzt, ist eine gängige Bezeichnung für die kurdischen Gebiete, Anm. d. Verf.], mit erheblichen Schwierigkeiten und Dilemmata konfrontiert sind.

## Das Land steht still

Diese Zwänge erstrecken sich auf wirtschaftliche, finanzielle und politische Bereiche. Die türkische Wirtschaft befindet sich zwar nicht in einer Krise, doch ihr Wachstum bleibt unbeständig, mit Höhen und Tiefen, einschließlich zweier aufeinanderfolgender Quartale mit negativem Wachstum der Industrieproduktion. Der Kapitalbedarf für Investitionen ist gestiegen, und der Zugang zu Auslandsschulden sowie in- und ausländischen Krediten ist schwieriger geworden. Die unter Finanzminister Mehmet Şimşek eingeleitete Zinserhöhung nach dem Scheitern der Niedrigzinspolitik musste im Laufe der letzten Überprüfungen zugunsten von Zinssenkungen zur Belebung der Investitionen wieder aufgegeben werden – doch diese Politik ließ sich nicht fortführen. Trotz drastischer Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und Maßnahmen zur Stabilisierung der Devisenpreise belasten Korruption und exzessiver Luxus, insbesondere in den Palästen, die Wirtschaft. Die Inflation ist zwar leicht zurückgegangen, liegt aber auf demselben Niveau wie zu Beginn von Şimşeks Amtszeit als er eine straffe Sparpolitik gegenüber den unteren Schichten der Gesellschaft zu verfolgen begann.

Gleichzeitig profitieren Großunternehmen weiterhin von Steuersenkungen und -nachlässen, während die Einkommensschere zwischen Arm und Reich wächst. Dennoch kann der Abfluss von Kapital, sowohl ausländischem als auch inländischem, nicht gestoppt werden. Obwohl noch keine Schuldenkrise ausgebrochen ist, wird die Umschuldung immer schwieriger und teurer. Neben den Neuinvestitionen steigen auch die Zinsen für die neuen Kredite, die zur Tilgung der Altschulden aufgenommen werden können, täglich an. Auch wenn man nicht von einer Finanzkrise sprechen kann, so häufen sich doch allmählich deren Elemente. Ähnlich verhält es sich mit den Devisen und den Devisenreserven der Zentralbank. Zwar gibt es noch keine Währungskrise, doch die Devisen- und Goldpreise steigen unaufhaltsam weiter.

Die Türkei gehört zu den Ländern mit den höchsten Lebenshaltungskosten. Selbst Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Milch, Käse und Eier sind in Istanbul teurer als in London oder Zürich, teilweise fast dop-

pelt so teuer. Die auf billige Arbeitskräfte und Exporte ausgerichtete Wirtschaftspolitik hat zu einem deutlichen Rückgang des Anteils der Arbeiter am Gesamteinkommen geführt. Die Inflation, die durch die angeblich rationalisierte Finanzpolitik Erdogans nur verschärft wurde, führte zu einem Absinken der Reallöhne. Innerhalb von drei Jahren ist der Anteil der Arbeit am BIP um 5 Prozentpunkte gesunken und der Mindestlohn, der inzwischen zum Durchschnittslohn geworden ist, liegt unterhalb der Hungergrenze. Arbeitskämpfe konnten nur durch harte Streiks, von denen viele verboten und von Polizei und Gendarmerie angegriffen wurden, stattfinden.

Die Durchschnittsrenten sind noch schlechter. Die Mindestrente, die im Januar 2025 von 12.500 TL auf 14.469 TL erhöht wurde, ist das Einkommen der meisten Rentner und reicht nicht einmal für die Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse. In Istanbul z.B. beginnen die niedrigsten Mieten ab 20.000 TL. Abgesehen von den großen Landwirtschaftsbetrieben können Kleinbauern den landwirtschaftlichen Betrieb aus Kostengründen kaum aufrecht erhalten.

Während die Banken und Monopole Rekordgewinne einfahren, ist inzwischen der breiten Masse bewusst geworden, dass Erdogans Behauptung der „fehlenden Ressourcen“ eine bewusste Täuschung darstellt. Die finanziellen Mittel, die den Arbeitern und Rentnern selbst für inflationsausgleichende Erhöhungen vorenthalten werden, fließen stattdessen in Form von Steuererleichterungen, -nachlässen, Subventionen und staatlichen Garantien an die Großunternehmer - insbesondere an jene Konsortien, die im Rahmen des „Build-Operate-Transfer“-Modells Autobahnbrücken, Flughäfen und andere Megaprojekte betreiben. Diese unverhohlene Umverteilungspolitik von unten nach oben hat dazu geführt, dass die Erdoğan-Regierung ins Fadenkreuz der ausgebeuteten Bevölkerung geraten ist, deren Unmut und Protestbereitschaft einen historischen Höhepunkt erreicht haben. Die Umfragewerte der regierenden Volksallianz befinden sich im freien Fall, und sämtliche Meinungsforschungsergebnisse bestätigen diesen Trend.

Die wachsende Empörung über die Palastregierung, die sich besonders nach der Aberkennung des Hoch-

schuldiploms vom İstanbuler Bürgermeister Ekrem İmamoğlu und dessen anschließender Verhaftung entlud, konnte nicht verhindern, dass sich der Widerstandswille quer durch alle sozialen Schichten ausbreitete. Nur noch eine schrumpfende Minderheit - bestehend aus den direkten Nutznießern des Systems, seinen Profiteuren und ideologischen Hardlinern - verbleibt in der Gefolgschaft des Regimes. Die Ursachen dieser Massenunzufriedenheit liegen nicht allein in der dramatischen Verschlechterung der ökonomischen Lage, deren Last vollständig der Bevölkerung aufgebürdet wird. Entscheidend ist vielmehr der autoritäre Regierungsstil, der jeden Protest zunächst ignoriert und dann brutal unterdrückt: Arbeitsniederlegungen werden verboten, Demonstrationen gewaltsam aufgelöst, selbst bescheidene Forderungen nach sozialen Rechten mit polizeistaatlichen Methoden bekämpft. Die systematische Aushöhlung grundlegender Freiheiten - Koalitionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit - erreicht groteske Ausmaße, wenn bereits ein kritischer Tweet als „Beleidigung des Präsidenten“ strafrechtlich verfolgt wird. Die gleichgültige Reaktion auf Katastrophen wie die Erdbeben, Waldbrände oder die verheerenden Arbeitsmorde (wie jüngst in der Goldmine von İliç) haben ein politisches Klima geschaffen, das die Protestbereitschaft weiter anheizt.

Diese soziale Unruhe, die ihren symbolischen Ausdruck in den Massenprotesten auf dem Sarayhan-Platz fand, hat zu einer landesweiten sozialen Oppositionsbewegung geführt, die mittlerweile fast alle urbanen Zentren erfasst hat. Diese Entwicklung wird zweifellos von Erdoğan, seinem Beraterzirkel und seinem Koalitionspartner Bahçeli mit größter Besorgnis verfolgt. Denn erstmals seit über zwanzig Jahren sieht sich die auf der Erdoğan-Bahçeli-Allianz basierende Palastregierung durch das Erstarken einer entschlossenen bürgerlichen Opposition in ihrer Existenz bedroht.

Als einziges Mittel zur Überwindung der Schwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert war, sowie zur Aufrechterhaltung ihrer Macht setzte die Palastregierung zunehmend auf politische Zentralisierung und Autoritarismus. Dieser Weg war begleitet von einer wachsenden Zahl an Verboten und tyrannischen Maßnahmen – Ausdruck der Interessen

der Monopole, die es angesichts sich verschärfender nationaler und internationaler Bedingungen für notwendig halten, schnelle Entscheidungen in Wirtschafts- und Machtfragen zu ihren Gunsten zu treffen. In diesem Kontext strebte die Palastregierung den Aufbau einer faschistischen Diktatur an.

Die Institutionalisierung des Faschismus zielt in erster Linie auf die Unterdrückung der Volksmassen und der gesellschaftlichen Opposition, insbesondere der Arbeiterklasse. Darüber hinaus umfasst sie die Verschmelzung von Partei und Staat in der Person eines einzelnen Führers sowie die Etablierung einer Einparteiendiktatur. Sie richtet sich ebenso gegen die bürgerliche Opposition, sofern diese versucht, über die Rolle einer „Opposition von Seiner Majestät Gnaden“ hinauszugehen. Im Rahmen der Machtstrategie, den Staat durch Faschisierung zu kontrollieren, ist kein Platz für eine bürgerliche Opposition, die als tatsächliche Machtalternative auftreten will.

Die Republikanische Volkspartei (CHP), die eine solche Alternative zu entwickeln versucht, ist daher ins Visier der Palastregierung geraten. Der autoritäre Prozess begann mit der Einsetzung von Zwangsverwaltern in kommunalen Verwaltungen und setzte sich mit der Verhaftung des CHP-Präsidentschaftskandidaten Ekrem İmamoğlu fort, dem laut Umfragen ein Wahlsieg gegen Erdoğan vorausgesagt wurde. Ziel dieser Maßnahmen, die über die Justiz abgewickelt werden, ist es, durch Treuhänder wirtschaftliche Ressourcen umzulenken und zugleich die CHP – insbesondere nach ihrer Parteitagsdebatte über Korruption – auf die Linie einer „fügsamen Opposition“ zu bringen.

Dieses Kalkül ist zumindest vorläufig gescheitert. Die CHP, durch die Repressionen an den Rand ihrer Existenz gedrängt, sah sich gezwungen, sich mit der sozialen Opposition zu verbünden. Dabei versucht sie zwar, diese zu kontrollieren, trägt jedoch zu einer Radikalisierung bei, mit der die Palastregierung nicht gerechnet hat – ein Effekt, der durch die zunehmende Stärke und Verbreitung der sozialen Bewegung weiter verstärkt wird.

Der Aufruf zur Entwaffnung und Auflösung der PKK – verbunden mit der Erwartung, dass dies als

Signal für einen möglichen Schritt zur Lösung der kurdischen Frage verstanden wird – richtete sich insbesondere an die DEM-Partei, an Öcalan und die kurdische Nationalbewegung insgesamt. Diese Bewegung, deren ehemalige Ko-Vorsitzende sowie zahlreiche Funktionäre und Mitglieder bereits inhaftiert sind, wurde zuvor durch die Einsetzung von Zwangsverwaltern in von ihr verwalteten Kommunen und die Verhaftung ihrer Vertreter gewarnt, was ihr droht, sollte sie weiterhin an der Seite der Opposition kämpfen.

Gleichzeitig wurde – in der Annahme, die CHP werde ihre Opposition wie unter Kılıçdaroğlu nicht auf die Straße tragen und keine Verbindung mit der sozialen Opposition suchen – versucht, auch diese Partei durch Verhaftungen und die Drohung mit einer Zwangsverwaltung einzuschüchtern und zu disziplinieren. Ziel war es, die CHP daran zu hindern, zur echten Alternative zu Erdoğan zu werden, oder sie zumindest unter Kontrolle zu bringen. Beide Maßnahmen – gegen die kurdische Bewegung wie gegen die CHP – dienten letztlich der Absicht der Regierung, ihre Macht durch die „Stärkung der inneren Front“ abzusichern.

Die kurdische Nationalbewegung sollte davon abgehalten werden, sich weiterhin der Regierung zu widersetzen, insbesondere in Form von Bündnissen mit der CHP, die als ernsthafte Machtalternative galt. Zugleich wurde versucht, die Bewegung für eine Zusammenarbeit mit der Regierung zu gewinnen – etwa durch das Versprechen von Verhandlungen und vagen Andeutungen einer Verfassungsänderung, die Erdoğan das Recht auf eine Präsidentschaft auf Lebenszeit sichern könnte. Die CHP hingegen sollte durch Druck oder Einschüchterung zu einer gefügigen, loyalen Opposition gemacht werden.

Das Ziel bestand darin, nationale Einheit und Solidarität herzustellen – allerdings nicht im Sinne gesellschaftlicher Integration, sondern durch die politische Gleichschaltung der Opposition unter der Ein-Mann-Herrschaft. Die „innere Front“ sollte durch die Unterordnung der gesamten politischen Landschaft unter die Volksallianz und die Regierung gestärkt werden. Schon wenn auch nur eine dieser beiden Säulen – kurdische Bewegung oder CHP –

neutralisiert werden könnte, sollte dies ausreichen, um die Macht zu erhalten, wenn nötig auch ohne Wahlen.

Doch in diesem strategischen Kalkül gab es ein weiteres Kalkül: Die kurdische Nationalbewegung stellte für das Ein-Mann-Regime ein erhebliches Problem dar – insbesondere, seit sie sich der CHP annäherte, die nach den Kommunalwahlen 2024, bei denen sie als stärkste Partei hervorging, als aussichtsreiche Alternative zu Erdoğan galt. Dieses wachsende Bündnis wurde für die Palastregierung zu einer Frage von Sein oder Nichtsein.

In diesem Kontext wurde der Aufruf an Öcalan als möglicher „Ausweg“ gesehen – ein Angebot, unter wachsendem Druck in Form von Verhaftungen und Zwangsverwaltungsmaßnahmen die Reihen der Opposition zu verlassen oder sich zumindest neutral zu verhalten. Man spekulierte darauf, dass die kurdische Bewegung durch das Versprechen von Verhandlungen und einer möglichen Verfassungsreform zu einem neutralen oder sogar unterstützenden Verhalten bewegt werden könnte. Mit der Spaltung der Opposition, so die Hoffnung, könne das Machtprojekt der Regierung auch in unruhigem Gewässer „weitersegeln“.

Doch dieser Plan ist nicht aufgegangen. Der Palast machte die Rechnung ohne den Wirt: Die gesellschaftliche Realität wich vom politischen Plan ab. Das Volk – das in den Betrachtungen unberücksichtigt blieb – ist aufgestanden, und die soziale Opposition, die den Plan durcheinanderbrachte, rückte ins Zentrum des Geschehens.

Die CHP konnte weder durch Repression unterworfen noch durch die Drohung mit einem Zwangsverwalter an ihrer Spitze zum Schweigen gebracht werden. Der Druck auf sie hält zwar an, doch der Regierung gelingt es offenbar nicht, die CHP als politische Alternative zu beseitigen, ohne gleichzeitig auch die gesellschaftliche Opposition mit aller Härte niederschlagen zu müssen.

Am 19. März erklärte die kurdische Nationalbewegung ihr eigenes Kalkül – unabhängig von dem der Palastregierung. Wie jede politische Kraft strebt sie danach, ihren eigenen Weg zu gehen. Das Erdoğan-Bahçeli-Kalkül scheint nicht aufzugehen –

auch wenn einige türkische Nationalisten, sowohl von rechts als auch von links, unmittelbar nach Bahçelis Ankündigung und in Anlehnung an das Regierungskalkül begannen, die kurdische Bewegung zu kritisieren, als ob diese sich bereits der Regierungslinie angeschlossen hätte.

Tatsächlich hatte Bahçeli – offenkundig mit Zustimmung Erdoğan's und im Rahmen eines staatlich gesteuerten Dialogs mit Öcalan – die PKK dazu aufgerufen, die Waffen niederzulegen, sich aufzulösen und sich zu ergeben. In Reaktion darauf erklärte die PKK am 12. Mai, nach ihrem zweitägigen Parteitag vom 5. bis 7. Mai, das Ende ihres bewaffneten Kampfes und ihre Auflösung.

Auch wenn die Beweggründe und Rechtfertigungen auf beiden Seiten unterschiedlich sind, herrscht praktisch gesehen derzeit ein gewisser Konsens. Doch es ist offensichtlich, dass unterschiedliche Auffassungen fortbestehen und die Akteure aus unterschiedlichen Gründen zu diesem Punkt gelangt sind. Klar ist jedenfalls: Die kurdische Nationalbewegung hat kein Bündnis mit dem Erdoğan-Bahçeli-Duo geschlossen.

### **Erdoğan träumt bereits**

Noch bevor die Waffen tatsächlich niedergelegt waren, begannen vor Erdoğan's Augen bereits die Dollarzeichen zu fliegen. Die Entwaffnung war zwar noch nicht vollzogen, doch in dem Moment, in dem dies geschehen würde, sollte die Region entweder „entwickelt“ oder zum Schauplatz neuer Profite werden.

Am 14. Mai erklärte Erdoğan in seiner Fraktionsrede: „Wir werden in der vom Terror befreiten Region die Möglichkeit haben, wesentlich effektivere Dienstleistungen zu erbringen.“ Gleichzeitig rief er bereits internationale Investoren dazu auf, „in den wirtschaftlich unerschlossenen Regionen unseres Landes zu investieren – zum gegenseitigen Vorteil“, wie er betonte. Seiner Darstellung zufolge hatte „eine neue Ära begonnen“, und er zeigte sich entschlossen, die Region für den Kapitalfluss zu öffnen, da er sich davon neue, lukrative Gewinne versprach.

Erdoğan sagte weiter:

*„Wir haben bereits begonnen, die Ressourcen zu mobilisieren, die aufgrund des Terrorismus bislang ungenutzt blieben. Wir werden sämtliche Bodenschätze, insbesondere das Öl, schnell unserem Volk zugänglich machen. Wir werden den Bau neuer Industrieanlagen – von der Textilindustrie bis zum Maschinenbau – fördern und unterstützen. Unsere Region, die mit ihren historischen und natürlichen Schönheiten einzigartige Reichtümer birgt, werden wir zu einem der beliebtesten Tourismusziele der Welt machen. Die fruchtbaren Böden unseres Südostens werden wir mit modernen landwirtschaftlichen Projekten – von effizienter Bewässerung bis zu hochwertigem Saatgut – erschließen, um unsere globale Führungsposition im Lebensmittelsektor weiter auszubauen.“*

In derselben Rede verkündete Erdoğan zudem die „frohe Botschaft“, dass die Zwangsverwaltungspolitik bald zur Ausnahme werden solle. Stattdessen würden die Befugnisse der Gouverneure und Bezirksgouverneure gestärkt und sie zu den maßgeblichen Entscheidungsträgern der lokalen Verwaltungen gemacht. In diesem Zusammenhang hob er erneut hervor, dass die „Stärkung der inneren Front“ oberste Priorität habe.

### **Der zweite Grund für den Aufruf: Druck in der Region**

Ein weiterer zentraler Faktor, der Bahçeli – und zweifellos auch den Staat, in dessen Namen er agiert – zu seinem Aufruf veranlasst hat, betrifft den regionalen und internationalen Kontext. Neben den innenpolitischen Motiven für die Stärkung der „inneren Front“ sind auch äußere Einflüsse ausschlaggebend.

Der türkische Staat hat im Kampf gegen die PKK im Inland erhebliche Fortschritte erzielt. Insbesondere durch den verstärkten Einsatz von Drohnen und bewaffneten Drohnen (UCAVs) wurde die Bewegungsfreiheit der PKK stark eingeschränkt – sowohl in der Türkei als auch zunehmend im Nordirak. Infolgedessen sah sich die Organisation gezwungen, sich schrittweise weiter in den Süden, in Richtung der Kandil-Berge, zurückzuziehen. Aus militärischer Sicht stellt sie keine vergleichbare Bedrohung mehr dar wie in der Vergangenheit.

Anders verhält es sich mit der PYD (Partei der Demokratischen Union) und den von ihr dominierten Syrischen Demokratischen Kräften (SDF), die sich während der Assad-Herrschaft in drei Kantonen im Norden Syriens organisierten und dort erfolgreich gegen Angriffe des IS verteidigten. Während Afrin inzwischen durch eine türkische Militäroperation eingenommen wurde, kontrollieren die SDF weiterhin Teile von Damaskus und Aleppo sowie Manbidsch. Darüber hinaus haben sie ihre Kontrolle über strategisch wichtige Energiezentren – wie den Tischrin-Staudamm östlich des Euphrats – und große Teile der Getreideanbaugelände im Norden Syriens ausgebaut. Die SDF werden von den USA unterstützt, die in den von ihnen kontrollierten Gebieten zahlreiche Militärstützpunkte errichtet haben.

Diese Konstellation stellt für die Türkei eine doppelte Herausforderung dar: Nicht nur in Bezug auf die kurdische Präsenz innerhalb ihrer Grenzen, sondern auch angesichts der kurdischen Autonomiebestrebungen in Syrien, die von einem westlich geführten Bündnis militärisch und politisch gestützt werden. Die türkische Regierung betrachtet dieses „Kurdenproblem“ als sicherheitspolitischen Schwachpunkt – eine „Achillesferse“ – im Verhältnis zu den USA.

In diesem Zusammenhang zielt die Strategie der „Stärkung der inneren Front“ auch auf eine Stabilisierung der außenpolitischen Position ab, insbesondere gegenüber Syrien. Es lässt sich sogar argumentieren, dass dieser Aspekt des Aufrufs an Öcalan von vorrangiger Bedeutung war. Die Bemühung, die kurdische Bewegung – mit einer im Parlament vertretenen Partei und rund 10% Wähleranteil – aus dem Lager der Opposition zu lösen, steht dabei ebenso im Zentrum wie der Versuch, ein potenzielles Bündnis mit syrischen Kurden zu verhindern. Ziel ist es, diese davon abzuhalten, als Werkzeug fremder Mächte zu agieren – und wenn möglich, sie sogar für eigene Interessen einzuspannen.

Bahçelis Aufruf an Öcalan erfolgte vor dem Hintergrund wachsender innenpolitischer Spannungen und angesichts der zunehmenden Relevanz der syrischen Kurden im geopolitischen Spiel. Während Israel seine Angriffe auf den Gazastreifen fortsetzte, Hisbollah-Ziele im Libanon angriff, iranische Posi-

tionen in Syrien ins Visier nahm und dabei rasch voranschritt, äußerte Erdoğan am 1. Oktober in seiner Rede zur Parlamentseröffnung die Befürchtung, dass nach Palästina und dem Libanon auch „die Heimat selbst“ ein Ziel Israels werden könne. Zwar war dies wohl übertrieben, doch die türkische Regierung war dennoch beunruhigt über die wachsende israelische Präsenz in Syrien – besonders im Hinblick auf deren mögliche Unterstützung für die Kurden.

Trotz dieser Spannungen handelte Ankara gegenüber Syrien in Abstimmung mit den USA. Ein möglicher Sturz Assads hätte der Türkei eine Verschnaufpause verschafft – denn eine von der HTS dominierte Nachfolgeregierung wäre Ankara eher genehm gewesen. Doch die Aussicht, dass Israel bald an den Toren von Damaskus stehen und Frankreich im Libanon und in Syrien erneut intervenieren könnte, verdeutlichte der Erdoğan-Regierung die Dringlichkeit einer Lösung der Kurdenfrage.

Bahçelis Aufruf betonte die strategische Bedeutung eines möglichen Regimewechsels in Syrien. Mit geheimdienstlichen Informationen ausgestattet, versuchte die Türkei über Bahçeli, Schritte zu unternehmen, um zu verhindern, dass die USA, Israel und Frankreich eine dauerhafte Unterstützung für die kurdische Autonomie in Syrien etablieren – eine Entwicklung, die aus türkischer Sicht eine direkte Bedrohung darstellt.

Unabhängig davon, wie sich die Lage weiterentwickelt, ist klar: Die kurdische Selbstverwaltung in Syrien stellt für Ankara ein Risiko dar, das von konkurrierenden Mächten genutzt werden kann. Der Ruf nach Öcalan war in diesem Zusammenhang nicht nur ein innenpolitisches, sondern auch ein außenpolitisch motiviertes Manöver, um die „innere Front“ zu festigen und sich gegen geopolitische Bedrohungen zu wappnen.

### **Imperialismus, regionale Reaktion und die unterdrückte kurdische Nation**

An dieser Stelle lohnt es sich, einen Blick auf die Beziehung zwischen den imperialistischen Mächten, den regionalen Reaktionären und der kurdischen Frage zu werfen.

Die Kurden leben überwiegend im Norden Syriens

entlang der Grenze zur Türkei – in Städten und Dörfern wie Afrin, Kobane, Hasakah und Qamischli – sowie in Teilen von Damaskus, Aleppo und Homs. Als Volk sind sie dort seit jeher unterdrückt: ohne rechtliche Anerkennung, ohne gleiche Rechte, ohne Identität. Ähnlich wie in anderen Staaten, in denen sie zahlenmäßig bedeutend sind, wurden sie – insbesondere unter der Herrschaft Assads und bereits davor – bis zum Jahr 2011 nicht einmal als Bürger anerkannt, geschweige denn als politisch eigenständige Einheit.

Mit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs begann ihr anfänglicher Kampf um Selbstverteidigung. Als ihre organisatorischen Strukturen jedoch auf die Ebene von Kantonen wuchsen und sie sich im Widerstand gegen den IS weltweit Aufmerksamkeit und Sympathie erarbeiteten, intensivierte sich auch ihre Zusammenarbeit mit den USA. Diese leisteten Luftunterstützung, stellten Waffen und Nahrungsmittel bereit – aus temporärer Kooperation wurde schrittweise eine dauerhafte Partnerschaft. Die USA errichteten Militärstützpunkte in den von den Kurden kontrollierten Gebieten, und keine außenstehende Macht konnte diese neue Realität ignorieren: eine gut organisierte, bewaffnete Kraft mit signifikanter militärischer Schlagkraft und westlicher Unterstützung.

Doch die Beziehung zwischen den USA, Frankreich, Israel oder anderen imperialistischen bzw. regionalen reaktionären Akteuren und der kurdischen Forderung nach Gleichheit der nationalen Rechte ist im Kern opportunistisch. Diese Mächte nutzen die kurdische Frage als Druckmittel gegen die Türkei und verfolgen dabei ihre eigenen Interessen. Die kurdische nationale Existenz in Syrien besitzt für sie keinen intrinsischen Wert – ihre Bedeutung liegt allein in der Möglichkeit, sie instrumentalisieren zu können.

Einige dieser Akteure verwenden das autonome kurdische Gebiet in Rojava als Basis in Syrien, andere versuchen, die bewaffnete Kraft von geschätzt 100.000 Kämpfern – ob regulär oder als Miliz – für eigene Zwecke zu nutzen. Wieder andere bedienen sich der kurdischen Präsenz, um ein Gegengewicht zur Vorherrschaft der Türkei und der HTS (Hayat Tahrir al-Sham) in der Region zu schaffen. Die Kur-

den Rojawas und die PYD wiederum versuchen, mit Hilfe dieser Akteure dem Druck aus der Türkei und von HTS zu entgehen und sich vor weiteren militärischen Angriffen zu schützen.

Diese Abhängigkeit birgt jedoch ernsthafte Risiken und Dilemmata. Die Geschichte lehrt, dass das Eingehen solcher Allianzen für die Kurden immer wieder mit großen Gefahren verbunden war. Zwar kann es kurzfristig zu Erfolgen kommen, wenn sich die Interessen der Imperialisten mit denen der unterdrückten Völker – in diesem Fall der Kurden – überschneiden. Doch diese Konvergenz ist stets brüchig. Sobald sich die strategischen Interessen der Imperialisten oder ihrer regionalen Verbündeten verschieben – sei es durch globale Entwicklungen, regionale Dynamiken oder innenpolitische Veränderungen wie etwa Regierungswechsel –, sind diese Allianzen schnell wieder obsolet.

Die größte Schwäche der in Rojava als Kantone organisierten kurdischen Bewegung besteht daher darin, dass sie wesentliche Teile ihrer Zukunft auf die Unterstützung von Akteuren wie dem US-Imperialismus oder Israel setzt – Mächte, deren Haltung und Politik nicht nur volatil, sondern auch jederzeit reversibel sind. Diese können ihre Unterstützung zurückziehen oder sich sogar offen gegen sie wenden – etwa durch ein Abkommen mit der Türkei.

Beispiele aus der Geschichte bestätigen dies: Die USA ließen die Ukraine nach Jahren intensiver Unterstützung im Konflikt mit Russland abrupt im Stich. Auch der Schah des Iran entzog Kurdenführer Barzani, dem er lange militärische Stützpunkte zur Verfügung gestellt hatte, im Einvernehmen mit dem Irak plötzlich seine Unterstützung. Solche Wendepunkte zeigen, wie unsicher und bedingt diese „Hilfen“ sind.

Gleichzeitig kann auch heute nicht erwartet werden, dass die USA – die sowohl die Türkei als auch die SDF unterstützen – im Ernstfall eindeutig Partei für Letztere ergreifen würden. Vielmehr bevorzugen sie es, eine „Mitte“ zu finden, beide Seiten miteinander zu versöhnen. Die geopolitischen Optionen, die die Türkei den USA bei der Neugestaltung des Nahen Ostens bietet, sollten nicht unterschätzt werden. Donald Trump zum Beispiel versuchte offen,

die Türkei und Israel unter US-Führung zu einem strategischen Block zusammenzuführen.

Sollten die USA zwischen der Türkei und den SDF wählen müssen, werden sie diese Entscheidung nicht auf Basis moralischer Prinzipien, sondern allein entlang konkreter strategischer und wirtschaftlicher Interessen treffen. Die relative Bedeutung beider Akteure wird dann gegeneinander abgewogen – mit ungewissem Ausgang für die Kurden.

### **Die Haltung der kurdischen Bewegung zum Aufruf**

Es ist unbestreitbar, dass sowohl die kurdische Nationalbewegung – allen voran Abdullah Öcalan – als auch die türkische Palastregierung unter Erdoğan und deren Bündnispartner Bahçeli sich der Schwierigkeiten der PKK in den letzten Jahren sowie der komplexen Lage der Türkei im Kontext der Neugestaltung des Nahen Ostens bewusst sind.

Aus militärischer Sicht war der kurdischen Bewegung und Öcalan klar, dass die PKK zunehmend in die Enge gedrängt wurde: Ihre Bewegungsfreiheit war stark eingeschränkt, ihre Fähigkeit zum bewaffneten Kampf geschwächt. Zudem hatten die USA – obwohl sie im ersten „Friedensprozess“ eine Vermittlerrolle einnahmen – die PKK schon lange zuvor als „terroristische Organisation“ eingestuft und der Türkei faktisch freie Hand für militärische Operationen gelassen. Die PKK war weitgehend isoliert und verfügte außerhalb von Sulaimaniyya kaum noch über tragfähige Beziehungen oder Rückzugsräume. Vor allem Öcalan erkannte, dass für eine bewaffnete Organisation wie die PKK – in einer Region, die durch bedeutende Energie- und Transportinfrastruktur wie die neue „Entwicklungsstraße“ geopolitisch immer wichtiger wird – in der künftigen regionalen Ordnung kein Platz mehr sein würde.

Daher kam Öcalan der Aufruf Bahçelis zu einem möglichen Dialog durchaus gelegen. Dass dieser Appell ausgerechnet von der MHP kam – also jener ultranationalistischen Partei, die sich bislang vehement gegen die Anerkennung der kurdischen Frage gestellt und den ersten Friedensprozess torpediert hatte –, eröffnete für Öcalan neue Manövrieroptionen. Der Vorstoß aus dem nationalistischen Lager

konnte potenziellen Widerstand innerhalb türkischer Kreise von vornherein abschwächen.

Für Öcalan war klar: Die autonome Selbstverwaltung in Rojava besaß weitaus größere strategische Bedeutung als die militärisch angeschlagene PKK. Deren Entwaffnung – oder sogar Auflösung – konnte im Sinne Rojavas politisch in Kauf genommen werden. Öcalans Kalkül (und das der breiteren kurdischen Bewegung) war, dass ein solches Zugeständnis den türkischen Druck auf die Kurden insgesamt – insbesondere auf die syrischen Kurden – verringern würde. Die PYD, eng verbunden mit der PKK im Rahmen des KCK-Systems (Union der Gemeinschaften Kurdistans), und die SDF, der militärische Arm in Syrien, könnten dadurch die Chance auf eine formale Anerkennung oder zumindest eine stabilere Position innerhalb Syriens erhalten.

Auch die internationale Reaktion deutete in diese Richtung: Der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats der USA, Brian Hughes, bezeichnete die Gespräche als „eine bedeutende Entwicklung“ und äußerte die Hoffnung, dass dies dazu beitragen könne, die türkischen Bedenken gegenüber den amerikanischen Partnern im Kampf gegen den IS in Nordostsyrien zu zerstreuen.

Gleichzeitig bestand innerhalb der kurdischen Nationalbewegung auch ein innenpolitisches Interesse an einer Entspannung: Tausende ihrer Aktivisten und Führungspersonen aus legalen Organisationen befinden sich in Haft, viele kurdische Gemeinden stehen unter Zwangsverwaltung. Ein Rückgang der Repression – selbst, wenn nur vorübergehend – würde eine dringend benötigte Atempause schaffen. Auch wenn die Gespräche nicht zu einem nachhaltigen Frieden führen sollten, ist bereits eine vorübergehende Erleichterung von Bedeutung. Diese Entspannung brachte allerdings auch Kosten mit sich: politische Lähmung, Zurückhaltung im demokratischen Kampf und eine gewisse Verunsicherung in der Basis. Doch angesichts der Lage überwog der unmittelbare Nutzen.

### **Der Prozess und die Kompromisse**

Offenbar hat man sich auf das Prinzip „Keine Verhandlungen!“ geeinigt. Es wird davon ausgegangen,

dass der Eindruck, die Regierung würde „verhandeln“, negative Auswirkungen auf türkisch-nationalistische Kreise und die von ihnen beeinflussten Massen haben würde, was auch der kurdischen Nationalbewegung, die Fortschritte erzielen will, nicht gelegen kommen dürfte.

Wie bereits aus dem ersten „Friedensprozess“ von 2013–2015 bekannt ist – und wie der CHP Vorsitzende Özgür Özel ebenfalls betont hat –, ist davon auszugehen, dass Gespräche zwischen dem türkischen Geheimdienst MİT und möglicherweise weiteren staatlichen Akteuren mit Öcalan lange vor den öffentlichen Erklärungen von Bahçeli und Öcalan begonnen haben. Es ist anzunehmen, dass dabei ein Fahrplan sowie eine Einigung über zentrale Fragen ausgearbeitet wurden. Selbst wenn über wesentliche Punkte Einvernehmen herrscht, wird öffentlich der Eindruck vermittelt, dass keine Verhandlungen stattfinden – aus taktischen Gründen.

Dieses Image der „Nicht-Verhandlung“ dient allerdings nicht nur der Wahrung des politischen Gesichts, sondern verweist auch auf ein grundlegendes Problem: Der Anstoß kam nicht von Präsident Erdoğan, dessen Verhalten im ersten Prozess – inklusive des plötzlichen Abbruchs und der Behauptung, das „kurdische Problem sei gelöst“ – ihm in den Augen vieler Kurden Glaubwürdigkeit gekostet hat. Stattdessen kam der aktuelle Impuls von Bahçeli, dem langjährig härtesten Gegner jeder Lösung des Kurdenproblems. Dies allein genügt, um sowohl unter türkischen Nationalisten als auch unter Kurden Skepsis zu erzeugen. Es fehlt der Enthusiasmus, der den ersten Prozess – zumindest phasenweise – begleitet hatte.

Auch unter den Kurden selbst ist diesmal keine ernsthafte Mobilisierung oder Begeisterung feststellbar. Die allgemeine Wahrnehmung lautet, dass dieser „Prozess“ eher einseitig ist – etwas, das gegeben, aber nicht empfangen wurde. Als Öcalans Erklärung auf großen Kundgebungen in Diyarbakır und Van verlesen wurde, verließen die Menschen die Plätze ohne erkennbare emotionale Regung. Selbst organisierte öffentliche Versammlungen führten nicht zu einer spürbaren Veränderung in der Haltung der kurdischen Bevölkerung.

Ein zweiter Punkt, der – wie schon im ersten Friedensprozess – offenbar erneut vereinbart wurde, ist die restriktive Kommunikation: Öffentliche Bekanntmachungen erfolgen nur im Rahmen dessen, was die Regierung zulässt; Transparenz bleibt weitgehend aus. Auch wenn dies als taktisch nachvollziehbar erscheinen mag – etwa um die Gesellschaft schrittweise an Veränderungen heranzuführen – widerspricht es den Lehren, die die kurdische Bewegung aus dem ersten Prozess gezogen hat. Diese Intransparenz gibt der Regierung die Möglichkeit, ihre Zusagen ohne große politische Kosten zu brechen.

Trotzdem scheint die kurdische Nationalbewegung im Gegenzug für gewisse Zugeständnisse bereit zu sein, die Waffen niederzulegen und den Kampf um nationale Rechte und Demokratisierung künftig mit politischen Mitteln fortzusetzen. Zu diesen Zugeständnissen gehören offenbar Aufenthaltsrechte für führende PKK-Mitglieder in Drittländern, Haft erleichterungen für PKK-Gefangene, eine Verbesserung der Haftbedingungen Öcalans sowie die Aussicht auf muttersprachlichen Unterricht und einige kulturelle Freiheiten. Diese Haltung ist sowohl Öcalans Erklärung als auch den öffentlichen Äußerungen von Sprechern der DEM-Partei zu entnehmen. Die kurdische Bewegung verknüpft die Perspektive nationaler Gleichberechtigung mit Erfolgen im politischen Kampf innerhalb eines relativ friedlichen Umfelds. Im Zentrum ihrer kurzfristigen Strategie steht nicht zuletzt die Sicherung der Existenzbedingungen für Rojava sowie für die PYD und die SDF.

In diesem Zusammenhang wird auch der Verzicht auf vollständige Transparenz in Kauf genommen – ein Preis, der im Vergleich zur Rettung Rojavas als verkraftbar erscheint.

Gleichzeitig ist es als positiver Schritt zu werten, dass die Verhandlungen nicht ausschließlich hinter verschlossenen Türen des Palasts stattfinden, sondern unter Beteiligung parlamentarischer und oppositioneller Kräfte weitergeführt werden können. Auch wenn die Mehrheit des Parlaments der Volksallianz angehört und letztlich der Präsident entscheidenden Einfluss behält, eröffnen unterschiedliche Sichtweisen und Stimmen aus der Opposition

neue Möglichkeiten für die politische Debatte rund um die kurdische Frage. Die Bestrebungen der Regierung, die Opposition an sich zu binden – etwa durch den Druck, gemeinsam eine Verfassungsänderung durchzusetzen – erhöhen zwar den innenpolitischen Druck, aber der Palast ist nicht mehr alleiniger Schiedsrichter. Die Verlagerung der Diskussion in ein parlamentarisches Umfeld kann, trotz aller Widerstände, den Handlungsspielraum erweitern und dem Prozess neue Impulse geben.

### **Die durch Öcalans Aufruf angedeuteten Veränderungen**

Ein Artikel über den aktuellen Prozess wäre unvollständig, würde er nicht auf die Argumente eingehen, mit denen Öcalan die PKK auffordert, die Waffen niederzulegen und sich aufzulösen.

Zweifellos ist Öcalan ein geschickter Politiker, geprägt durch jahrzehntelange Kämpfe im Nahen Osten, wo er die gesamte Bandbreite politischer Tricks, Fallstricke und Machtspiele kennengelernt hat. Die ersten beiden Absätze seines Aufrufs mit dem Titel „Aufruf zum Frieden und zur demokratischen Gesellschaft“ verdeutlichen den Wandel: den Unterschied zwischen jenem Öcalan, der die PKK gründete, und dem heutigen, der zu ihrer Auflösung aufruft – und zugleich den ideologisch-politischen Wandel, den er durchlaufen hat.

Wie auch die von ihm gegründete PKK entstand Öcalans politisches Denken in einem Zeitalter, in dem viele nationale Befreiungsbewegungen vom Sozialismus inspiriert waren. Allerdings war es nicht der revolutionäre Sozialismus, sondern der mit Chruschtschow begonnene revisionistisch, reaktionäre Staatssozialismus der UdSSR – den Öcalan als „Realsozialismus“ bezeichnet – von dem die PKK stark beeinflusst wurde. Der weltweite Wandel, den Öcalan auf der Achse des „Zusammenbruchs des Realsozialismus“ verortet, führte bei ihm und der PKK zu einem tiefgreifenden ideologischen und politischen Umdenken.

Kurz zuvor noch sprach Öcalan vom Sozialismus, doch unter den sich verändernden Weltbedingungen begann er anzunehmen, dass der Marxismus an Wert verloren habe und seine Anhänger weniger würden; daraufhin ließ er sich zunehmend von Kri-

tikern des Marxismus beeinflussen – insbesondere vom linksliberalen Wallerstein und dem Öko-Anarchisten Bookchin – und wandte sich allmählich der Kritik gegen den Marxismus und den Sozialismus zu. Zwar bezeichnet sich Öcalan weiterhin als Gegner des Kapitalismus und spricht von einem „demokratisierten Sozialismus“, doch tatsächlich hat er seine Alternative innerhalb des Kapitalismus gefunden – in dessen „Demokratisierung im Einklang mit der Natur“, in der von ihm so bezeichneten „demokratischen Moderne“. Seine neue Lösung: die „demokratische Nation“ – ein Konstrukt, das allen Platz bieten soll – in Form einer ökologisch konföderalistischen Struktur, inspiriert von Bookchin.

Die nationale Unabhängigkeit hat Öcalan somit längst zugunsten der „demokratischen Nation“, der „demokratischen Moderne“ und des „ökologischen Konföderalismus“ aufgegeben. In seinem Aufruf argumentiert er sogar, dass der moderne Kapitalismus keine klassischen nationalstaatlichen Strukturen mehr fördere. Modelle wie Nationalstaaten, Föderationen oder kulturelle Autonomien – allesamt „Ausdruck extremer nationalistischer Strömungen“ – könnten „keine Antwort auf die historische Soziologie der Gesellschaft“ sein. Anstelle nationaler Unabhängigkeit plädiert er für konföderale Strukturen innerhalb der bestehenden Staaten, also für ein Fortbestehen der Kurden in deren einheitlichen nationalstaatlichen Rahmen.

Ein weiterer Faktor für Öcalans ideologischen Wandel liegt in der gesellschaftlichen Transformation der kurdischen Bewegung selbst: Bei Gründung der PKK war der kurdische Nationalismus vor allem eine bäuerliche Bewegung, getragen von armen Bauernsöhnen, die gegen feudale Strukturen aufbegehren. Inzwischen jedoch ist die kurdische Bewegung urban, legal und massenbasiert – organisiert in der drittstärksten Partei des Landes. Gleichzeitig hat die soziale Differenzierung im kurdischen Raum zugenommen: Städte wie Antep, Maraş, Urfa und Malatya sind industrielle Zentren mit einer großen kurdischen Arbeiterklasse. Auch in Metropolen wie İstanbul, İzmir, Adana und Mersin leben Hunderttausende kurdische Arbeiter. Das kurdische Volk ist mit dem Klassenkampf in Berührung gekommen. Doch Öcalan hat diesen Aspekt bereits bei der Vorbereitung seiner Verteidigung ausgeblendet – mit

der Begründung, dass ein Klassenkampf die nationale Bewegung spalten könnte.

Öcalan führt die Entstehung der PKK auf die Leugnung der kurdischen Identität und den Entzug demokratischer Freiheiten, insbesondere der Meinungsfreiheit, zurück. Diese Bedingungen seien heute, so argumentiert er, überholt. In Wahrheit jedoch ist die Leugnung der kurdischen Identität in der Türkei keineswegs beendet – dies widerspräche der Realität. Die politische Führung um Erdoğan und Bahçeli, mit denen Öcalan über Mittelsmänner eine Einigung anstrebt, leugnet nach wie vor die Existenz einer kurdischen Nation mit eigenen Rechten, sowie die Plünderung der unterdrückten Völker und Nationen durch den Monopolkapitalismus. Wenn sie vom „kurdischen Bruder“ sprechen, meinen sie denjenigen, der sich loyal dem Staat unterordnet. Auch der zweite von Öcalan angeführte Beweis – „Fortschritte bei der Meinungsfreiheit“ – ist nicht haltbar: Allein seit dem 19. März wurden über 3.000 Menschen festgenommen, über 500 angeklagt – darunter viele Journalisten. Von Meinungsfreiheit kann unter den heutigen Bedingungen in der Türkei kaum die Rede sein.

Zwei Punkte in Öcalans Aufruf verdienen besondere Beachtung im Hinblick auf die Zukunft:

**Erstens:** die türkisch-kurdischen Beziehungen. Öcalan betont, dass Kurden und Türken „seit über 1.000 Jahren“ in einem Bündnis lebten, um sich gegen hegemoniale Mächte zu behaupten. Dieses Bündnis sei durch die „kapitalistische Moderne“, die er anstelle von Reaktion oder Feind verwendet, gezielt untergraben worden. Heute müsse man diese „historische Beziehung im Geiste der Brüderlichkeit neu organisieren“. Brüderlichkeit und Solidarität zwischen Kurden und Türken – auf der Grundlage der Gleichberechtigung – sind in der Tat notwendig, ja unerlässlich für den gemeinsamen Kampf – als Klasse unabhängig von ethnischer Herkunft – für Demokratie und Sozialismus. Dazu müssen sie sich in einer einzigen vereinigten Klassenpartei organisieren. Doch dieser Appell wirft auch die Frage auf: Gegen wen soll dieses Bündnis gerichtet sein?

Historische Beispiele wie die Beteiligung kurdischer Einheiten an der Seite der Seldschuken in der Schlacht von Malazgirt oder die Rolle von Idris Bitli-

si auf Seiten der Osmanen gegen die Safawiden, zeigen Bündnisse mit imperialen Mächten – nicht mit den Völkern. Auch die Hamidiye-Regimenter unter Abdülhamid könnten in diesem Zusammenhang genannt werden. Gegen wen oder was werden sich die Kurden also nun mit den Türken verbünden? Bei der Formulierung als „Win-Win“-Bündnis liegt der Schwerpunkt darauf, was dieses Bündnis sowohl den Türken als auch den Kurden bringen wird. Was werden die Kurden von einem Bündnis gegen wen gewinnen – diese Frage muss beantwortet werden! Die einzige denkbare Ebene wäre eine Kooperation im Rahmen türkischer Expansionsstrategien im Nahen Osten – ein Szenario, das mehr Fragen als Antworten aufwirft.

Ein solches Bündnis darf jedenfalls nicht in einer Auslieferung der kurdischen Arbeiterklasse an die Interessen einer kurdisch-türkischen Bourgeoisie münden, die gemeinsam mit internationalen Investoren – wie von Erdoğan erhofft – die wirtschaftlich „unberührten“ Regionen des Landes ausbeuten will.

**Zweitens:** Öcalans Ausführungen über den Weg zur Demokratisierung. Er sagt, dass es „keinen anderen Weg als die Demokratie“ gebe, um das angestrebte System zu erreichen. In der Konsequenz akzeptiert er damit das derzeitige kapitalistische System als unveränderbar. Demokratie erscheint bei ihm nicht als Ergebnis eines Kampfes, sondern als Ergebnis eines Kompromisses – insbesondere unter den Bedingungen der „Palastregierung“. Dies ist inakzeptabel. Demokratie in der Türkei wird nicht durch Versöhnung mit der herrschenden Klasse entstehen, sondern durch den politischen Kampf gegen sie.

Vor diesem Hintergrund ist auch der zentrale Auftrag an die PKK problematisch: „Beruft euren Parteitag ein und beschließt die Integration in Staat und Gesellschaft.“ Natürlich sollen sich Kurden in die Gesellschaft integrieren – aber auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Doch was bedeutet „Integration in den Staat“? Nicht die Integration in den bestehenden Staat ist die Aufgabe, sondern der Kampf für dessen Demokratisierung!

## Perspektive für die Zeit danach oder die Zukunft

Über die Gründe lässt sich streiten – doch dass die Waffen schweigen, kann niemand ernsthaft infrage stellen. Die Auflösung einer nationalen Organisation ist selbstverständlich deren eigene Angelegenheit, auch dazu steht niemandem ein Urteil zu. Man kann Öcalans Rechtfertigungen kritisieren, aber welche Begründung auch immer vorgebracht wird – sie rechtfertigt nicht die Kritik am Schweigen der Waffen. Diejenigen, die Waffen verherrlichen und heiligen, indem sie den bewaffneten Kampf unter allen Umständen als grundlegend verteidigen, und diejenigen, die glauben, dass der Kampf des Volkes nicht im Laufe der Kämpfe konkret gestaltet wird, sondern am grünen Tisch beschlossen wird, können nicht gegen die Niederlegung der Waffen protestieren, insbesondere nicht im Namen des Marxismus, ohne sich mit den realen Bedingungen der Kämpfe auseinanderzusetzen.

Marxisten verteidigen bedingungslos das Recht unterdrückter Nationen auf freie Selbstbestimmung. Sie treten für die Gleichheit der nationalen Rechte und die Gleichberechtigung aller Nationen ein. Ob unterdrückte Nationen ihr Selbstbestimmungsrecht nutzen, um im selben Staat wie die Unterdrückernation zu bleiben, ist allein ihre Entscheidung. Die Niederlegung der Waffen durch die PKK und die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zugunsten der Einheit wird – wie die DEM-Ko-Vorsitzenden und Sprecher in ihrer ersten Reaktion betonten – den Terrorismusvorwurf entkräften, der bislang als Vorwand diente, legitime Rechtsforderungen zu unterdrücken, und den Kampf für Rechte erleichtern.

Aus Sicht der Arbeiterklasse, der sozialistischen Sache und des Klassenkampfes ist dies ebenfalls eine positive Entwicklung. Denn sie beseitigt ein wesentliches Hindernis für die Entfaltung des Klassenkampfes: die von Kapital und Reaktion geschürte türkisch-kurdische Spaltung sowie der nationale Konflikt, bei dem Gewalt auf beiden Seiten eine Rolle spielt und der wiederum durch staatliche Repressionsmaßnahmen verstärkt wird.

Das Schweigen der Waffen bedeutet allerdings keineswegs, dass die Ungleichheit verschwunden wäre oder von selbst verschwinden wird. Nationale Frei-

heit bleibt – wie soziale Freiheit – ein Ziel, für das weiterhin gekämpft werden muss. Die Niederlegung der Waffen bedeutet nicht, dass nationale Forderungen hinfällig oder bereits erfüllt seien. Im Gegenteil: Das Schweigen der Waffen ist ein Zeichen dafür, dass der Kampf mit anderen Mitteln fortgeführt wird. So wie Krieg die Fortsetzung der Politik durch den Einsatz von Waffen ist, ist das Ende der bewaffneten Auseinandersetzung die Fortsetzung des politischen Kampfes mit politischen Mitteln.

Der Kampf um eine Lösung der kurdischen Frage und um die Gleichheit nationaler Rechte ist ein zentraler Bestandteil des Kampfes für die Demokratisierung des Landes.

Die Besonderheit der aktuellen Lage liegt darin, dass die Palastregierung – eigentlich Ziel des Demokratisierungskampfes – diesen neuen Prozess unter dem Druck innen- und außenpolitischer Zwänge und auf Bahçelis Initiative hin auf die Tagesordnung gesetzt hat. Es besteht kein Zweifel daran, dass ihr Ziel nicht die Gleichheit nationaler Rechte ist. Sie steht dem entgegen und zielt vielmehr darauf ab, das kurdische Volk durch diesen als „Türkei ohne Terror“ propagierten Prozess an sich zu binden und so ihre Machtbasis zu sichern. Um das kurdische Volk zu überzeugen, muss darauf bestanden werden, den Kampf um nationale Rechte als integralen Bestandteil des allgemeinen Demokratisierungskampfes zu führen. Dafür sind bestimmte Zugeständnisse nötig, die die Palastregierung machen muss – etwa Strafmilderungen, Freilassungen und symbolische Maßnahmen wie die offizielle Anerkennung des Begriffs „kurdisch“ als Ausdruck der Akzeptanz von Muttersprache und ethnischer Identität.

Der Prozess vom 19. März und die daraus resultierende wachsende gesellschaftliche Opposition bieten zweifellos eine Grundlage und eine Chance, den Kampf um nationale Rechte zu stärken – als Teil des umfassenden Kampfs für die Demokratisierung des Landes und für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage. Die Haltung der CHP, die das kurdische Volk so deutlich wie nie zuvor unterstützt, darf dabei nicht unterschätzt werden – und wird es wahrscheinlich auch von der kurdischen nationalen Bewegung nicht.

Die Einheit der gesellschaftlichen Opposition, ihre möglichst breite Verankerung und die Integration der Forderung nach nationaler Gleichheit sind heute der einzige Weg, das Land zu demokratisieren. Die Hoffnungen, die die Ein-Mann-Regierung – auf

dem letzten Weg zur Errichtung einer faschistischen Diktatur – zu wecken versucht, um ihren Machterhalt zu sichern, dürfen und können den Kampf für die Demokratisierung der Türkei nicht aufhalten.

### **PARTEI DER ARBEIT (EMEP)**



## Wahl 2024: Der Faschismus steht vor den Toren

*„Die amerikanischen Arbeiter werden der Bourgeoisie nicht folgen. Sie werden mit uns gegen die Bourgeoisie gehen... Ich erinnere mich auch an die Worte eines der beliebtesten Führer des amerikanischen Proletariats, Eugen Debs, der – ich glaube Ende 1915 – in seinem „Appeal to Reason“ (Aufruf zur Vernunft) im Kapitel „What shall I fight for“ (wofür kämpfe ich?) schrieb, dass er, Debs, sich eher füsillieren lassen würde, als dass er die Kredite für den gegenwärtigen verbrecherischen und reaktionären Krieg bewilligte; dass er, Debs, nur den einen geheiligten und vom Standpunkt des Proletariats berechtigten Krieg kenne: den Krieg gegen die Kapitalisten, den Krieg zur Befreiung der Menschheit von der Lohnsklaverei...“*

*W.I. Lenin, Brief an die amerikanischen Arbeiter (1918)*

Da sich der Wahlzyklus 2024 dem Ende zuneigt, erklären wir als Marxisten-Leninisten erneut unseren Widerstand gegen den possenhaften Zirkus des bürgerlichen Wahlkampfes. Wir befürworten keine bürgerlichen Kandidaten und unterstützen keine Argumente für den Wahlkampf des geringeren Übels. Sei es die überparteiliche „Fairness“ in

der Debatte über die Vizepräsidentschaft 2024, in der der faschistische Kandidat J.D. Vance und der gewöhnliche Imperialist Tim Walz sich gegenseitig auf die Schulter klopfen, Harris' Erklärungen, dass die Gesundheitsfürsorge für Transgender sie nicht interessiere und dass die Wähler ihre Unterstützung für Israels Völkermord in Palästina akzeptieren müssten, oder die Taktik der Demokratischen Partei, der Republikanischen Partei zu erlauben, eine unsoziale Politik umzusetzen, während sie diese Politik stillschweigend fortsetzt, wenn sie selbst am Ruder ist: wir können in den kapitalistischen Schemata der Aufteilung der Macht nicht den geringsten Fortschritt erkennen.

Durch Neueinteilung der Wahlkreise, Lobbying und Massenmedien blockiert die Bourgeoisie geschickt alle Reformversuche. Abgesehen von dem historischen Beispiel des politischen Feilschens, bei dem die Bourgeoisie aus Angst vor einer Revolution den Arbeiterklassen unter dem Banner der Sozialdemokratie Zugeständnisse macht, gibt es keine Beispiele für sinnvolle Veränderungen innerhalb der Grenzen

der liberalen Wahlpolitik. Tatsächlich sind diese Zugeständnisse in der Regel mit bürokratischen Hürden und disqualifizierenden Klauseln versehen und werden von den Staaten, die sie gewähren, nach und nach wieder zurückgenommen. Um das Machtgefälle zwischen Arbeitern und Kapitalisten noch deutlicher zu machen, haben sogar liberale Akademiker die Nutzlosigkeit von Wahlen zur Herbeiführung von Veränderungen anerkannt und in akademischer Sprache erklärt, dass es in den Vereinigten Staaten keine Demokratie gibt und dass der durchschnittliche Arbeiter fast keinen Einfluss auf den politischen Prozess hat. Egal, welche Partei in einer bürgerlichen Diktatur die Wahl gewinnt, das Proletariat verliert immer. Marx hat es am besten ausgedrückt: „Die Unterdrückten dürfen alle paar Jahre entscheiden, welche einzelnen Vertreter der unterdrückten Klasse sie vertreten und unterdrücken sollen.“

Es ist erwiesen, dass Wahlen auf nationaler Ebene wenig bis gar keine Auswirkungen auf die Probleme der Arbeiterklasse haben. Auch wenn es unsere Pflicht ist, die hochtrabenden, leeren Parolen der bürgerlichen Propagandisten nicht für bare Münze zu nehmen, müssen wir uns mit ihrer Rhetorik auseinandersetzen, um herauszufinden, welcher Kern echter Absichten sich hinter der Fassade verbirgt. Alle bürgerlichen Botschaften pauschal als bloßes Getue abzutun und so zu tun, als ob der Status quo für immer Bestand hätte, bedeutet Dogmatismus, bedeutet die Ablehnung des dialektischen und historischen Materialismus, bedeutet die Irreführung der Massen und einen Rückschlag für die Sache der Revolution.

*„Was wäre die Folge, wenn es dem Kapital gelänge, die Republik der Sowjets zu zerschlagen?*

*Eine Epoche der schwärzesten Reaktion würde über alle kapitalistischen und kolonialen Länder hereinbrechen, man würde die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker vollends knebeln, die Positionen des internationalen Kommunismus würden liquidiert.“*

*Josef Stalin, Bericht auf dem Siebten Erweiterten Plenum des EKKI, Ausgewählte Werke, Bd. 9, S. 19*

Um es klar zu sagen: Wir befinden uns endlich inmitten einer Wiedererstarkung der kommunistischen Bewegung, nachdem sie jahrzehntelang von

Browderisten, Chruschtschowisten, Marcyisten,<sup>1</sup> Eurokommunisten und Revisionisten aller Couleur zurückgeworfen wurde. Aber diese Wiederauferstehung findet nicht in einer Seifenblase statt. Die Kräfte der Revolution sind immer noch dabei, ihre Zahl zu erhöhen, ihren Bildungsstand und ihre Militanz zu verbessern und das Vertrauen der Massen zu gewinnen, wie wir an dem Rekordwachstum der Gewerkschaftsbewegung und dem Heldentum der Studentenbewegung gesehen haben, die sich für Palästina eingesetzt hat. Und obwohl es stimmt, dass wir derzeit eine Krise der Oberschicht in den Vereinigten Staaten beobachten, bleiben Fragen über die Bereitschaft sowohl der verschiedenen kommunistischen Parteien, die Führung zu übernehmen, als auch über die Bereitschaft der Massen, zu kämpfen. Wo sind die großen Gewerkschaften, die für einen Generalstreik mobilisiert werden können? Wo sind die Soldaten, die bereit sind, sich mit aller Kraft gegen ihre imperialistischen Herren zu werfen? Wie viele erfahrene Kader haben wir? Und auf welcher Ebene des Diskurses bewegen sich die Massenorganisationen? Arbeiterorganisationen in den gesamten Vereinigten Staaten haben mit einem Mangel an Infrastruktur und Stringenz bei der Organisierung zu kämpfen, die schon vor zehn, fünfzehn, zwanzig Jahren hätten gepflegt werden sollen - und das unter den heraufziehenden Gewitterwolken des Faschismus, des drohenden Weltkriegs und des Klimakollapses. Eine oberflächliche Betrachtung zeigt, dass wir mehr Zeit und doppelt so viel Anstrengung von Seiten jedes Revolutionärs brauchen, um erfolgreich zu sein. Wenn wir uns in dieser entscheidenden Phase einen Fehler in der Theorie oder der Praxis erlauben, würde dies zweifellos zu einer Niederlage des Proletariats führen, die um ein Vielfaches schlimmer wäre als im letzten Jahrhundert. Um es mit einem Satz zu sagen, den der Autor Martin Empson für sein gleichnamiges Buch geprägt hat und der sich an Luxemburgs berühmtes Zitat anlehnt: Sozialismus oder Barbarei.

Aber es ist nicht nur eine Frage der Organisation und der Öffentlichkeitsarbeit - wir müssen unsere Botschaft an die Massen sorgfältig abwägen und gleichzeitig wachsam bleiben, um nicht in einen Fehler zu verfallen. Die grundlegend falsche Position, Harris als gleichwertig mit Trump zu erklären,

<sup>1</sup> Sam Marcy war ein Trotzkiist in den USA, der die Workers World Party gründete.

würde nur dazu dienen, die Beziehung der arbeitenden Massen zu verschiedenen kommunistischen Organisationen zu schädigen, und hat, wie von einigen unserer Zeitgenossen umgesetzt, bereits geschadet. Zu behaupten, dass ein feiger imperialistischer Dutzendware-Politiker die gleiche Art von Bedrohung für die Arbeiterklasse darstellt wie ein faschistischer Demagoge, bedeutet, die Intelligenz der Arbeiterklasse zu beleidigen und zu behaupten, dass sie nicht in der Lage ist, existenzielle Bedrohungen für ihr Leben wahrzunehmen. Was wollen wir damit sagen? Donald Trump ist der momentane Anführer der offen reaktionären Bourgeoisie. Er und sein Vizepräsidentschaftskandidat haben der Welt ihre Liste der Ziele verkündet, die sie gewaltsam von der amerikanischen politischen Bühne entfernen wollen: 20 Millionen Menschen, die angeblich keine Papiere haben, legale Einwanderer verschiedener Nationalitäten, die „radikale Linke“, Frauen, die sich nicht an die traditionellen Geschlechterrollen halten, und Mitglieder der LGBTQIA+-Gemeinschaft, um nur einige zu nennen. Er und seine Mitstreiter haben bereits versucht, die Ergebnisse der Wahlen von 2020 zu kippen, indem sie ihre Absicht erklärten, die für ihre Beteiligung am 6. Januar 2021 Verurteilten zu begnadigen, und sie haben gedroht, die Wahlen von 2024 „gewaltsam“ anzufechten, sollten sie verlieren. Dies sind keine leeren Drohungen, wie insbesondere zwei Entwicklungen zeigen: Trump gegen die Vereinigten Staaten (2024) und die Beteiligung des ehemaligen Präsidenten und anderer am Projekt 2025.<sup>2</sup>

In Anbetracht der obigen Ausführungen besteht die richtige Antwort nicht darin, ein Speichellecker der Demokratischen Partei zu werden, die auch die Interessen unserer Klassenunterdrücker vertritt und

weiterhin ungerechte Kriege und Völkermord ermöglicht. Ganz im Gegenteil: Es ist eine Notwendigkeit, dass wir unsere Kritik an dieser kompromittierten Partei angesichts des falschen Bewusstseins, das sie den amerikanischen Arbeitern aufzwingt, verdoppeln und die Bedeutung des Aufbaus einer unabhängigen proletarischen politischen Macht betonen. Um Marx zu zitieren:

*„Selbst da, wo gar keine Aussicht zu ihrer Durchführung vorhanden ist, müssen die Arbeiter ihre eigenen Kandidaten aufstellen, um ihre Selbständigkeit zu bewahren, ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung und Parteistandpunkte vor die Öffentlichkeit bringen. Sie dürfen sich hierbei nicht durch die Redensarten der Demokraten bestechen lassen, wie z. B. dadurch spalte man die demokratische Partei und gebe der Reaktion die Möglichkeit zum Siege. Bei allen solchen Phrasen kommt es schließlich darauf hinaus, dass das Proletariat geprellt werden soll.“*

*K. Marx, Ansprache der Zentralbehörde, März 1850, MEW 7, 251*

Wir müssen die Korrektheit unserer Linie mit doppeltem Aufwand überprüfen und unsere Organisations- und Bildungsanstrengungen verdoppeln. Wir müssen unsere eigenen Kandidaten aufstellen, um die Öffentlichkeit auf allen Ebenen der Wahlpolitik zu erreichen, und wir müssen Instrumente der proletarischen Kultur und proletarische Nachrichtenkanäle aufbauen. Wir müssen das Erbe der Studentenbewegung bekämpfen, die darauf fixiert ist, ausschließlich auf dem Campus zu organisieren; wir müssen uns verzweigen und direkt unter den arbeitenden Massen, in den Gewerkschaften und unter den Veteranen agitieren. Die Zeit drängt, und wir haben eine Welt zu gewinnen.

## AMERIKANISCHE PARTEI DER ARBEIT (APL)

<sup>2</sup> Project 2025 ist ein politischer Plan zur Umgestaltung der US-Bundesregierung und zur Konsolidierung der Exekutivgewalt zugunsten einer rechtsgerichteten Politik. Der Plan wurde von Kevin Roberts von der Heritage Foundation, einer amerikanischen nationalistisch-konservativen Denkfabrik, in Erwartung eines Sieges der Republikanischen Partei bei den US-Präsidentschaftswahlen, im April 2023 veröffentlicht.



# VENEZUELA

## Imperialistische Zersetzung und Faschisierung: Eine Realität, der wir uns stellen müssen

Das internationale Proletariat muss die Realität, mit der es konfrontiert wird, mit großer Aufmerksamkeit beobachten und darf sich nicht durch die taktischen Kurswechsel der Finanzoligarchie täuschen lassen – besonders jene, die durch die US-Administration unter Trump und seine Handlanger beschleunigt wurden.

Mit einem Programm der Willkür und dem Bruch mit alten bürokratischen Gepflogenheiten erlangt die extreme Rechte immer stärker die politische Herrschaft in verschiedenen Staaten. Sie zeigt offen ihr reaktionäres Gesicht, verletzt Gesetze, stellt Verfassungen, internationale Verträge und selbst die Menschenrechte infrage – all jene einst „unantastbaren“ Rechte, die noch vor Kurzem heilig waren. Offensichtlich erleben wir eine beschleunigte Veränderung der Formen des ausbeuterischen Systems. Dabei bleibt der Klassencharakter unangetastet; vielmehr wird das kapitalistisch-imperialistische Wesen des bürgerlichen Staates zugespitzt – in Richtung seiner extremsten Klassenform. Seine Funktion als Instrument der Herrschaft der Bourgeoisie wird immer klarer.

Unabhängig von den konkreten Ausprägungen in den verschiedenen Ländern zeigt sich das Wesen des Imperialismus – als höchstes Stadium des Kapitalismus – durch zunehmende Ausbeutung, Gewalt und Krieg. Ziel ist die maximale Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Völker weltweit, die Steigerung der Mehrwertrate und der Profite der Superreichen auf ein nie dagewesenes Niveau. Die Kluft zwischen den wenigen Ausbeutern und der ausgebeuteten Mehrheit wird auf die Spitze getrieben, um die Bedürfnisse des Kapitals zu befriedigen.

In Zeiten tiefgreifender Krisen – wie derzeit – greift der Imperialismus auf innere Repression und äußere Militär aggression zurück. Das war schon früher so, ist heute so und wird auch morgen so sein, solange der Kapitalismus existiert. Es ist der Versuch, die vollständige Kontrolle über die Gesellschaft zu erlangen und zugleich den Kapitalzyklus zu beleben, der bereits vor der Rezession steht – und wohl bald in eine große Depression übergeht. Wie in den vergangenen Zeiten der Zersetzung und des Zerfalls von Produktionsweisen entsteht so auch heute die terroristische Diktatur der herrschenden Klasse.

In der höchsten Phase des Kapitalismus nimmt diese Klassendiktatur eine besondere und extreme Form an: den Faschismus. Dieser entsteht nicht über Nacht, sondern ist das Ergebnis des imperialistischen Zerfallsprozesses, mit der allmählichen Normalisierung der alltäglichen Gewalt der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Diese äußert sich in Ausbeutung, Abschaffung von Rechten und der Verfolgung von Arbeitern, die nun offen als Feinde betrachtet werden. Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Vertreibung und extremer Bestrafung von Migrant\*innen, „Eindringlingen“ oder „Terroristen“ ohne Gerichtsverfahren nehmen allesamt zu. All das dient dem Ziel der willkürlichen Kontrolle aller Machtinstanzen unmittelbar durch die Herrscher des Kapitals.

Die extreme Rechte wendet angesichts der Angst vor dem „Vormarsch“ der Ausgebeuteten alle möglichen antidemokratischen Mittel an und bereitet sich auf die natürlichen und unvermeidlichen Reaktionen der Unterdrückten vor, die sich auf den revolutionären Weg begeben - sowohl friedliche als auch gewalttätige.

Trumps aggressive Zolleskalation und als Diplomatie verkaufte Erpressung zielen darauf ab, die industrielle Vormachtstellung der USA wiederherzustellen und gleichzeitig die ökonomische, politische und militärische Kontrolle vollständig in die Hände der US-Multimillionäre zu legen. Das verschärft die Krise des weltweiten kapitalistisch-imperialistischen Systems, mit verheerenden Folgen - insbesondere für die Arbeiterklasse, aber auch für Kleinbürger und Teile der untergehenden Großbourgeoisie. Es zwingt andere imperialistische Mächte, abhängige Länder und die Massen in eine Verschärfung des Klassenkampfes - mit zunehmenden Kriegs- und Revolutionsgefahren - ausgelöst durch die sich verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen des Proletariats.

Die US-Politik zielt nicht auf eine Abspaltung und Isolierung vom EU-Block, wie manche meinen, sondern auf dessen Festigung und vollständige Unterordnung unter eine zentrale, autoritäre Führung der USA. Sie gibt nicht mehr vor, dass Bedingungen der Gleichheit, der Überzeugung oder der inneren Demokratie herrschen, sondern verfolgt eine Politik der totalen Unterwerfung, offen diktatorisch, mit absoluter Führung durch die extrem rechte Bourgeoisie der USA. Diese will das Kom-

mandozentrum dieses Blocks bilden und Deutschland und Frankreich, die bisher die Führung in der EU und der NATO übernommen haben, jede Mitbestimmung streitig machen. Die USA wollen das alleinige Kommando, Deutschland und Frankreich sollen sich unterordnen. Angesichts dessen sind seine traditionellen Verbündeten verärgert und äußern unterschiedliche Grade der Unzufriedenheit. Währenddessen treten neue Vasallen auf, die bereit sind, Trump zu dienen und den Widerspruch zu seinen Gunsten zu lösen. Doch auch Widerstand gegen diese Entwicklung regt sich.

Hier zeigen sich die inneren Widersprüche der herrschenden Klasse. Zwar sind sich alle in der Repression gegen das Proletariat und die abhängigen Länder einig, doch streiten sie über die Methode: Keynesianismus oder Neoliberalismus, Globalismus oder Protektionismus, NATO oder europäische Autonomie, Ein- oder Multipolarität. Sie sind unfähig, ihre Krise mit altbewährten Mitteln zu bewältigen, und greifen daher zu Gewalt und Konkurrenz. Alles, um sich die Profite und Märkte mit Rohstoffen und billigen Arbeitskräften im neuen Verteilungskampf anzueignen. Die „friedliche“ Phase ist vorbei. Der Wettlauf um Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und neue Märkte tritt in eine offen gewaltsame Phase.

Trotz ihrer Differenzen versuchen die verschiedenen Fraktionen der Finanzoligarchie, als imperialistischer Block vereint zu bleiben und minimale Vereinbarungen zu erzielen. Besonders im Block USA-EU tobt aktuell ein heftiger Aushandlungsprozess zur Neuaufstellung mit unterschiedlichen Tendenzen.

Um das taktische Ziel der vollständigen Vereinigung des US-EU-Blocks zu erreichen, arbeitet Trump derzeit daran, die Schwäche der EU aufzuzeigen und ihr klarzumachen, dass sie allein wirtschaftlich von China und militärisch von Russland verschlungen würde.

Indem Trump damit droht, Russland in Europa freie Hand zu lassen, zwingt er die NATO und die EU, ihre tatsächliche Schwäche anzuerkennen und zu akzeptieren, dass sie sich, um zu überleben, vollständig den Entscheidungen der großen US-Konzerne unterwerfen und einem neuen Deal zustimmen müssen, der die Abtretung von Gebieten in der Ukraine und Geld in Form von Zöllen beinhaltet.

Diese Machtpolitik zeigt sich klar in der Ukraine.

Der Kampf um die Ukraine ist Teil der Neuaufteilung der Welt: Das Land droht zwischen Russland und den USA aufgeteilt zu werden, während die EU um ihren Einfluss kämpft.

Die Trump-Regierung hat der EU mitgeteilt, dass, wenn das US-Großkapital die Seltenen Erden und Atomkraftwerke der Ukraine in seinen Besitz bringt, diese ihr wichtigstes Verteidigungsinstrument und ein Abschreckungsmechanismus für Russland sein werden. Die Yankees werden ihre Armee in diesem Gebiet stationieren, weitere Teile der Ukraine übernehmen, investiertes Geld zurückholen, Russland in Schach halten und die Schwäche und völlige Unterwerfung der EU unter ihre Pläne ausnutzen, um erneut die Konsolidierung des US-EU-Blocks voranzutreiben, allerdings auf andere Weise als von den Demokraten vorgeschlagen. Heute verfolgen die Republikaner eine autoritärere, aggressivere und pragmatischere Politik in Zusammenarbeit mit den rechtsextremen Parteien in Europa, die mit Unterstützung des internationalen Propagandaapparats von Trump und Musk auf die Kontrolle der Regierungen in anderen Ländern zusteuern und damit die absolute wirtschaftliche, militärische und politische Vorherrschaft des US-EU-Blocks durch die rechtsextremen Kräfte vollenden wollen.

Donald Trump hofft, mit seiner internationalen Politik einen völlig ultrareaktionären imperialistischen Block zu schaffen, der ausschließlich von der US-Oligarchie geführt wird und sich dabei der internationalen extremen Rechten, seinem eigenen Kapital sowie dem seiner Familie und Freunde bedient. Auch die Neuaufteilung Amerikas und des Nahen Ostens gehört zu diesem Plan: Darum greift die USA im Nahen Osten, mit Israel und den Ölmonarchien als Speerspitze, direkt den Iran und indirekt China und Russland an, die sie bereits aus Syrien vertrieben hat.

China soll sich auf Asien und Afrika beschränken und Taiwan bleibt ein Spielball. Damit markieren sie eine Übergangsphase, in der sie sich um eine einvernehmliche Aufteilung bemühen, während sie sich gleichzeitig auf die nächste Phase vorbereiten, die, wie sich vermuten lässt, eine Phase sein wird, in der sie versuchen werden, mit militärischen Mitteln, wirtschaftlicher Erpressung und einer direkteren Förderung der faschistischen extremen Rechten die totale globale Kontrolle zu erlangen und unverhohlen in die Wahlprozesse anderer Länder einzugreifen.

Diese Politik zielt darauf ab, eine vorübergehende Teilung nach Regionen herbeizuführen, um in naher Zukunft den Rest Amerikas und den Nahen Osten zu kontrollieren. Aus diesem Grund bekämpft sie China in der Region und greift den Nahen Osten an, mit Israel und den Ölmonarchien als Speerspitze, wo sie direkt den Iran und indirekt China und Russland bedroht, die sie bereits im Rahmen eines sehr wahrscheinlichen regionalen Teilungsabkommens aus Syrien vertrieben hat.

So entsteht eine vorläufige Ordnung, die sich auf die nächste imperialistische Offensive vorbereitet. Es geht darum, totale globale Kontrolle zu erlangen - durch Militärgewalt, wirtschaftliche Erpressungen und die offene Förderung von faschistischen Gruppen, einschließlich der offenen Einmischung in die Wahlen in anderen Ländern.

Das Ziel der US-Regierung ist klar: ein autoritärer imperialistischer Block unter Führung der USA, mit Hilfe der extremen Rechten und ihrer Propaganda. Dieser Block will die Welt beherrschen, die abhängigen Länder unterwerfen und das Proletariat unterdrücken. Die Herrschaft des Kapitals soll weltweit durchgesetzt werden – durch Verträge, Gewalt, Erpressung.

Trotz aller Unterschiede zwischen Globalisten und Protektionisten, zwischen Unipolarität und Multipolarität, ändert das nichts am gemeinsamen Ziel: Die Neuaufteilung der Welt. Dabei werden sich die Widersprüche zuspitzen. Die imperialistischen Aggressionen werden zu Kriegen führen, die brutale Unterdrückung der abhängigen Länder und die Offensive gegen die Rechte der Arbeiterklasse erhöhen.

Für das Proletariat ist keine dieser Optionen ein Vorbild. Es muss vielmehr die Situation der Instabilität und der Widersprüche zwischen den Imperialisten nutzen, um sein eigenes Programm auf den Weg zu bringen und die Massen auf den Kampf vorzubereiten. Dabei muss es sich mit Aktionen, die die Ausgebeuteten gegen den gemeinsamen Feind vereinen, an die Spitze des Kampfes stellen und eine Politik der Einheit und der Bündnisse auf nationaler und internationaler Ebene verfolgen, die fest auf der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis basiert.

Die imperialistische Politik der aggressiven Expansion wird zweifellos die Verschärfung der grundlegenden Widersprüche des Imperialismus

beschleunigen und zu Drohungen oder Auseinandersetzungen zwischen den Mächten, zu einem Versuch, die abhängigen Länder auf noch brutale Weise zu unterwerfen, und zur Beseitigung der Rechte des Proletariats führen. Zu diesem Zweck wird die reaktionäre Propaganda und die Repression verstärkt, um eines der beiden imperialistischen Wirtschaftsmodelle des staatlichen Monopolkapitalismus (chinesisch/russisch oder US/EU) durchzusetzen, was den Prozess der Faschisierung beschleunigt, aber auch, als logische Folge davon, etwas sehr Wichtiges: die Zunahme der kämpferischen Reaktionen des Proletariats und der unterdrückten Völker, die sich nicht friedlich unterdrücken lassen werden, wie es noch nie zuvor geschehen ist, unabhängig von den Schwächen, Fehlern oder Stärken der Avantgarde und der Parteien, die sich bemühen, eine Rolle in den Kämpfen zu spielen.

Das Proletariat muss diese Situationen einschätzen und sich vorbereiten, denn ohne Zweifel ist der bürgerliche Weg zur Umsetzung dieser Maßnahmen die gewaltsame Diktatur des globalen Finanzkapitals als Rache an der Arbeiterklasse und den Völkern: der Faschismus. Dieser ist nun nicht mehr nur in einigen Ländern Realität, sondern es gibt eine globale Tendenz zur Faschisierung, da sich die kapitalistische Produktionsweise in ihrer imperialistischen Phase weltweit ausgebreitet hat und die absolute Kontrolle über die Welt anstrebt.

Das bedeutet, dass die Taktik der Marxisten-Leninisten nicht in einer vermeintlichen „Neutralität“ oder in einer direkten oder indirekten Unterstützung der Rechten bestehen kann, sondern vielmehr die Politik weiterführen muss, die von den marxistisch-leninistischen Klassikern und der Kommunistischen Internationale in einer Phase des Aufbaus und der Festigung der antifaschistischen Volksfront definiert wurde, um dem Faschismus in erster Linie Widerstand zu leisten und ihn zu besiegen, wobei sie sich stets als die konsequentesten Kämpfer für Demokratie gegen den Faschismus und seine Wortführer erweisen müssen.

Für proletarische Revolutionäre ist es wichtig zu verstehen, dass ebenso wie die Faschisierung der Gesellschaft und die „Normalisierung“ reaktionärer Ideen in Krisenzeiten voranschreiten, auch die proletarische Revolution voranschreiten kann. Allerdings muss sie die reaktionäre Politik, den Versuch, faschistische Ideen salonfähig zu machen, sowie

die Schwäche und Selbstgefälligkeit der Reformisten anprangern, die sich weigern, den Faschismus anzugreifen und ihm entgegenzutreten, und sogar seine Existenz leugnen. Dies kommt in opportunistischen und revisionistischen Ideen zum Ausdruck, die sich weigern, mutig und ehrlich die wahre revolutionäre Aufgabe anzunehmen, und manchmal sogar den Massen Einheit vorschlagen, nicht um den Faschismus in seiner Offensive zu bekämpfen, sondern um Zugeständnisse mit der reaktionärsten Bourgeoisie auszuhandeln, wobei sie die Perspektive des gemeinsamen Feindes und der Hauptgefahr, wie sie von Stalin definiert wurden, aus den Augen verlieren, was die Faschisten in ihrer Vorwärtsbewegung begünstigt, wie wir es in Venezuela erlebt haben.

Es ist sehr wichtig zu bekräftigen, wie es in der IKMLPO dargelegt wurde, dass wir eine Situation erleben, die durch einen Prozess der Faschisierung gekennzeichnet ist. Das bedeutet gewaltsame und tiefgreifende Angriffe auf die demokratischen, sozialen und Arbeitsrechte der Mehrheit, Bedrohungen für Arbeiter, Indigene und Migranten, zunehmende Repression, eine Propagandaoffensive der extremen Rechten, das öffentliche Auftauchen faschistischer Ideen und Symbole, die Verharmlosung vergangener und gegenwärtiger faschistischer Praktiken, die Ausgrenzung und Unterdrückung progressiver und kommunistischer Ideen und das Voranschreiten des offenen Antikommunismus.

Angesichts dieses gefährlichen und zunehmenden reaktionären Phänomens sind wir Marxisten-Leninisten, wie die Geschichte bereits gezeigt hat, am besten in der Lage, ihm wirklich entgegenzutreten und ihn zu besiegen. Deshalb dürfen wir keine Abenteuer spielen, nicht bei reformistischen Praktiken verharren oder noch mehr Verwirrung unter den Massen stiften.

Wir haben die Pflicht, die derzeit angemessene Taktik zu diskutieren und zu klären und eine einzige internationale strategische Linie zu festigen, die, wie wir nicht müde werden zu wiederholen, die von Marx, Engels, Lenin und Stalin definierte Linie ist, die der Kommunistischen Internationale und der Erfahrung der siegreichen Revolutionen: Anprangern und direkte Konfrontation an vorderster Front gegen den Faschismus, die Arbeit mit den antifaschistischen Kräften, die unermüdlichen Bemühungen um die Bildung einer Einheitsfront des

Proletariats und einer Volksfront auf nationaler und internationaler Ebene, der kompromisslose Kampf und die militante Solidarität mit den Völkern, die Widerstand leisten und gegen die imperialistische Aggression kämpfen. Die andere grundlegende Aufgabe ist die Festigung unserer Parteien, ob im Embryonalstadium oder bereits gefestigt, um uns an die Spitze zu stellen und zu zeigen, dass die Massen auf die Kommunisten vertrauen können. In Theorie und Praxis, in Frieden und Krieg, unter allen Bedingungen und mit allen Mitteln des Kampfes werden sie die Reaktionäre besiegen können.

Die Zeiten, in denen wir leben und die vor uns liegen, sind sehr komplex. Das erfordert von den

marxistisch-leninistischen Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene, ihre ideologische Klarheit zu vertiefen, die einheitliche Aktion zu festigen, die Taktik anzupassen, Schwächen zu korrigieren, mit einer einzigen Linie und als solider Block zu handeln, um den Massen der Welt eine echte Option für den Sieg über den Faschismus und die Rechte zu bieten und allen Organisationen und Individuen, die bereit sind zu kämpfen, den Weg zur proletarischen Revolution und zum Sozialismus zu weisen.

„Der Sozialismus kann nur durch das Bündnis der Arbeiter und Bauern an der Macht und das bewaffnete Volk aufgebaut werden.“

## **MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI VENEZUELA (PCMLV)**

**Unity & Struggle**  
**Unité et Lutte**  
**Birlik ve Mücadele**  
**Unidad y Lucha**



Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!